

EUROPÄISCHE KOMMISSION

EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Bericht Nr. 54

Ausgabe: April 2001

Umfragen: Nov. – Dez. 2000

Generaldirektion für Presse und Kommunikation
Rue de la Loi 200 (VM18 – 1/54)
B - 1049 Brüssel

Telefon: (32.2) 299.02.58
Fax: (32.2) 299.45.77
E-mail : eurobarometer@cec.eu.int

Internet : <http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/>

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet

Vorbemerkung

Eurobarometer-Umfragen zur öffentlichen Meinung ("Standard-Eurobarometer-Umfragen") werden im Auftrag der Generaldirektion für Presse und Kommunikation der Europäischen Kommission, Meinungsumfragen, jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schliessen sie Griechenland, seit Herbst 1985 Portugal und Spanien, seit Herbst 1990 die ehemalige Deutsche Demokratische Republik und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein.

Befragt wurde ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren, dem ein für alle Mitgliedsländer gleichlautender Fragebogen vorgelegt wurde. In der Regel umfasst die Stichprobe für die Standard-Eurobarometer-Umfragen 1000 Personen je Land mit Ausnahme von Luxemburg (600) und dem Vereinigten Königreich (1000 in Grossbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, werden seit dem Eurobarometer 34 in Deutschland jeweils 2000 Personen befragt: 1000 in Ost- und 1000 in Westdeutschland.

Die Umfragen in den 15 Mitgliedsländern werden von nationalen Instituten durchgeführt, die der Europäischen Meinungsumfragegruppe, einem Konsortium von Markt- und Meinungsforschungsagenturen, bestehend aus INRA (EUROPE) und GfK Worldwide, angehören. Dieses Netz von Instituten wurde über Ausschreibungen ausgewählt. Alle Institute gehören der "European Society for Opinion und Marketing Research" (ESOMAR) an, deren Normen für sie verbindlich sind.

Die in diesem Bericht für die einzelnen Mitgliedsländer enthaltenen Zahlen sind nach Geschlecht, Alter, Region und Ortgrösse gewichtet. Die Zahlen für die gesamte Europäische Union sind gemäss der Erwachsenen Bevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen der Auf- oder Abrundung der Zahlen in gewissen Fällen summieren sich die gesamten Prozentwerte in den Tabellen nicht immer genau auf 100%, sondern auf einen sehr nahen Wert (z.B. 99 oder 100). Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, gehen die Prozentwerte oft über 100% hinaus. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um 1% von den Zahlen in den Tabellen abweichen.

Der vorliegende Bericht, der durch die Generaldirektion für Presse und Kommunikation der Europäischen Kommission, Meinungsumfragen (Referatsleiter: Herr Thomas Christensen) erstellt wurde, ist für den Dienstgebrauch der Europäischen Kommission bestimmt.

Umfragen der Eurobarometer-Serie

Die Europäische Kommission (Generaldirektion für Presse und Kommunikation) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussionen, Intensivinterviews) in allen Mitgliedsländern und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei werden vier verschiedene Erhebungsinstrumente eingesetzt:

- *das traditionelle Standard-Eurobarometer mit zweimal jährlich erscheinenden Berichten*
- *Telefon Flash EB, das auch für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (z.B. Spitzenentscheidungsträger)*
- *Qualitative Analysen (Fokusgruppen, Intensivinterviews)*
- *In Kürze: Eurobarometer Bewerbungsländer (Nachfolger von Eurobarometer Mittel- und Osteuropa)*

Die persönlichen Befragungen der allgemeinen Öffentlichkeit im Rahmen des Standard-Eurobarometers und des Eurobarometers Bewerberländer sowie das Telefon-Flash-EB und die qualitativen Analysen dienen im wesentlichen dazu, im Auftrag der verschiedenen Generaldirektionen und vergleichbarer Sonderdienste der Kommission Erhebungen durchzuführen.

Web-Site für das Eurobarometer:
<http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/>

SCHLAGZEILEN

Dieser 54. Eurobarometer-Bericht stellt eine Analyse der öffentlichen Meinung im Hinblick auf die Europäische Union im Herbst 2000 dar. Die wichtigsten Feststellungen sind die folgenden:

Befürwortung der EU-Mitgliedschaft und Nutzen aus der EU-Mitgliedschaft

- Die Mehrheit der EU-Bürger befürwortet die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union: 50% sehen sie als eine gute Sache und weitere 27% betrachten sie weder als gut noch als schlecht. Nur 14% sprechen sich gegen die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union aus. 47% der EU-Bürger glauben, dass ihr Land von der Mitgliedschaft profitiert hat, verglichen mit 32%, die glauben, dass ihr Land nicht davon profitiert hat.

Befürwortung der einheitlichen Währung, des Euro

- Die Befürwortung der einheitlichen Währung ist kaum geringer als im Frühjahr 2000, wobei im Jahr 2001 55% dafür (-3) und 37% dagegen sind (+4). In den "EURO 12"-Ländern, befürworten 62% der Öffentlichkeit den Euro. In den 3 "pre-in"-Ländern sind nur 23% der Öffentlichkeit für den Euro.

Befürwortung der Erweiterung

- Die Erweiterung wird von 44% der EU-Bürger befürwortet, wobei 35% dagegen sind und 21% keine Meinung dazu haben. Die Befürwortung der 13 Bewerberländer, die Aufnahme in die EU wünschen, reicht von 30% für die Türkei bis 48% für Malta. Wenige Menschen sehen jedoch in der Erweiterung eine vorrangige Aufgabe für die Europäische Union (26%).

Unterstützung der gemeinsamen Verteidigungs- und Aussenpolitik

- Die Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist weit verbreitet (73%), und zwei von drei Europäern glauben, dass die Europäische Union über eine gemeinsame Aussenpolitik verfügen sollte (65%).

Die gewünschte Rolle für die Europäische Union in 5 Jahren

- In fünf Jahren würden 45% der Europäer die Europäische Union gerne in einer wichtigeren Rolle sehen, als dies gegenwärtig der Fall ist, 28% wünschen dieselbe Rolle und 14% wünschen eine weniger wichtige Rolle.

Vertrauen in die Institutionen der Union

- Das Vertrauen in die Europäische Kommission wächst, wobei nun 46% angeben, dass sie Vertrauen zu dieser Institution haben. Im Frühjahr 1999, kurz nach dem Rücktritt der Santer-Kommission, gaben nur 40% der EU-Bürger an, dass sie Vertrauen in die Europäische Kommission hatten. Das Europäische Parlament (53%) ist weiterhin diejenige der 9 in dieser Umfrage behandelten Institutionen, der am meisten Vertrauen entgegengebracht wird.

Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament

- 52% der EU-Bürger haben bei einer oder bei mehreren Wahlen zum Europäischen Parlament ihre Stimme abgegeben. 27% der Wahlberechtigten haben an einer Wahl teilgenommen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Menschen sagen, sie werden an den nächsten Wahlen teilnehmen, liegt bei einer Skala von 1 bis 10 bei 7.

Auswirkung des Europäischen Parlaments auf das tägliche Leben

- Auf einer Skala von 1 bis 10 liegt die wahrgenommene Auswirkung des Europäischen Parlaments auf das tägliche Leben bei 4.41. Die wahrgenommene Auswirkung des nationalen Parlaments liegt auf derselben Skala bei 5.64.

Kenntnis der Europäischen Union

- 29% der EU-Bürger wissen ziemlich viel über die Europäische Union (Angabe der Nummern 6 bis 10 auf der Skala), verglichen mit 26% im Frühjahr 2000. 30% glauben jedoch, dass der Grossteil des Haushaltes der Europäischen Union für die Bezahlung von Beamten, Konferenzen und Gebäuden verwendet wird, wohingegen die Verwaltungskosten tatsächlich nur 5% des gesamten EU-Haushaltes ausmachen.

Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU

- Vier von zehn Europäern sind mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden. Ein gleicher Anteil (43%) ist jedoch nicht sehr oder überhaupt nicht zufrieden.

Stolz darauf, Europäer/in zu sein

- 62% der EU-Bürger sind sehr oder ziemlich stolz darauf, Europäer zu sein, und nur 29% sind nicht sehr oder überhaupt nicht stolz.

Zufriedenheit mit dem Leben

- Im Vergleich zum Frühjahr 2000 ist es nun wahrscheinlicher, dass die EU-Bürger mit dem Leben, das sie führen, zufrieden sind (83% zu 77%).

Erwartungen an die Zukunft

- 34% der EU-Bürger glauben, dass sich ihr Leben im Jahr 2001 allgemein verbessern wird, und nur 7% glauben, dass es sich verschlechtern wird. 30% glauben, dass sich die Beschäftigungslage ihres Landes verbessern wird (verglichen mit 26% im Herbst 1999), 27% glauben, dass sich die finanzielle Situation ihres Haushaltes verbessern wird, 25% glauben, dass ihre eigene Arbeitssituation besser werden wird, und 24% erwarten, dass sich die wirtschaftliche Situation ihres Landes im Jahr 2001 verbessern wird.

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|-------|
| Einführung | |
| 1. Zufriedenheit mit dem Leben und Erwartungen am Vorabend des 3. Jahrtausends..... | 1 |
| 1.1. Zufriedenheit mit dem Leben..... | 1 |
| 1.2. Erwartungen der Menschen für das Jahr 2001 | 3 |
| 2. Einstellungen zu Staatsbürgerschaft und Demokratie..... | 11 |
| 2.1. Verbundenheit der Menschen mit ihrem Wohnort, ihrer Region, ihrem Land und Europa..... | 11 |
| 2.2. Europäische und nationale Identität | 13 |
| 2.3. Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie | 14 |
| 2.4. Stolz darauf, Europäer zu sein | 15 |
| 2.5. Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU | 16 |
| 3. Informationsquellen und Kenntnisstand unter den EU-Bürgern..... | 17 |
| 3.1. Informationsquellen über die Europäische Union..... | 17 |
| 3.2. Die Nachrichtenmedien und ihre Berichterstattung über EU-Angelegenheiten | 18 |
| 3.3. Selbsteinschätzung der Kenntnisse über die Europäische Union..... | 24 |
| 3.4. Bekanntheitsgrad der Institutionen der Europäischen Union | 26 |
| 3.5. Kenntnis über die Art der Haushaltsausgaben..... | 29 |
| 3.6. Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Ratspräsidentschaft..... | 30 |
| 4. Einstellungen zur Europäischen Union im Jahr 2000..... | 32 |
| 4.1. Unterstützung der EU-Mitgliedschaft | 32 |
| 4.2. Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft..... | 34 |
| 4.3. Die Geschwindigkeit der europäischen Integration | 51 |
| 4.4. Die Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union | 53 |
| 4.5. Ängste der EU-Bürger..... | 59 |
| 4.6. Die erwartete und gewünschte Rolle der EU in fünf Jahren | 62 |
| 5. Unterstützung aktueller politischer Themen..... | 65 |
| 5.1. Unterstützung der gemeinsamen EU-Beschlussfindung | 65 |
| 5.2. Unterstützung der Prioritäten der Union | 67 |
| 5.3. Unterstützung der Schlüsselthemen..... | 69 |
| 5.4. Unterstützung der Einheitswährung..... | 71 |
| 5.5. Information über die Einheitswährung | 74 |
| 5.6. Interesse an der Einheitswährung und Kenntnis derselben..... | 78 |
| 5.7. Einstellung zur Erweiterung..... | 80 |
| 5.8. Kriterien, die die Beitrittsanwärter erfüllen sollten | 81 |
| 5.9. Befürwortung der Erweiterung..... | 82 |
| 5.10. Welche Länder sollten beitreten? | 83 |
| 5.11. Entscheidungen in einer erweiterten Union | 85 |
| 6. Das Europäische Parlament | 87 |
| 6.1. Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments durch die Medien..... | 87 |
| 6.2. Interessen der Bürger | 89 |
| 6.3. Wahlbeteiligung bei Europawahlen | 92 |
| 6.4. Auswirkungen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente auf das tägliche Leben..... | 94 |
| 7. Sonstige Aspekte in der Europäischen Union..... | 98 |
| 7.1. Vertrauen in die Institutionen..... | 98 |
| 7.2. Angst vor Kriminalität | 98 |
| 7.3. Nutzung von E-Mail und Internet | 99 |

Inhaltsverzeichnis - Anhänge

Seite

| | | |
|------|--|------|
| A. | Listen | |
| A.1. | Auflistung der Schaubilder | A.1 |
| A.2. | Auflistung der Tabellen | A.5 |
| A.3. | Deutscher Text der in den Tabellen verwendeten Frage- und Antwortkategorien..... | A.9 |
| A.4. | Erklärung der Tabellenüberschriften..... | A.25 |
| B. | Tabellen | B.1 |
| C. | Technische Spezifikationen | |
| C.1. | Beteiligte Institute und Ansprechpartner | C.1 |
| C.2. | Regionale Verwaltungseinheiten | C.2 |
| C.3. | Stichprobenspezifikationen | C.3 |
| C.4. | Definition und gewichtete Verteilung der soziodemografischen Variablen | C.6 |
| D. | Eurobarometer-Umfragen zu Meinungen der Europäer | D.1 |

BERICHT

Einführung

Dieser erste Bericht des 3. Jahrtausends stellt die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage vor, die vom 14. November bis zum 19. Dezember in allen Mitgliedsländern durchgeführt wurde. Es ist das Ziel dieses 54. Berichtes, den Lesern einen Überblick darüber zu geben, was die europäischen Bürger über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen denken, obwohl auch eine Reihe von anderen, damit in Verbindung stehenden Fragen vorgestellt werden.

Der Bericht beginnt mit einer Untersuchung des Niveaus der **Gesamtzufriedenheit der EU-Bürger** Ende des Jahres 2000, und untersucht auch die **Erwartungen der Menschen an das erste Jahr des 3. Jahrtausends**, das Jahr 2001.

Das Kapitel 2 mit dem Titel "Einstellungen zu Staatsbürgerschaft und Demokratie" untersucht den Grad, in dem sich die Menschen Ende des Jahres 2000 **mit Europa verbunden** und sich **als Europäer fühlen**. Es betrachtet ausserdem den Grad des **europäischen Stolzes**, nach dem zum ersten Mal gefragt wurde. Das Kapitel wirft auch einen Blick auf die Zufriedenheit der Menschen **mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land und in der EU**.

Kapitel 3 berichtet über die Quellen, die **die Menschen benutzen, wenn sie nach Informationen über die EU suchen**, und welche dieser Quellen sie bevorzugen. Das Kapitel stellt auch die **Bewertung der Öffentlichkeit der Art und Weise, wie die Medien über EU-Angelegenheiten berichten**, dar. Das Kapitel betrachtet ausserdem die **Quellen, die die Menschen mit grösster Wahrscheinlichkeit benutzen, wenn sie nach Informationen über die EU suchen**, und welche **Informationsquellen sie bevorzugen**. Es untersucht auch die **Selbsteinschätzung des Kenntnisstandes über die EU, den Bekanntheitsgrad von 9 der Institutionen und Körperschaften der Union und das Bewusstsein darüber, wie der Haushalt der Union ausgegeben wird**. Das Kapitel endet mit einem kurzen Blick auf den Bekanntheitsgrad der **Präsidentschaft des Ministerrates** während der zweiten Hälfte des Jahres 2000.

Kapitel 4 betrachtet die **langfristigen Entwicklungen der öffentlichen Meinung** bezüglich der Europäischen Union. Hier werden die Standardindikatoren - **Befürwortung der EU-Mitgliedschaft, wahrgenommener Vorteil der EU-Mitgliedschaft und wahrgenommene und gewünschte Geschwindigkeit der Europäischen Integration** - vorgestellt. Das Kapitel betrachtet auch die **Rolle, die 9 der Institutionen und Körperschaften der EU im Leben der EU spielen** und den **Grad des Vertrauens, der 9 der Institutionen und Körperschaften der Union entgegengebracht wird**. Außerdem untersucht das Kapitel **die Ängste der Menschen bezüglich der Europäischen Integration**. Das Kapitel endet mit der Darstellung der Ergebnisse einer weiteren langjährigen Frage, die die von der Öffentlichkeit **wahrgenommene und gewünschte Rolle der EU in fünf Jahren** misst.

Das 5. Kapitel konzentriert sich auf die Frage nach der Befürwortung einer Reihe von **aktuellen politischen Fragen der Union**. Es beginnt mit einem Blick auf den Grad, in dem die Öffentlichkeit **die gemeinsame EU-Entscheidungsfindung der nationalen Entscheidungsfindung** vorzieht. Das Kapitel untersucht dann den Grad, in dem **die Öffentlichkeit in den gegenwärtigen Maßnahmen der Union Prioritäten sieht** gefolgt von einer Untersuchung des **Grades der Befürwortung einer Anzahl wichtiger politischer Fragen**. Zwei davon, **die einheitliche Währung, der Euro, und die Erweiterung** sind Gegenstand von intensiveren Analysen.

Kapitel 6 behandelt Fragen im Zusammenhang mit dem **Europäischen Parlament**. Wie gewöhnlich wird der **Bekanntheitsgrad** vorgestellt, wie auch die Ansichten der Menschen bezüglich der **Fähigkeit des Parlaments, die öffentliche Interessen zu schützen**. Ausserdem werden die Ergebnisse einer Befragung der Menschen nach **den Bereichen, auf die sich das Parlament konzentrieren sollte** vorgestellt. Der Grad der **beabsichtigten Teilnahme an Wahlen zum Europäischen Parlament** wird intensiv diskutiert. Das Kapitel endet mit der Analyse zweier neuer Fragen, die **die Auswirkung sowohl des Europäischen Parlaments als auch der nationalen Parlamente auf das tägliche Leben** messen.

Der Bericht endet mit einem Blick auf eine Reihe von **weiteren Aspekten des Lebens in der Europäischen Union**, genauer mit dem **Vertrauen in die Institutionen, der Furcht vor Kriminalität und der Verwendung von E-Mail und Internet**.

Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union, die über die Jahre hinweg an der Umfrage teilgenommen haben. Ohne ihre Teilnahme hätte dieser Bericht nicht abgefasst werden können.

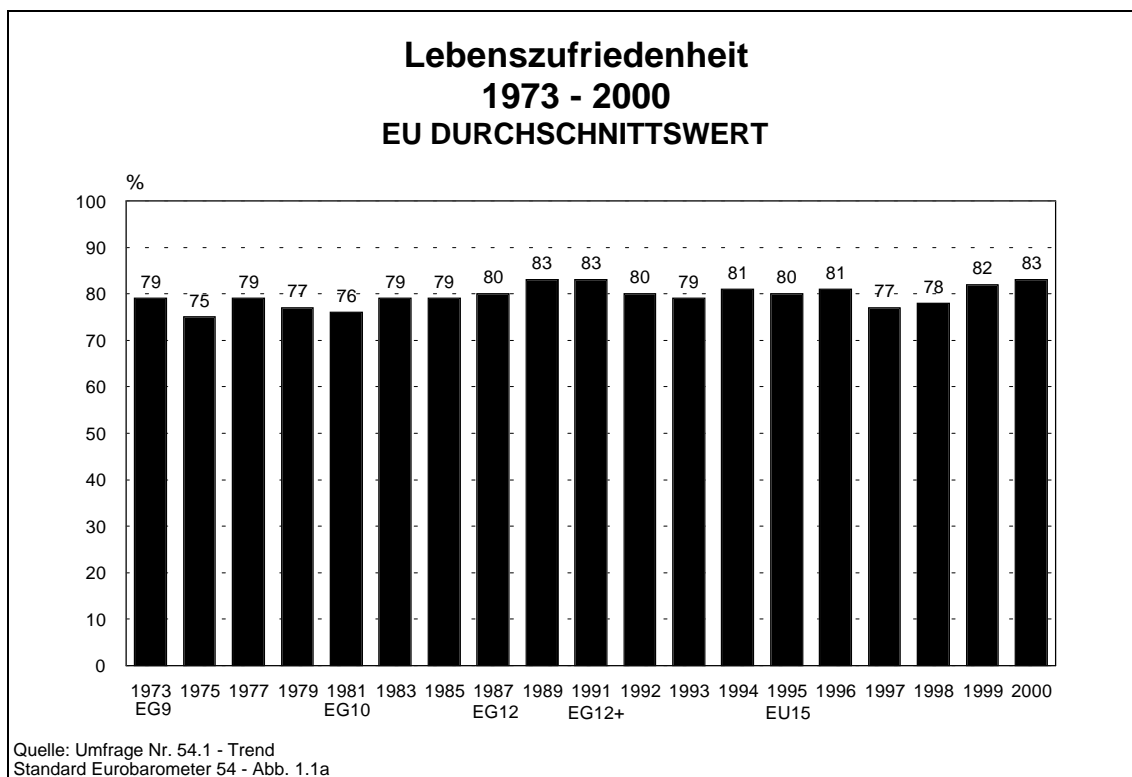
1. Zufriedenheit mit dem Leben und Erwartungen am Vorabend des 3. Jahrtausends

In diesem Kapitel betrachten wir den Grad der Zufriedenheit der Bürger der Europäischen Union mit dem Leben Ende des Jahres 2000, und wir werfen einen Blick auf ihre Erwartungen für das Jahr 2001.

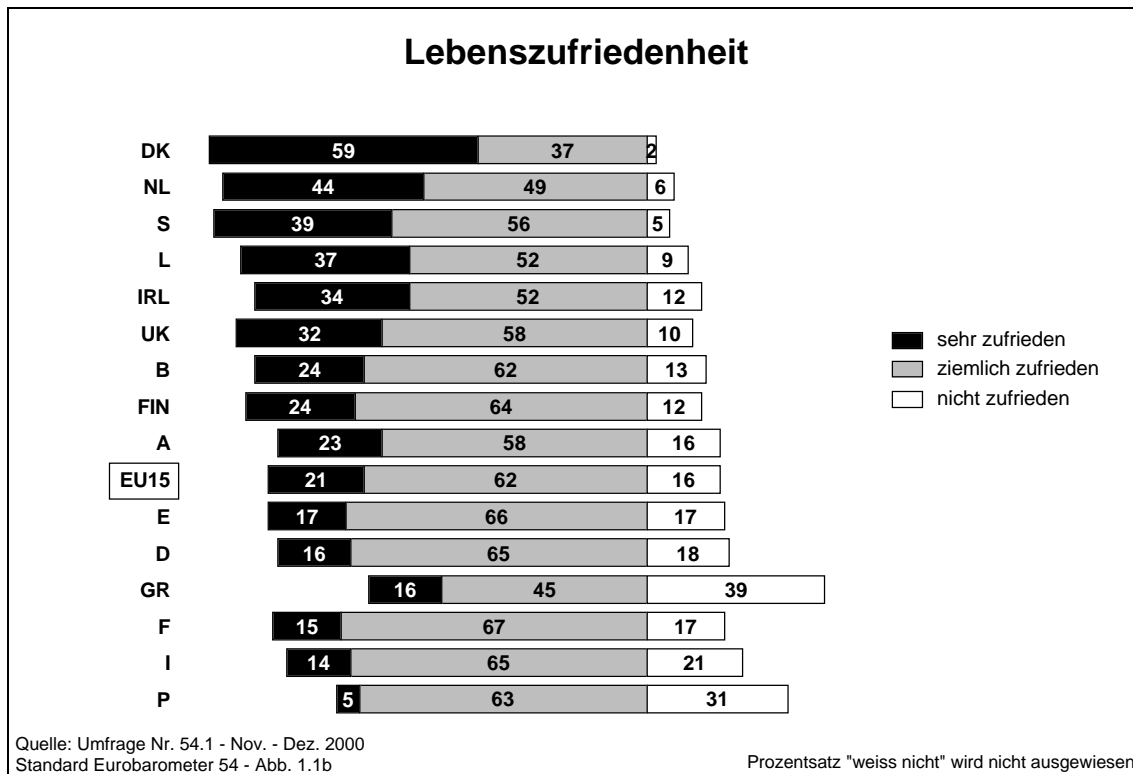
1.2. Zufriedenheit mit dem Leben

Seit Beginn des Eurobarometers im Jahr 1973 wurden die Bürger der Europäischen Union regelmässig gefragt, wie zufrieden sie mit ihrem Leben im allgemeinen sind. Diese Frage nach der Zufriedenheit mit dem Leben ist ein verdichteter Maßstab dafür, wie zufrieden die Menschen mit allen zu ihrem Leben gehörenden Aspekten sind, angefangen von ihrem persönlichen Glück, ihrer Gesundheit, ihrer Familie und ihrer wirtschaftlichen Situation bis hin zu ihrer Sicht der Gesellschaft im allgemeinen.

Im Herbst 2000 geben 83% der EU-Bürger an, dass sie mit ihrem Leben sehr oder ziemlich zufrieden sind. Dies ist bedeutend höher als zum Zeitpunkt, als die Frage 6 Monate vorher im Frühjahr dieses Jahres (+6) gestellt wurde und zeigt, dass der Grad der Zufriedenheit mit dem Leben in der EU gegenwärtig auf seinem Höhepunkt ist. Nur 1989 und 1991 hat das Eurobarometer einen gleich hohen Wert ergeben. Dies soll nicht heissen, dass der Grad der Zufriedenheit zuweilen niedrig war. Das untenstehende Diagramm zeigt, dass über die Jahre hinweg mindestens 75% der Befragten eine positive Einschätzung ihres Lebens abgegeben haben. Das Diagramm zeigt jedoch im Laufe der Zeit durchaus eine gewisse Veränderung auf. Wie zu erwarten, ist der Grad der Zufriedenheit in Zeiten wirtschaftlichen Wohlstandes hoch - was auch die gegenwärtige Erhöhung des Grades der Zufriedenheit erklärt - und er ist niedriger in schwierigeren Zeiten, wie z.B. 1975 als die Bürger die wirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise spürten.



Das folgende Diagramm zeigt, dass der gegenwärtige Grad der Zufriedenheit für die gesamte Europäische Union ziemlich Schwankungen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern verbirgt.



In Dänemark ist die Wahrscheinlichkeit am grössten, dass die Menschen mit ihrem Leben zufrieden sind (96%). Es handelt sich dabei um das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit dem Leben sehr zufrieden ist (59%). Andere Länder, in denen 9 von 10 Menschen zufrieden sind, sind Schweden (95%), die Niederlande (93%) und das Vereinigte Königreich (90%), wobei Luxemburg (89%), Finnland (88%), Irland und Belgien (beide 86%) nicht weit zurückliegen. In Spanien (83%), Frankreich (82%), Österreich und Deutschland (beide 81%), liegt der Grad der Zufriedenheit nahe am EU-Durchschnitt. Unter dem Durchschnitt liegt er in Griechenland (61%), Portugal (68%) und Italien (79%).

Im Vergleich mit den Ergebnissen vom Frühjahr 2000 hat sich der Grad der Zufriedenheit am meisten in Deutschland und Italien (beide +10 Prozentpunkte) verbessert. Bedeutende Verbesserungen werden auch in Belgien (+6), dem Vereinigten Königreich und Portugal (beide +5) festgestellt. In den Niederlanden sind die Menschen nun mit einer bedeutend höheren Wahrscheinlichkeit sehr zufrieden (+12), während sich der Anteil der Menschen, die ziemlich zufrieden sind, verringert hat (-10). In Griechenland bringen die Menschen extremere Grade der Zufriedenheit zum Ausdruck. Es ist sowohl wahrscheinlicher, dass sie sehr zufrieden sind (+7) als auch wahrscheinlicher, dass sie überhaupt nicht zufrieden sind (+5). In den anderen Ländern weisen die Zahlen eine geringfügige, unbedeutende Zunahme, keine Veränderung oder im Fall von Irland (-2) und Luxemburg (-1) eine kleine unbedeutende Abnahme auf (Tabelle 1.1a)

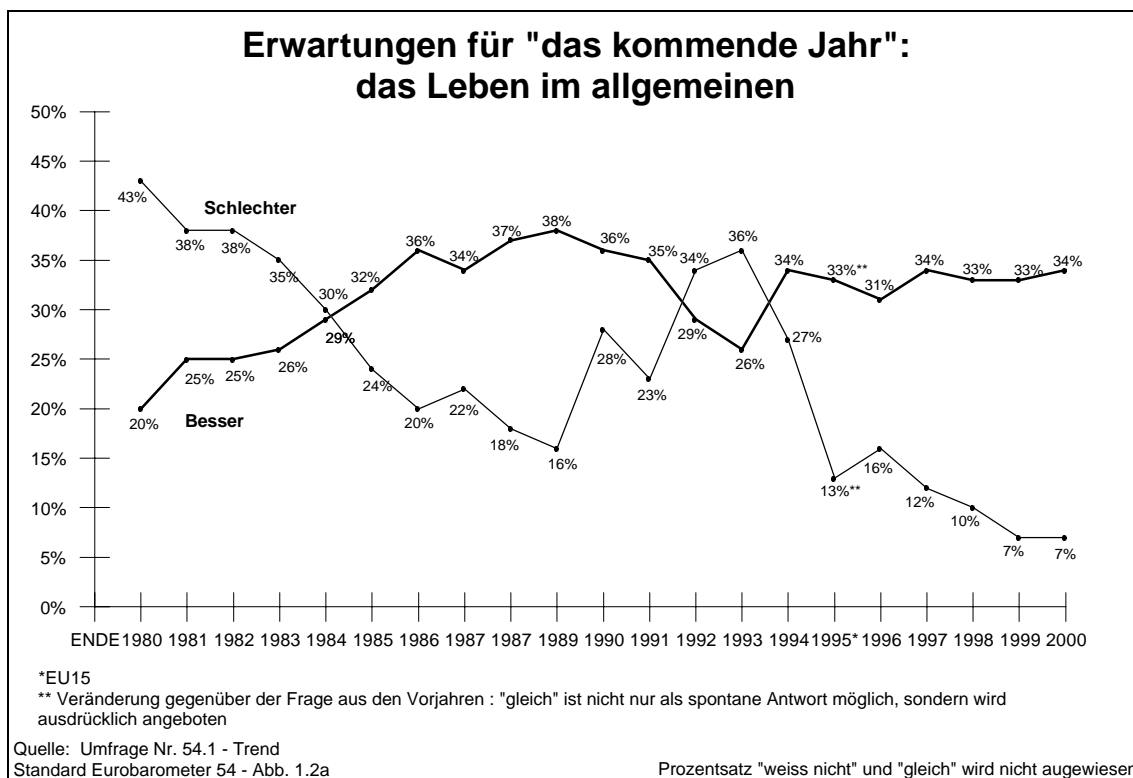
Die demografischen Analysen zeigen, dass der gleiche Anteil von Männern (83%) und Frauen (82%) mit ihrem Leben zufrieden ist. Es gibt auch sehr wenig Schwankungen zwischen den vier Altersgruppen. Bedeutende Unterschiede findet man jedoch zwischen den verschiedenen Berufsgruppen der Bevölkerung, wobei Führungskräfte (92%) sehr viel häufiger zufrieden sind als Menschen in anderen Berufen. Unter allen demographischen Gruppen sind Arbeitslose (61%) die am wenigsten zufriedenen. Die Ausbildung spielt hier ebenfalls eine große Rolle, wobei Menschen, die noch studieren (91%) mit der größten Wahrscheinlichkeit zufrieden sind, und Menschen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder darunter verlassen haben (79%) am unzufriedensten sind¹.

Schließlich zeigen die Analysen, dass 87% der Befürworter der Europäischen Union, die mit grosser Wahrscheinlichkeit Führungskräfte sind und bis zum Alter von 20 Jahren oder länger in der Schule blieben, im Vergleich zu 76% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes negativ betrachten, zufrieden sind. (Tabelle 1.1b)

¹ Siehe Anhang C.4 für eine Erklärung der Aufschlüsselung der demografischen Variablen.

1.2. Erwartungen der Menschen für das Jahr 2001

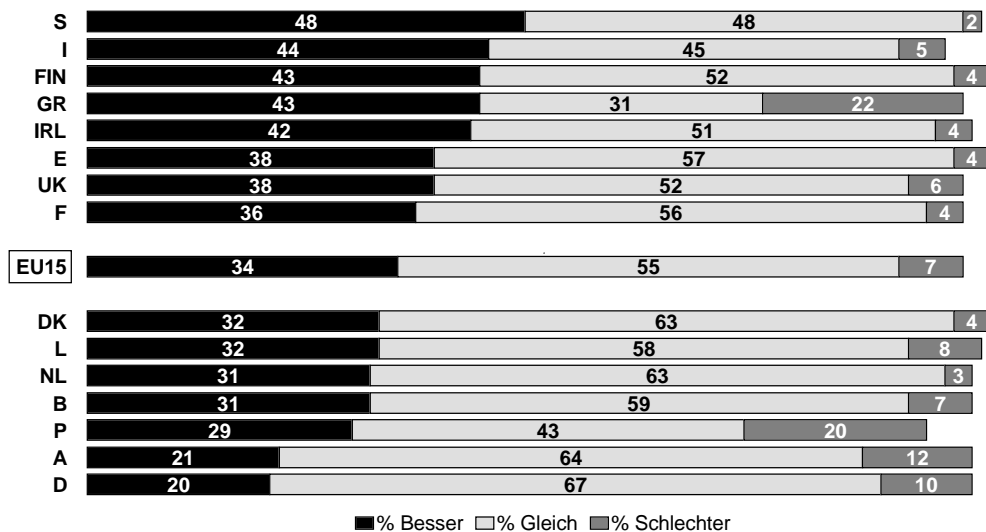
Ende 1980 glaubten nur 20% der Bürger der Europäischen Gemeinschaften², dass sich ihr Leben im folgenden Jahr allgemein verbessern würde. Tatsächlich war die Stimmung ziemlich pessimistisch - 43% der Europäer erwarteten eine Verschlechterung ihres Lebens. Nach 1984 und bis Anfang der 90er Jahre dominierte der Optimismus. Obwohl in den Jahren 1992 und 1993 ein Rückgang des Optimismus zu verzeichnen war, verringert sich der Anteil der Europäer, die glauben, dass sich ihr Leben im folgenden Jahr verschlechtert seitdem ständig und erreichte 1999 mit 7% einen Tiefpunkt, der im Jahr 2000 beibehalten wurde. Der Trend der Zeit weist auf eine starke Beziehung zwischen den Erwartungen der Menschen für das folgende Jahr und der wirtschaftlichen Situation ihres Landes hin. In Zeiten wirtschaftlichen Wachstums neigen die Erwartungen der Menschen dazu, sehr viel günstiger zu sein als in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten.



Bei Betrachtung der Ergebnisse der einzelnen Länder zeigt sich, dass die Schweden (48%) am ehesten glauben, dass das Jahr 2001 besser sein wird, gefolgt von den Italienern (44%), den Finnen, den Griechen (beide 43%) und den Iren (42%). Obwohl sich der Grad an Optimismus in Griechenland unter den höchsten gemessenen Werten befindet, handelt es sich dabei auch um das Land mit dem grössten Anteil an Menschen die glauben, dass ihr Leben allgemein schlechter werden wird (22%), was einen gewissen Grad der Polarisierung der griechischen Öffentlichkeit in dieser Beziehung zeigt. Es ist bemerkenswert, dass sich der Grad an Pessimismus gegenüber dem Ende des Jahres 1999 (+8) beträchtlich erhöht hat, während der Grad an Optimismus sich nicht bedeutend geändert hat (-1). Der Grad an Pessimismus liegt auch in Portugal bedeutend über dem Durchschnitt (20%; +8). Österreich (12%) ist das einzige andere Land, in dem der Grad an Pessimismus über 10% liegt. (Tabelle 1.2a)

² Abgesehen von den 9 Ländern, die Ende 1980 Mitglied der European Gemeinschaft waren, schloss die Umfrage Griechenland ein, das Anfang 1981 beitrat.

Erwartungen für 2001: das Leben im allgemeinen

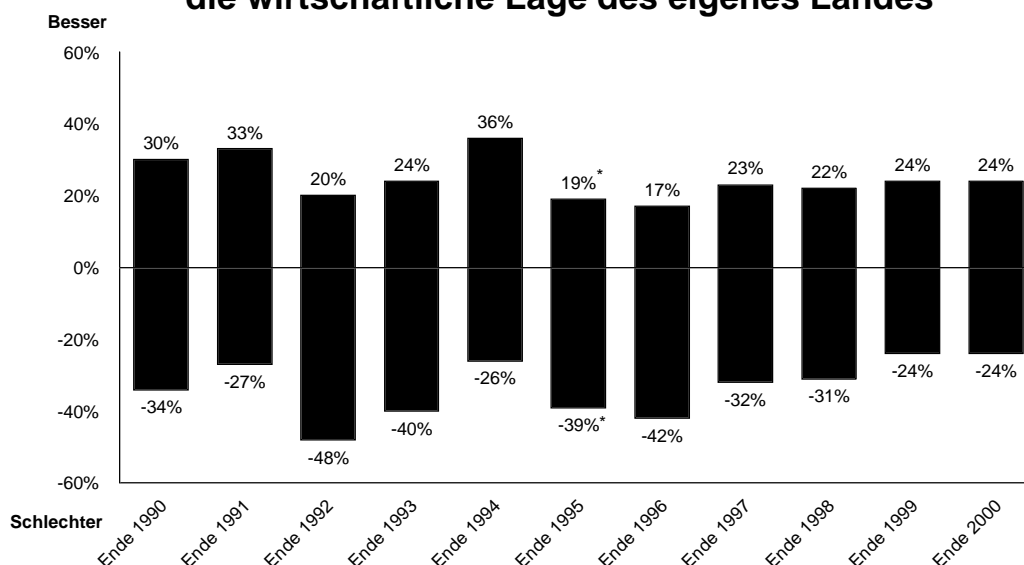


Quelle: Umfrage Nr. 54.1 - Nov. - Dez. 2000
Standard Eurobarometer 54 - Abb. 1.2b

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Seit 1990 wurden mit dieser Frage zum Ende des Jahres auch die Erwartungen der Menschen von der Wirtschaft ihres Landes im folgenden Jahr ermittelt. Im untenstehenden Diagramm wird der wirtschaftliche Wohlstand Europas Ende des 20. Jahrhunderts beschrieben. Wie im Herbst 1999 sind jetzt 24% der EU-Bürger optimistisch und 24% sind pessimistisch. Der Grad an Pessimismus ist bedeutend geringer als Anfang und Mitte der 90er Jahre, als zeitweise fast die Hälfte der Bevölkerung glaubte, dass das folgende Jahr schlechter werden würde.

Erwartungen für "das kommende Jahr": die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes



* Veränderung gegenüber der Frage aus den Vorjahren: "gleich" ist nicht nur als spontane Antwort möglich, sondern wird ausdrücklich angeboten

Anmerkung: Ende 1990 - Ende 1995: EU12

Quelle: Umfrage Nr. 54.1 - Nov. - Dez. 2000
Standard Eurobarometer 54 - Abb. 1.3a

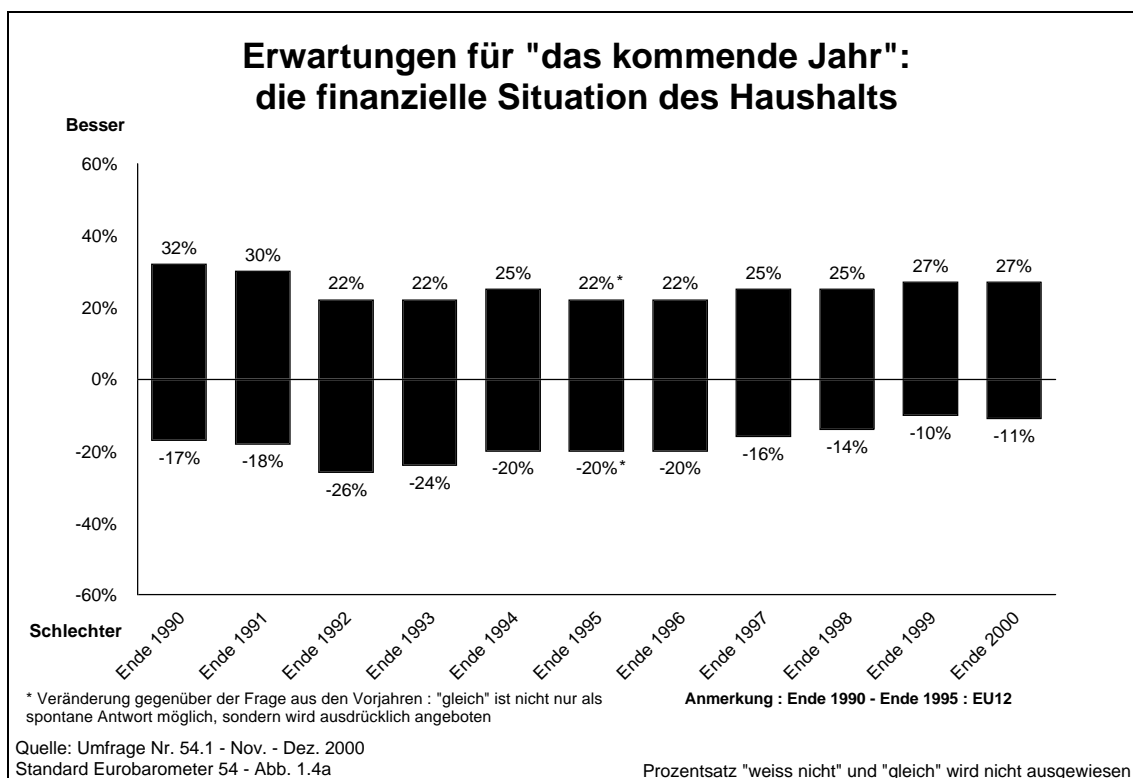
Prozentsatz "weiss nicht" und "gleich" wird nicht ausgewiesen

Zwischen den 15 Mitgliedsländern bestehen grosse Unterschiede, obwohl diese weniger ausgeprägt sind als im Herbst 1999. Der Grad an Optimismus ist in Schweden (32%) und Irland (31%) am höchsten, während 4 von 10 Menschen in Griechenland und Portugal (beide 40%) erwarten, dass sich die wirtschaftliche Situation ihres Landes verschlechtert.

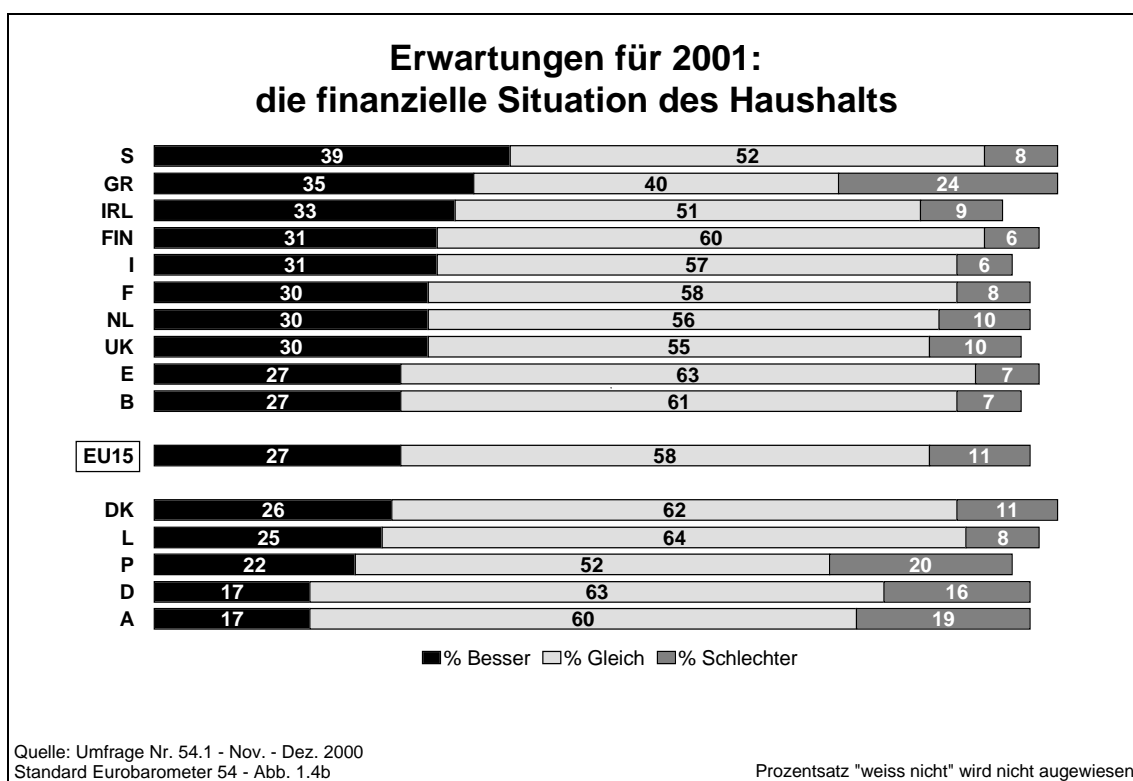


Während die Erwartungen für das Leben im allgemeinen dazu tendieren, in allen Mitgliedsländern von einem Jahr zum nächsten ziemlich stabil zu sein, weisen die Erwartungen für die ökonomische Situation in einem Land oft grosse Veränderungen auf. Wir treffen in Luxemburg, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich und Italien auf positive Veränderungen. Das Gegenteil gilt für Spanien, Irland und besonders für Portugal, wo eine Erhöhung um 24 Prozentpunkte des Anteils der Menschen, die glauben, dass sich die wirtschaftliche Situation ihres Landes im folgenden Jahr verschlechtern wird, verzeichnet wird. Auch in den Niederlanden und Österreich wurde eine negative Veränderung ermittelt, wobei die Menschen in diesen beiden Ländern nun weniger häufig glauben, dass die wirtschaftliche Situation gleich bleiben wird und eher glauben, dass sie sich verschlechtern wird. Die Bevölkerung in Schweden und Finnland ist diesmal auch weniger optimistisch, jedoch ist die Stimmung nicht pessimistisch, wobei weniger Menschen glauben, dass die Situation in ihrem Land besser werden wird und mehr Menschen angeben, dass sie gleich bleiben wird. In den verbleibenden Ländern sind keine bedeutenden Veränderungen zu vermerken. (Tabelle 1.3a)

Ein weiterer Punkt, der 1990 der Frage zum Ende des Jahres hinzugefügt wurde, ermittelt die Erwartungen der Menschen bezüglich der finanziellen Situation ihres Haushalts im kommenden Jahr.

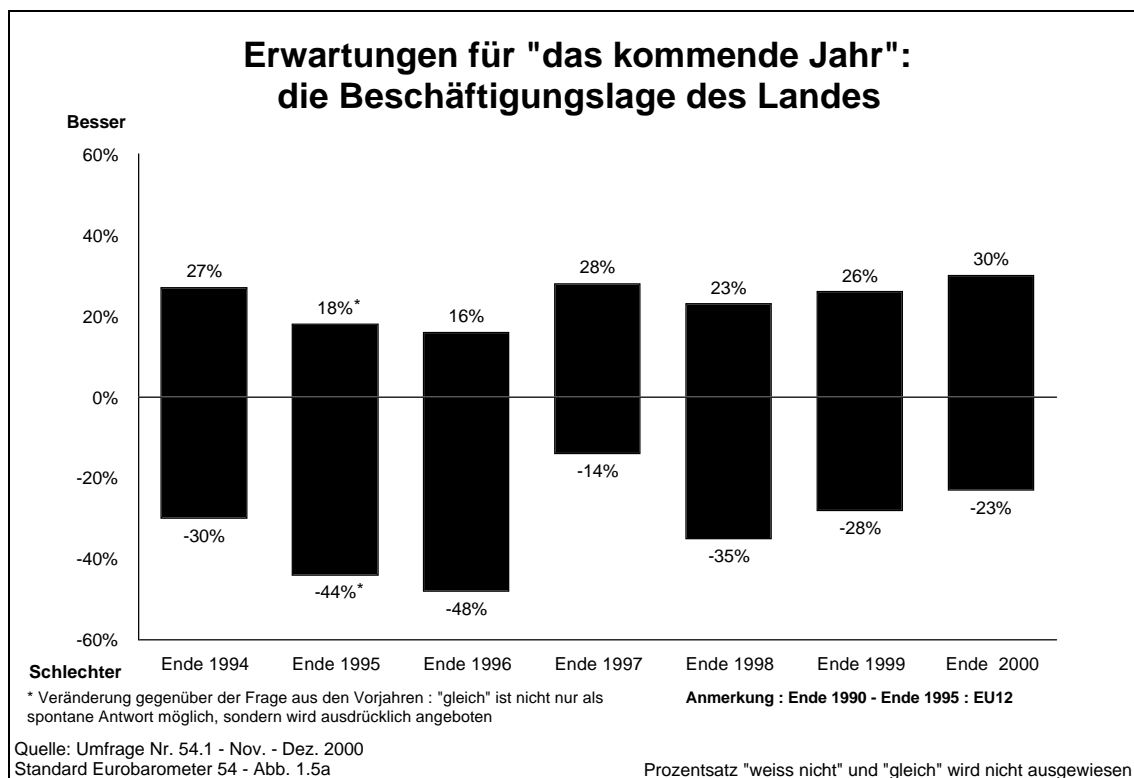


Der Grad an Optimismus erhöhte sich kontinuierlich von 22% im Jahre 1996 auf 27% im Jahre und blieb Ende des Jahres 2000 auf diesem hohen Niveau. 11% der Menschen glauben, dass die finanzielle Situation ihres Haushaltes schlechter sein wird, wobei dies um 1% höher liegt als am Ende des Jahres 2000, als die Umfrage den bisher niedrigsten Grad an Pessimismus verzeichnete. Die Mehrheit der Europäer erwartet, dass die finanzielle Situation ihres Haushaltes im Jahre 2001 die gleiche sein wird wie im Jahre 2000. In jedem einzelnen Mitgliedsland ist dies die am häufigsten zum Ausdruck gebrachte Erwartung, von 40% in Griechenland bis hin zu 64% in Luxemburg.



Bei der Betrachtung der Ergebnisse der Länder ergibt sich, dass die Schweden (39%) und Griechen (35%) weiterhin mit der grössten Wahrscheinlichkeit optimistisch sind. Es gibt jedoch in der griechischen Öffentlichkeit sehr viel weniger Konsens als im letzten Jahr, wobei jetzt 24% angeben, dass sie vom kommenden Jahr eine Verschlechterung erwarten (+8). In Österreich (+9), Portugal (+8) und Irland (+5) treffen wir auch auf eine Erhöhung des Grades an Pessimismus. In Österreich und Irland wird dies (zum grössten Teil) durch eine Verringerung des Anteils, der erwartet, dass die finanzielle Situation gleich bleiben wird, ausgeglichen, während in Portugal ein bedeutender Abfall des Anteils an Menschen verzeichnet wurde, die glauben, dass ihre finanzielle Situation besser werden wird (-9). Der Grad an Optimismus ist in Österreich und Deutschland am geringsten (beide 17%), und nach Griechenland ist der Grad an Pessimismus in Portugal (20%) und Österreich (19%) am höchsten. Kleine negative Veränderungen werden in Deutschland und Dänemark bemerkt. In Spanien und dem Vereinigten Königreich glauben die Menschen jetzt mit grösserer Wahrscheinlichkeit, dass ihre finanzielle Situation gleich bleiben wird, dies auf Kosten des Grads an Optimismus. In den Niederlanden sehen wir, dass jetzt mehr Menschen keine Meinung äussern als dies letztes Jahr der Fall war. Frankreich ist das einzige Land, in dem die Stimmung jetzt wirklich weniger pessimistisch ist als letztes Jahr. In Belgien, Italien, Luxemburg, Finnland und Schweden wurden keine bedeutenden Veränderungen verzeichnet. (Tabelle 1.4a)

Seit 1994 misst das Eurobarometer die Erwartungen der Menschen bezüglich der Beschäftigungslage ihres Landes. Daten von EUROSTAT zeigen, dass die Arbeitslosenquote von 11% im Jahre 1994 auf 8% im Jahre 2000 gefallen ist. Bei der anhaltenden Verringerung der Arbeitslosenquote ist es nicht überraschend, dass die Menschen eher dazu neigen, in gutes Gefühl bezüglich der Beschäftigungslage in ihrem Land zu haben. 30% der EU-Bürger erwarten nun, dass sich die Beschäftigungslage in ihrem Land im kommenden Jahr verbessert (verglichen mit 26% im letzten Jahr), und nur 23% glauben, dass sie sich verschlechtern wird (verglichen mit 28% im letzten Jahr).



Wie die folgende Tabelle zeigt, war die Arbeitslosenquote zum Zeitpunkt der Umfrage in 12 der 15 Mitgliedsländer geringer als ein Jahr früher. In den Niederlanden blieb die Arbeitslosenquote unverändert bei 2,8%, während sie in Dänemark geringfügig stieg (+0,8%).

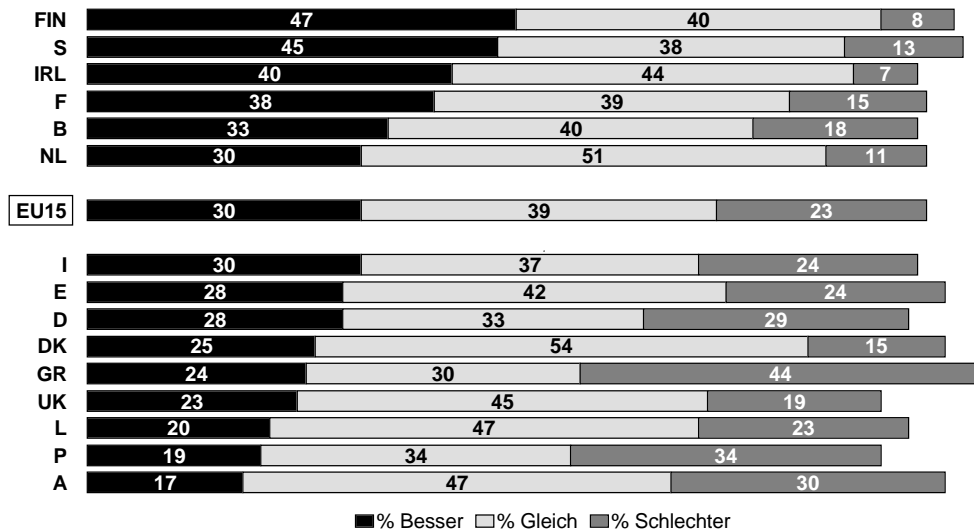
| ARBEITSLOSENQUOTEN, SAISONBEREINIGT ³ | | | | | | | | |
|--|------|-----|------|----|------|------|------|------|
| | B | DK | D | GR | E | F | IRL | I |
| 1993.10 | 9.4 | 9.7 | 8.4 | NA | 23.7 | 12.3 | 15.4 | 10.8 |
| 1994.10 | 10.1 | 7.6 | 8.2 | NA | 23.9 | 12.1 | 14.5 | 11.8 |
| 1995.11 | 10.0 | 6.6 | 8.5 | NA | 22.7 | 11.8 | 12.4 | 11.9 |
| 1996.11 | 9.4 | 6.1 | 9.2 | NA | 21.7 | 12.4 | 11.0 | 12.1 |
| 1997.11 | 9.1 | 5.1 | 10.2 | NA | 20.2 | 12.3 | 9.8 | 12.1 |
| 1998.10 | 8.6 | 4.2 | 9.4 | NA | 18.4 | 11.8 | 8.6 | 12.3 |
| 1999.10 | 8.9 | 4.2 | 9.1 | NA | 15.3 | 10.7 | 6.1 | 11.1 |
| 2000.11 | 8.4 | 5.0 | 8.2 | NA | 13.6 | 8.9 | 4.1 | 10.5 |

| | L | NL | A | P | FIN | S | UK | EU15 |
|---------|-----|-----|-----|-----|------|------|------|------|
| 1993.10 | 2.9 | 6.9 | NA | 6.2 | 18.9 | 10.4 | 10.4 | 11.2 |
| 1994.10 | 3.7 | 7.1 | NA | 7.2 | 17.7 | 9.4 | 9.1 | 11.0 |
| 1995.11 | 2.9 | 7.0 | 4.0 | 7.4 | 16.2 | 9.3 | 8.6 | 10.8 |
| 1996.11 | 2.8 | 6.1 | 4.3 | 7.1 | 15.2 | 10.0 | 7.9 | 10.8 |
| 1997.11 | 2.5 | 4.6 | 4.4 | 6.5 | 11.9 | 9.0 | 6.5 | 10.5 |
| 1998.10 | 2.2 | 3.6 | 4.4 | 4.5 | 11.0 | 7.5 | 6.2 | 9.8 |
| 1999.10 | 2.7 | 2.8 | 4.1 | 4.3 | 10.0 | 6.5 | 5.9 | 9.0 |
| 2000.11 | 2.1 | 2.8 | 3.2 | 4.1 | 9.6 | 5.6 | 5.4 | 8.2 |

Obwohl die Gesamtsituation sehr positiv ist, variieren die Erwartungen der Menschen von Land zu Land beträchtlich. Finnland (47%), Schweden (45%) und Irland (40%) sind weiterhin optimistisch, obwohl sich die Rangfolge seit letztem Jahr verändert hat. Griechenland (44%) ist weiterhin am pessimistischsten, gefolgt von Portugal (34%). In Frankreich, Italien, Deutschland und Belgien spiegeln sich positive Arbeitsmarktentwicklungen in einem sich vergrößernden öffentlichen Optimismus wider, wenn man die Ergebnisse dieses Jahres mit denen des letzten Jahres vergleicht. Die höchste Zunahme des Anteils an positiven Antworten wird in Frankreich (+14) verzeichnet, gefolgt von Deutschland (+9), Belgien (+7) und Italien (+6). Der Grad an Pessimismus hat sich auch in Dänemark (-8) und dem Vereinigten Königreich (-4) beträchtlich verringert, aber anstatt optimistischer zu werden, neigen die Menschen nun eher zur Ansicht, dass die Arbeitsmarktsituation in ihrem Land gleich bleibt. Obwohl sie eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Europa haben, sind die Portugiesen sehr viel pessimistischer als letztes Jahr (+13). Zusammen mit Spanien (+9) handelt es sich dabei um das einzige Land, in dem sich dies in einer bedeutenden Verringerung des Grads an Optimismus widerspiegelt. In anderen Ländern, in denen bedeutende Verringerungen des Grads an Optimismus festgestellt wurden - Irland (-14), die Niederlande (-13), Schweden (-8) - neigen die Menschen nun eher zu der Ansicht, dass die Beschäftigungslage in ihrem Land gleich bleiben wird. (Tabelle 1.5a)

³ Quelle: EUROSTAT News Release N° 1/2001 (Zahlen für Griechenland nicht verfügbar). EUROSTAT verwendet die Definition der ILO bezüglich der Arbeitslosigkeit für die Schätzungen. Für Dänemark und die Niederlande sind die Zahlen von Oktober 2000 angegeben. Für das Vereinigte Königreich sind die Zahlen von August 2000 angegeben. Für Italien sind die Zahlen von Juli 2000 angegeben.

Erwartungen für 2001: die Beschäftigungslage des Landes

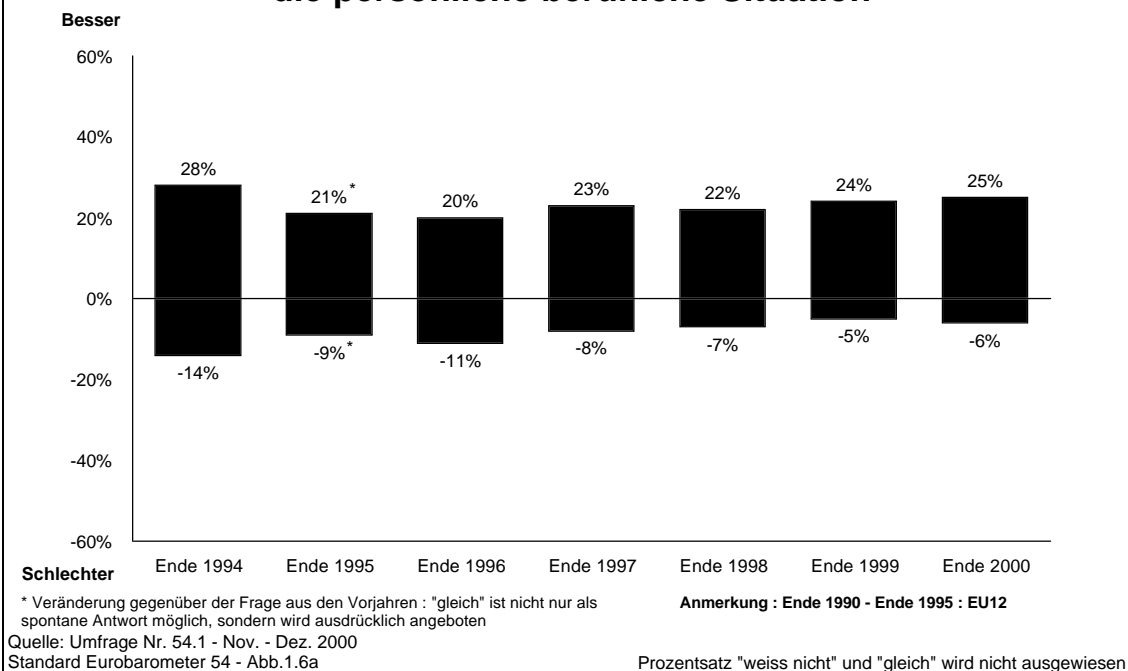


Quelle: Umfrage Nr. 54.1 - Nov. - Dez. 2000
Standard Eurobarometer 54 - Abb. 1.5b

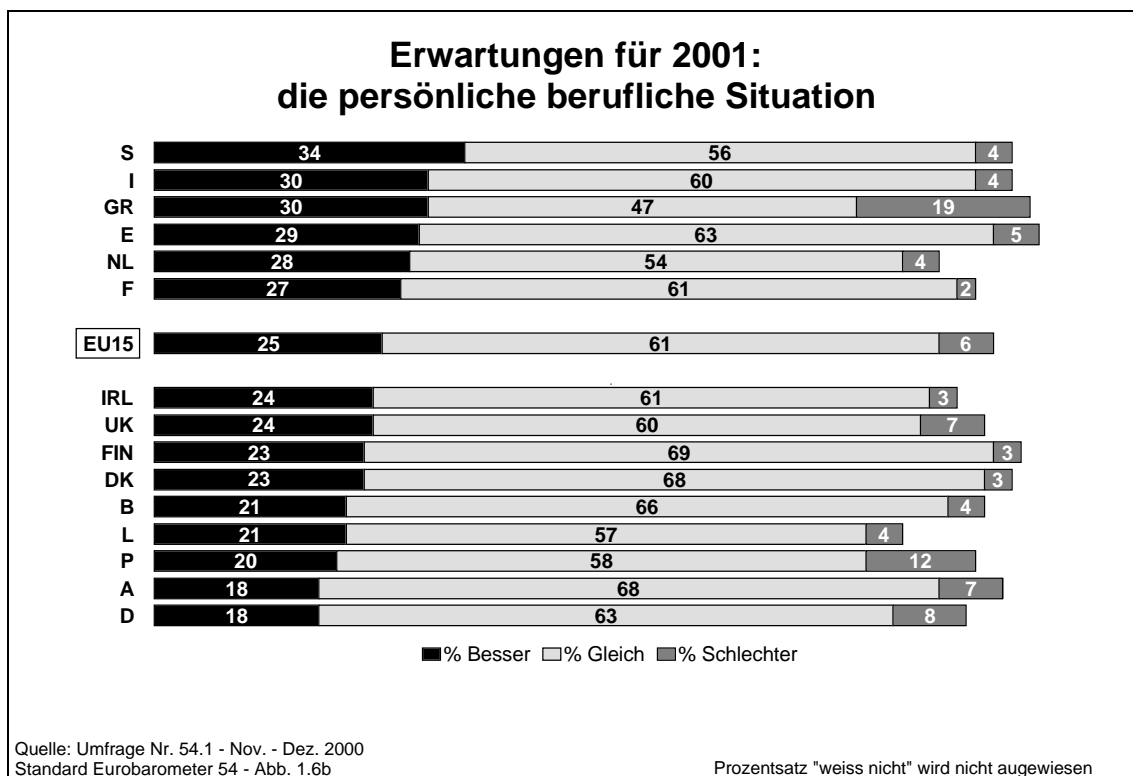
Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Auf dem EU-Niveau scheinen die Menschen eine ziemlich positive Meinung bezüglich ihrer persönlichen Arbeitssituation zu haben. Ende des Jahres 2000 erwarten 25%, dass ihre persönliche Arbeitssituation besser wird, und 61% erwarten, dass sich gleich bleibt. Nur 6% der Europäer erwarten eine Verschlechterung im Jahre 2001. Aufgrund der Aufrundung stellt dies eine Erhöhung um einen Prozentpunkt gegenüber dem letzten Jahr dar, als der niedrigste Wert erhalten wurde, seitdem das Eurobarometer Ende 1994 damit begann, diese Erwartung zu messen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Erwartungen der Menschen extremer, wobei ein grösserer Anteil der Bevölkerung eine Verbesserung (28%) oder Verschlechterung (14%) erwartete.

Erwartungen für "das kommende Jahr": die persönliche berufliche Situation



Wir stellen wiederum fest, dass die Erwartungen der Menschen von Land zu Land beträchtlich variieren. Den höchsten Anteil an Menschen, die glauben, dass sich ihre persönliche Arbeitssituation im Jahre 2001 verbessern wird, finden wir in Schweden (34%), gefolgt von Italien, Griechenland (beide 30%) und Spanien (29%). Während die Ansicht, dass das Jahr 2001 besser werden wird, in Deutschland und Österreich (beide 18%) am wenigsten verbreitet ist, ist die Stimmung in diesen beiden Ländern ganz und gar nicht pessimistisch. Die grosse Mehrheit in diesen beiden Ländern glaubt, dass ihre persönliche Arbeitssituation gleich bleiben wird, und weniger als 1 von 10 Personen glaubt, dass sie sich verschlechtern wird. Die Häufigkeit von pessimistischen Erwartungen liegt in allen anderen Ländern mit Ausnahme von Griechenland (19%) und Portugal (12%) unter 10%. In beiden Ländern ist die Stimmung weniger optimistisch als letztes Jahr. In Portugal hat sich der Anteil der Menschen, die glauben, dass sich ihre persönliche Arbeitssituation verbessern wird, um 8 Prozentpunkte verringert, und der Anteil der Menschen, die glauben, dass sich ihre persönliche Arbeitssituation verschlechtern wird hat sich um 5 Prozentpunkte erhöht. In Griechenland, erhöhte sich der Anteil der Menschen, die eine pessimistische Ansicht vertreten, um Prozentpunkte. Schweden (+5) und die Niederlande (+4) sind die einzigen zwei Länder, in denen die Stimmung jetzt bedeutend optimistischer ist. In Österreich gibt es jetzt mehr Menschen, die glauben, dass ihre persönliche Arbeitssituation gleich bleiben wird, was zu einem geringeren Prozentsatz von „weiss nicht“ - Antworten führt. In Dänemark ist das Gegenteil eingetreten. In allen anderen Ländern wurde keine bedeutende Veränderung festgestellt. (Tabelle 1.6a)



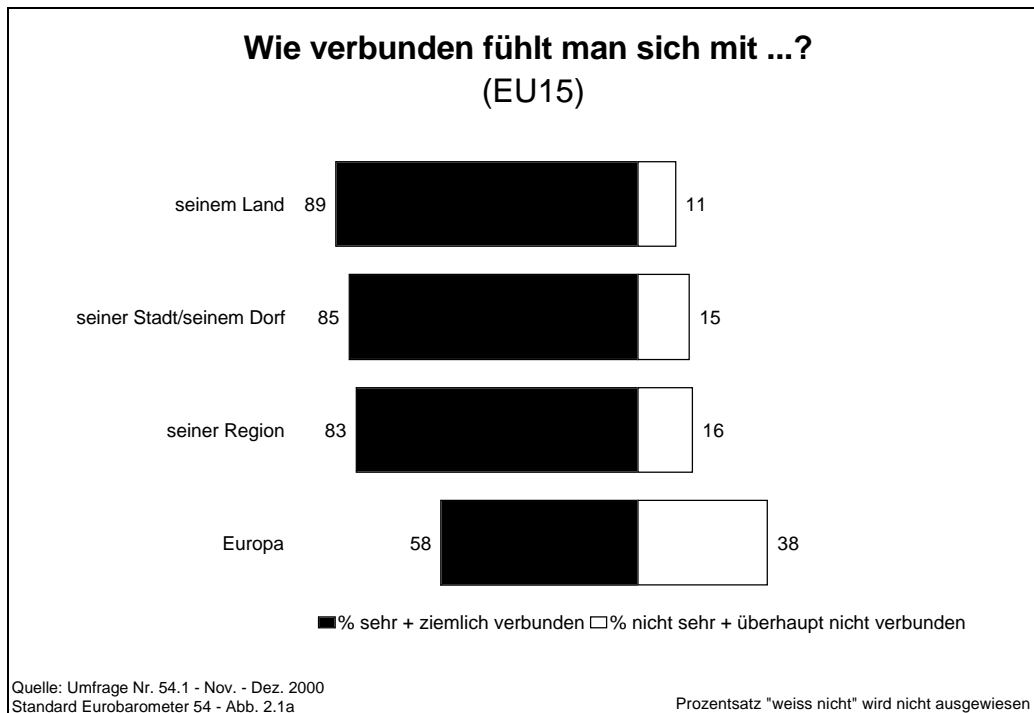
Die Erwartungen der Menschen bezüglich des kommenden Jahres variieren nicht nur von Land zu Land, sondern hängen auch von einer Reihe soziodemografischer Faktoren ab. Männer tendieren dazu, optimistischer zu sein als Frauen, und der Grad an Optimismus erhöht sich mit dem Bildungsstand und verringert sich mit dem Alter. Junge und gut ausgebildete Menschen neigen häufiger dazu als ältere und weniger gut ausgebildete Menschen, die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als eine gute Sache zu betrachten. Folglich glauben die Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten eher, dass das Jahr 2001 besser sein wird, als die Menschen, die gegen die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU sind. (Siehe die Tabellen 1.2b, 1.3b, 1.4b, 1.5b und 1.6b)

2. Einstellungen zu Staatsbürgerschaft und Demokratie

In diesem Kapitel untersuchen wir die Einstellungen der Menschen zur Staatsbürgerschaft durch die Analyse der Frage, wie sehr sie sich ihrem Wohnort, ihrem Land und Europa verbunden fühlen, sowie durch die Analyse des Unterschieds zwischen nationaler und europäischer Identität. Wir werfen auch einen Blick auf den Grad des Nationalstolzes, und zum ersten Mal stellen wir die Ergebnisse einer Frage vor, die das Ausmaß misst, in dem die Menschen stolz darauf sind, Europäer zu sein. Das Kapitel betrachtet auch die Zufriedenheit der Öffentlichkeit mit der Funktionsweise der Demokratie in jedem Mitgliedsland, sowie in der Europäischen Union.

2.1. Verbundenheit der Menschen mit ihrem Wohnort, ihrer Region, ihrem Land und Europa

Die Umfrage misst den Grad der Verbundenheit der Menschen mit ihrer Stadt oder ihrem Dorf, mit ihrer Region, ihrem Land und mit Europa. auf dem EU-Niveau fühlen sich fast 9 von 10 Menschen mit ihrem Land verbunden, und mehr als 8 von 10 Menschen fühlen sich ihrer Stadt oder ihrem Dorf und ihrer Region verbunden. Die Verbundenheit mit Europa ist ebenso ziemlich weit verbreitet, wobei fast 6 von 10 EU-Bürgern angeben, dass sie sich damit sehr stark oder ziemlich verbunden fühlen.

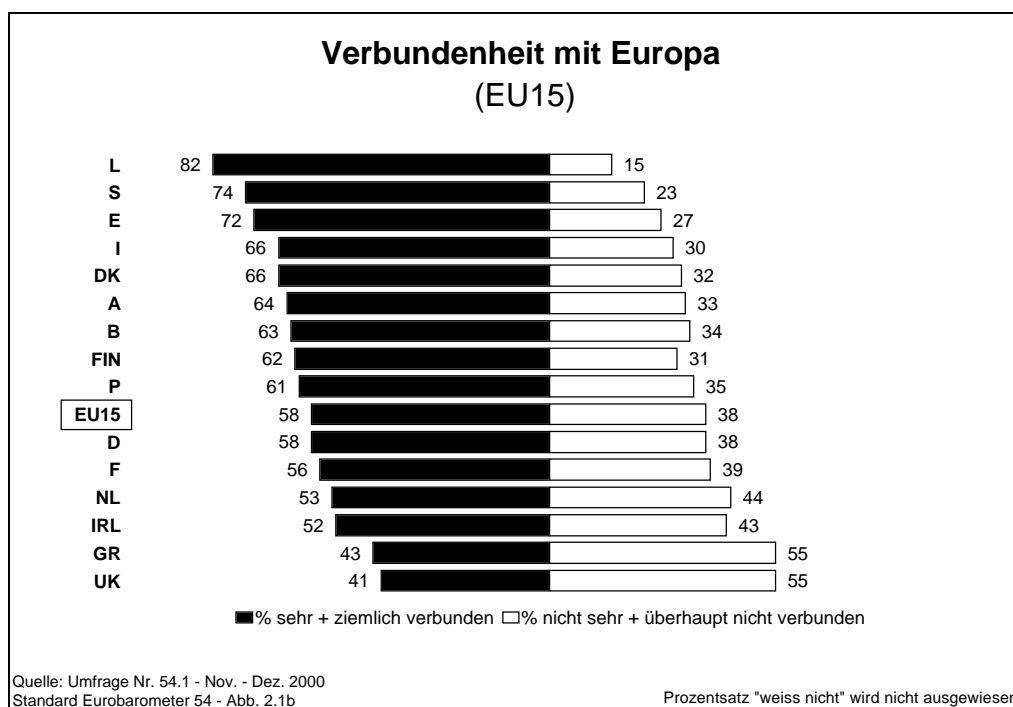


Die Verbundenheit der Menschen mit ihrer **Stadt oder ihrem Dorf** ist in Europa am Ende des 2. Jahrtausends immer noch sehr stark. Die Land-für-Land-Analyse zeigt, dass in 14 Mitgliedsländern sich mehr als drei Viertel der Bevölkerung mit ihrer Gegend verbunden fühlen. Nur in den Niederlanden (66%) liegen die Werte niedriger. Der Grad der Verbundenheit ist besonders hoch in Spanien (95%), Portugal (93%), Griechenland (91%) und Irland (90%). In Griechenland fühlen sich 75% der Befragten mit ihrer Stadt oder ihrem Dorf sehr stark verbunden. (Tabelle 2.1a)

Siebenundsiebzig Prozent der Menschen in Griechenland fühlen sich mit ihrer **Region** sehr stark verbunden, und weitere 17% fühlen sich damit ziemlich verbunden. Andere Länder, in denen mehr als 9 von 10 Menschen sich sehr stark oder ziemlich verbunden fühlen, sind Portugal, Spanien (beide 95%) und Irland (91%). Mit 66% fühlen sich die Menschen in den Niederlanden am wenigsten mit ihrer Region verbunden. (Tabelle 2.1b)

Im Vergleich zu ihrer Stadt, ihrem Dorf oder ihrer Region ist es sogar noch wahrscheinlicher, dass sich die Menschen mit ihrem Land verbunden fühlen, und hier treffen wir zwischen den verschiedenen Nationen auf sehr viel weniger Unterschiede. In 12 Mitgliedsländern fühlen sich 9 von 10 Menschen ihrem Land verbunden. In Deutschland teilen 85% diese Ansicht. Die belgischen und dänischen Befragten neigen mit 80% am seltensten dazu anzugeben, dass sie sich ihrem Land sehr stark oder ziemlich verbunden fühlen. (Tabelle 2.1c)

Bei Betrachtung des Ausmaßes, in dem sich die Menschen mit **Europa** verbunden fühlen, sehen wir, dass 82% der Menschen in Luxemburg sich sehr stark oder ziemlich verbunden fühlen. Schweden (74%) liegt auf dem zweiten Platz, gefolgt von Spanien (72%). Die Menschen im Vereinigten Königreich (41%) und Griechenland (43%) neigen am wenigsten zur Verbundenheit. In diesen zwei Ländern fühlen sich 55% der Menschen nicht sehr stark oder überhaupt nicht mit Europa verbunden. In den übrigen 10 Mitgliedsländern fühlen sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung sehr stark oder ziemlich mit Europa verbunden. (Siehe auch Tabelle 2.1d)

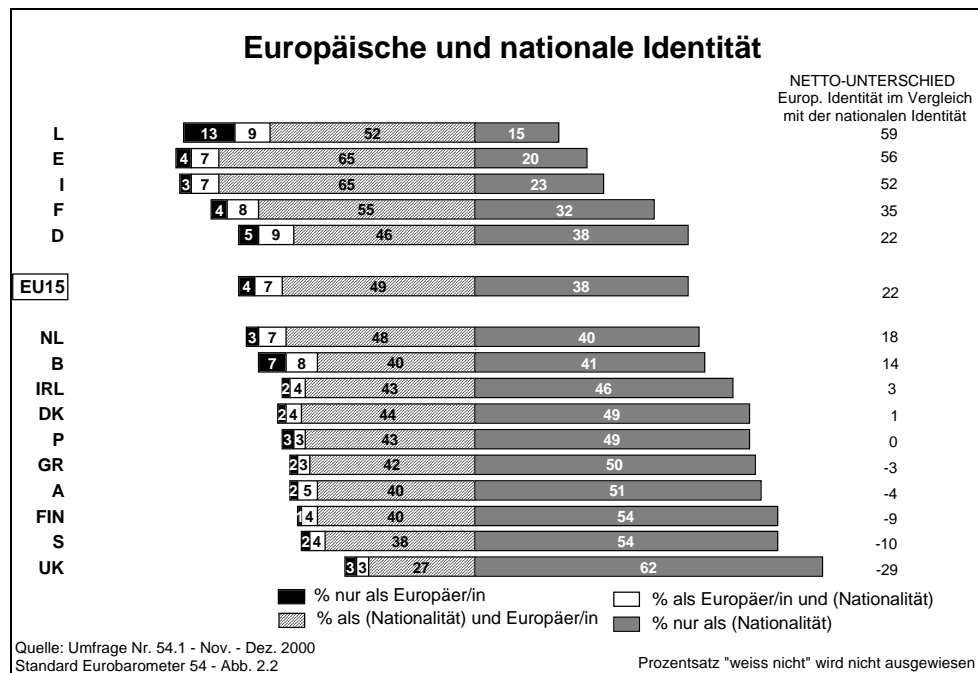


Die folgende Tabelle zeigt, dass im Vergleich zum Frühjahr 1999, als die Frage zuletzt gestellt wurde, sich das Ausmaß der Verbundenheit mit Europa in Luxemburg, Spanien, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich (alle +4), in Schweden und Frankreich (beide +3) bedeutend verbessert hat. Dänemark und Irland (beide -5) sind die einzigen zwei Länder, in denen eine bedeutende negative Veränderung festgestellt wurde.

| Verbundenheit mit Europa - Anteil der Befragten, die sich ziemlich verbunden fühlen in % - Frühjahr 1999 (EB51) und Herbst 2000 (EB54) | | | |
|--|---------------|-------------|------------------|
| Mitgliedsland | Frühjahr 1999 | Herbst 2000 | Veränderung in % |
| B | 63 | 63 | 0 |
| DK | 71 | 66 | -5 |
| D | 58 | 58 | 0 |
| GR | 41 | 43 | +2 |
| E | 68 | 72 | +4 |
| F | 53 | 56 | +3 |
| IRL | 57 | 52 | -5 |
| I | 65 | 66 | +1 |
| L | 78 | 82 | +4 |
| NL | 49 | 53 | +4 |
| A | 62 | 64 | +2 |
| P | 61 | 61 | 0 |
| FIN | 64 | 62 | -2 |
| S | 71 | 74 | +3 |
| UK | 37 | 41 | +4 |
| EU15 | 56 | 58 | +2 |

2.2. Europäische und nationale Identität

Bei der Frage danach, wie sie sich in naher Zukunft selbst sehen, sind die Menschen, die angeben, dass sie sich als Europäer fühlen, in 9 der 15 Mitgliedsländer in der Mehrheit, obwohl die meisten sich nicht ausschliesslich als Europäer betrachten.



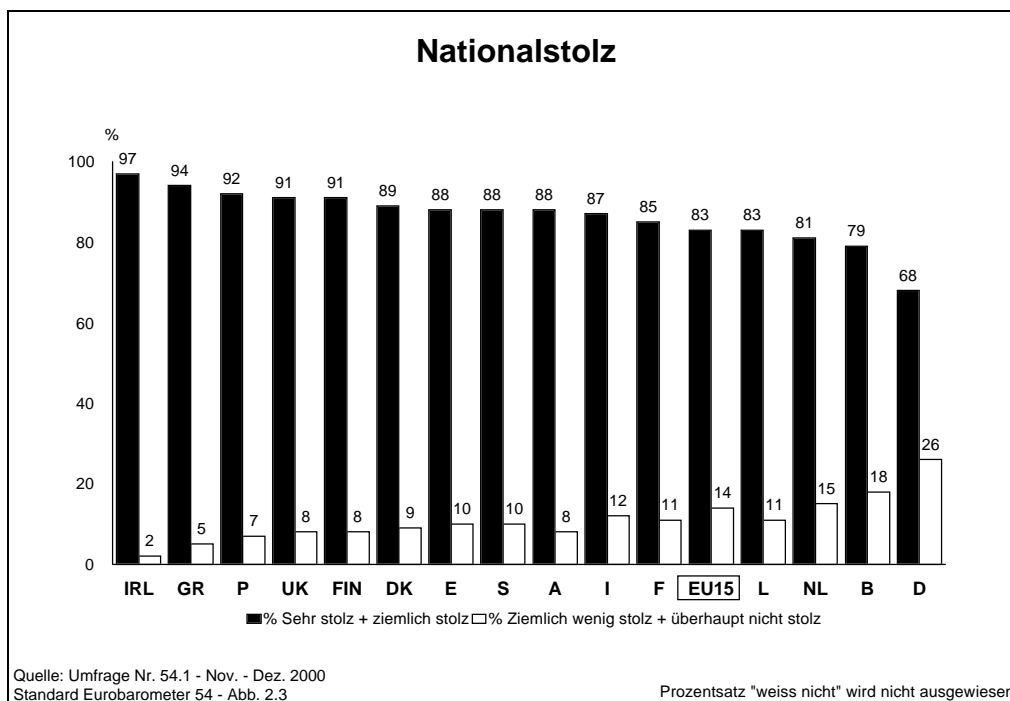
Da Luxemburg einen hohen Anteil an Bürgern von anderen EU-Ländern aufweist sehen wir wiederum, dass in diesem Land die Menschen am ehesten dazu neigen, sich als Europäer zu fühlen (13%), gefolgt von den Menschen in Belgien (7%). In allen anderen Ländern teilen diese Ansicht 5% oder weniger der Bevölkerung. Wenn wir die Menschen einschliessen, die sich ein wenig als Europäer fühlen, führt Spanien mit 76% die Liste an, gefolgt von Italien (75%) und Luxemburg (74%). Die 6 anderen Länder, in denen die Menschen, die sich (zu einem gewissen Grad) als Europäer fühlen, die Mehrheit stellen, sind Frankreich (67%), Deutschland (60%), die Niederlande (58%), Belgien (55%), Dänemark (50%) und Irland (49%). In den anderen 6 Ländern sind die Menschen, die sich nur mit ihrer eigenen Nationalität identifizieren, in der Mehrheit, obwohl in einigen von diesen Ländern diese Mehrheit sehr klein ist. Im Vereinigten Königreich (62%), ist jedoch die nationale Identität deutlich das vorherrschende Gefühl.

Obwohl der Anteil der Menschen, die sich nur mit Europa identifizieren, im Laufe der Zeit gering geblieben ist, zeigen erst kürzlich durchgeführte Messungen, dass sich die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Menschen ausschliesslich mit ihrer eigenen Nationalität identifizieren, abnimmt. Folglich sehen wir, dass in einer Reihe von Ländern die Menschen mehr und mehr dazu neigen, ein geteiltes Identitätsgefühl mit ihrer eigenen Nationalität einerseits und mit Europa andererseits zu haben. In Luxemburg und Irland hat sich zum Beispiel der Anteil der Menschen, die sich nur mit ihrer Nationalität identifizieren, seit dem Frühjahr 2000 um 12 beziehungsweise 10 Prozentpunkte verringert. Frankreich (+5), Dänemark und Portugal (beide +3) sind die einzigen Länder, in denen sich der Anteil der Menschen, die sich ausschließlich mit ihrer eigenen Nationalität identifizieren, erhöht hat. (Tabelle 2.2a)

Die demografische Analyse zeigt, dass noch Studierende (74%) und diejenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder länger in der Vollzeit-Ausbildung verblieben sind (71%) und Führungskräfte (69%) am häufigsten dazu neigen, sich bis zu einem gewissen Grad als Europäer zu fühlen. Menschen im Ruhestand (50%) und Menschen, die die Schule vor dem Alter von 15 Jahren (49%) verlassen haben, neigen am ehesten dazu, sich mit ihrer eigenen Nationalität zu identifizieren.

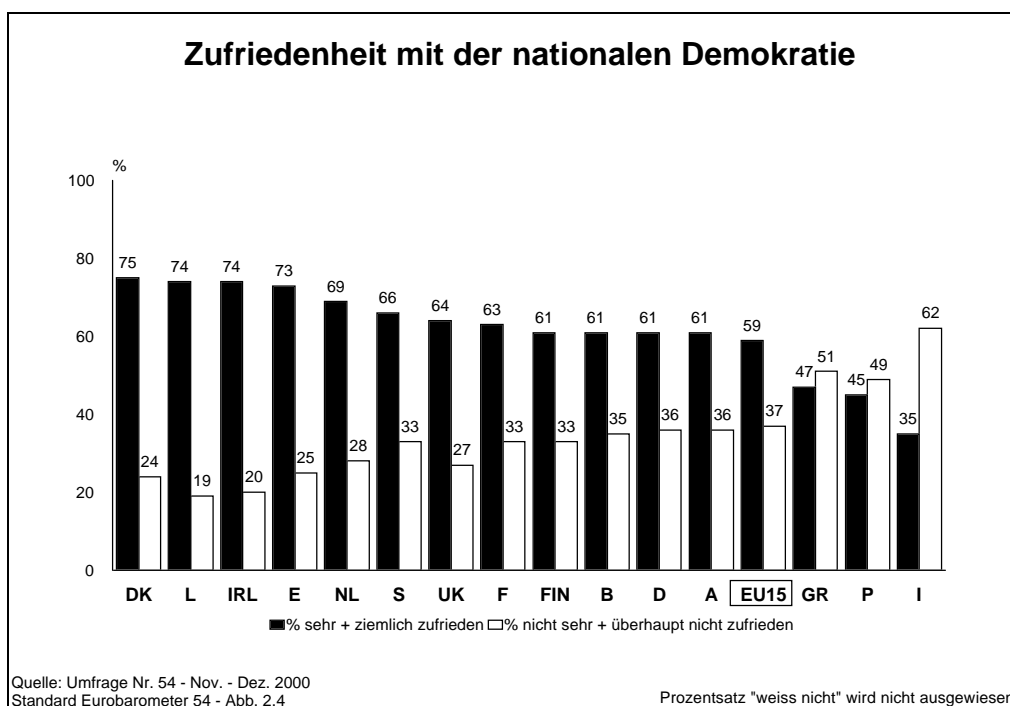
Die Analysen der Einstellungen zeigen, dass 78% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als eine gute Sache betrachten, sich zu einem gewissen Grad als Europäer fühlen. Auf der anderen Seite stellen wir fest, dass 72% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes negativ sehen, sich mit ihrer eigenen Nationalität identifizieren. Die Kluft zwischen den beiden Gruppen hat sich seit dem Frühjahr 2000 vergrössert, als 76% der Pro-Europäer sich zu einem gewissen Grad als Europäer fühlten, und 69% der Europa-Skeptiker sich mit ihrer eigenen Nationalität identifizierten. (Tabelle 2.2b)

Das folgende Diagramm zeigt, dass das Ausmaß, in dem die Menschen auf ihre Nationalität stolz sind, von Land zu Land sehr stark variiert. Die Menschen in Irland sind mit der grössten Wahrscheinlichkeit stolz (97%) während die Menschen in Deutschland diese Ansicht am wenigsten teilen (68%). (Siehe auch Tabelle 2.3)



2.3. Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie

Wenn wir die Funktionsweise der Demokratie in den Mitgliedsländern betrachten, sehen wir, dass ungefähr drei Viertel der Menschen in Dänemark, Luxemburg, Irland und Spanien die Demokratie in ihren Ländern positiv bewerten. Das gleiche gilt für fast 7 von 10 Menschen in den Niederlanden und Schweden, für ungefähr 6 von 10 der Menschen im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Finnland, Belgien, Deutschland und Österreich und für nahezu 5 von 10 Menschen in Griechenland. Italien (62%), Griechenland (51%) und Portugal (49%) sind somit die einzigen Länder, in denen diejenigen, die mit der Funktionsweise der Demokratie nicht zufrieden sind, in der Mehrheit sind. (Tabelle 2.4a)



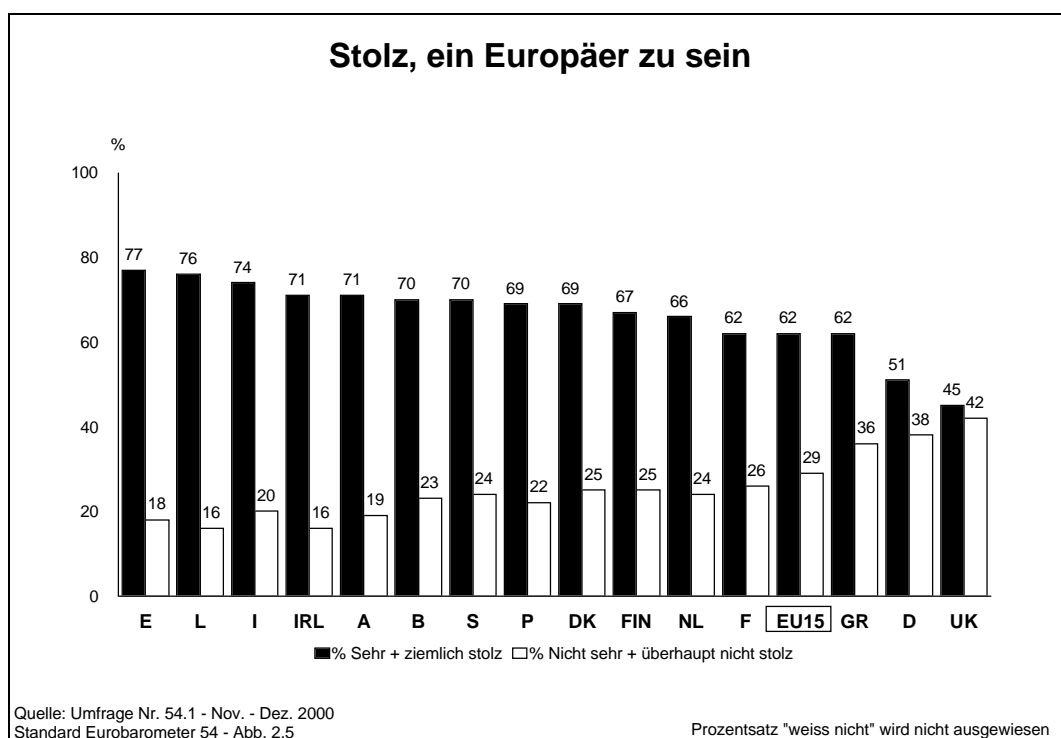
Die demografische Analyse zeigt, dass Führungskräfte (67%) am häufigsten mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land zufrieden sind, während Arbeitslose (46%) die einzige Gruppe darstellen, bei der der Grad an Zufriedenheit unter 50% liegt. Die Analyse der Einstellungen zeigt eine Kluft von 23 Prozentpunkten zwischen dem Grad an Zufriedenheit der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als eine gute Sache betrachten und denjenigen, die sie negativ sehen. (Tabelle 2.4b)

2.4. Stolz darauf, Europäer zu sein

In dieser Eurobarometer-Umfrage wurde zum ersten Mal das Ausmaß gemessen, in dem die EU-Bürger stolz darauf sind, Europäer zu sein. Der Wortlaut der Frage war wie folgt:

“Würden sie sagen, sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz darauf zu sein, Europäer zu sein?”

Das folgende Diagramm zeigt, dass die Menschen, die sehr oder ziemlich stolz sind, in allen 15 Mitgliedsländern in der Mehrheit sind.



Der Grad des Stolzes ist in Spanien (77%), Luxemburg (76%, wobei ein Drittel der Bevölkerung sogar sehr stolz ist), Italien (74%), Irland (71%, wobei ein Viertel der Bevölkerung sehr stolz ist), Österreich (71%), Belgien und Schweden (beide 70%) am weitesten verbreitet. Am niedrigsten ist der Grad des Stolzes im Vereinigten Königreich (45%) und Deutschland (51%). Im Vereinigten Königreich sind 19% überhaupt nicht stolz. In Deutschland (11%) liegt dieser Wert beträchtlich niedriger. Sogar in diesen zwei Ländern übertreffen jedoch die Menschen, die Stolz verspüren, diejenigen, die nicht stolz sind. (Tabelle 2.5a)

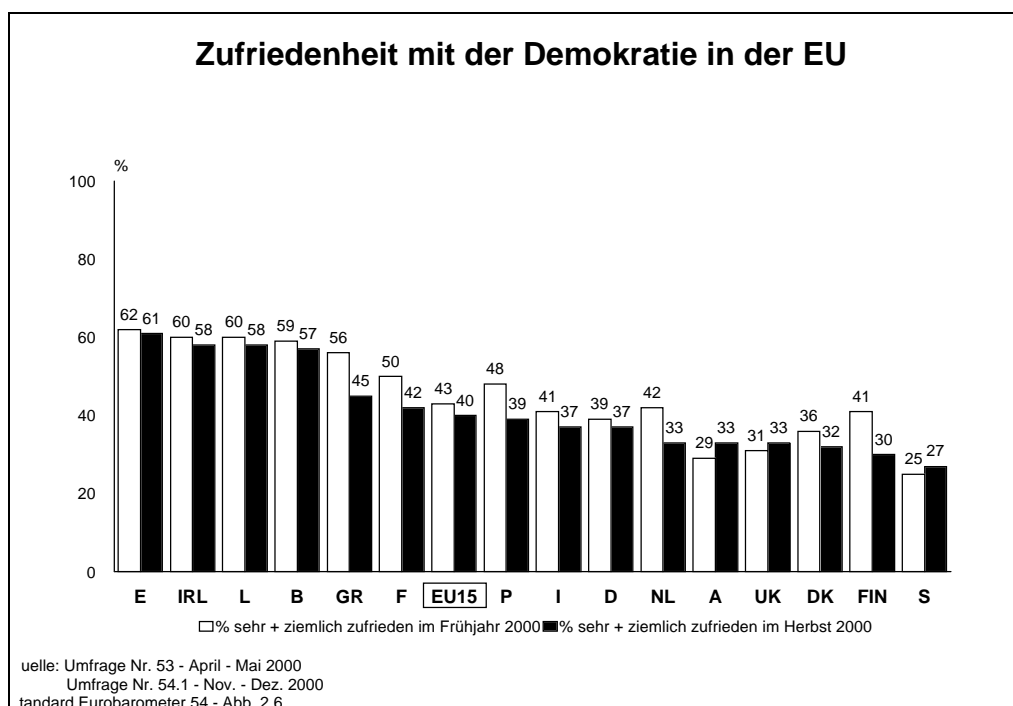
Die demografische Analyse zeigt keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Unter den verschiedenen Altersgruppen finden wir einen bedeutenden Unterschied zwischen Menschen im Alter von unter 25 Jahren und Menschen im Alter von 40 Jahren und älter. In der ersten Gruppe sind 69% stolz darauf Europäer zu sein, verglichen mit 59% in der letzteren Gruppe. Die Bildung ist auch ein wichtiger ausschlaggebender Faktor für den Stolz der Menschen. 73% der Menschen, die noch studieren, sind stolz, gefolgt von 66% der Menschen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder länger in der Vollzeitausbildung blieben. Diejenigen, die die Schule verließen, vor sie das Alter von 15 Jahren erreichten, sind zu 57% diejenige Bildungsgruppe, die am wenigsten dazu neigt, stolz zu sein. Unter den verschiedenen Berufsgruppen sehen wir, dass „andere Angestellte“ am ehesten stolz sind (67%), gefolgt von Führungskräften (65%). Arbeitslose (56%) neigen am seltensten dazu, stolz zu sein. Es gibt jedoch keine demografische Gruppe mit einem Grad an Stolz, der unter 50% liegt.

Die Analyse der Einstellung zeigt einen starken Zusammenhang mit der Frage nach der Befürwortung der Europäischen Union. 78% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes als eine gute Sache betrachten, sind stolz darauf, Europäer zu sein, verglichen mit nur 29% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes negativ sehen. (Tabelle 2.5b)

2.5. Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU

Als Antwort auf die Frage "wie sehr sind Sie mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden" geben 40% der Befragten an, dass sie sehr oder ziemlich zufrieden sind und 43% geben an, dass sie nicht sehr oder überhaupt nicht zufrieden sind. Die restlichen 17% haben keine Meinung.

Die Land-für-Land-Analyse zeigt, dass der Grad an Zufriedenheit Spanien (61%) am weitesten verbreitet ist, gefolgt von Irland, Luxemburg (beide 58%) und Belgien (57%). In allen anderen Ländern liegt der Grad an Zufriedenheit unter 50%, wobei die Menschen in Schweden (27%) am wenigsten dazu neigen, sehr oder ziemlich zufrieden zu sein.



Im Vergleich mit dem Frühjahr 2000 ist jetzt der Grad an Zufriedenheit in den meisten Ländern niedriger. Der grösste Rückgang des Grades an Zufriedenheit wird in Griechenland und Finnland (beide -11) verzeichnet. Zu bedeutenden Verringerungen kam es auch in den Niederlanden, in Portugal (beide -9), Frankreich (-8), Dänemark und Italien (beide -4). In Belgien, Deutschland, Spanien und Irland wurden kleine, unbedeutende Rückgänge verzeichnet. Nur in Österreich (+4), dem Vereinigten Königreich und Schweden (beide +2) gibt es jetzt mehr Menschen, die ein positives Urteil fällen. In Österreich kehrt die öffentliche Meinung bezüglich der Europäischen Union jetzt, da die Sanktionen, die die anderen Mitgliedsländern gegen das Land verhängt hatten, aufgehoben wurden, zur Normalität zurück. Im allgemeinen zeigen die Ergebnisse, dass die österreichische öffentliche Meinung gegenüber der Europäischen Union jetzt bedeutend positiver ist als im Frühjahr 2000. (Tabelle 2.6a)

Die demografische Analyse zeigt, dass junge Menschen (46%) am häufigsten dazu neigen, mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden zu sein, während arbeitslose Menschen (34%) am wenigsten dazu neigen, diese Ansicht zu teilen. Der Anteil von „weiss nicht“ - Antworten variiert sehr stark, und erklärt in einem gewissen Maß die Unterschiede der Grade an Zufriedenheit.

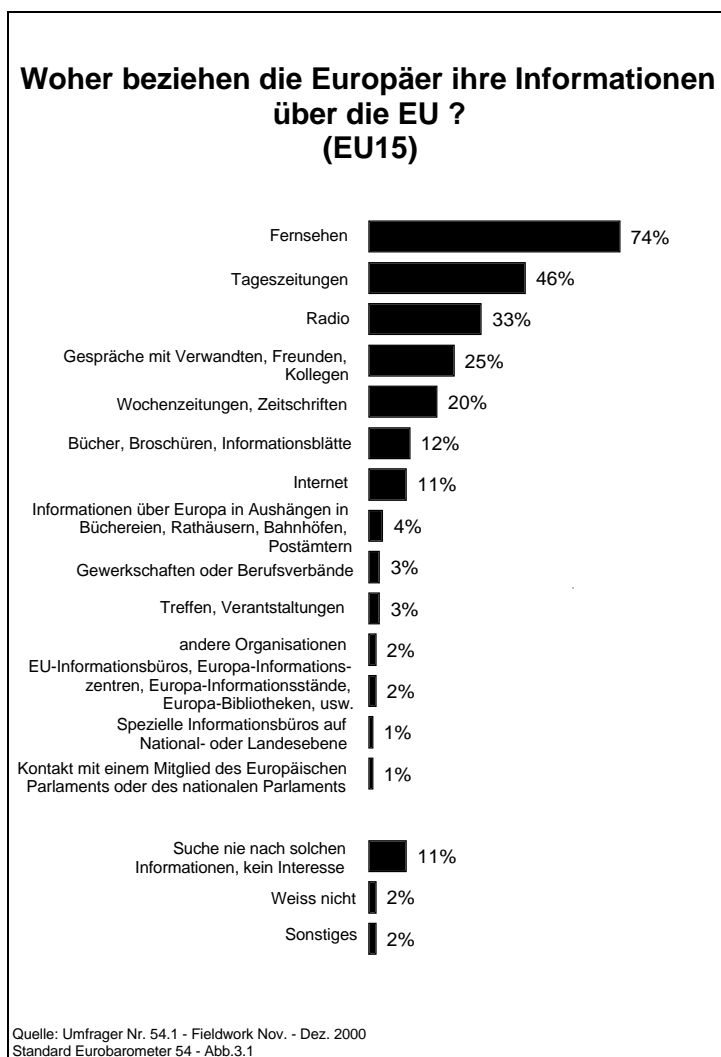
Analysen der Einstellungen zeigen eine noch grössere Kluft zwischen den Befürwortern und den Gegnern der Europäischen Union als diejenige, die wir für die Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie erhalten haben, wobei 55% der Befürworter zufrieden sind, verglichen mit nur 14% der Gegner. (Tabelle 2.6b)

3. Informationsquellen und Kenntnisstand unter den EU-Bürgern

In diesem Kapitel werfen wir einen Blick darauf, wo die Menschen Informationen über die Europäische Union suchen, und wir betrachten ihre bevorzugten Informationsquellen. Wir analysieren auch, wie die Menschen die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten wahrnehmen, und wir berichten über die Selbsteinschätzung der Menschen bezüglich ihrer Kenntnisse über die Europäische Union und die EU-Institutionen in ihrem Bewusstsein. Die Wahrnehmung der Art der Haushaltsausgaben der Europäischen Union durch die Öffentlichkeit wird ebenfalls analysiert.

3.1. Informationsquellen über die Europäische Union

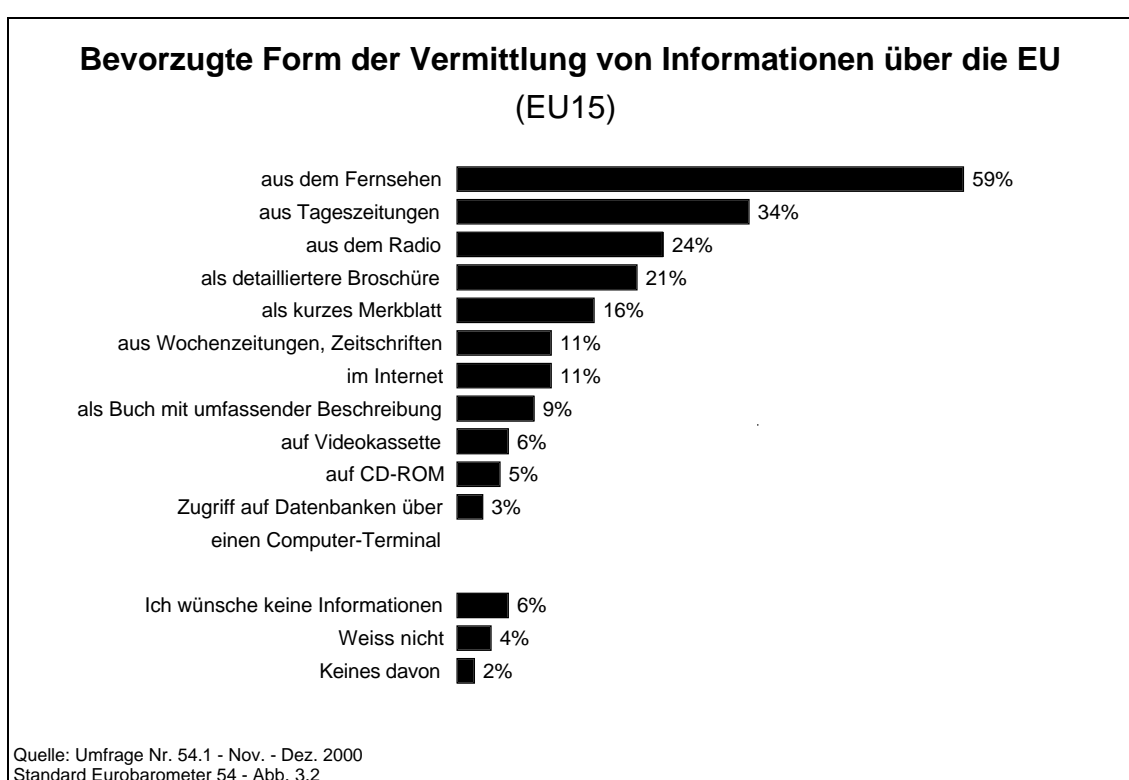
Über viele Jahre hinweg befragte der Eurobarometer die EU-Bürger über die Quellen, die sie benutzen, wenn sie nach Informationen über die Europäische Union suchen, und wie gewöhnlich sehen wir, dass die Medien die populärste Quelle sind. 74% der Befragten geben an, dass sie den Fernseher einschalten, wenn sie nach Informationen suchen, 46% der Befragten lesen die Tageszeitung und 33% hören Radio⁴. 25% der Befragten führen Diskussionen mit Verwandten, Freunden und Kollegen, und 2 von 10 der Befragten benutzen andere Zeitungen und Zeitschriften, wenn sie nach Informationen suchen. 12% der Befragten lesen Bücher, Broschüren oder Informationsprospekte, und 11% surfen im Internet, um Informationen zu erhalten. Die anderen 7 Quellen, die im Fragebogen aufgelistet sind, werden von weniger als 1 von 10 Befragten gewählt. 11% der Befragten suchen nie nach Informationen über die Europäische Union, ein Rückgang gegenüber den 15% im Frühjahr 2000. 2 von 100 erwähnen eine Quelle, die nicht im Fragebogen aufgeführt ist, oder haben keine Meinung.



⁴ Den Befragten wurde eine Karte gezeigt, die 14 Quellen oder Arten von Quellen auflistet, und sie wurden gebeten, all diejenigen zu nennen, die sie benutzen, wenn sie nach Informationen über die Europäische Union suchen. Sie konnten auch andere Quellen nennen und angeben, dass sie nie nach Informationen über die EU suchen (nicht interessiert) oder "weiss nicht" angeben.

Die Länderanalyse zeigt, dass das **Fernsehen** die populärste Quelle in allen 15 Mitgliedsländern ist, wobei der Anteil der Befragten, die diese Quelle wählten, von 52% in Irland bis 83% in Deutschland reichte. Die Reichweite der **Tageszeitungen** erstreckt sich von 18% in Portugal bis 68% in Deutschland. Für das **Radio** geht sie von 17% in Italien und dem Vereinigten Königreich bis 56% in Luxemburg. Der Anteil der Menschen, die im **Internet** nach Informationen über die EU suchen, reicht von 4% in Portugal, Spanien und Griechenland bis 24% in den Niederlanden und Schweden.

Die Befragten wurden auch gebeten, ihre bevorzugte(n) Methode(n) zum Empfang von Informationen über die Europäische Union aus einer Liste von 11 vorher festgelegten Quellen anzugeben. Es ist nicht überraschend, dass sich die Menschen bevorzugt für die 3 Medienquellen entscheiden, die sie mit größter Wahrscheinlichkeit benutzen. 6 von 10 der Befragten geben an, dass sie das Fernsehen bevorzugen, mehr als 3 von 10 geben an, dass sie der Tageszeitung den Vorzug geben, und mehr als 2 von 10 Befragten geben das Radio als ihre bevorzugte Quelle an. Das Internet wird von 11% der Befragten gewählt, im Gegensatz zu 9% im Frühjahr 2000. Die andern nicht gedruckten Informationsquellen, wie z.B. Videos (6%), CD-Roms (5%) und Computerdatenbanken (3%) sind weiterhin weniger populär als die gedruckten Quellen. (Tabelle 3.1)



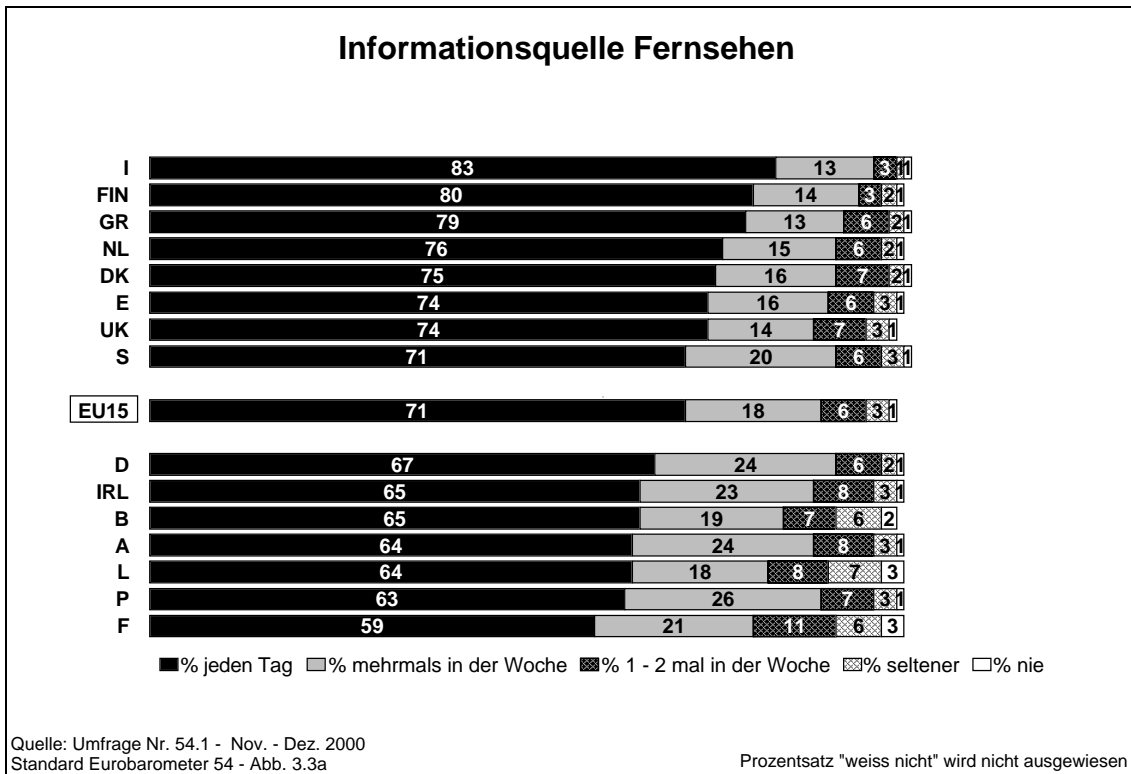
Die Länderanalyse zeigt, dass das **Fernsehen** die bevorzugte Quelle in allen 15 Mitgliedsländern ist, wobei die Menschen in Dänemark (76%) sich am häufigsten dafür entscheiden und die Menschen in Irland (43%) dies mit der geringsten Wahrscheinlichkeit tun. Der Anteil der Menschen, die sich für die **Tageszeitung** als eine ihrer bevorzugten Quellen entscheiden, reicht von 12% in Portugal bis 48% in Schweden. Die Bevorzugung des **Radios** reicht von 14% in Irland bis 43% in Dänemark. Der Grad der Bevorzugung **des Internets** bewegt sich zwischen 4% in Portugal und 23% in Dänemark. (Tabelle 3.2)

3.2. Die Nachrichtenmedien und ihre Berichterstattung über EU-Angelegenheiten

Als nächstes werfen wir einen Blick auf die Häufigkeit, mit der die EU-Bürger die Nachrichten im Fernsehen sehen, in der Tageszeitung lesen und im Radio hören.

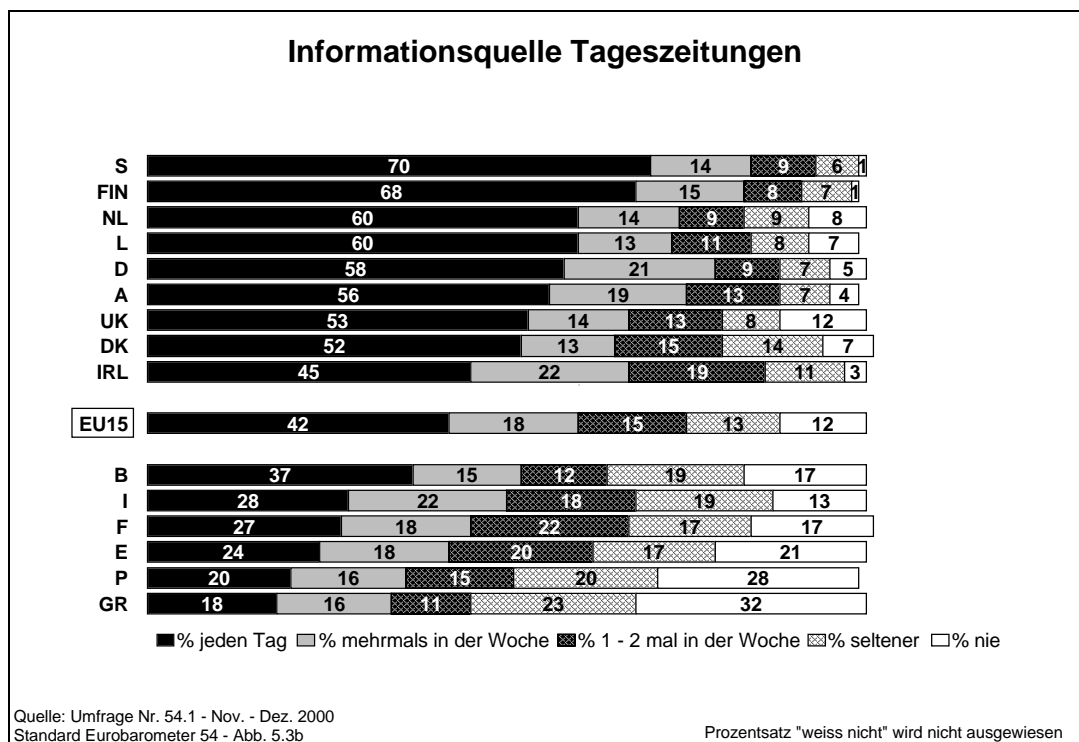
Zuschauer der Fernsehnachrichten

Wie das untenstehende Diagramm zeigt, sehen 71% der Befragten täglich die Fernsehnachrichten, und weitere 18% sehen sie mehrere Male pro Woche⁵.



Leser der Nachrichten von Tageszeitungen

Sechs von zehn der Befragten lesen täglich (42%) oder mehrere Male pro Woche (18%)⁶ die Tageszeitung.

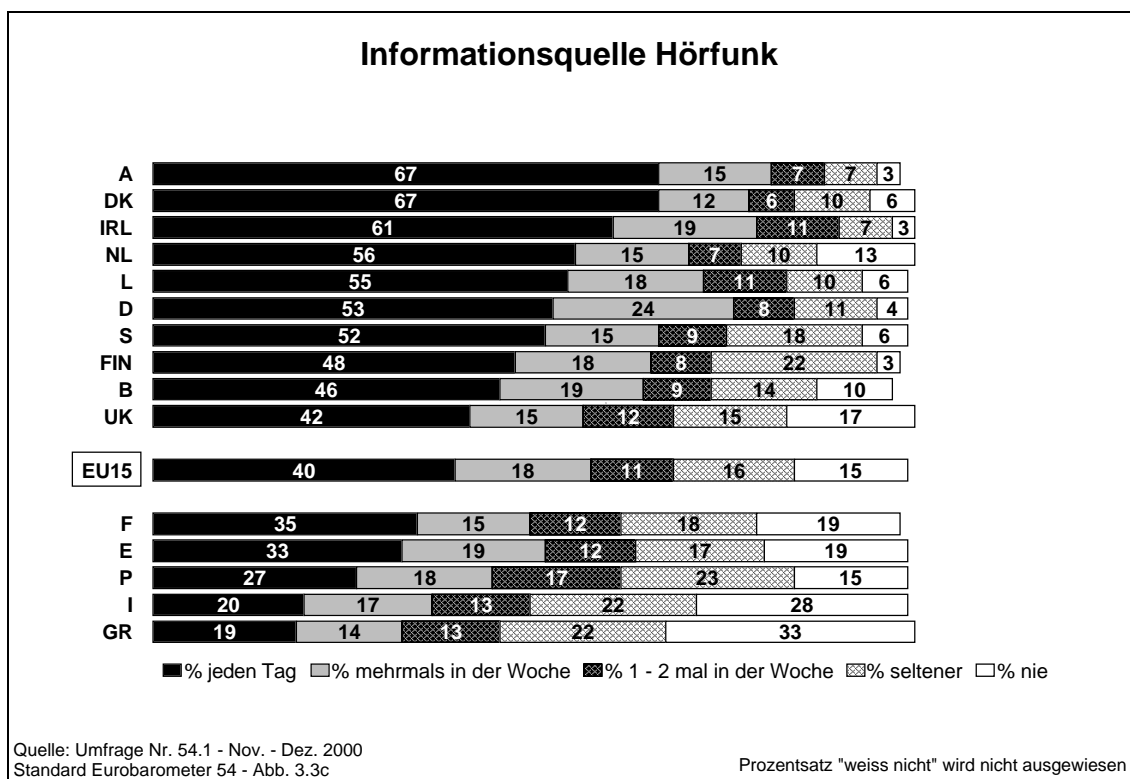


⁵ Siehe Tabelle 3.3a für Länderergebnisse.

⁶ Siehe Tabelle 3.3b für Länderergebnisse.

Hörer der Nachrichten im Radio

Das Hören der Nachrichten im Radio ist ebenfalls ziemlich beliebt, wobei fast 6 von 10 der Befragten dies täglich (40%) oder mehrere Male pro Woche (18%) tun⁷.



Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Medien

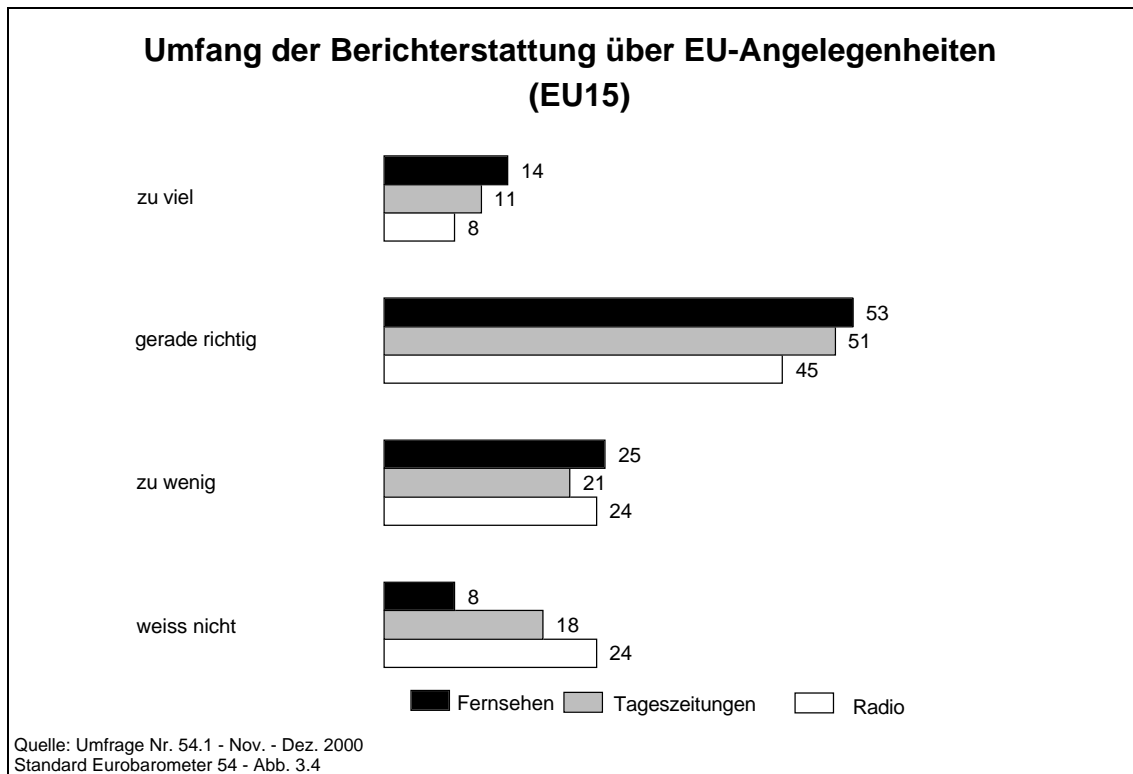
Als nächstes untersuchen wir die Meinung der Europäer über den Umfang der Berichterstattung, der von den Medien den Angelegenheiten der Europäischen Union gewidmet wird. Den Befragten wurde die folgende Frage vorgelegt:

"Glauben Sie, dass der Umfang der Berichterstattung, der den Angelegenheiten der Europäischen Union gewidmet wird gross, zu gross, ungefähr richtig, zu klein oder viel u klein ist, was..."

- a) die Nachrichten im (NATIONALITÄT) Fernsehen betrifft?
- b) die Nachrichten in den (NATIONALITÄT) Tageszeitungen betrifft?
- c) die Nachrichten der (NATIONALITÄT) Radiosender betrifft?"

Wie das nächste Diagramm zeigt, glauben mehr als die Hälfte der EU-Bürger, dass das Fernsehen und die Tageszeitungen den richtigen Umfang an Berichterstattung über EU-Angelegenheiten bereitstellen. Für das Radio liegt dieser Wert etwas niedriger (45%). Nur ungefähr 1 Befragter von 10 glaubt, dass die drei Medien zu viel Berichterstattung über EU-Angelegenheiten bereitstellen, wodurch ein bedeutender Anteil an Befragten übrigbleibt, die der Meinung sind, dass keine ausreichende Berichterstattung stattfindet. 25% glauben, dass das Fernsehen zu wenig Berichterstattung ausstrahlt, 24% sind dieser Meinung bezüglich des Radios und 21% bezüglich der Tageszeitungen. Es gibt auch einen bedeutenden Anteil von Befragten, die keine Meinung zum Umfang der Berichterstattung im Radio und (24%) in den Tageszeitungen hat (18%).

⁷ Siehe Tabelle 3.3c für Länderergebnisse.



Die Ergebnisse, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ländern zeigen, dass die Menschen in Italien (37%) mit der grössten Wahrscheinlichkeit der Meinung sind, dass der Umfang der Berichterstattung, der den europäischen Angelegenheiten in den Nachrichten im **Fernsehen** gewidmet wird, zu gering ist, gefolgt von den Menschen in Schweden (31%). Der Anteil der Menschen, die glauben, dass der Umfang der Berichterstattung zu gross ist, ist am höchsten in Spanien (25%) und Griechenland (23%). In Finnland, Belgien (beide 67%), Irland (65%), Dänemark (62%) und Österreich (60%) glauben mindestens 6 von 10 Menschen, dass der Umfang der Berichterstattung, der den europäischen Angelegenheiten in den Fernsehnachrichten gewidmet wird, ungefähr richtig ist. Luxemburg (43%), Griechenland (46%) und Portugal (47%) sind die einzigen drei Länder, in denen weniger als 50% der Bevölkerung diese Meinung teilen. Im Vergleich mit dem Frühjahr 2000 glauben jetzt mehr Menschen, dass der Umfang der Berichterstattung ungefähr richtig ist, und weniger Menschen glauben, dass es zu wenig Berichterstattung gibt.

Die Menschen in Finnland und Irland neigen am ehesten zu der Meinung, dass der Umfang der Berichterstattung, der den europäischen Angelegenheiten in den Nachrichten der **Tageszeitungen** gewidmet wird, ungefähr richtig ist (beide 66%), gefolgt von den Menschen in Dänemark (63%), Belgien (62%), Schweden (61%) und Österreich (60%). Andere Länder, in denen mindestens die Hälfte der Bevölkerung diese Ansicht teilt, sind Deutschland (55%), die Niederlande (54%), Frankreich (51%) und das Vereinigte Königreich (50%). Die Menschen in Italien, Schweden (beide 27%) und Deutschland (25%) neigen am ehesten zu der Meinung, dass der Umfang der Berichterstattung, der den europäischen Angelegenheiten in den Tageszeitungen gewidmet wird, zu gering ist.

Was das **Radio** betrifft, sehen wir wiederum, dass Italien (31%) den höchsten Anteil an Menschen verzeichnet, die der Meinung sind, dass die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten zu gering ist, gefolgt von Deutschland (30%). Es gibt keine anderen Länder, in denen mehr als 3 von 10 diese Ansicht teilen. Die Iren sind am ehesten der Ansicht, dass der Umfang der Berichterstattung ungefähr richtig ist (65%), gefolgt von den Belgiern (61%) und den Finnen (60%). Ausserdem haben, in abnehmender Reihenfolge, Dänemark, Schweden und Luxemburg Werte von 50% oder darüber.

Die Messungen im Frühjahr und im Herbst 2000 zeigen, dass die Menschen immer mehr zu der Ansicht neigen, dass der Umfang der EU-Berichterstattung in den Medien ungefähr richtig ist. Während wir bemerkt haben, dass eine bedeutende Minderheit immer noch glaubt, dass es keine ausreichende Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Medien gibt, zeigen die Daten, dass sich die Situation verbessert. (Siehe Tabellen 3.4a-c)

Wahrgenommene Objektivität der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Medien

Mehr als 50% der EU-Bürger glauben, dass die Medien in ihrem betreffenden Land über die EU-Angelegenheiten auf eine objektive Weise berichten. Analysen zeigen, dass häufige Benutzer der Medien eher dazu neigen, positiv über die Art und Weise zu denken, in der die Medien über EU-Angelegenheiten berichten, als Menschen, die die Nachrichtenmedien weniger häufig benutzen⁸. Ungefähr ein Drittel der Bevölkerung ist jedoch der Ansicht, dass die Berichterstattung der Medien nicht objektiv ist, unabhängig von der Häufigkeit, mit der die Menschen die Nachrichtenmedien benutzen.

Wie die folgende Tabelle zeigt, ist es, je häufiger die Menschen die Nachrichtenmedien benutzen, um so wahrscheinlicher, dass sie die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten als objektiv beurteilen. Und wie erwartet ist es, je weniger die Menschen die Nachrichtenmedien benutzen, um so wahrscheinlicher, dass sie angeben nicht sagen zu können, ob die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Medien objektiv ist oder nicht.

| Wahrgenommene Objektivität der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten nach den Bewertungen des Mediennutzer-Index | | | |
|--|--|---|---------------|
| Mediennutzer-Index: | % der Befragten, die den Umfang für sehr+ ziemlich objektiv halten | % der Befragten, die den Umfang für nicht sehr+ überhaupt nicht objektiv halten | % Weiss nicht |
| +++ | 59% | 29% | 12% |
| ++ | 53% | 31% | 16% |
| -- | 44% | 34% | 22% |
| --- | 34% | 30% | 36% |

Die Ansichten der Menschen variieren auch in Abhängigkeit davon, wie viel sie glauben über die Europäische Union zu wissen⁹. 65% der Menschen, die der Meinung sind, dass sie viel wissen (d.h. diejenigen, die sich selbst die Punkte 8 bis 10 auf der Selbsteinschätzungsskala bezüglich des Wissens zuordnen) glauben, dass die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten der Medien in ihrem Land objektiv ist, verglichen mit nur 41% der Menschen, die der Meinung sind, dass sie sehr wenig über die Europäische Union wissen. Unter dieser letzteren Gruppe können 3 von 10 Menschen nicht angeben, ob die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten der Medien objektiv ist.

| Wahrgenommene Objektivität der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten nach den selbstbeurteilten Kenntnissen über die Europäische Union | | | |
|--|---|---|---------------|
| Selbstbeurteilte Kenntnis der EU-Angelegenheiten (auf einer Skala von 1-10): | % der Personen, die die Berichterstattung für sehr+ relativ objektiv halten | % der Personen, die die Berichterstattung für nicht sehr+ überhaupt nicht objektiv halten | % Weiss nicht |
| Weiss sehr viel über die EU (Bewertung 8-10) | 65% | 30% | 6% |
| Weiss ein bisschen über die EU (Bewertung 4-7) | 58% | 33% | 10% |
| Weiss sehr wenig über die EU (Bewertung 1-3) | 41% | 30% | 30% |

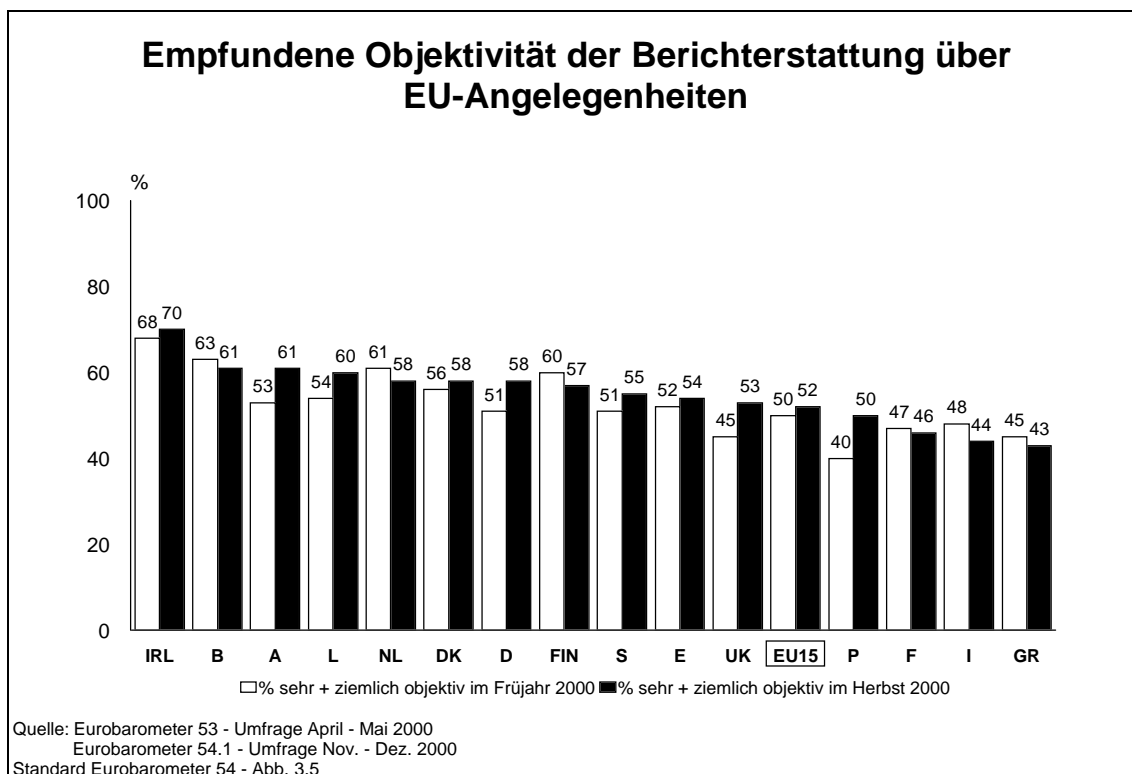
⁸ Siehe Anhang C.4 für eine Definition des Medienbenutzer-Index.

⁹ Siehe Anhang C.4 für eine Definition der Skala der Selbsteinschätzung der Kenntnisse. Der nächste Abschnitt dieses Kapitels berichtet über den Grad der Selbsteinschätzung der Kenntnisse der EU-Bevölkerung.

Die Beurteilung der Frage, ob die Medien über EU-Angelegenheiten auf eine objektive Weise berichten, hängt auch davon ab, wie sie über die Europäische Union allgemein denken. Diejenigen, die eine positive Einstellung haben, neigen viel eher zu der Ansicht, dass die Berichterstattung der Medien in ihrem Land objektiv ist, als diejenigen, die der EU gegenüber negativ eingestellt sind.

| Wahrgenommene Objektivität der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Medien nach der Einstellung der Bürger über die Europäische Union | | | |
|--|--|---|----------------------|
| Einstellung: | % der Personen, die den Umfang für sehr+ ziemlich angemessen halten | der Personen, die den Umfang für nicht sehr+ überhaupt nicht angemessen halten | % Weiss nicht |
| Befürworter der EU-Mitgliedschaft | 61% | 28% | 11% |
| Stolz darauf, Europäer zu sein | 58% | 28% | 13% |
| Nicht stolz darauf, Europäer zu sein | 44% | 38% | 18% |
| Gegner der EU-Mitgliedschaft | 40% | 42% | 18% |

Wenn wir dann einen Blick darauf werfen, wie die wahrgenommene Objektivität der Berichterstattung der Medien sich von Land zu Land verändert, dann sehen wir, wie schon im Frühjahr 2000, dass die Menschen in Irland am ehesten dazu neigen zu glauben, dass sie sehr oder ziemlich objektiv ist (70%; +2). Ungefähr 6 von 10 Menschen in Belgien, Österreich, Luxemburg, den Niederlanden, Dänemark und Deutschland geben den Medien ihres Landes eine gute Note. In 5 anderen Ländern glaubt mehr als die Hälfte der Bevölkerung, dass die Medien über die Europäische Union auf eine objektive Weise berichten, wobei Griechenland (43%), Italien (44%) und Frankreich (46%) die einzigen drei Länder sind, in denen weniger als die Hälfte der Bevölkerung diese Ansicht teilt. In Griechenland glauben 47%, dass die Berichterstattung der Medien nicht objektiv ist, wobei 40% der französischen und italienischen Befragten diese Ansicht teilen.



Im Vergleich zum Frühjahr 2000 wird die grösste Zunahme der positiven Antworten in Portugal (+10) verzeichnet, gefolgt vom Vereinigten Königreich (+8) und Deutschland (+7). Italien ist das einzige Land, in dem ein bedeutender Rückgang an positiven Antworten zu verzeichnen ist (-4). (Tabelle 3.5a)

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass Führungskräfte am ehesten zu der Meinung neigen dass die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Medien in ihrem entsprechenden Land objektiv ist (58%), gefolgt von „anderen Angestellten“ (57%), Studenten (56%) und Menschen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder länger in der Vollzeit-Ausbildung blieben (55%). Die Menschen, die bis zum Alter von 15 Jahren oder kürzer in der Vollzeitausbildung blieben (47%) und Menschen im Ruhestand (49%) neigen am seltensten dazu, diese Meinung zu teilen. Es gibt jedoch relativ wenig Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten berichteten Prozentsatz. Im allgemeinen sehen wir dass, je geringer der Anteil der „weiss nicht“ - Antworten, desto wahrscheinlicher, dass eine Gruppe der Ansicht ist, dass die Medien über EU-Angelegenheiten auf eine objektive Weise berichten. (Tabelle 3.5b)

3.3. Selbsteinschätzung der Kenntnisse über die Europäische Union

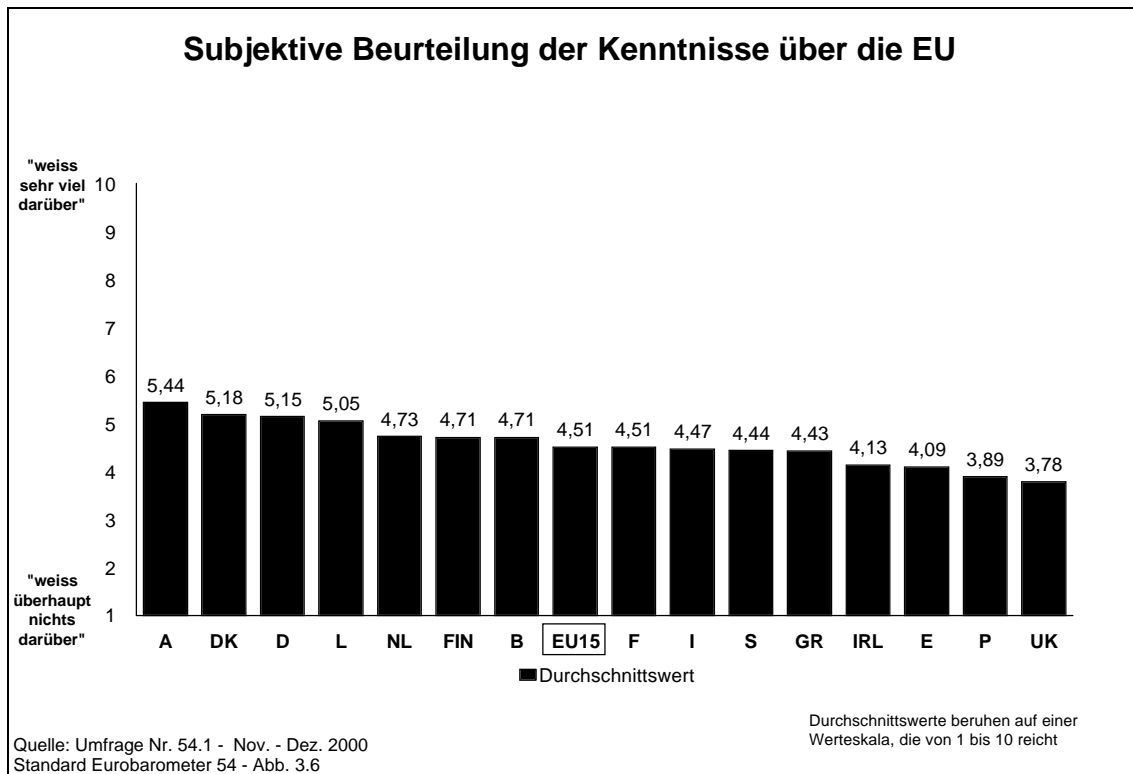
Seit mehreren Jahren fragt der Eurobarometer die europäischen Bürgerinnen und Bürger, wie viel sie ihrer Meinung nach über die Europäische Union wissen, und bisher war der Grad der Selbsteinschätzung des Wissens relativ gering, obwohl die letzten Ergebnisse auf eine geringfügige Verbesserung hindeuten¹⁰. Die EU15-Ergebnisse, die in der untenstehenden Tabelle vorgestellt werden zeigen, dass 29% der EU-Bürger glauben, dass sie ziemlich viel über die Europäische Union wissen (d.h. diejenigen, die die Nummern 6 bis 10 auf der Skala wählen), verglichen mit 26% im Frühjahr 2000.

| Wahrgenommene Kenntnis der EU-Angelegenheiten Herbst 2000 (in%, EU15) | |
|--|-------------|
| Wert | % |
| 1 (Weiss überhaupt nichts) | 8 |
| 2 | 9 |
| 3 | 15 |
| 4 | 16 |
| 5 | 20 |
| 6 | 13 |
| 7 | 9 |
| 8 | 5 |
| 9 | 1 |
| 10 (Weiss sehr viel) | 1 |
| Weiss nicht | 2 |
| Durchschnittswert | 4,51 |

Ein Blick auf die Länderergebnisse zeigt, dass der Grad der Selbsteinschätzung der Kenntnisse von einem Mitgliedsland zum anderen beträchtlich variiert. Das folgende Diagramm stellt die durchschnittlichen Bewertungen¹¹ für jedes der 15 Länder dar.

¹⁰ Die Frage lautet: "wie viel glauben Sie über die Europäische Union, ihre Politiken und ihre Institutionen zu wissen, ". die Befragten wurden gebeten, von einer Karte eine Nummer auszuwählen - auf einer Skala von 1 bis 10 - die die von ihnen wahrgenommene Kenntnis über die Europäische Union am besten wiedergibt. Je höher die Nummer, die sie wählen, desto mehr glauben sie über die EU zu wissen.

¹¹ Die durchschnittlichen Bewertungen oder Mittel zeigen die zentrale Tendenz der Befragten und stellen die Summe der Antworten für jeden der 10 Punkte auf der Skala multipliziert mit dem Wert jeden Punktes, dividiert durch die Gesamtzahl der Antworten dar.



Wie im Frühjahr 2000 ist der Kenntnisstand in Österreich am höchsten, wobei die durchschnittliche Bewertung bei 5.44 liegt, und am niedrigsten im Vereinigten Königreich, wobei die durchschnittliche Bewertung bei 3.78 liegt. Mit Ausnahme von Italien, wo eine kleine unbedeutende Veränderung des Kenntnisstands verzeichnet wurde, hat sich der Kenntnisstand in allen Ländern seit dem Frühjahr 2000 erhöht. Die höchste positive Veränderung wurde in den 3 Beneluxstaaten (alle +46), gefolgt von Deutschland (+43) festgestellt¹².

Eine Überprüfung der Verteilung der Antworten zeigt, dass 45% der Österreicher glauben, ziemlich viel bis eine ganze Menge (d.h. Bewertung 6 oder höher auf der Skala) über die Europäische Union zu wissen. Mit 42% belegen die Menschen in Deutschland den zweiten Platz, gefolgt von den Menschen in Dänemark (40%), den Niederlanden (37%), Belgien (35%), Luxemburg und Finnland (beide 34%). Portugal (16%) und Spanien (18%) sind die einzigen beiden Länder, in denen weniger als 2 von 10 Menschen glauben, dass sie ziemlich viel bis eine ganze Menge über die Europäische Union wissen. (Tabelle 3.6¹³)

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Bewertungen nach verschiedenen soziodemografischen Gruppen in der EU. Sie zeigt, dass Meinungsführer, Führungskräfte, Menschen, die am längsten in der Vollzeitausbildung geblieben sind und die häufigsten Benutzer der Medien die Gruppen sind, die sich selbst die höchste Bewertung auf der Selbsteinschätzungsskala geben. Am unteren Ende der Tabelle finden wir diejenigen Menschen, die auf dem Meinungsführer-Index und dem Medienbenutzer-Index¹⁴ die geringsten Bewertungen erhalten.

¹² Siehe Eurobarometer Nr. 53, Figur 5.6.

¹³ Um die Tabelle leichter lesbar zu machen, wird eine neu verschlüsselte Version der Skala benutzt, die aus vier Kategorien besteht: "weiss (fast) nichts" - Punkte 1+2; "weiss etwas" - Punkte 3 bis 5; "weiss ziemlich viel" - Punkte 6 bis 8 und "weiss eine ganze Menge" - Punkte 9+10.

¹⁴ Siehe Anhang C.4 für eine Definition dieser zwei Indexe.

| Durchschnittswerte auf der wahrgenommenen Kenntnis-Skala für verschiedene Gruppen auf EU 15-Ebene | |
|---|-------------|
| Gruppe | Kennzahl |
| Meinungsführer-Index: + + | 5,99 |
| Führungskräfte | 5,75 |
| Bildungsabschluss bis 20+ | 5,40 |
| Medienbenutzer-Index: + + + | 5,12 |
| Meinungsführer-Index: + | 5,04 |
| Männer | 4,95 |
| Angestellte | 4,83 |
| Selbständige | 4,78 |
| Studenten | 4,72 |
| Altersgruppe 40-54 | 4,71 |
| Altersgruppe 25-39 | 4,64 |
| In der Vollzeitausbildung bis zum Alter von 16-19 | 4,52 |
| Durchschnitt für EU15 | 4,51 |
| Medienbenutzer-Index: ++ | 4,49 |
| Altersgruppe 55+ | 4,36 |
| Arbeiter | 4,32 |
| Meinungsführer-Index: - | 4,31 |
| Altersgruppe 15-24 | 4,30 |
| Personen im Ruhestand | 4,27 |
| Arbeitslose | 4,23 |
| Frauen | 4,10 |
| In der Vollzeitausbildung bis zum Alter von 15 und jünger | 3,79 |
| Hausfrauen/-männer | 3,77 |
| Medienbenutzer-Index: -- | 3,72 |
| Medienbenutzer-Index: --- | 3,39 |
| Meinungsführer-Index: -- | 3,35 |

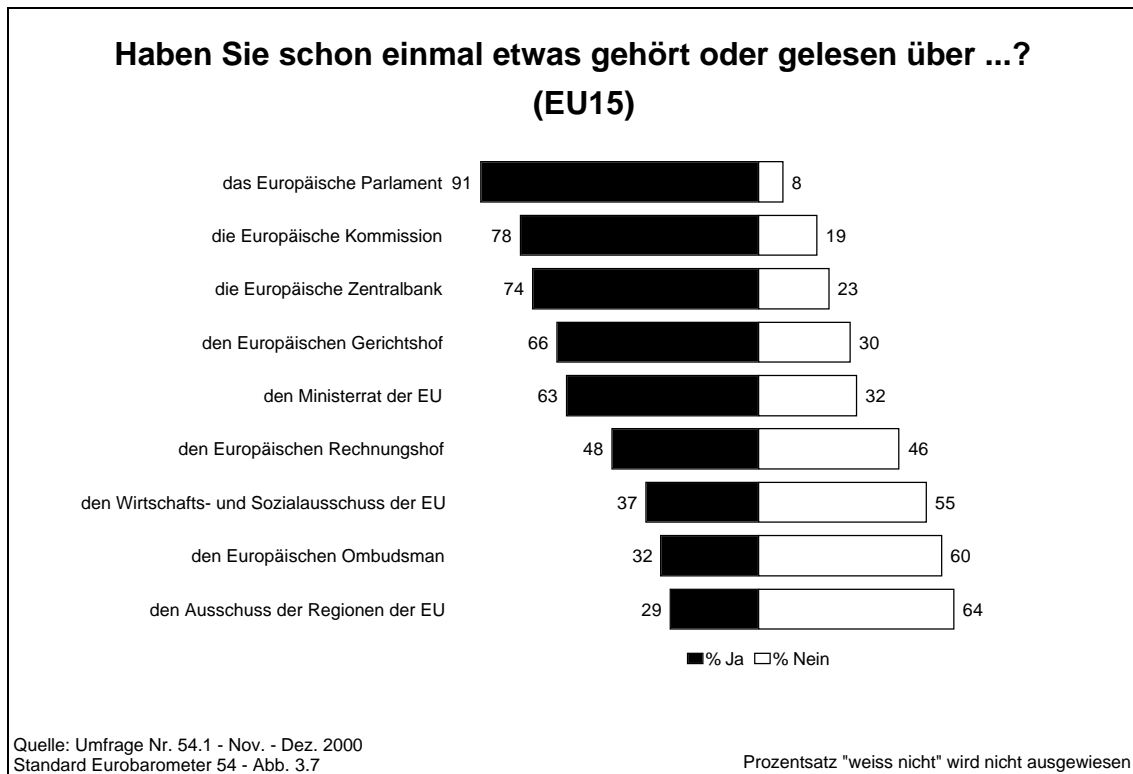
Wenn wir jedoch diese Ergebnisse mit denjenigen vergleichen, die wir im Frühjahr 2000 erhielten, sehen wir, dass die Kluft zwischen denjenigen, die glauben, am meisten zu wissen, und denjenigen, die glauben, am wenigsten zu wissen, jetzt bedeutend kleiner ist. Im Frühjahr 2000 lag sie bei 3.08; jetzt liegt sie bei 2.64. Die Rangordnung bleibt mehr oder weniger unverändert.

3.4. Der Bekanntheitsgrad der Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union

Zum viertenmal hintereinander hat die Umfrage den Bekanntheitsgrad 9 der Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union in der Öffentlichkeit gemessen¹⁵.

Die Öffentlichkeit hat mit grösster Wahrscheinlichkeit vom Europäischen Parlament (91%) gehört, gefolgt von der Europäischen Kommission (78%) und der Europäischen Zentralbank (74%). Es ist am unwahrscheinlichsten, dass die Menschen von den zwei jüngsten EU-Institutionen gehört haben - dem Regionalausschuss (29%) und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss (37%) - und dem Europäischen Ombudsmann (32%).

¹⁵ Die Frage bittet die Befragten anzugeben, ob sie jedemals von den in Frage stehenden Institutionen gehört haben. Die Ergebnisse einer ähnlichen Frage, die misst, ob die Menschen vor kurzem durch die Medien irgend etwas über das Europäische Parlament gesehen oder gehört haben, werden in Kapitel 6 dargestellt. Kapitel 4 berichtet über das Ausmass, in dem die Menschen diese Institutionen als wichtig betrachten, sowie über den Grad, in dem sie diesen Vertrauen schenken.



Seit dem Frühjahr 2000 hat sich der Bekanntheitsgrad nicht bedeutend geändert, und die Rangordnung bleibt ebenfalls gleich¹⁶.

Die Länderergebnisse weisen darauf hin, dass der Bekanntheitsgrad des **Europäische Parlaments** in allen Ländern über 90% liegt, ausser im Vereinigten Königreich, Griechenland, (beide 87%) und Deutschland (88%). Mindestens 9 von 10 Menschen in Dänemark, Finnland, Luxemburg (alle 95%), Österreich und Irland (beide 90%) haben von der **Europäischen Kommission** gehört. Griechenland, Deutschland (beide 73%), Spanien, das Vereinigte Königreich (beide 76%) und Italien sind die einzigen Länder, in denen weniger als 8 von 10 Menschen davon gehört haben. Der Bekanntheitsgrad der **Europäischen Zentralbank** ist in Finnland (89%) und Luxemburg (88%) am weitesten verbreitet, und in Griechenland (57%) und dem Vereinigten Königreich (58%) am wenigsten. Die Menschen in Dänemark (95%) haben am ehesten vom **Europäischen Gerichtshof** gehört, während die Menschen in Italien (46%) am seltensten davon gehört haben. Die Menschen in Schweden (90%) haben am ehesten vom **Ministerrat** gehört, während der Bekanntheitsgrad im Vereinigten Königreich (40%) am geringsten ist. Der Bekanntheitsgrad des **Europäischen Rechnungshofs** ist in Luxemburg und Österreich (beide 76%) am meisten verbreitet und im Vereinigten Königreich (18%) am wenigsten. In den skandinavischen Ländern - Dänemark (30%), Finnland (31%) und Schweden (34%) - liegt der Bekanntheitsgrad ebenfalls unter dem Durchschnitt. Die Menschen in Luxemburg (62%) haben am ehesten vom **Wirtschafts- und Sozialausschuss** gehört, während die Menschen in den Niederlanden (24%) mit geringster Wahrscheinlichkeit davon gehört haben. Der **Europäische Ombudsman** - Jacob Söderman aus Finnland – wird weiterhin bei weitem am meisten in seinem Heimatland (75%) bekannt. Am wenigsten ist er in Deutschland (21%) bekannt. Der Bekanntheitsgrad des **Regionalausschusses** ist in Portugal (50%) und Österreich (49%) am weitesten verbreitet, während die Menschen in den Niederlanden (12%) mit der geringsten Wahrscheinlichkeit von der Existenz dieser Institution wissen (Tabelle 3.7)

¹⁶ Siehe Eurobarometer Nr. 53, Figur und Tabelle 5.7.

Um einen allgemeinen Eindruck des Bekanntheitsgrades in jedem der Mitgliedsländer zu gewähren, wurde ein Durchschnitt berechnet. Der Prozentsatz der positiven Antworten für jede Institution/Körperschaft wurde summiert und durch die Gesamtzahl der Institutionen, die in dieser Umfrage erscheinen (9) geteilt. Wie die folgende Tabelle zeigt, ist der Bekanntheitsgrad in Luxemburg (wo sich viele der Institutionen befinden) am höchsten und im Vereinigten Königreich am niedrigsten.

| Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen (Durchschnittlicher Bekanntheitsgrad von neun Institutionen/Körperschaften, in % pro Land) | |
|---|-----------|
| Land | % |
| Luxemburg | 75 |
| Österreich | 71 |
| Dänemark | 69 |
| Finnland | 69 |
| Irland | 66 |
| Portugal | 65 |
| Spanien | 62 |
| Belgien | 61 |
| Schweden | 61 |
| Deutschland | 61 |
| Griechenland | 59 |
| Frankreich | 58 |
| EU15 | 57 |
| Die Niederlande | 57 |
| Italien | 52 |
| Vereinigtes Königreich | 47 |

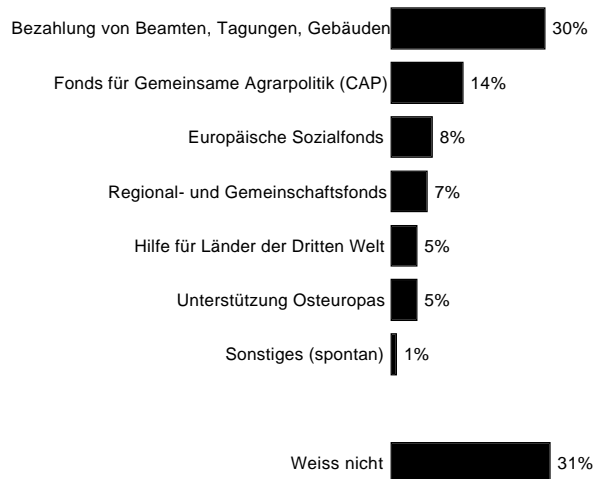
Der Bekanntheitsgrad variiert nicht nur von Land zu Land, sondern hängt auch davon ab, wie viel die Menschen über die Europäische Union zu wissen glauben. Die folgende Tabelle zeigt, dass, je mehr die Menschen glauben, über die EU zu wissen, desto wahrscheinlicher haben sie schon einmal von den EU-Institutionen gehört.

| Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen und -Körperschaften - aufgeschlüsselt nach wahrgenommene Kenntnisse über die EU | | | |
|--|---------------------------|------------------------------|--------------------|
| Institution: | Ausgezeichnete Kenntnisse | Durchschnittliche Kenntnisse | Geringe Kenntnisse |
| Europäisches Parlament | 99% | 95% | 82% |
| Europäische Kommission | 95% | 85% | 62% |
| Europäischer Gerichtshof | 92% | 74% | 45% |
| Europäische Zentralbank | 91% | 82% | 54% |
| Ministerrat | 89% | 71% | 43% |
| Europäischer Rechnungshof | 77% | 56% | 28% |
| Wirtschafts- und Sozialausschuss | 70% | 43% | 19% |
| Ausschuss der Regionen | 58% | 33% | 14% |
| Europäischer Ombudsmann | 54% | 36% | 20% |

3.5. Kenntnis der Art der Haushaltsausgaben der Europäischen Union

Die fehlende Kenntnis oder die Verkennung der Art der Haushaltsausgaben in der Europäischen Union sind weiterhin weit verbreitet. 31% der Befragten wissen nicht, wofür der Grossteil des Haushalts ausgegeben wird, wobei die "weiss nicht" - Antworten von 8% in Dänemark bis 43% in Portugal reichen. Abgesehen von den 31% der Befragten, die keine Meinung angeben, finden wir, dass 30% der Befragten fälschlicherweise der Meinung sind, dass der Grossteil des Haushalts der Union für die Bezahlung von Beamten, Konferenzen und Gebäuden ausgegeben wird, während dies tatsächlich nur 5% der gesamten Ausgaben der Union im Jahre 2000 ausmacht. Nur 14% der Befragten sind sich dessen bewusst, dass der Grossteil des Haushaltes der Union für die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ausgegeben wird. Im Jahre 2000 stellten die Ausgaben für die GAP 44% der Ausgaben der Union dar. Die zweitgrösste Summe wird für strukturelle Maßnahmen (40%) verwendet, was von den Befragten unterschätzt wurde. Weniger als 10% glauben, dass der Europäische Sozialfonds (8%) oder der Regional- und der Kohäsionsfonds (7%) den Grossteil des Haushalts der Union ausmacht.

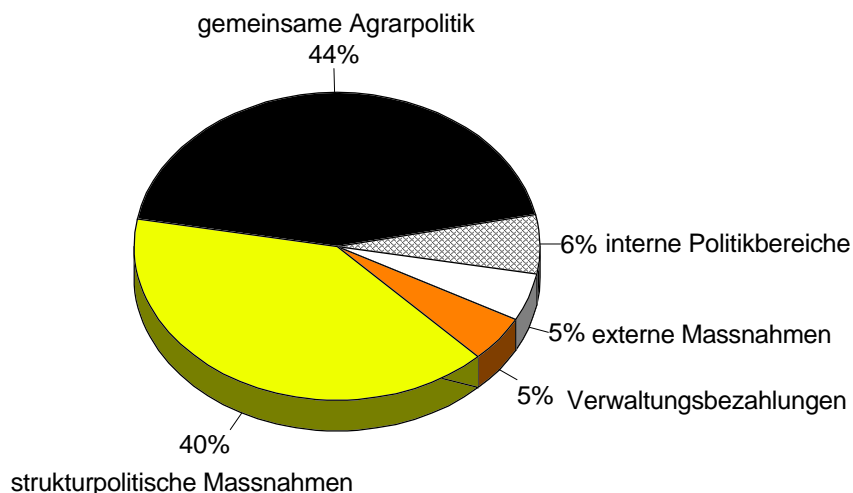
Öffentliches Erkenntnis des EU Haushalts - Prozentsatz der Personen, die glauben dass der grösste Teil des Haushalts der EU ausgegeben wird an ...? (EU15)



Quelle: Umfrage Nr. 54.1 - Nov. - Dez. 2000
Standard Eurobarometer 54 - Abb. 3.8

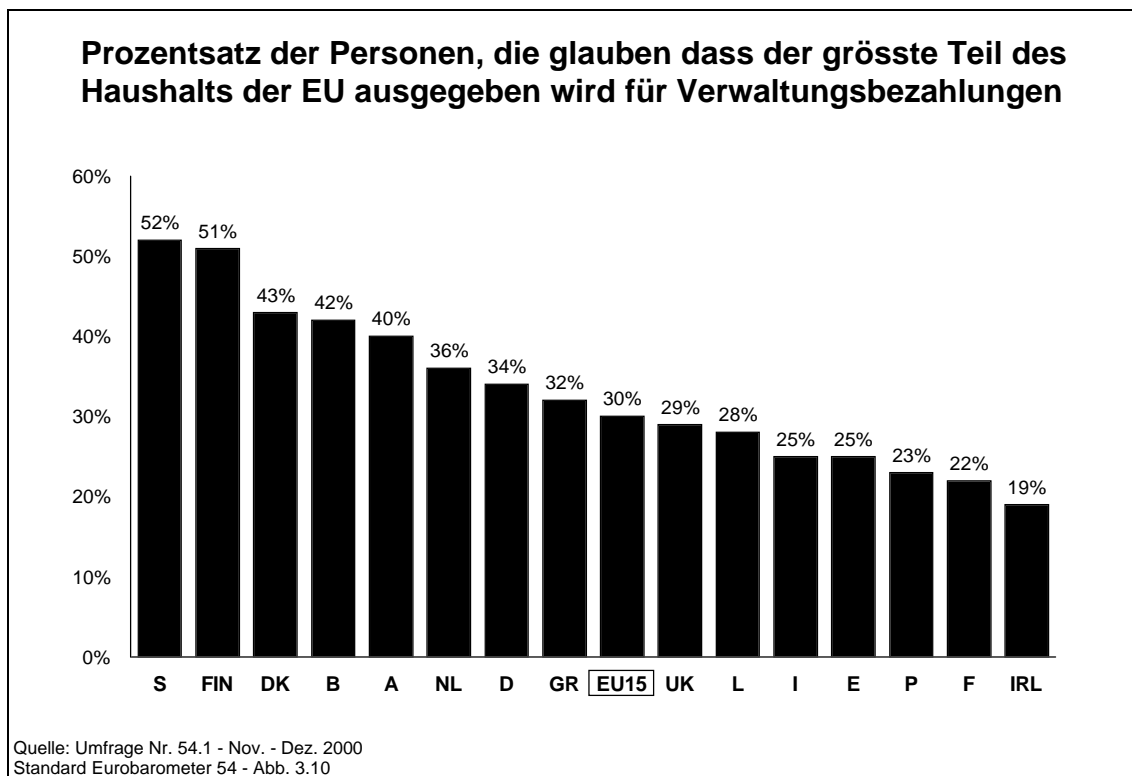
Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Aufschlüsselung des EU Haushalts - 2000 - in %



Quelle: Gesamthaushaltsplan der EU für das Haushaltsjahr 2000 - Europäische Kommission
Standard Eurobarometer 54 - Abb. 3.9

Das folgende Diagramm zeigt, dass der Anteil derjenigen, die glauben, dass der Grossteil des Haushalts der Europäischen Union für Verwaltungskosten verwendet wird, in Schweden (52%), Finnland (51%) und Dänemark (43%) am höchsten ist, und in Irland (19%) am niedrigsten. Im Herbst 2000 neigen die Menschen noch mehr dazu, zu glauben, dass die Verwaltungskosten die grösste Einzelausgabe der Europäischen Union darstellen als im Frühjahr 1999, als die Frage zuletzt gestellt wurde. In Österreich (+10), Italien, Griechenland (beide +9), Schweden und Finnland (beide +8), wurden die grössten Zunahmen verzeichnet. Irland ist das einzige Land, in dem die Menschen nun mit weniger Wahrscheinlichkeit glauben, dass Verwaltungskosten die grösste Einzelausgabe darstellen, obwohl die Veränderung um einen Prozentpunkt klar ohne Bedeutung ist. (Siehe auch Tabelle 3.8a)



Die Analyse der Einstellungen zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Befürwortern und den Gegnern der Europäischen Union. Diejenigen, die die Europäische Union befürworten, neigen bedeutend weniger dazu, zu glauben, dass der Grossteil des Haushalts der Union für Verwaltungskosten verwendet wird, als Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes negativ sehen (25% zu 44%). Ebenso sehen wir, dass 42% der Menschen, die für die EU eine weniger wichtige Rolle wünschen, glauben, dass der Grossteil des Haushalts der Union für Verwaltungskosten ausgegeben wird, verglichen mit nur 27% der Menschen, die für die Europäische Union eine wichtigere Rolle wünschen.

Eine interessante Erkenntnis ist die Tatsache, dass die Menschen, die viel über die Europäische Union zu glauben wissen, viel weniger dazu neigen zu glauben, dass der Grossteil des Haushalts der Union für Verwaltungskosten verwendet wird als die Menschen, die glauben, dass sie sehr wenig über die Europäische Union wissen (25% zu 30%). Der Prozentsatz der "weiss nicht" - Antworten ist jedoch in der letzteren Gruppe dreimal höher als bei denjenigen mit einer hohen Selbsteinschätzung des Kenntnisgrades¹⁷.

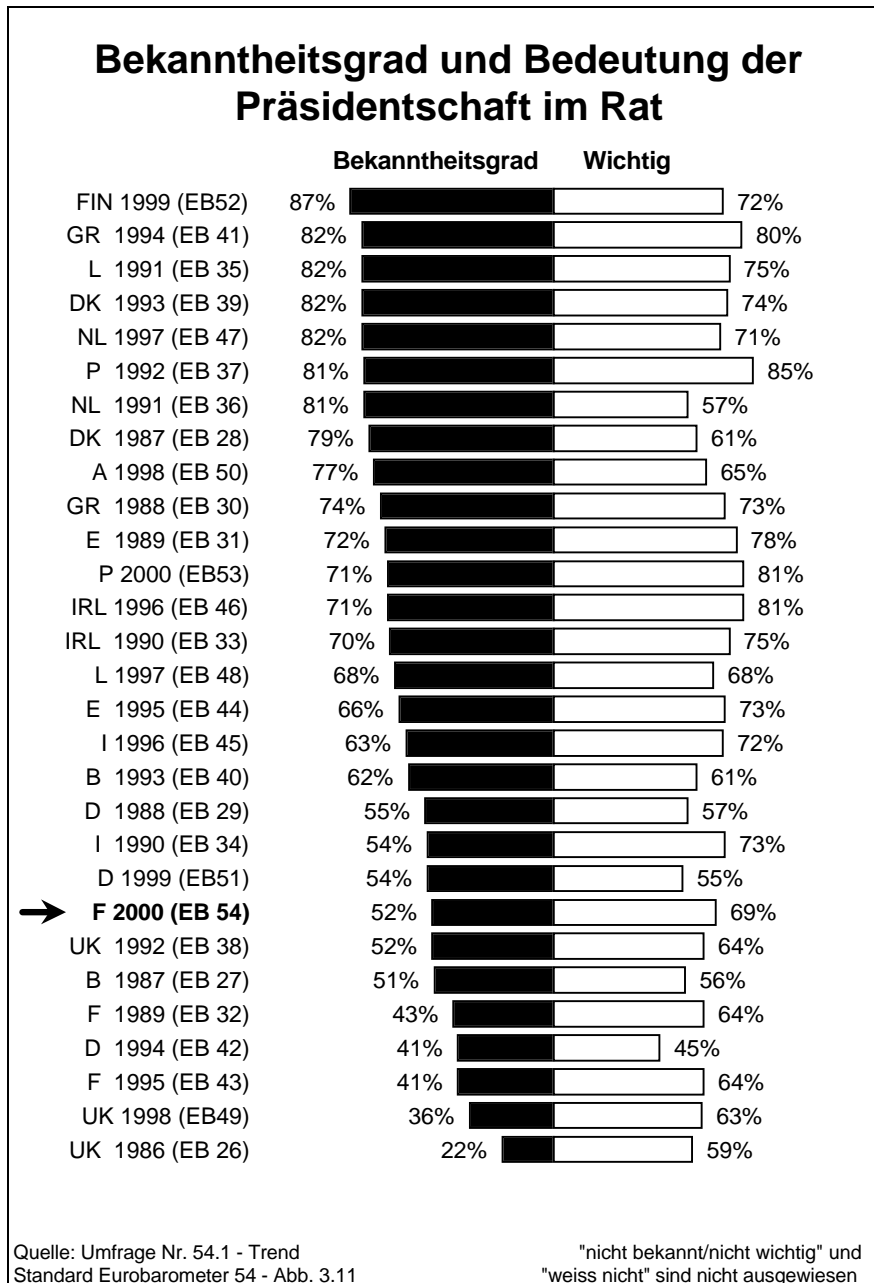
3.6. Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Ratspräsidentschaft

Seit 1986 beobachtet das Eurobarometer den Bekanntheitsgrad und die wahrgenommene Bedeutung des Präsidiums des Ministerrates in dem Land, das zum Zeitpunkt der Umfrage den Vorsitz innehat.¹⁸ Frankreich kam während der letzten sechs Monate des Jahres 2000 die Präsidentschaft zum drittenmal zu.

¹⁷ Siehe auch Tabelle 3.8b.

¹⁸ Jedes Mitgliedsland der Europäischen Union stellt abwechselnd die Präsidentschaft für einen Zeitraum von sechs Monaten.

Wie das folgende Diagramm zeigt, waren sich 52% der Franzosen darüber bewusst, dass ihr Land die Präsidentschaft stellte. Dies ist beträchtlich höher als während der Präsidentschaft Frankreichs von 1989 (+9) und 1995 (+11), obwohl das Bewusstsein in Frankreich eher geringer ist als in anderen Ländern. 87% der Finnen waren sich während der letzten 6 Monate des Jahres 1999 über die Präsidentschaft ihres Landes bewusst. 69% der Menschen in Frankreich betrachteten die Präsidentschaft als ein wichtiges Ereignis, was auch eine Erhöhung gegenüber 1989 und 1995 bedeutet, als 64% der Franzosen dieser Meinung waren.

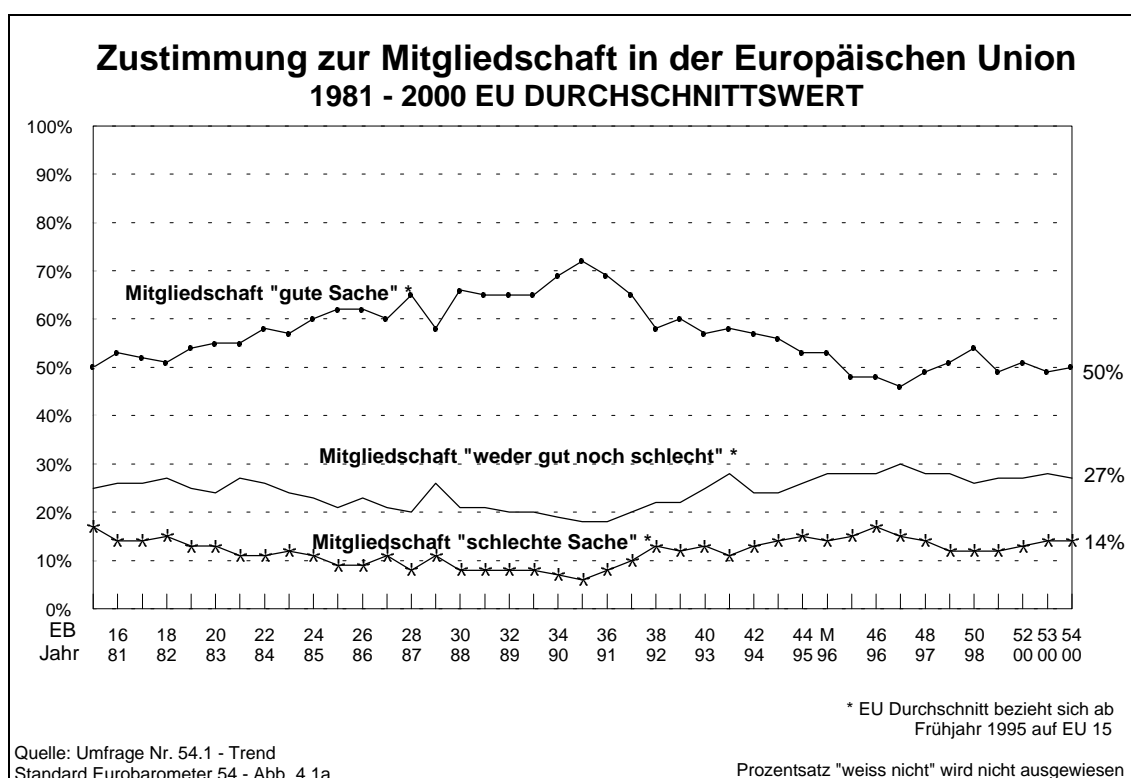


4. Einstellungen zur Europäischen Union im Jahr 2000

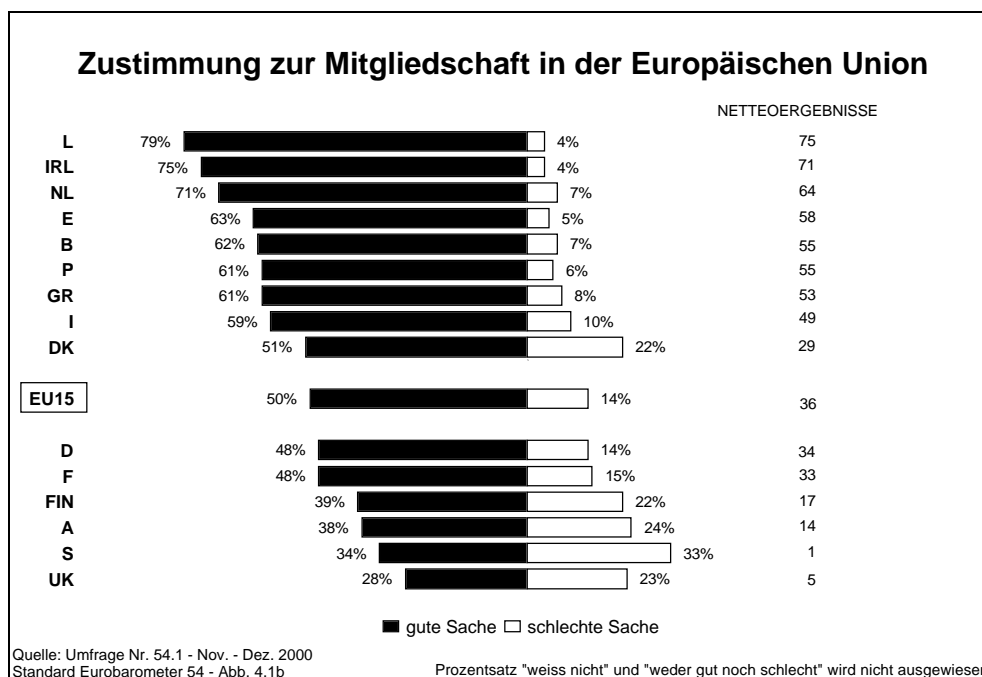
In diesem Kapitel berichten wir über einige Standardindikatoren, die Aufschluss darüber geben, in welchem Grade die Europäische Union Unterstützung findet. Darüber hinaus untersuchen wir die Antworten auf eine Frage, welche die Bedenken der Menschen gegenüber dem Aufbau eines geeinten Europas thematisiert. Das Kapitel endet mit einer Analyse der empfundenen und der gewünschten Rolle der EU innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren.

4.1. Unterstützung der EU-Mitgliedschaft

Im Herbst 2000 war die Hälfte aller EU-Bürger mit der EU-Mitgliedschaft ihres Landes zufrieden (+1 verglichen mit dem Frühjahr 2000), während 27% dies als weder positiv noch negativ bewerteten. Wie bereits im Frühjahr bewerteten 14% der EU-Bürger die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als negativ.



Wenn wir das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts betrachten, können wir den grössten Zuspruch für die Europäische Union im Frühjahr 1991 feststellen, als 72% der EU-Bürger die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworteten. Aufgrund einer Reihe von Faktoren – dazu zählen z.B. der Golfkrieg, die Wirtschaftskrise und die dadurch bedingte hohe Arbeitslosigkeit, die Debatte über den Maastricht-Vertrag, der Krieg in Jugoslawien, die EU-Aufnahme von drei der EU gegenüber relativ skeptisch eingestellten Ländern sowie die BSE-Krise – ging das Vertrauen in die Europäische Union Mitte der 90er Jahre zurück und erreichte im Frühjahr 1997 einen Tiefststand von 46%. Auf diese Phase einer skeptischen Bewertung der EU folgte ein Jahr, in dem die Bewertung wieder positiver ausfiel und im Herbst wieder 54% der Bevölkerung die Mitgliedschaft ihres jeweiligen Landes in der EU befürworteten. Dieser aufkommende Optimismus erlitt einen Rückschlag durch den Rücktritt der Santer-Kommission am 15. März 1999 auf Grund der erhobenen Betrugs- und Korruptionsvorwürfe. Seit diesem Zeitpunkt liegt die uneingeschränkte Unterstützung einer EU-Mitgliedschaft im Bereich von etwa 50%. Es kann jedoch gleichzeitig festgestellt werden, dass der Rücktritt der Kommission die Haltung der Bürger gegenüber einer EU-Mitgliedschaft ihres Landes nicht negativ beeinflusst hat. (Siehe dazu auch die Tabellen für die einzelnen Länder, Abb. 4.3a-o)



Die oben stehende Tabelle zeigt, dass in Luxemburg annähernd 8 von 10 Bürgern die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU unterstützen und sowohl in Irland als auch in den Niederlanden mehr als 7 von 10 Bürgern ebenfalls eine solche Sichtweise haben. In Spanien, Belgien, Portugal, Griechenland und Italien sprechen sich etwa 6 von 10 Bürgern für die EU aus. Dänemark ist das einzige Land, in dem sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung (51%) positiv zur EU äussert, obwohl gleichzeitig die Anzahl der EU-Gegner mit 22% deutlich über dem Durchschnitt liegt. Traditionsgemäss fällt eine positive Einstellung gegenüber einer EU-Mitgliedschaft im Vereinigten Königreich am niedrigsten aus (28%). Die Anzahl der Gegner liegt mit 33% allerdings in Schweden am höchsten.

Die Trendanalysen zeigen eine positive Entwicklung bei der Anzahl der Befürworter seit dem Frühjahr 2000 in Deutschland (+7), Österreich (+5), Luxemburg (+4) und im Vereinigten Königreich (+3). Obwohl der Anteil der Bürger in Schweden, die eine EU-Mitgliedschaft uneingeschränkt befürworten, sich nicht verändert hat, ist die Zahl derjenigen, die einer Mitgliedschaft skeptisch gegenüberstehen zurückgegangen (-5). In Spanien (-4) und Portugal (-3) können wir eine etwas rückläufige Zahl von Bürgern feststellen, die die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten. Gleichzeitig ist jedoch auch die Zahl derjenigen, die eine Mitgliedschaft negativ bewerten, unverändert geblieben und erreicht in beiden Ländern ein nur sehr niedriges Niveau. In den übrigen Mitgliedstaaten wurden keine nennenswerten Veränderungen festgestellt. (Tabelle 4.1a)

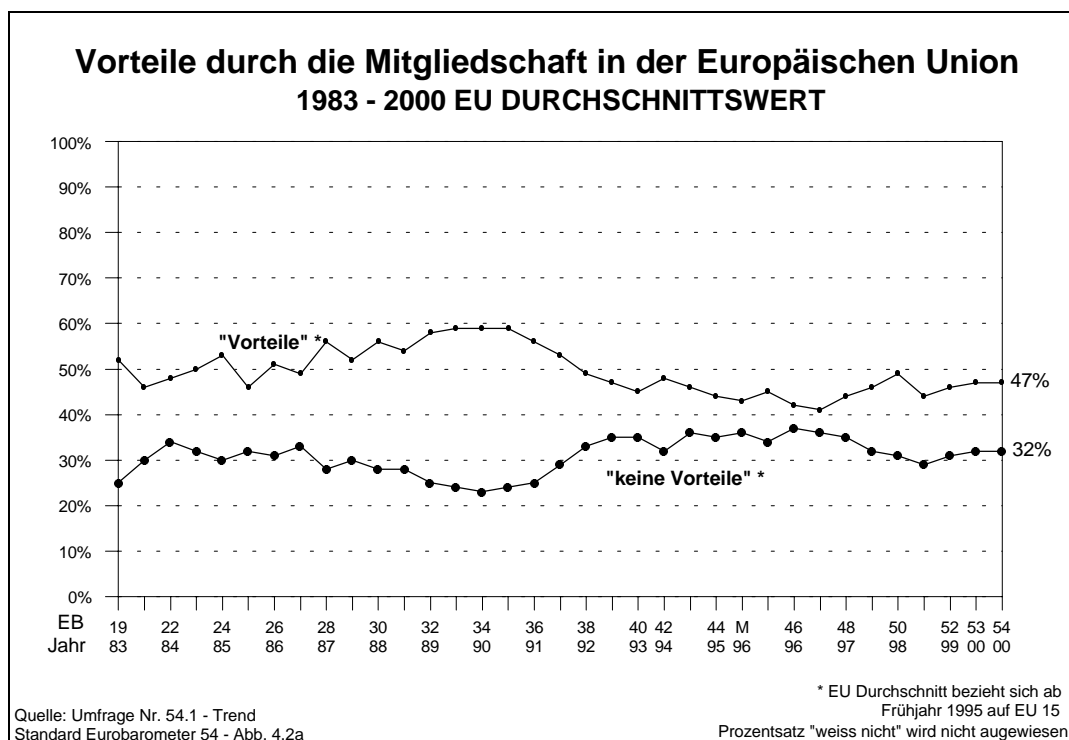
Wie aus dem Schema für die unterschiedliche Bewertung durch Männer und Frauen klar hervorgeht, befürworten Männer die Mitgliedschaft ihres Landes tendenziell positiver als Frauen (54% gegenüber 46%). Ausserdem ist bei der Anzahl der Personen, die keine Meinung dazu äussern, der Anteil der Frauen höher als der der Männer (11% zu 6%).

Der Bildungshintergrund ist einer der wichtigsten Faktoren bei der Frage nach einer Unterstützung der EU. Der Zustimmungswert gegenüber der Europäischen Union liegt zwischen 41% bei Bürgern, die mit 15 Jahren oder jünger die Schule verlassen haben und 62% bei Personen, die eine reguläre Schulbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben. Personen, die noch die Schule besuchen, befürworten die EU am ehesten (64%). Der Zustimmungswert gegenüber der EU-Mitgliedschaft in den einzelnen Ländern nimmt mit zunehmendem Alter ab und erreicht bei Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren einen positiveren Wert (54%) als bei Personen im Alter von 55 Jahren oder darüber (45%). Untersuchungen im Zusammenhang mit unterschiedlichen beruflichen Tätigkeiten zeigen beim Zustimmungswert Unterschiede in Höhe von 19 Prozentpunkten zwischen Führungskräften (63%) einerseits und Arbeitern, Hausfrauen/Hausmännern sowie Personen ohne Beschäftigung (alle 44%) andererseits.

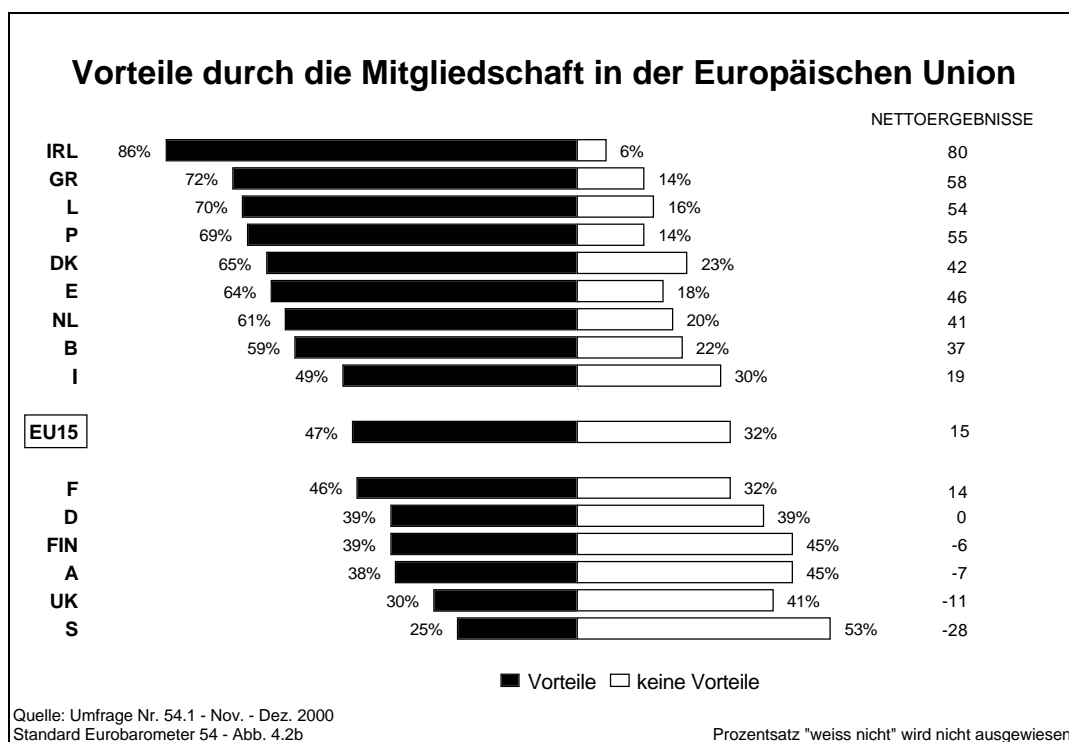
Bei der Bewertung des Zustimmungswertes zeigen sich grosse Meinungsunterschiede zwischen der Gruppe, die der Europäischen Union mehr Gewicht einräumen möchte und derjenigen, die eine untergeordnetere Rolle bevorzugt. Unter den Personen, die sich eine wichtigere Rolle der EU wünschen, betrachten 71% die Mitgliedschaft ihres Landes als positiv, während von denjenigen, die eine untergeordnetere Rolle der EU wünschen, nur 19% die Mitgliedschaft befürworten. (Tabelle 4.1b)

4.2. Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft

Nahezu die Hälfte aller EU-Bürger ist der Meinung, dass ihr Land durch die EU-Mitgliedschaft einen Vorteil hat (47%), während etwa 3 von 10 der Befragten eine entgegengesetzte Meinung vertreten (32%). Auf EU15-Niveau wurde seit dem Frühjahr 2000 keinerlei Veränderung festgestellt.



Die Menschen in Irland sind nach wie vor am deutlichsten davon überzeugt, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat (86%). In Griechenland, Luxemburg und Portugal teilen 7 von 10 Personen diese Ansicht. In Dänemark, Spanien und den Niederlanden ist dies bei 6 von 10 Personen der Fall. Am negativsten fällt die öffentliche Meinung nach wie vor in Schweden aus, dem einzigen Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Meinung ist, das Land habe von der Mitgliedschaft nicht profitiert (53%).



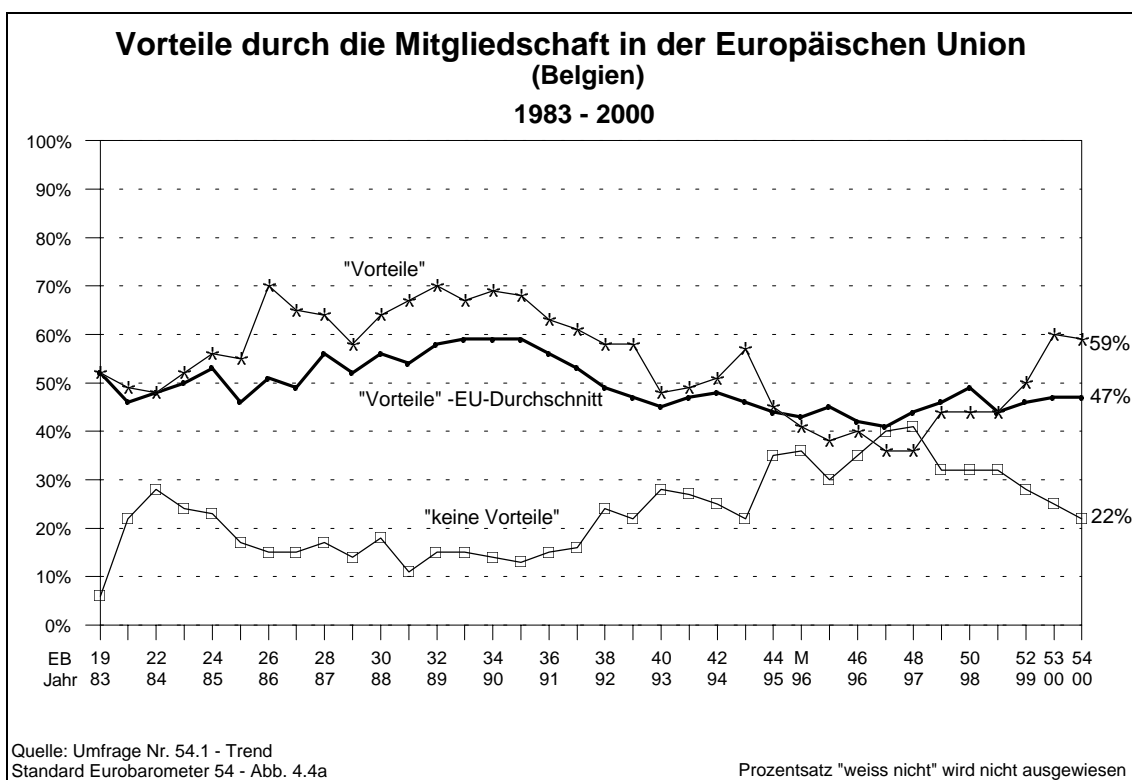
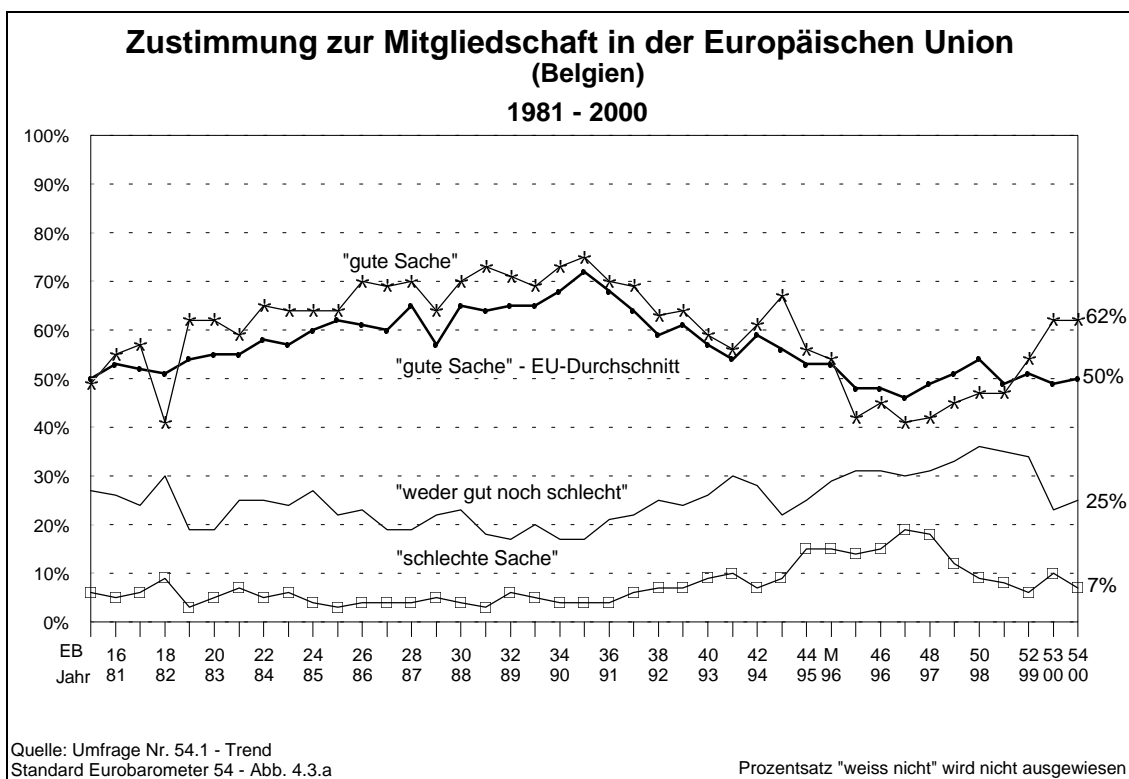
Trotz des schlechten Ergebnisses in Schweden, weisen die Daten jedoch deutlich auf eine Verbesserung gegenüber dem Frühjahr 2000 hin, als 56% der Bürger noch der Meinung waren, dass das Land von der EU-Mitgliedschaft keine Vorteile hat. Auch im Vereinigten Königreich, einem weiteren Land mit traditionell schlechten Ergebnissen, können wir bei einer Erhöhung von 5 Prozentpunkten bei der Anzahl von Personen, die für ihr Land einen Nutzen sehen und bei einem Rückgang von 3 Prozentpunkten bei der Anzahl von Personen, die keinen Nutzen sehen, einen positiven Trend feststellen. Weitere Länder, in denen eine positive Veränderung festgestellt werden konnte (entweder durch einen prozentualen Anstieg bei den Antworten „von Vorteil“ oder durch einen prozentualen Rückgang bei den Antworten „keinen Vorteil“) sind Österreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg. Leicht negative Veränderungen zwischen 3 und 4 Prozentpunkten wurden in den Niederlanden, Frankreich, Griechenland, Portugal und Finnland festgestellt. In den übrigen Ländern wurden keine nennenswerten Veränderungen verzeichnet. (Tabelle 4.2a¹⁹)

Demografische Untersuchungen zeigen, dass Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter (59%) eine reguläre Schulbildung genossen haben am ehesten der Meinung sind, ihr Land habe von einer Mitgliedschaft profitiert, während in der Gruppe von Personen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder jünger (39%) verlassen haben, die Antwort am ehesten negativ ausfällt.

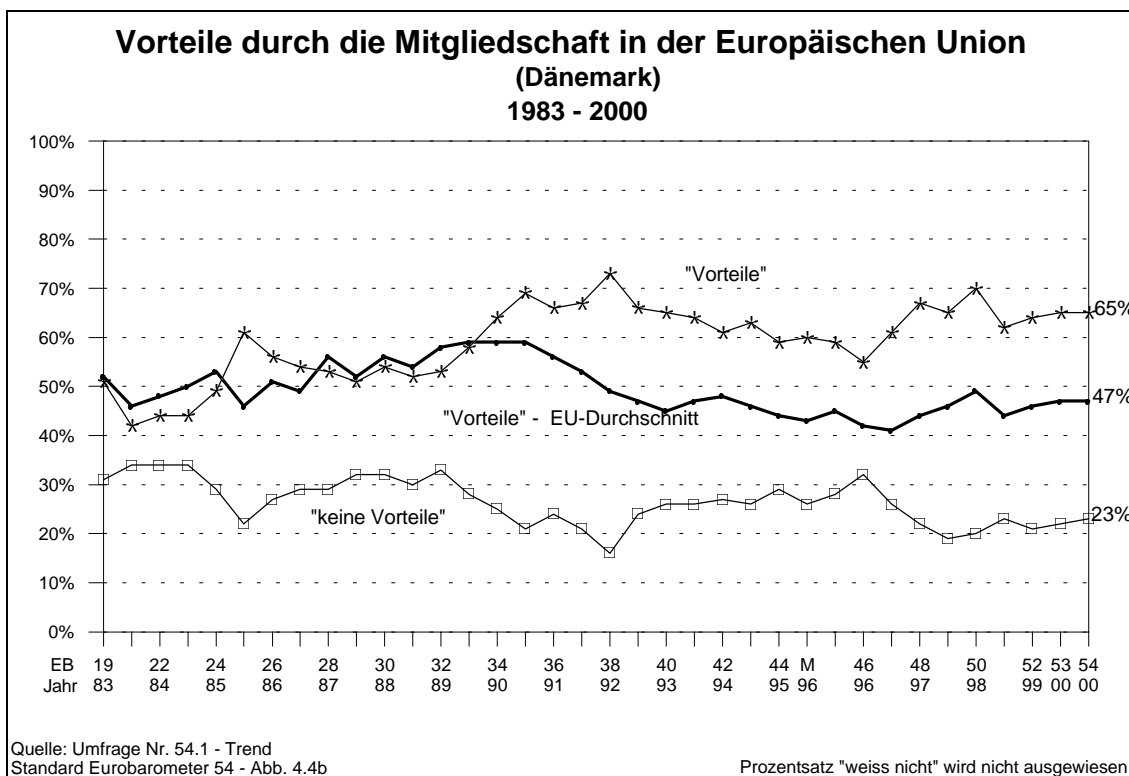
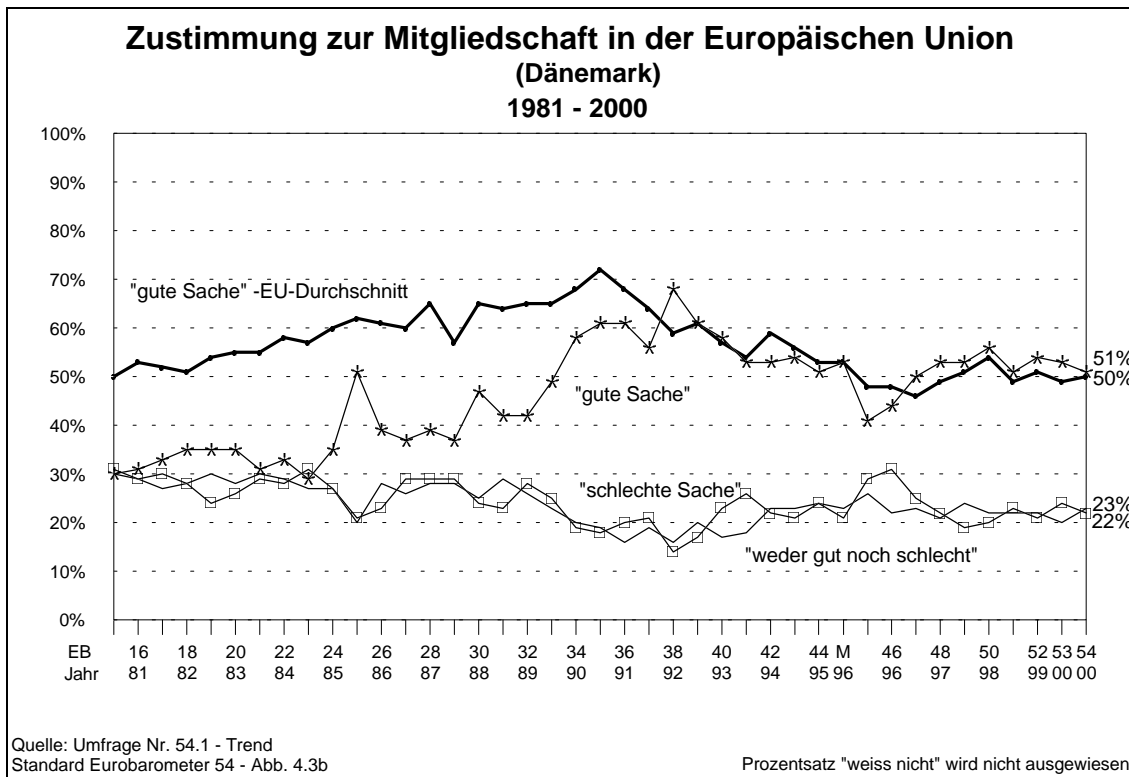
Im Hinblick auf Befürworter und Gegner der EU lässt sich eine starke Polarisierung ausmachen: 77% der Personen, die eine Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, sind der Meinung, dass das Land einen Vorteil dadurch hatte, während nur 8% der Personen, die gegen eine Mitgliedschaft sind, diese Haltung teilen. (Tabelle 4.2b)

¹⁹ Siehe dazu auch die Tabellen für die einzelnen Länder, Abb. 4.4a-o.

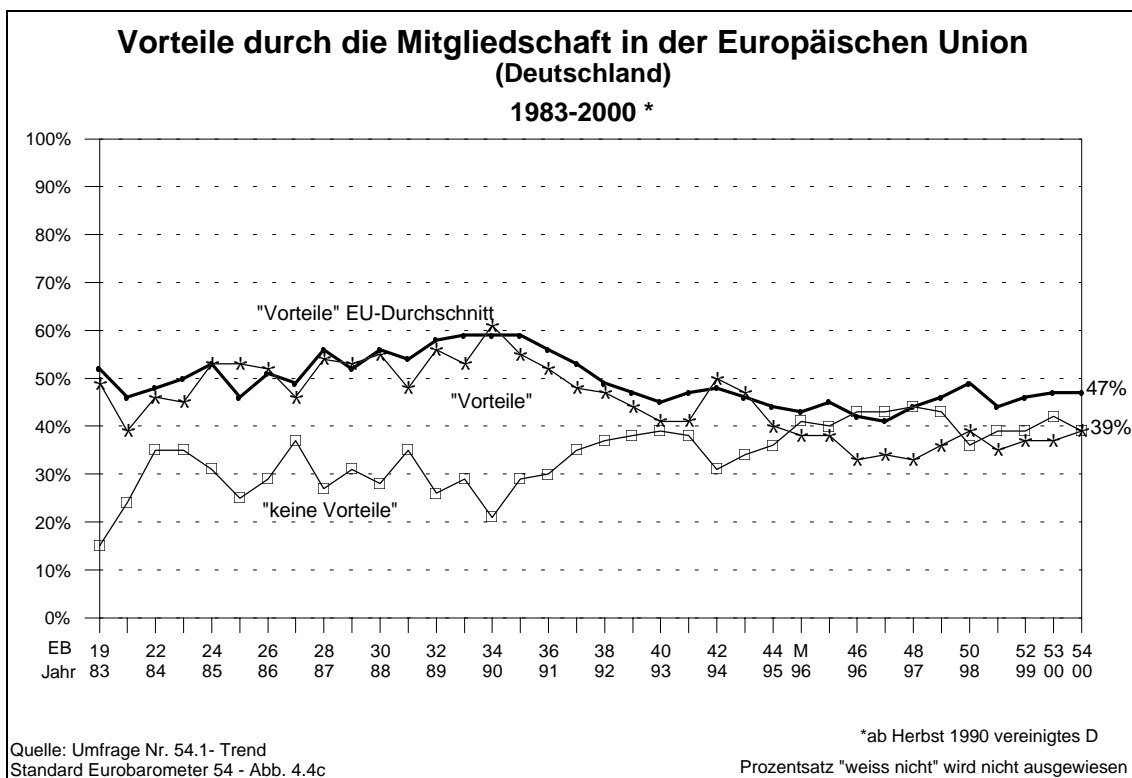
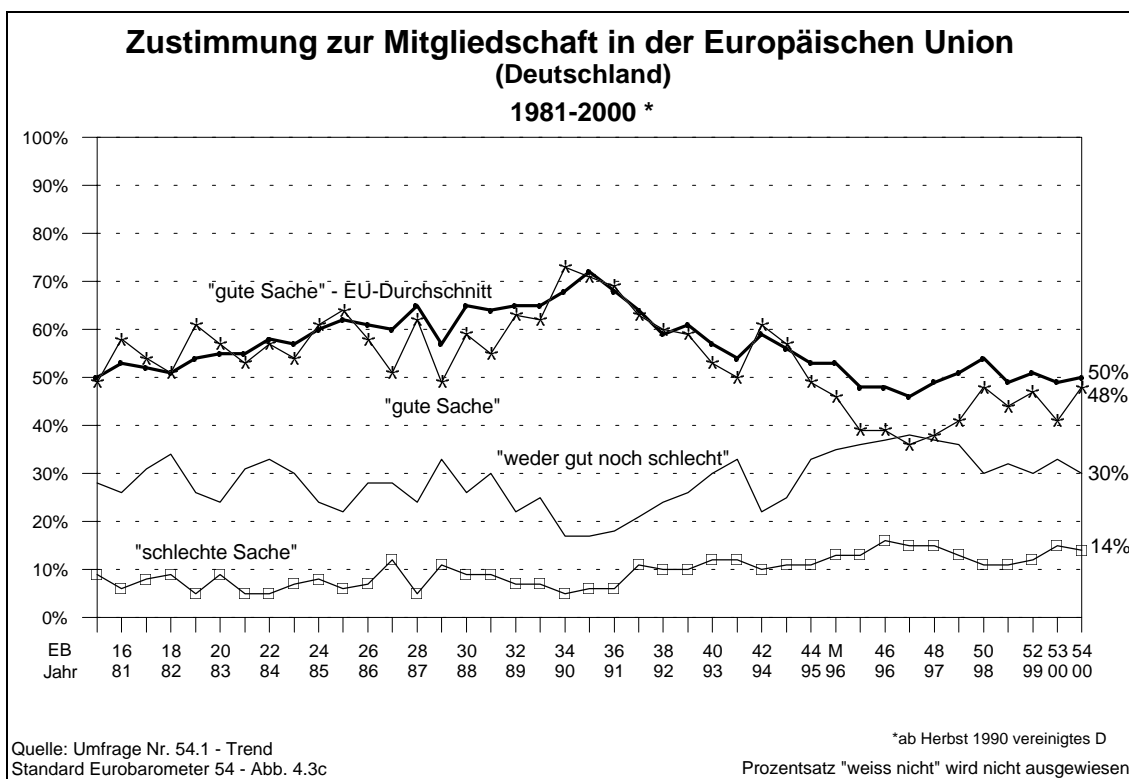
BELGIEN



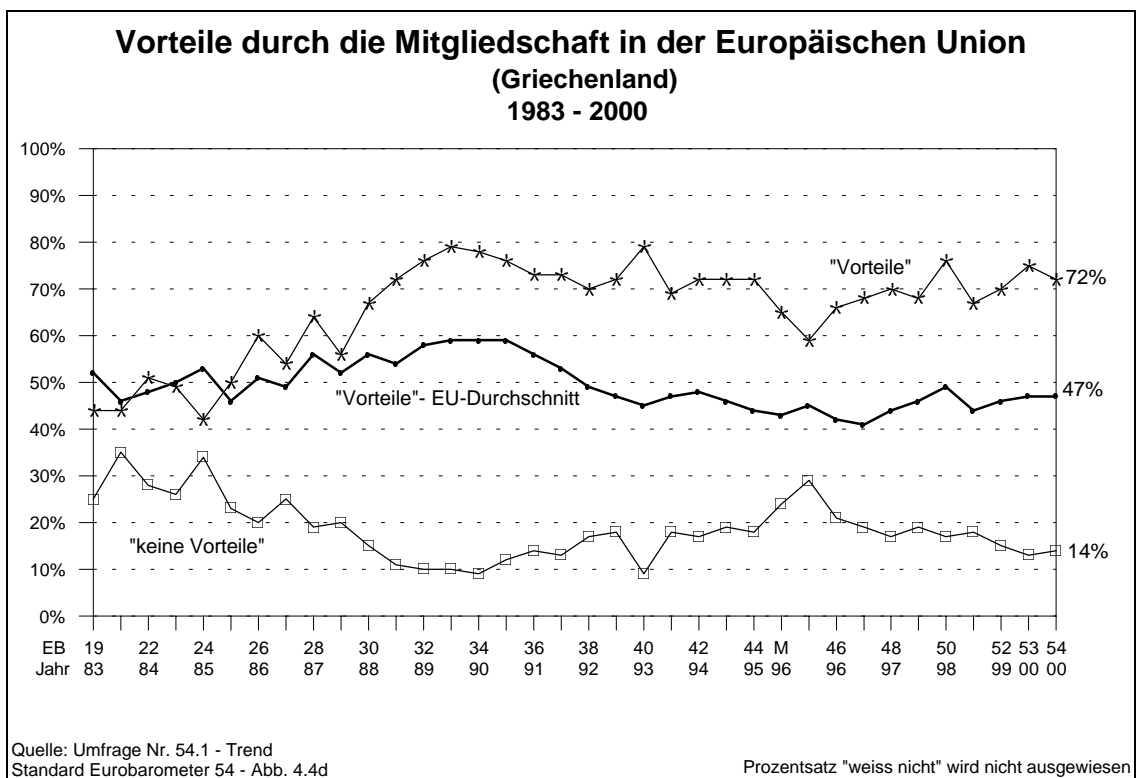
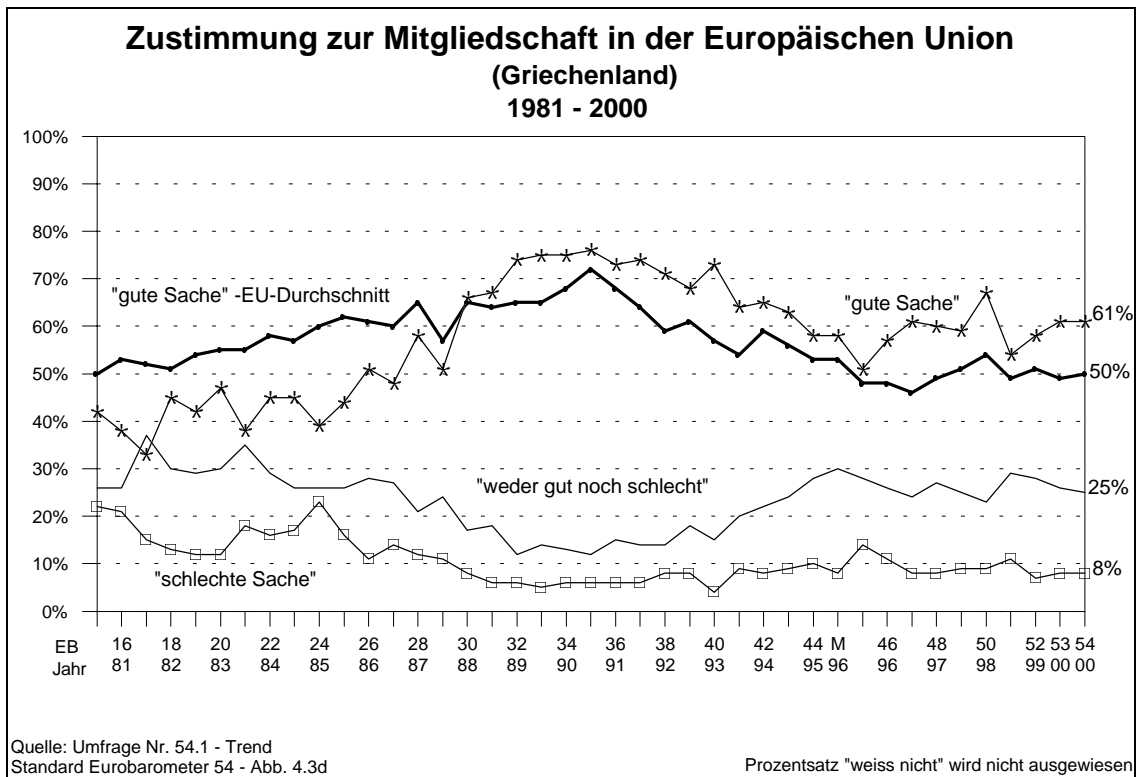
DÄNEMARK



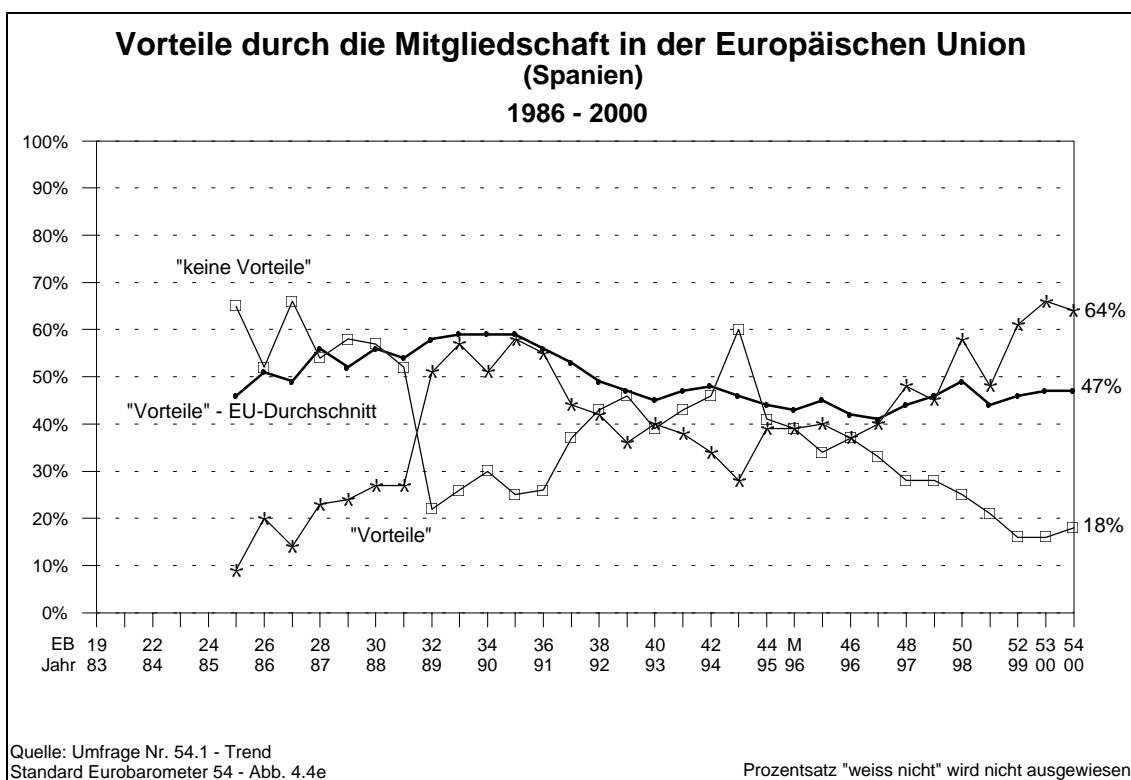
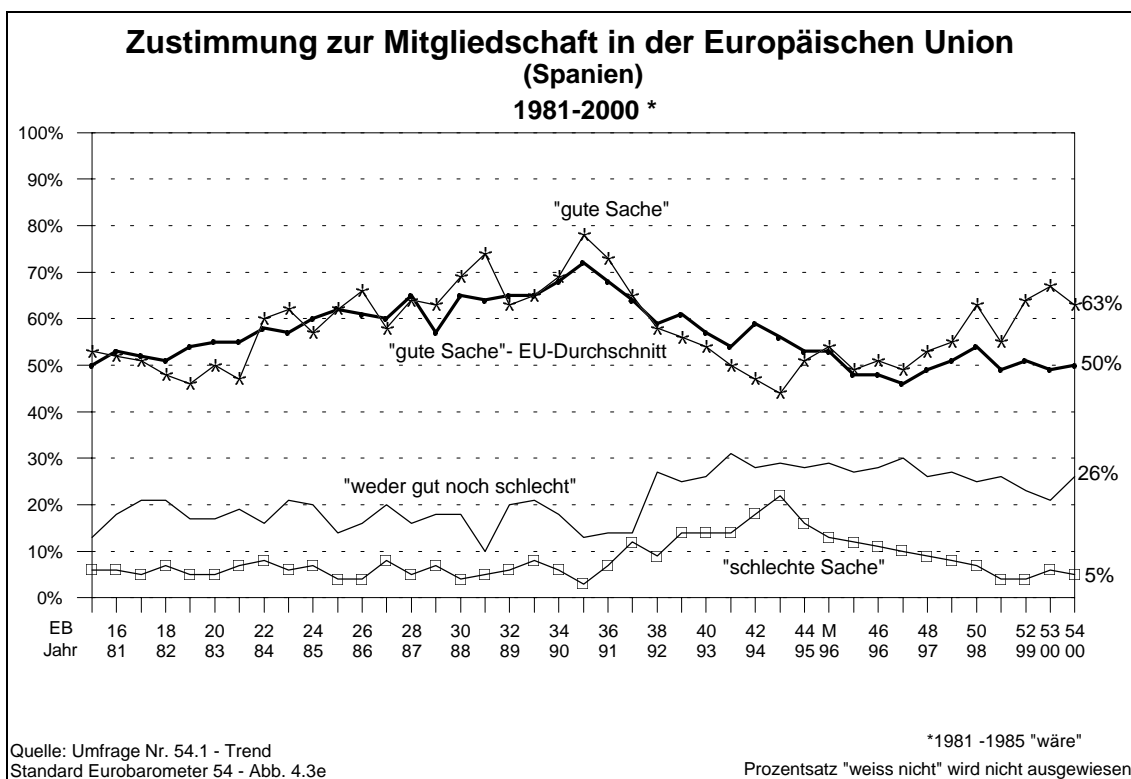
DEUTSCHLAND



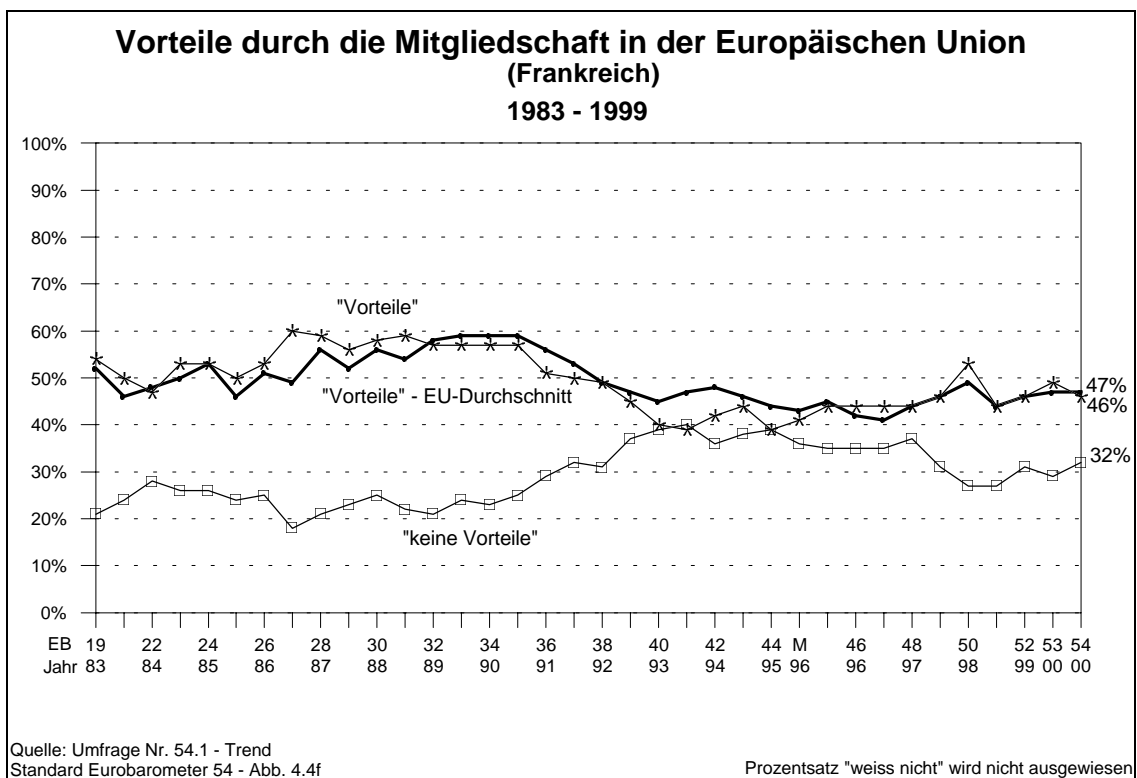
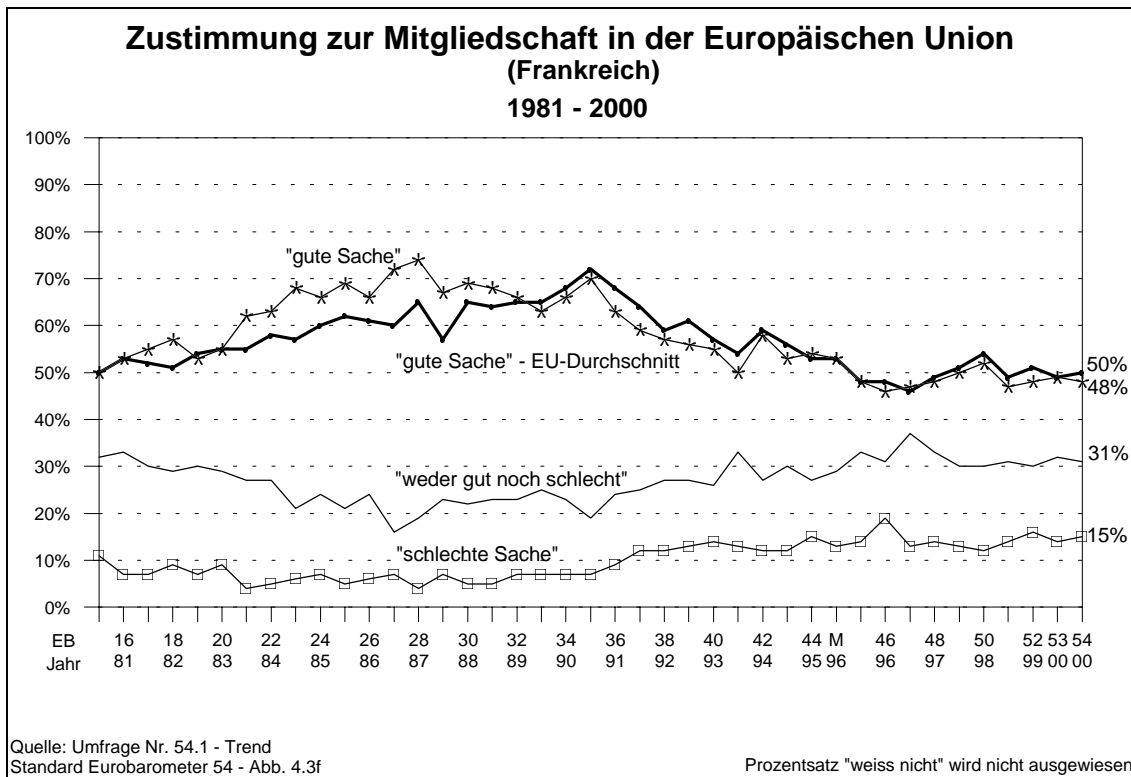
GRIECHENLAND



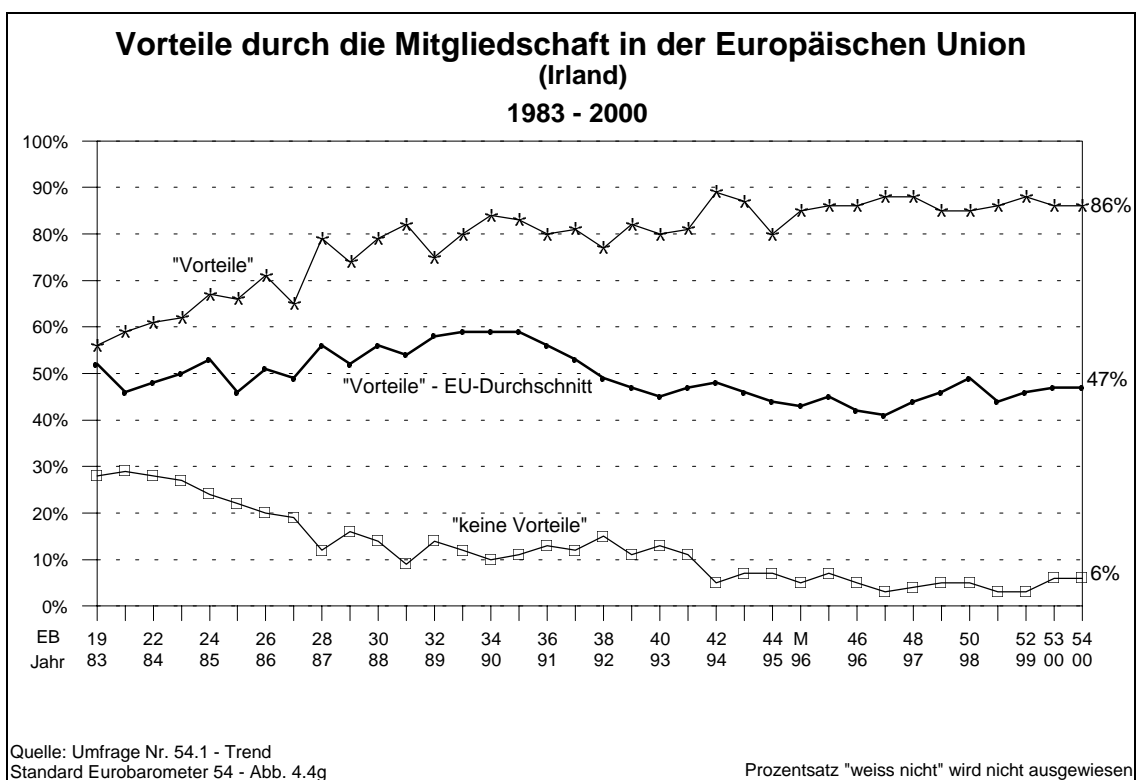
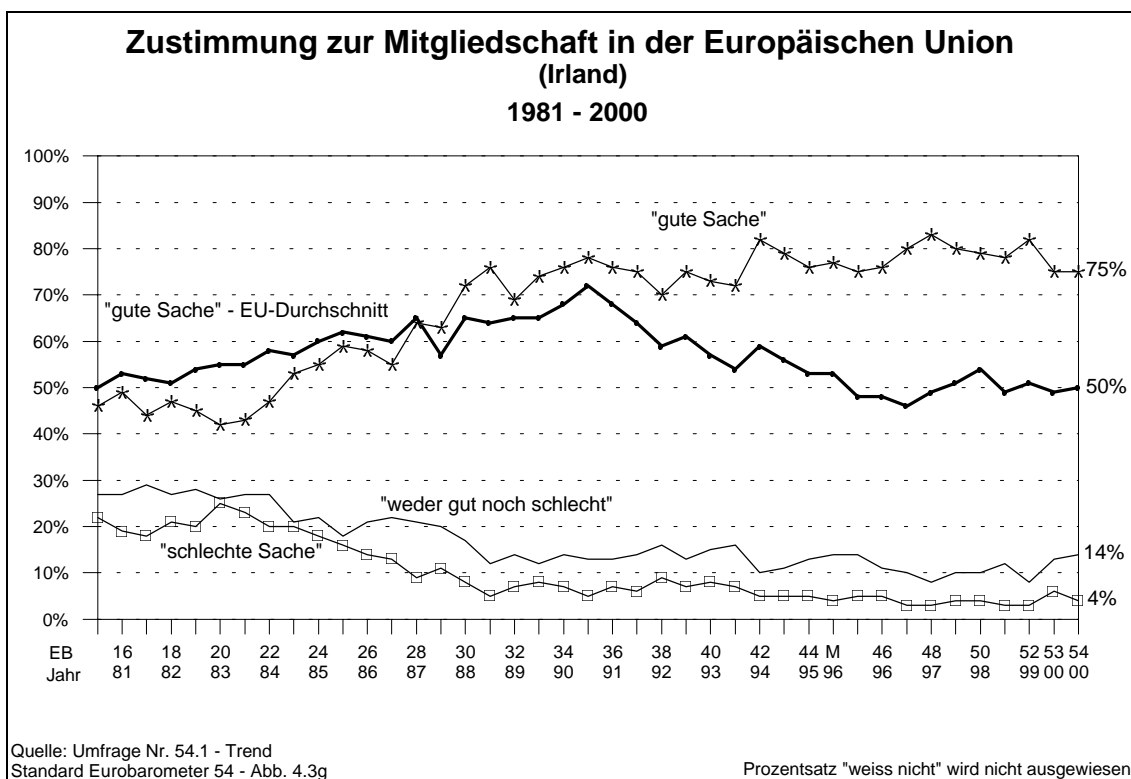
SPANIEN



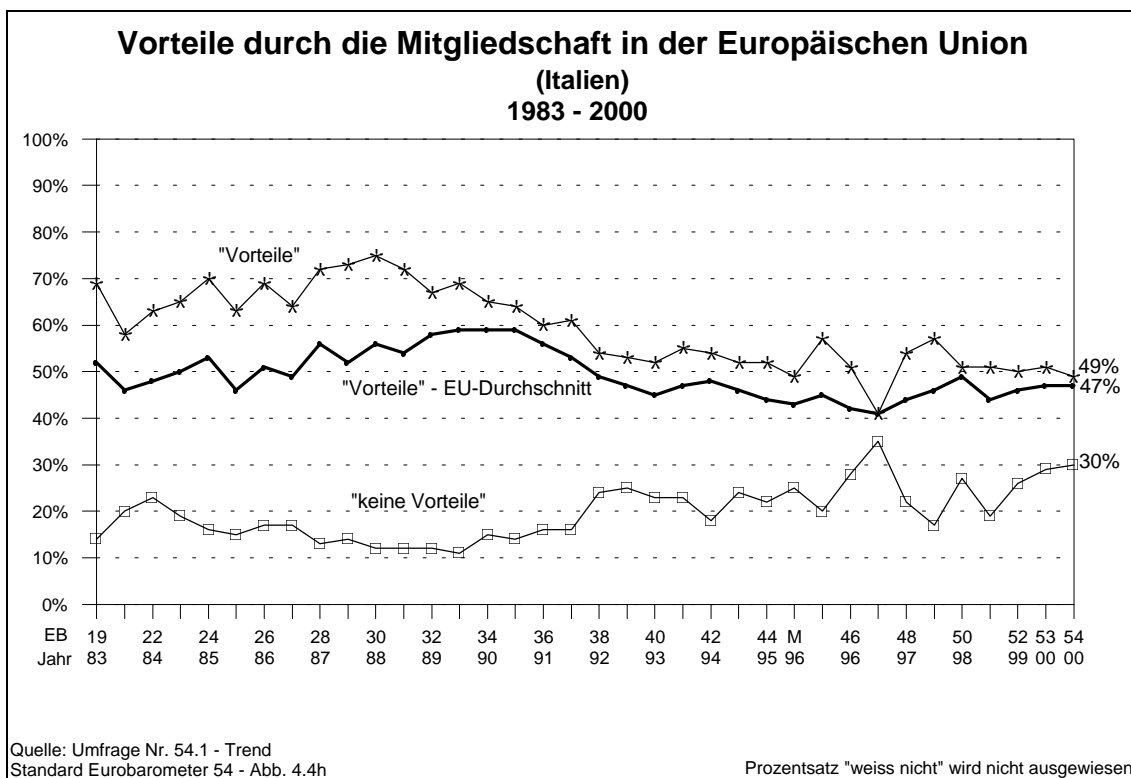
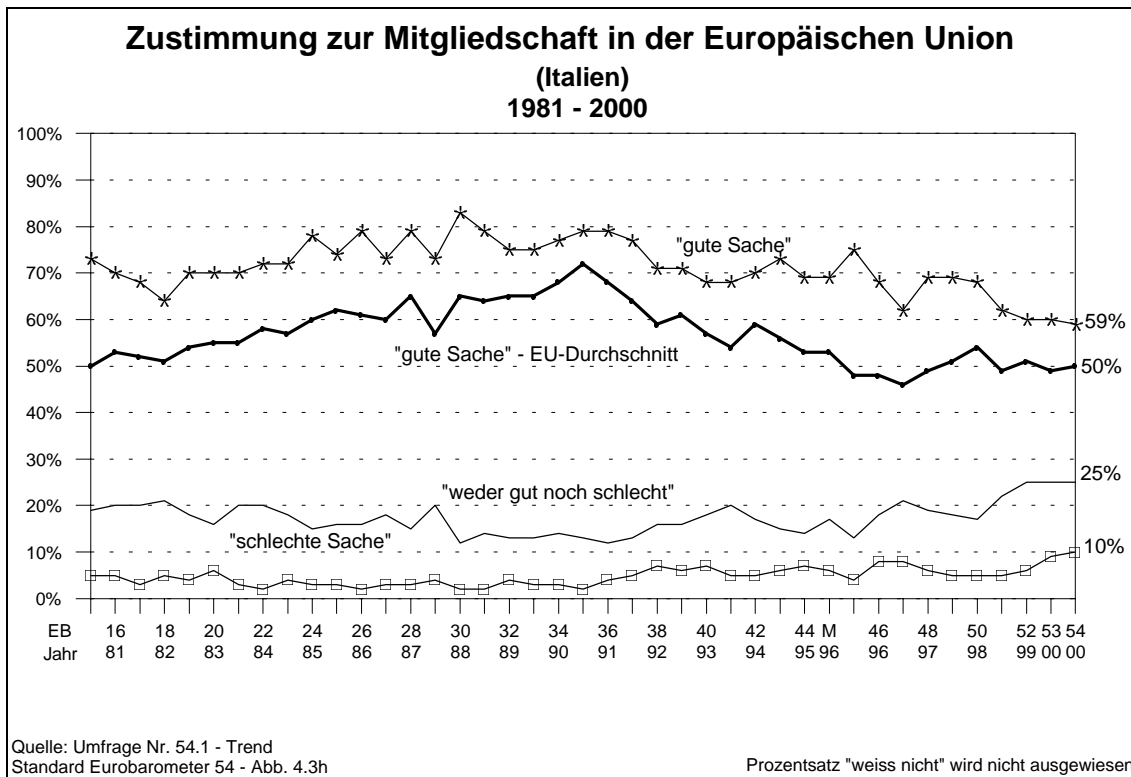
FRANKREICH



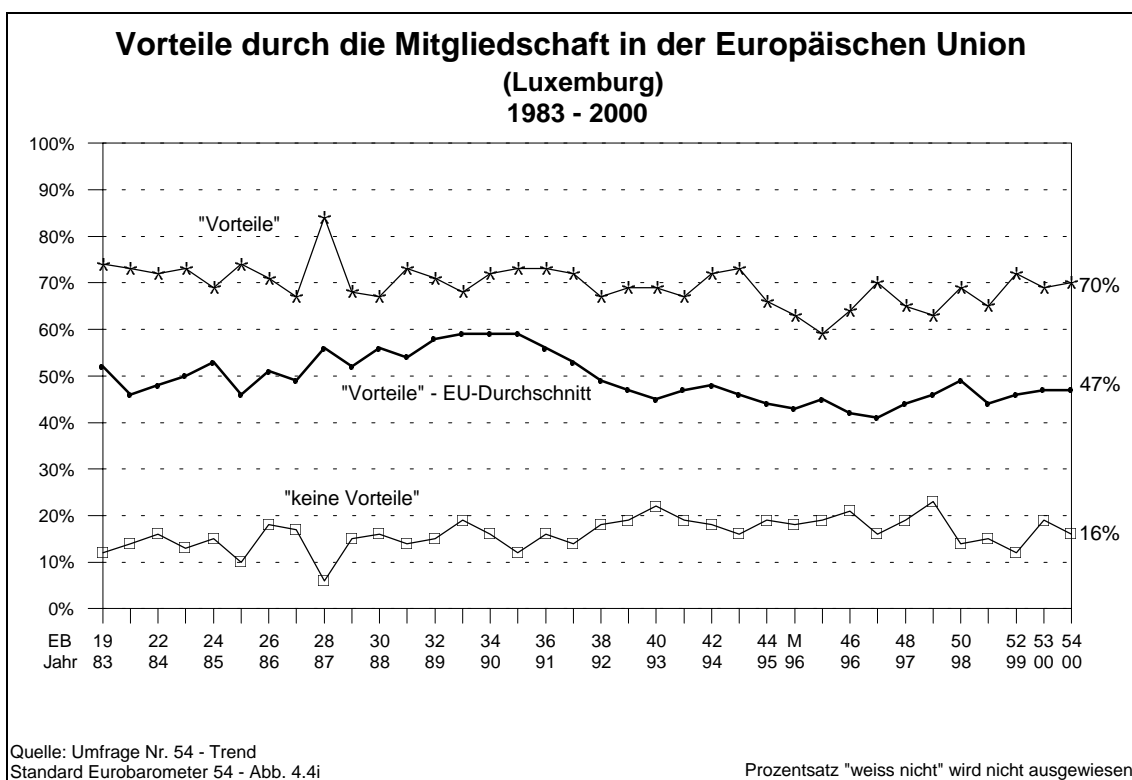
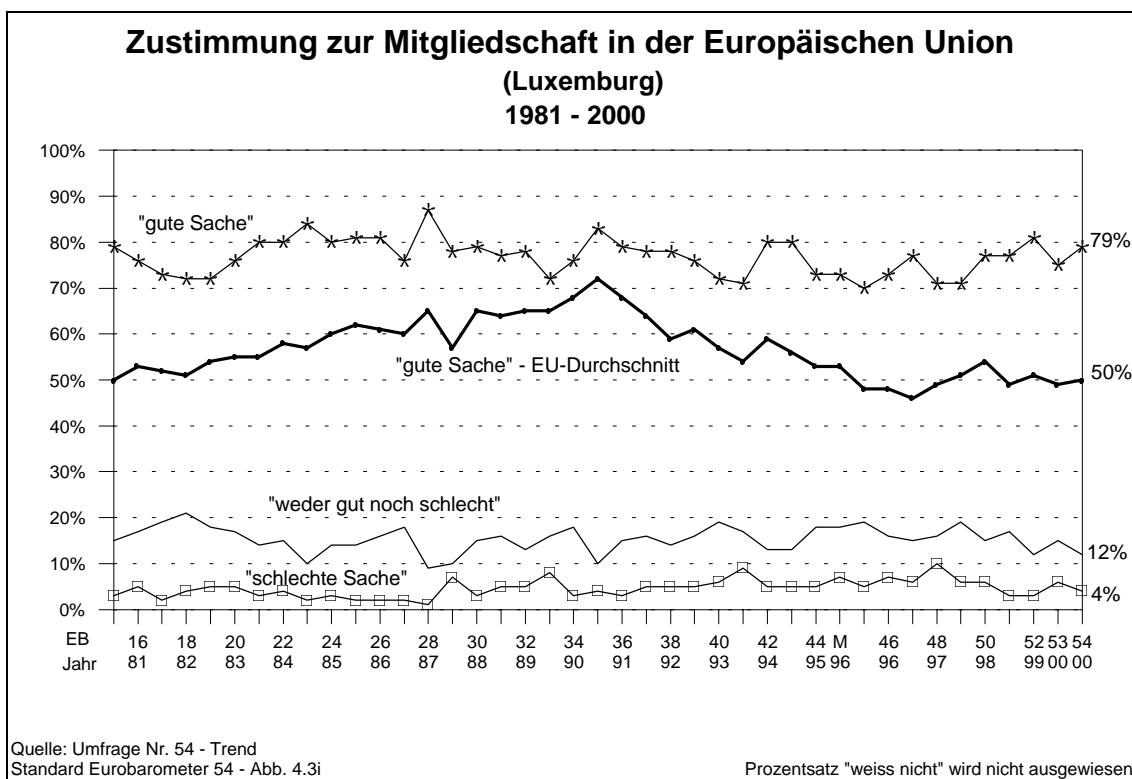
IRLAND



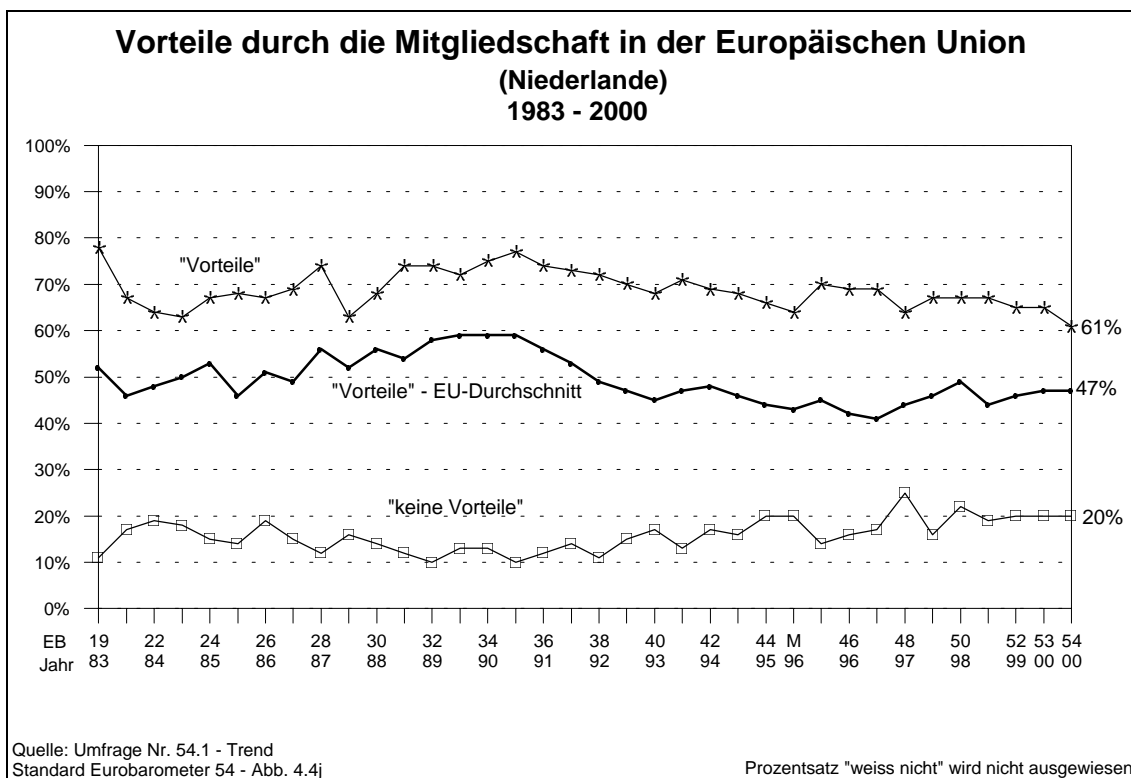
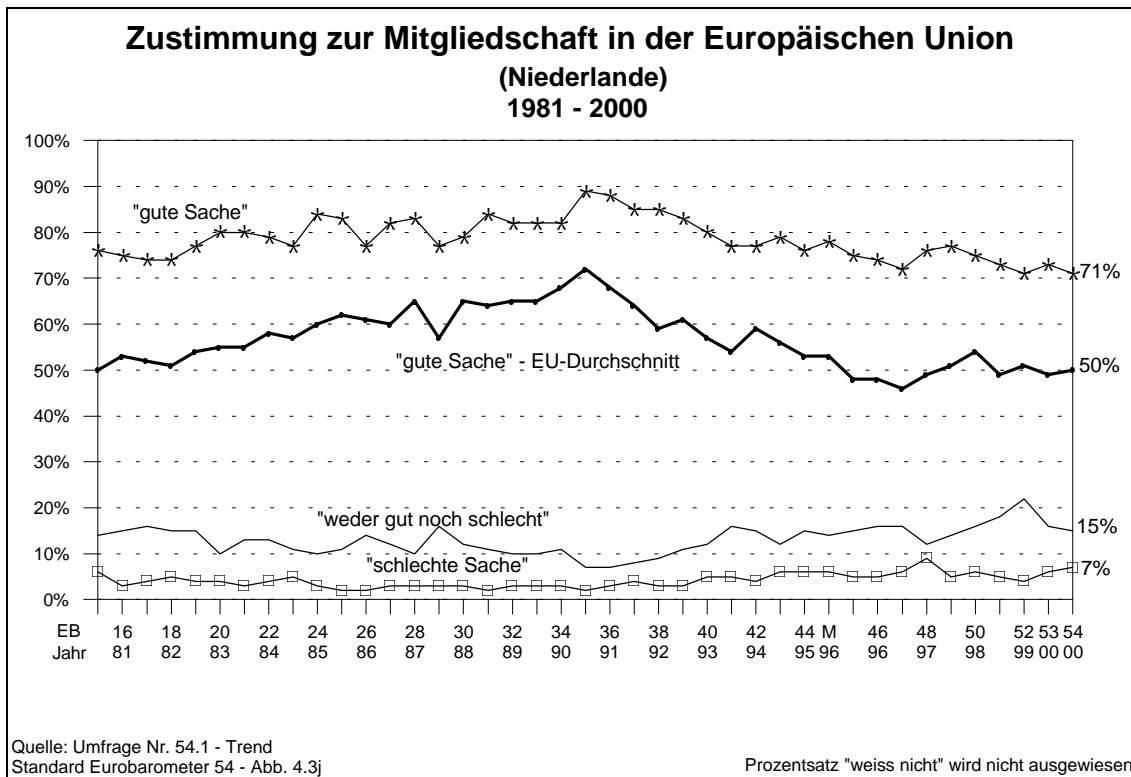
ITALIEN



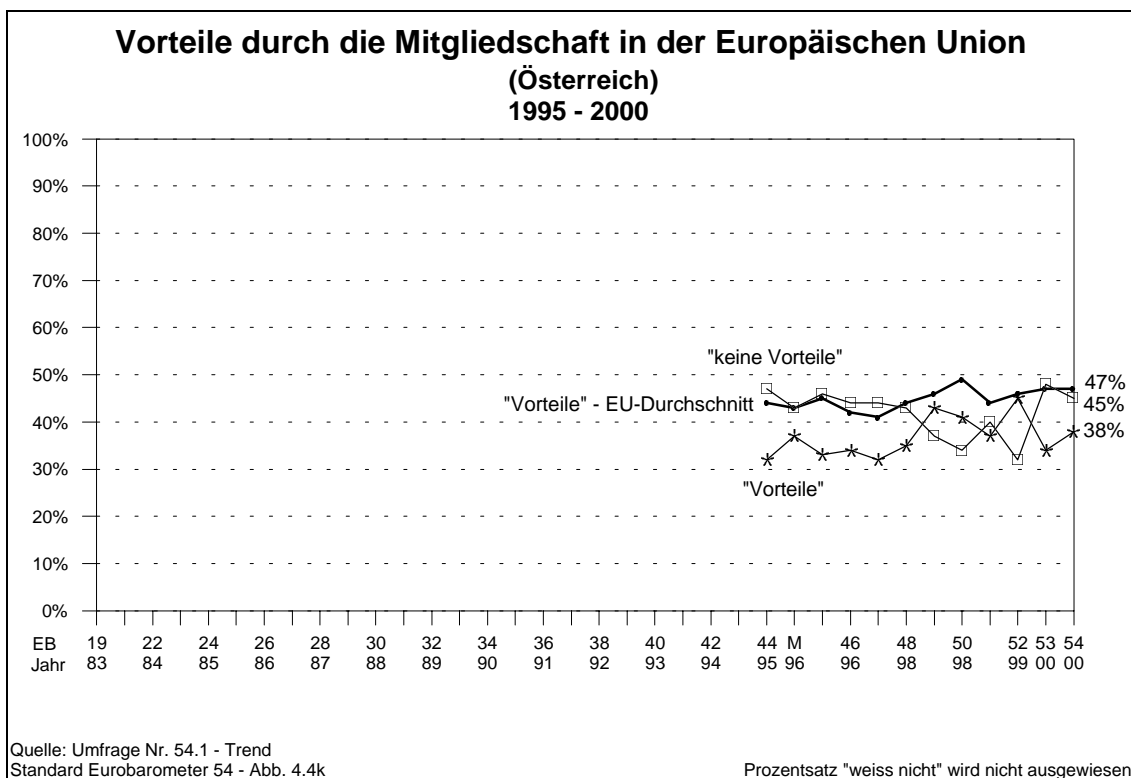
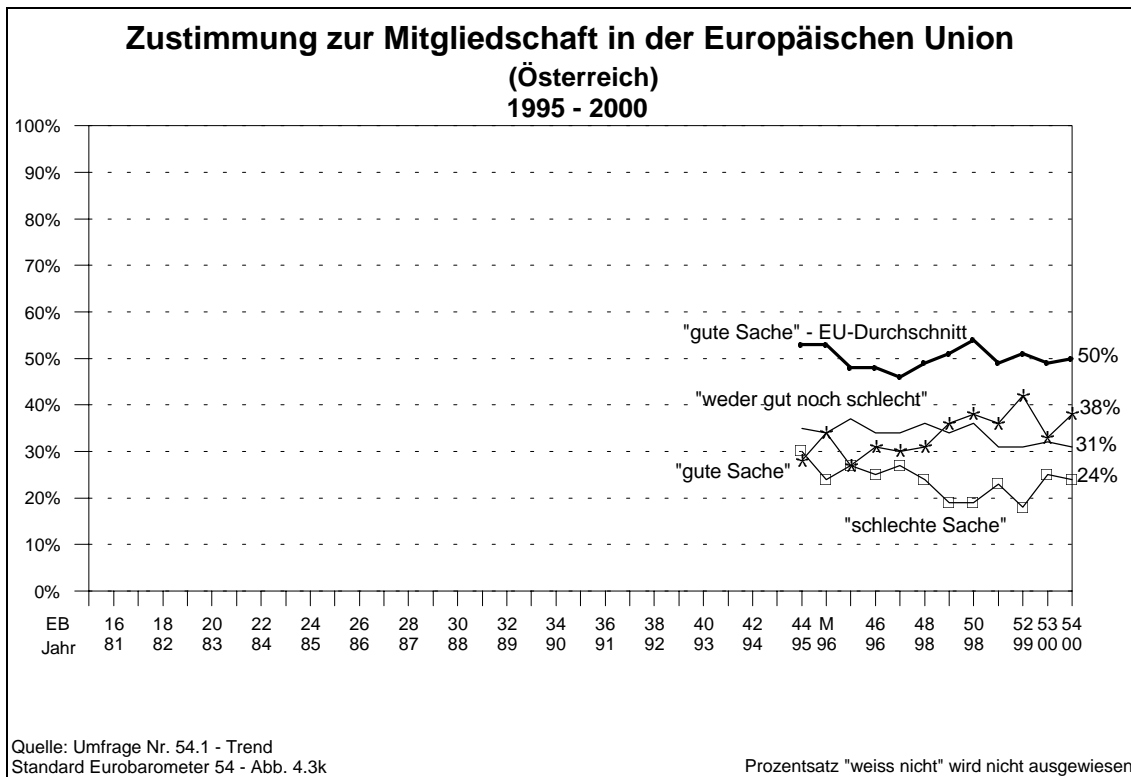
LUXEMBURG



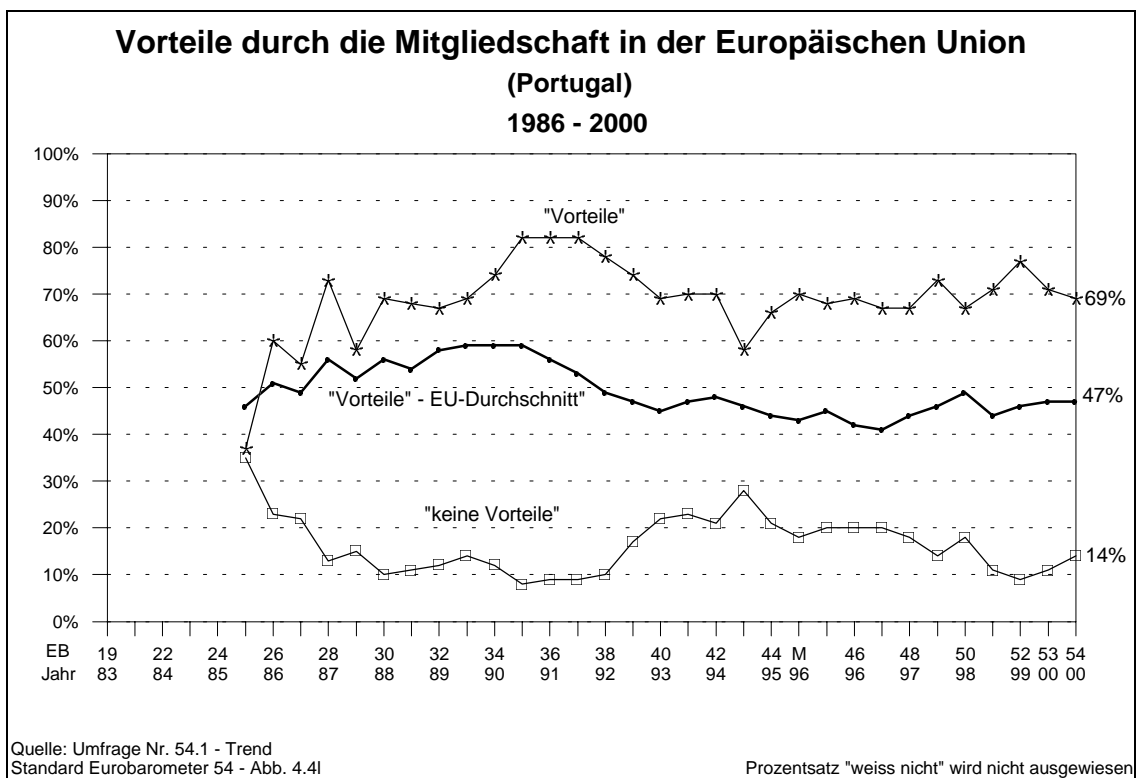
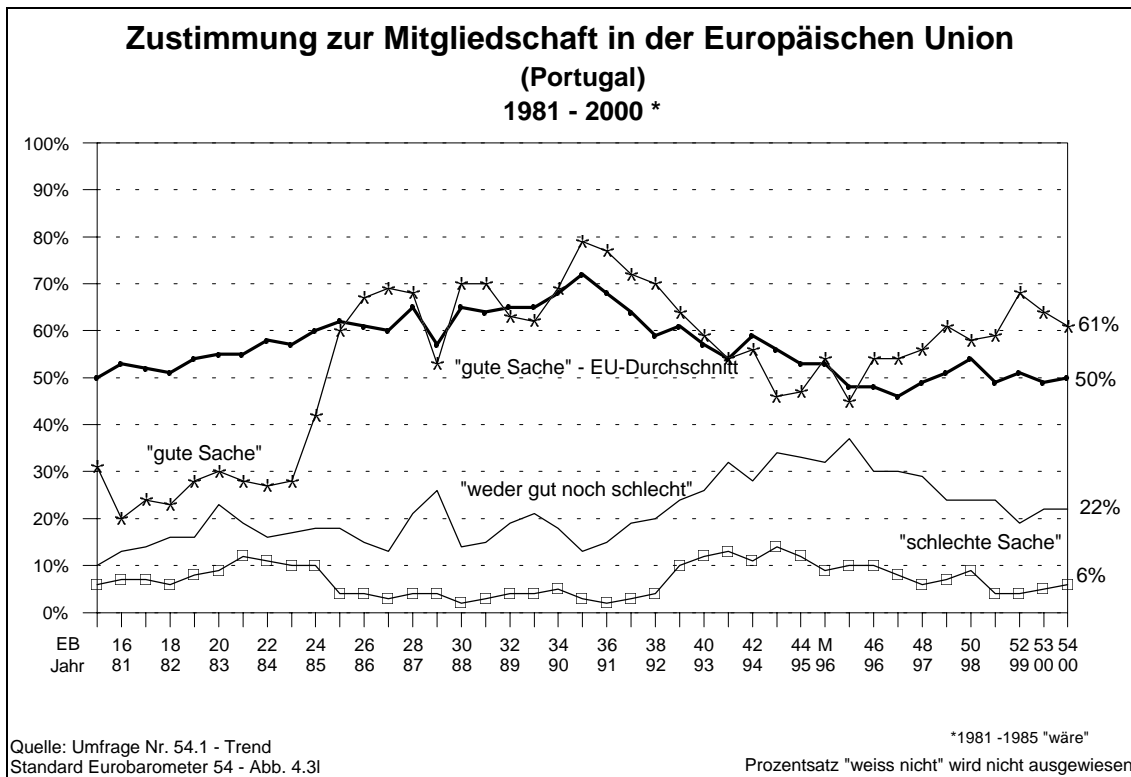
DIE NIEDERLANDE



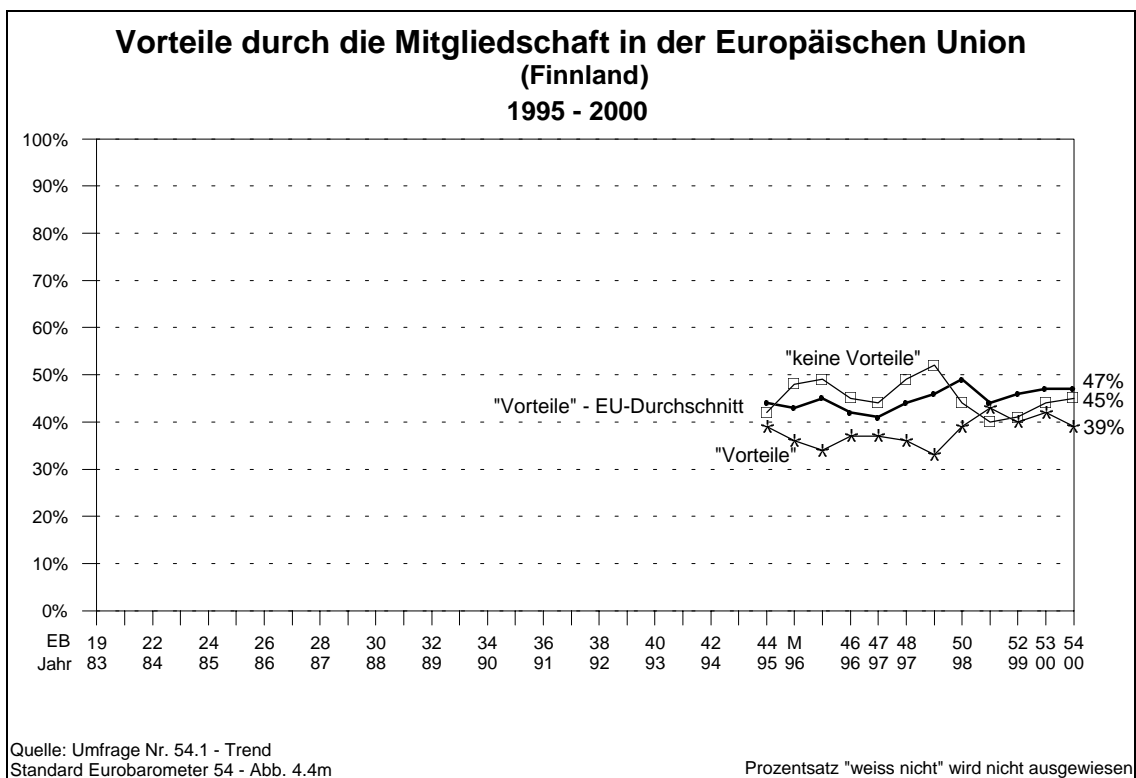
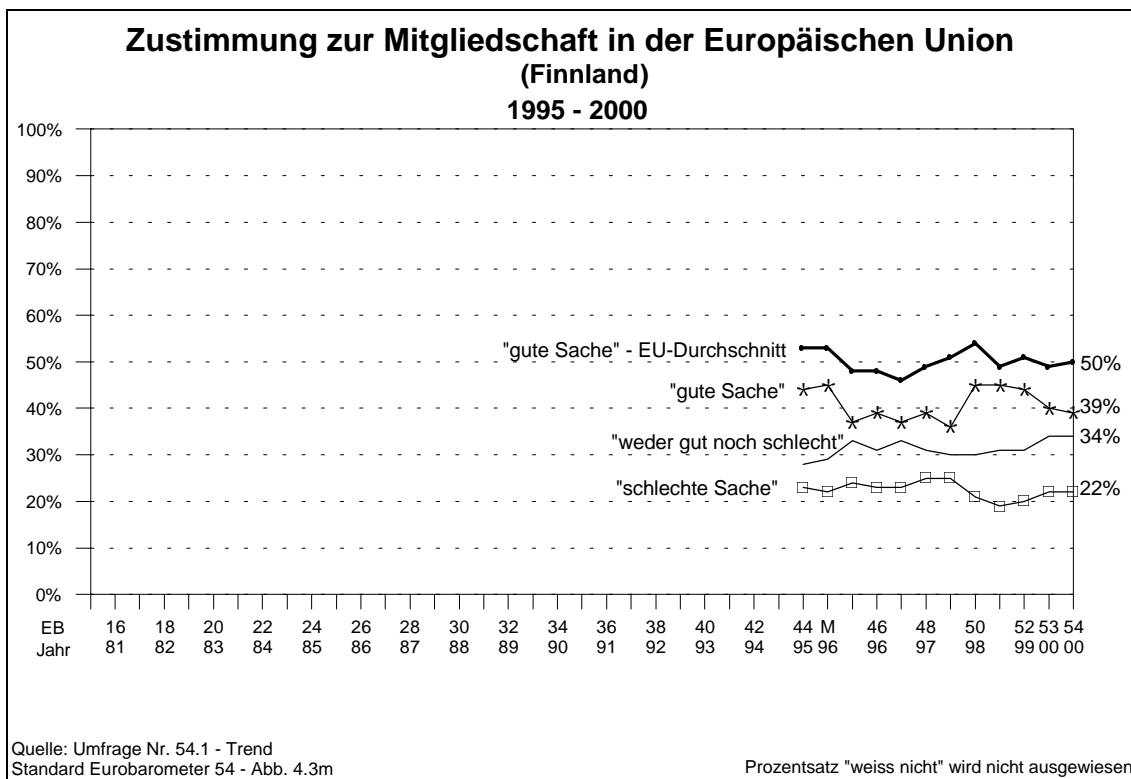
ÖSTERREICH



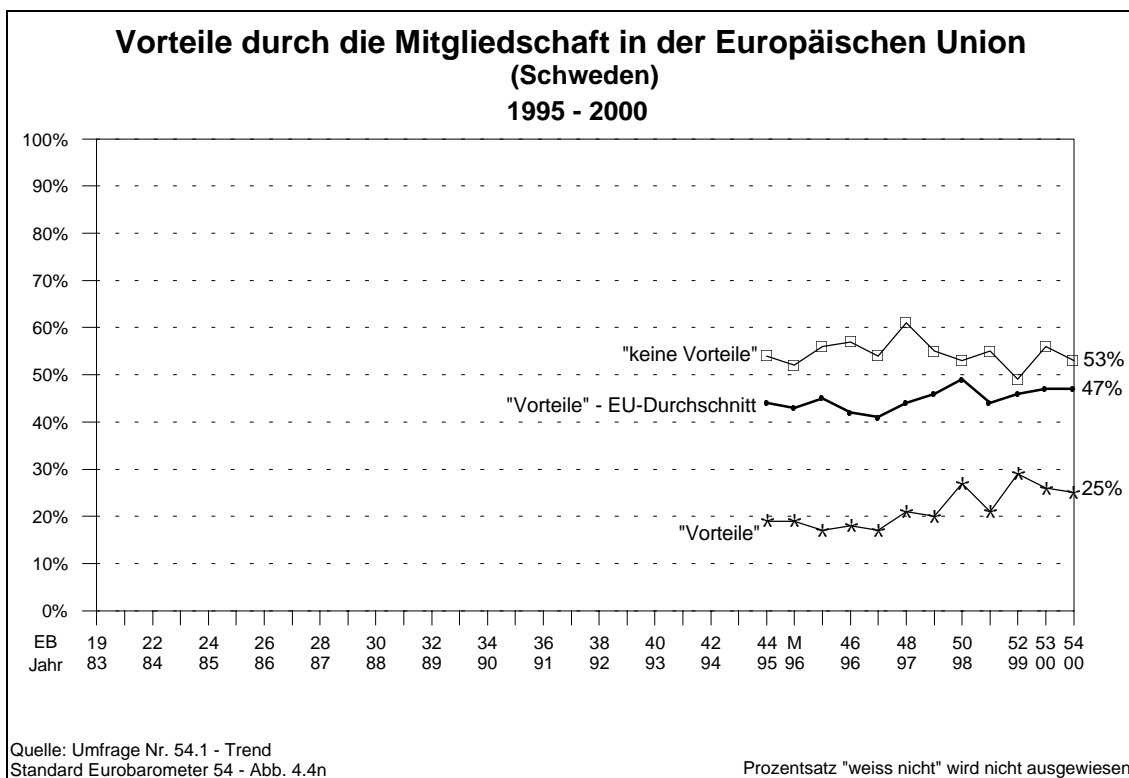
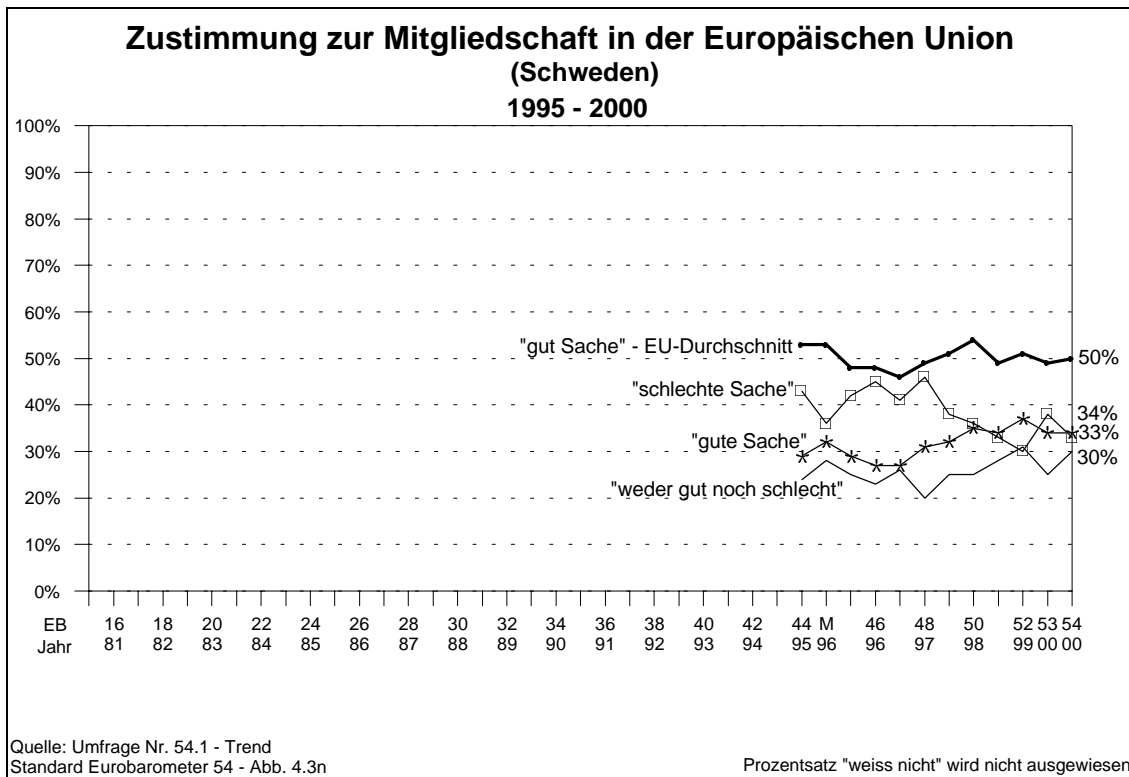
PORTUGAL



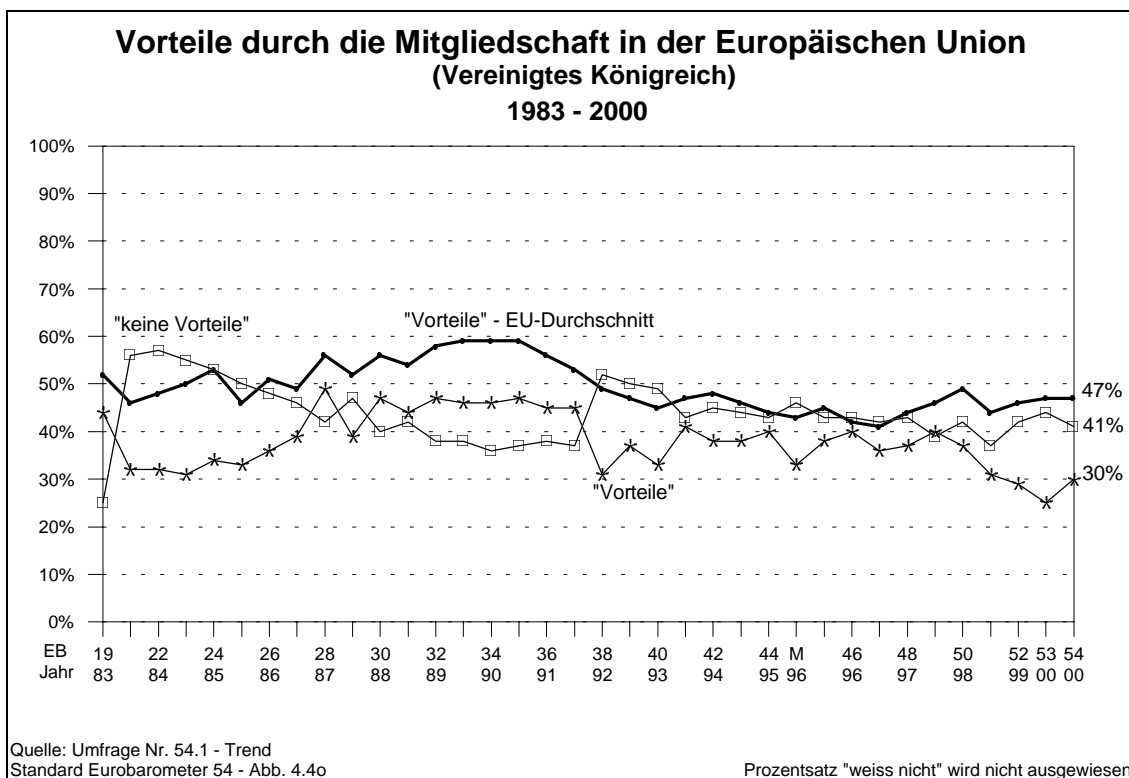
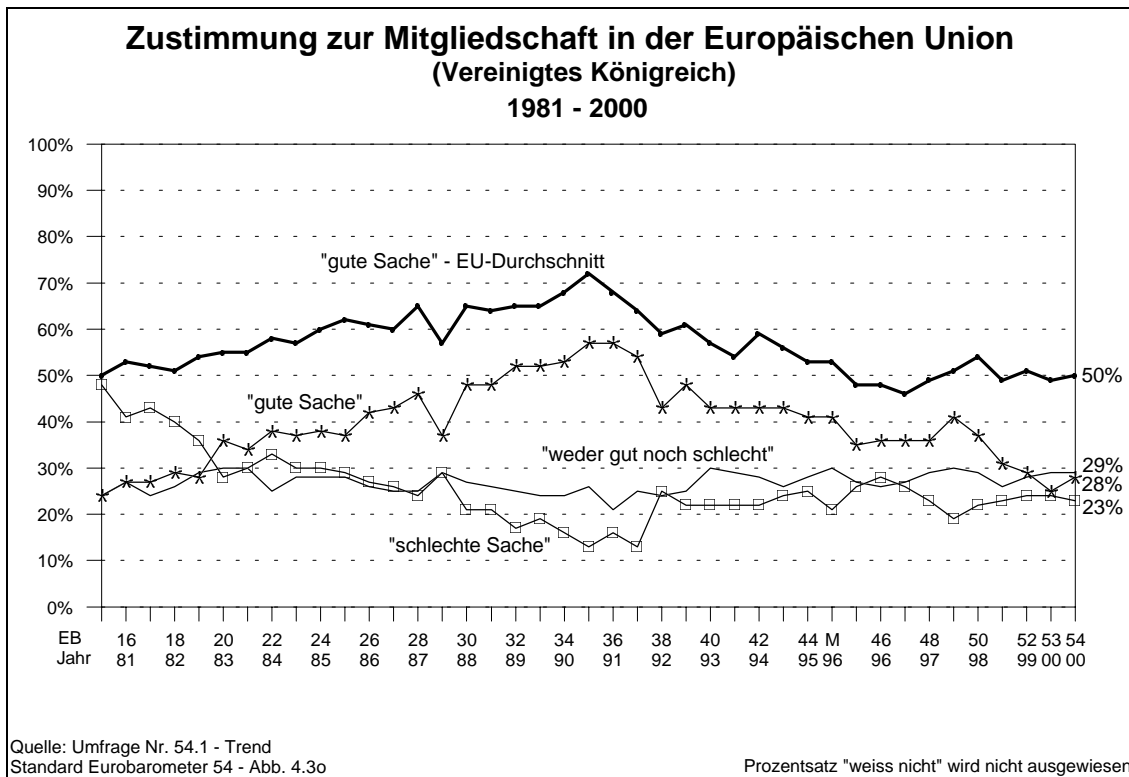
FINNLAND



SWEDEN



DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH



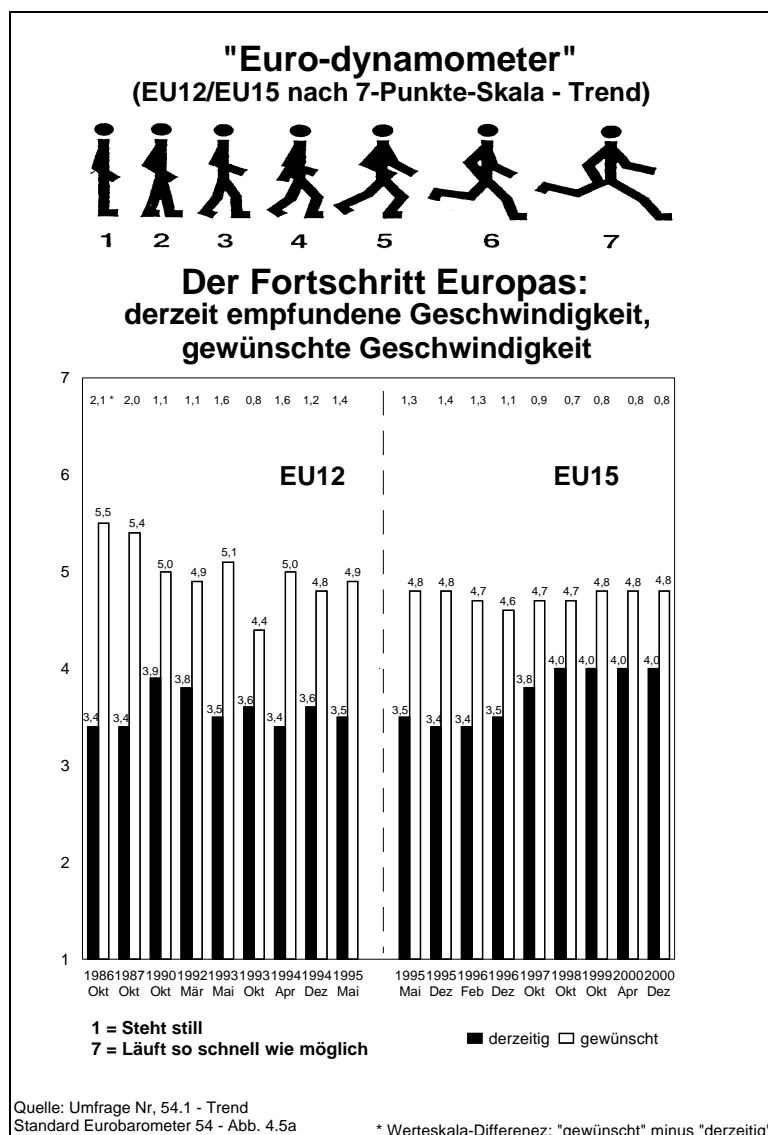
4.3. Die Geschwindigkeit der europäischen Integration

Seit 1986 wird in diesem Bericht die öffentliche Meinung im Hinblick auf die empfundene und die gewünschte Geschwindigkeit der europäischen Integration anhand der folgenden Frage untersucht:

a. Mit welcher Geschwindigkeit wird Ihrer Meinung nach die europäische Integration momentan vorangetrieben? Sehen Sie sich bitte die abgebildeten Personen an (Karte zeigen). N°1 bewegt sich nicht; N°7 läuft so schnell wie möglich. Wählen Sie die Person aus, die Ihrer Meinung nach am ehesten die momentane Geschwindigkeit darstellt, mit der die europäische Integration betrieben wird.

b. Und welche Person entspricht am ehesten der Geschwindigkeit, die Sie sich dabei wünschen? (Dieselbe Karte zeigen)

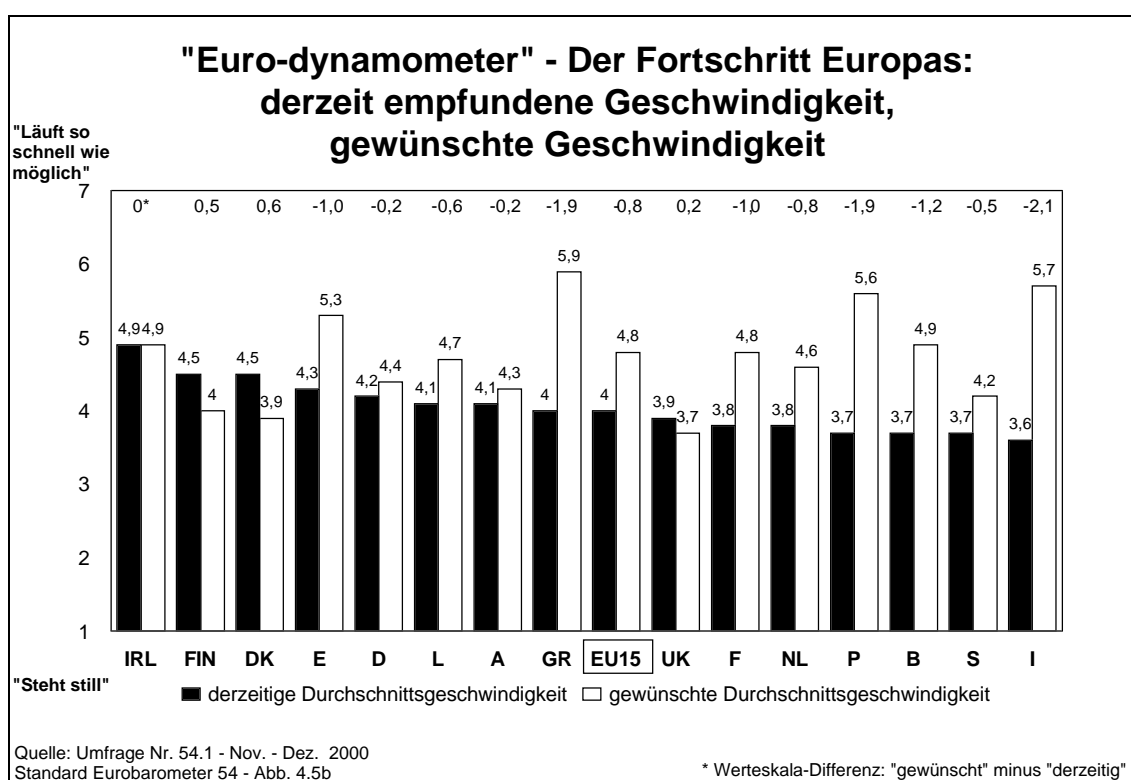
Auf einer Skala zwischen 1 und 7 liegt nach Meinung der Bürger die durchschnittliche Geschwindigkeit, mit der die europäische Integration betrieben wird, bei genau 4 Punkten. Dies ist dasselbe Ergebnis, wie in den letzten drei Untersuchungen, und wie bereits in vorangegangenen Jahren wünschen sich die Bürger eine zügigere europäische Integration (4,9). Wenn wir jedoch die jüngsten Ergebnisse mit den ersten Erhebungen aus den Jahren 1986 und 1987 vergleichen, so können wir feststellen, dass der Unterschied zwischen empfundener und gewünschter Geschwindigkeit wesentlich kleiner wurde. Wie aus der untenstehenden Abbildung hervorgeht, ergibt sich aus der letzten Untersuchung eine Nettodifferenz beim Ergebnis von 0,8 verglichen mit einem Unterschied von 2,1 im Jahr 1986.



Die empfundene Geschwindigkeit bei der europäischen Einigung fällt in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich aus: Der höchste Wert wurde in Irland (4,9), der niedrigste in Italien (3,6) ermittelt. Wenn man die Ergebnisse aus der im Herbst 2000 durchgeführten Untersuchung mit denen vom Frühjahr vergleicht, zeigt sich, dass die Bürger in Luxemburg (+0,23), Österreich (+0,21) und Italien (+0,15) mittlerweile eher das Gefühl haben, die europäische Einigung werde zügiger vorangetrieben. In Griechenland, Irland (beide -0,15) und Belgien (-0,12) beurteilen die Bürger das Tempo der europäischen Einigung inzwischen als etwas langsamer. (Tabelle 4,3a)

Die Bürger in Griechenland wünschen sich für den Aufbau eines geeinten Europa die höchste Geschwindigkeit (5,9), gefolgt von den Bürgern Italiens (5,7), Portugals (5,6) und Spaniens (5,3). Die gewünschte Geschwindigkeit fällt im Vereinigten Königreich am niedrigsten aus (3,7), nachdem im Frühjahr 2000 noch ein Wert von 4,2 ermittelt wurde. Seit dem Frühjahr 2000 sind die Angaben über die durchschnittlich gewünschte Geschwindigkeit in den übrigen Mitgliedstaaten weitgehend stabil geblieben. (Tabelle 4.3b)

Wie aus der untenstehenden Tabelle hervorgeht, variiert der Unterschied zwischen der empfundenen Geschwindigkeit bei der europäischen Integration und der gewünschten Geschwindigkeit für die weitere Entwicklung zwischen den einzelnen Ländern erheblich. In den meisten Ländern würden es die Bürger begrüßen, wenn das gemeinsame Europa mit einer grösseren Geschwindigkeit vorankäme als dies empfunden wird. Dabei fallen die positiven Differenzwerte am deutlichsten in Italien, Portugal und Griechenland aus. Dänemark, Finnland und das Vereinigte Königreich sind die einzigen Länder, in denen sich ein leicht negativer Differenzwert zwischen empfundener und gewünschter Geschwindigkeit ergibt. Irland hebt sich von den übrigen Ländern insofern ab, als es das einzige Land ist, in denen die empfundene Geschwindigkeit nicht nur am höchsten ausfällt, sondern sich auch genau mit den Angaben zur gewünschten Geschwindigkeit deckt.



In der folgenden Tabelle wird gezeigt, wie die Ansichten der Bürger über die Europäischen Union allgemein mit deren Haltung gegenüber der zukünftigen Integration zusammenhängen. Erwartungsgemäss möchten Bürger mit einer pro-europäischen Einstellung, dass die Einigung Europas schneller vorangetrieben wird als bisher, während Bürger mit einer anti-europäischen Einstellung es lieber sehen würden, wenn sich der Einigungsprozess langsamer als gegenwärtig der Fall entwickelte. Dies lässt darauf schliessen, dass sich aus der allgemeinen Einstellung gegenüber der Europäischen Union sehr gut ersehen lässt, was die Bürger über die Geschwindigkeit bei der europäischen Integration denken.

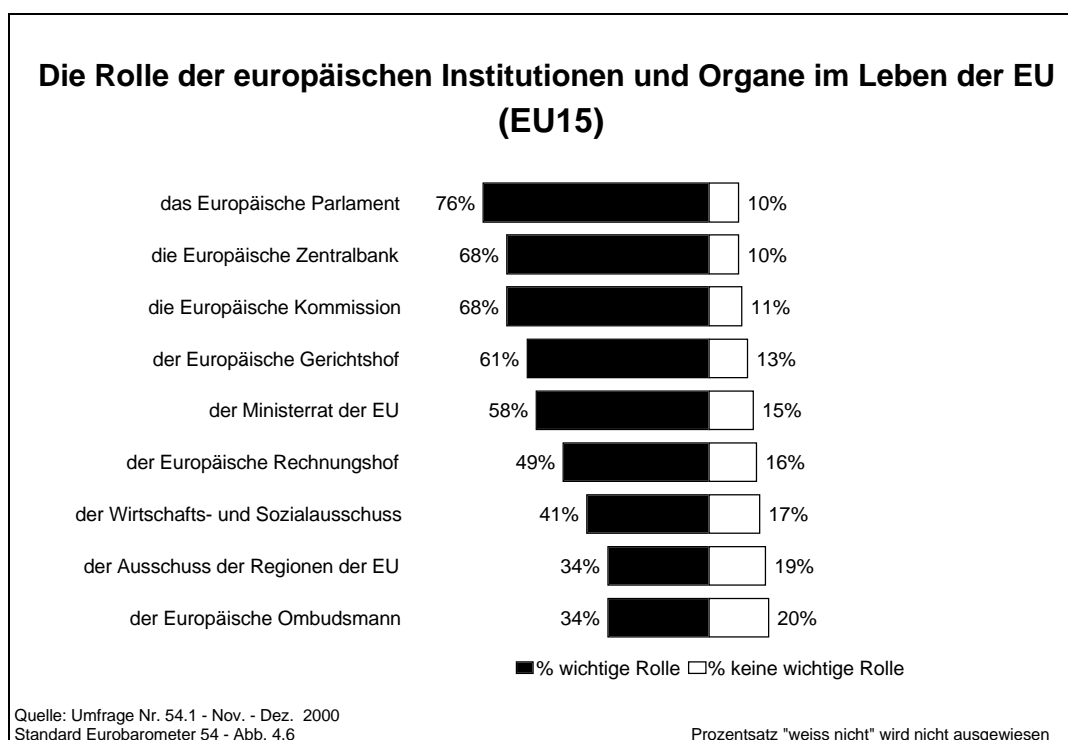
| "Das Euro-Dynamometer" Durchschnittswerte von Personen mit pro-, neutraler und anti-EU Einstellung (EU15) | | | |
|--|--|--|--|
| EU Einstellung: | Aktuelle Durchschnittsgeschwindigkeit | Gewünschte Durchschnittsgeschwindigkeit | Differenz „gewünscht“ minus „aktuell“ |
| Pro-EU Einstellung: | | | |
| Wünscht eine wichtigere Rolle der EU | 3,86 | 5,50 | +1,64 |
| EU-Mitgliedschaft ist eine gute Sache | 4,03 | 5,34 | +1,31 |
| Neutrale EU Einstellung: | | | |
| EU-Mitgliedschaft ist weder gut noch schlecht | 3,88 | 4,50 | +0,62 |
| Rolle der EU sollte sich nicht verändern | 4,01 | 4,37 | +0,36 |
| Anti-EU Einstellung: | | | |
| EU-Mitgliedschaft ist keine gute Sache | 3,85 | 3,09 | -0,76 |
| Wünscht eine weniger wichtige Rolle der EU | 4,24 | 3,22 | -1,02 |

Die Untersuchung soziodemografischer Gruppen in der Bevölkerung zeigt, dass sich alle eine schnellere europäische Integration wünschen, als diese im Augenblick gegeben ist. Dies zeigt, dass die soziodemografischen Faktoren die Ansichten der Menschen über die empfundene und die gewünschte Geschwindigkeit des Fortschritts der europäischen Integration nicht so stark beeinflussen wie die der Einstellungs- und Ländervariablen.

4.4. Die Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union

Das Eurobarometer hat nun zum vierten Mal hintereinander die öffentliche Meinung zu einer Anzahl von Europäischen Institutionen und Körperschaften untersucht. Die Teilnehmer wurden zunächst befragt, inwieweit ihrer Meinung nach 9 der EU-Institutionen und -Körperschaften eine wichtige Rolle im Leben innerhalb der Europäischen Union spielen. Die ausgewählten Institutionen und Körperschaften, die in der Umfrage berücksichtigt wurden, sind das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, der Ministerrat der EU, der Europäische Gerichtshof, der Europäische Ombudsmann, die Europäische Zentralbank, der Europäische Rechnungshof, der Ausschuss der Regionen und der Wirtschafts- und Sozialausschuss.²⁰

²⁰ Der Bekanntheitsgrad dieser Institutionen/Körperschaften in der Öffentlichkeit wird in Kapitel 3 behandelt.



Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, sind die Befragten am ehesten der Ansicht, dass das Europäische Parlament (76%), die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission (beide 68%) eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielen. Die Öffentlichkeit ist der Ansicht, dass der Europäische Ombudsmann und der Ausschuss der Regionen (beide 34%) die am wenigsten wichtige Rolle spielen. Verglichen mit dem Frühjahr 2000 ist die Bevölkerung nun wesentlich deutlicher der Meinung, dass der Wirtschafts- und Sozialausschuss eine wichtige Rolle spielt (+3). Unwesentliche Zuwachsraten wurden darüber hinaus für die Europäische Zentralbank (+2), den Ministerrat und den Ausschuss der Regionen (beide +1) ermittelt. Der Anteil der Antworten, die die anderen Institutionen als „wichtig“ einstufen, hat sich seit dem Frühjahr 2000 nicht verändert.²¹

Die Analysen der einzelnen Länder zeigen, dass der Anteil der Bürger, für die das **Europäische Parlament** eine wichtige Rolle für das Leben in der Europäischen Union spielt, in Luxemburg (88%) am höchsten liegt und dass in Italien, Schweden, Irland, Belgien, Spanien und den Niederlanden mehr als 8 von 10 Personen diese Sichtweise teilen. Der niedrigste Wert wurde im Vereinigten Königreich ermittelt (62%), das das einzige Land ist, in dem weniger als 7 von 10 Personen dem Europäischen Parlament für das Leben in der Europäischen Gemeinschaft eine geringe Bedeutung beimessen. Luxemburg weist auch den höchsten Anteil von Personen auf (85%), die der Meinung sind, dass die **Europäische Kommission** eine wichtige Rolle spielt. Irland (82%) belegt den zweiten Platz, gefolgt von Dänemark (81%). Das Vereinigte Königreich (56%) und Deutschland (61%) sind die einzigen Länder, in denen weniger als 7 von 10 Personen diese Einschätzung teilen. Die Bürger in Luxemburg und in den Niederlanden (79%) sind am ehesten der Meinung, dass die **Europäische Zentralbank**, deren Präsident ein Niederländer ist, eine wichtige Rolle spielt. Im Vereinigten Königreich teilen lediglich 45% der Bürger diese Meinung. In allen übrigen Ländern sind mehr als 6 von 10 Personen der Meinung, dass die EZB eine wichtige Rolle im Leben innerhalb der Europäischen Union spielt. (Tabelle 4.4)

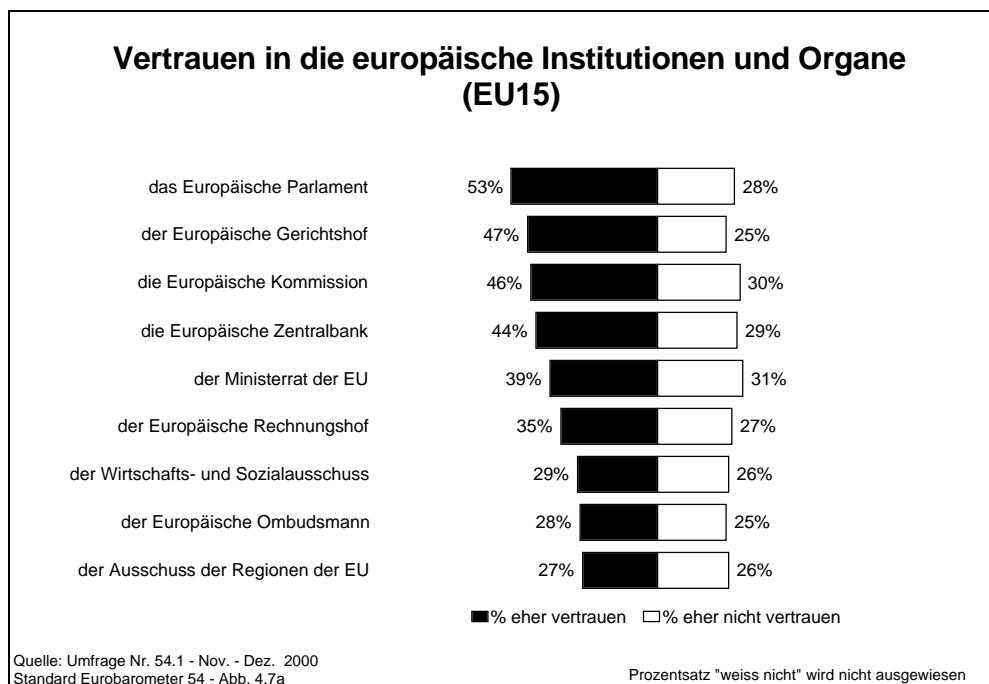
Um einen Gesamtüberblick über den Umfang zu vermitteln, in dem die Bürger EU-Institutionen und – Körperschaften für wichtig im Leben in der Europäischen Union halten, wird in der folgenden Tabelle ein Mittelwert ²² für jeden einzelnen Mitgliedstaat aufgelistet. In Luxemburg wurde der höchste Mittelwert erzielt (75%), gefolgt von Schweden (71%). Dagegen fiel der Mittelwert im Vereinigten Königreich (35%) am niedrigsten aus.

²¹ Siehe Eurobarometer Bericht Nr. 53, Tabelle 2.7.

²² Wir zeigen statt dem Durchschnittswert den mittleren prozentualen Wert für ‚wichtig‘, da der Mittelwert bei Verteilungen mit extremen Werten die angemessene Bemessungsgrundlage zur Ermittlung grundsätzlicher Tendenzen darstellt. Die Durchschnittsergebnisse fallen wegen der niedrigen Werte für den Europäischen Ombudsmann und den Ausschuss der Regionen, zu denen viele Befragte keine Meinung haben, deutlich niedriger aus.

| Wichtigkeit der EU-Institutionen- und Körperschaften (Mittelwert der Personen, die die 9 Institutionen und Körperschaften für wichtig halten in %, nach Ländern) | |
|---|-----------|
| Land | Mittel |
| Luxemburg | 75 |
| Schweden | 71 |
| Irland | 67 |
| Belgien | 67 |
| Österreich | 65 |
| Niederlande | 64 |
| Finnland | 63 |
| Dänemark | 62 |
| Portugal | 62 |
| Frankreich | 62 |
| Griechenland | 61 |
| Spanien | 60 |
| Deutschland | 58 |
| EU15 | 58 |
| Italien | 53 |
| Vereinigtes Königreich | 35 |

Die Befragten wurden auch nach ihrem Vertrauen in die 9 Institutionen und Körperschaften befragt. Obwohl das Vertrauensniveau in den 15 Mitgliedstaaten deutlich unterschiedlich ausfällt, muss zuerst festgestellt werden, dass der Anteil der „weiss nicht“ - Antworten, vor allem im Hinblick auf den Ausschuss der Regionen, den Europäischen Ombudsmann (beide 47%) und den Wirtschafts- und Sozialausschuss (45%) relativ hoch ausfällt. Dies erklärt zum Teil, warum das in der folgenden Tabelle aufgezeigte Vertrauensniveau so niedrig ausfällt.

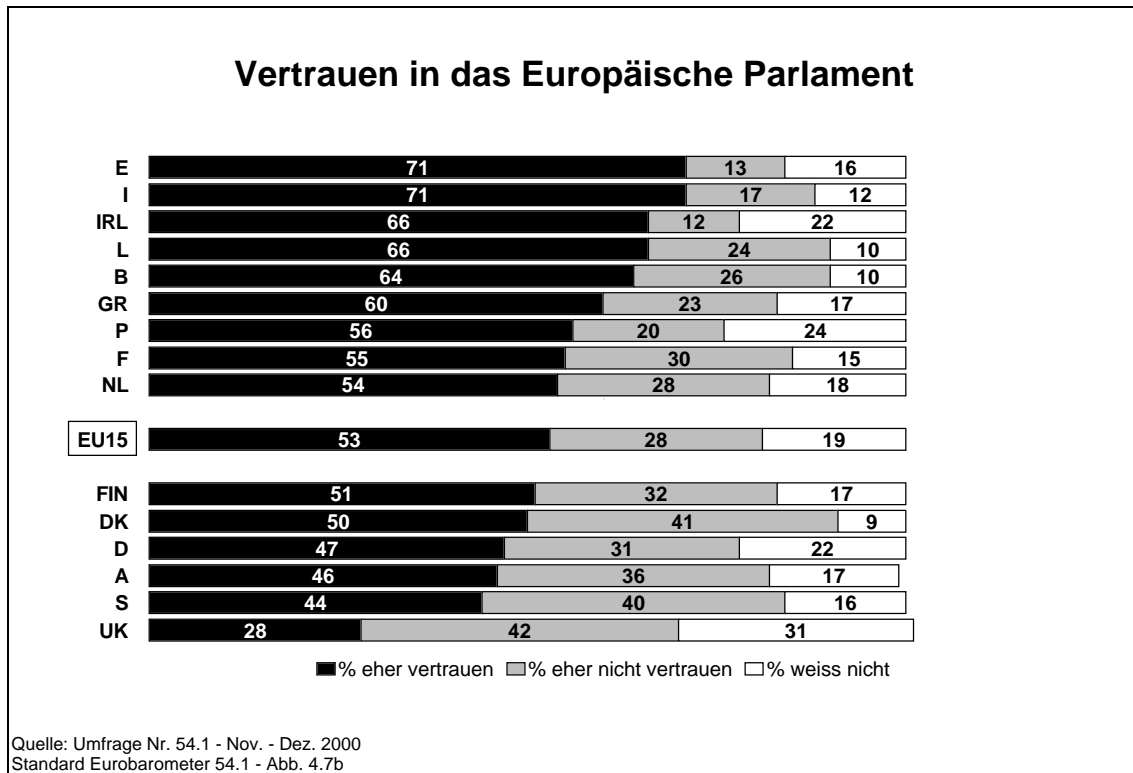


Mit 53% ist das Europäische Parlament die Institution, in die die meisten EU-Bürger Vertrauen haben, gefolgt vom Europäischen Gerichtshof (47%) und der Europäischen Kommission (46%). Der Anteil der Personen, die angegeben haben, kein Vertrauen in diese Institutionen oder Körperschaften zu haben, variiert zwischen 25% gegenüber dem Europäischen Ombudsmann und Europäischen Gerichtshof und 31% gegenüber dem Ministerrat.

Aus der nächsten Tabelle sind die drei Institutionen und Körperschaften ersichtlich, die in den einzelnen Mitgliedstaaten das grösste Vertrauen geniessen. Das **Europäische Parlament** belegt in allen 15 Mitgliedsstaaten einen Platz unter den drei erstgenannten. In 9 Ländern liegt es an erster Stelle, in fünf Ländern kommt es auf den zweiten Platz und belegt in den Niederlanden den dritten Platz. Der **Europäische Gerichtshof** liegt in 5 Mitgliedstaaten auf dem ersten Platz, belegt in drei Ländern Platz zwei und steht in weiteren vier Ländern an dritter Stelle. In Spanien, Italien und Portugal gehört er nicht zu den ersten drei genannten. Die **Europäische Kommission** liegt in sechs Ländern auf dem zweiten und in drei Ländern auf dem dritten Platz. In Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Finnland und Schweden kommt sie nicht unter die ersten drei genannten. Die **Europäische Zentralbank** belegt in den Niederlanden den zweiten Platz und liegt in Dänemark, Deutschland, Italien, Österreich und Schweden an dritter Stelle. Spanien (56%) ist das einzige Land, in dem der **Ministerrat** unter die ersten drei kommt. Der **Europäische Ombudsmann**, der aus Finnland stammt, liegt in seinem Heimatland an erster Stelle (53%), erreicht in den übrigen Ländern jedoch keinen Platz unter den ersten drei. Keine der übrigen Institutionen und Körperschaften befindet sich ansonsten unter den ersten drei. (Siehe auch Tabelle 4.5)

| DIE DREI EU-INSTITUTIONEN UND KÖRPERSCHAFTEN, DIE DAS HÖCHSTE VERTRAUEN GENIESSEN (IN %, NACH MITGLIEDSTAATEN) | | | |
|---|----|--------------------------|----|
| Belgien | | Luxemburg | |
| Europäisches Parlament | 64 | Europäisches Parlament | 66 |
| Europäische Kommission | 57 | Europäischer Gerichtshof | 63 |
| Europäischer Gerichtshof | 52 | Europäische Kommission | 60 |
| Dänemark | | Niederlande | |
| Europäischer Gerichtshof | 66 | Europäischer Gerichtshof | 66 |
| Europäisches Parlament | 50 | Europäische Zentralbank | 65 |
| Europäische Zentralbank | 48 | Europäisches Parlament | 54 |
| Deutschland | | Österreich | |
| Europäischer Gerichtshof | 52 | Europäischer Gerichtshof | 48 |
| Europäisches Parlament | 47 | Europäisches Parlament | 46 |
| Europäische Zentralbank | 45 | Europäische Zentralbank | 45 |
| Griechenland | | Portugal | |
| Europäisches Parlament | 60 | Europäisches Parlament | 56 |
| Europäischer Gerichtshof | 54 | Europäische Kommission | 52 |
| Europäische Kommission | 52 | Europäische Zentralbank | 51 |
| Spanien | | Finnland | |
| Europäisches Parlament | 71 | Europäischer Ombudsmann | 53 |
| Europäische Kommission | 62 | Europäisches Parlament | 51 |
| Ministerrat | 56 | Europäischer Gerichtshof | 51 |
| Frankreich | | Schweden | |
| Europäisches Parlament | 55 | Europäischer Gerichtshof | 53 |
| Europäische Kommission | 49 | Europäisches Parlament | 44 |
| Europäischer Gerichtshof | 48 | Europäische Zentralbank | 43 |
| Irland | | Vereinigtes Königreich | |
| Europäisches Parlament | 66 | Europäisches Parlament | 28 |
| Europäische Kommission | 63 | Europäischer Gerichtshof | 27 |
| Europäischer Gerichtshof | 57 | Europäische Kommission | 24 |
| Italien | | | |
| Europäisches Parlament | 71 | | |
| Europäische Kommission | 61 | | |
| Europäische Zentralbank | 52 | | |

Betrachtet man in einem nächsten Schritt die Ergebnisse für das **Europäische Parlament** je Land im Einzelnen, so zeigt sich, dass die Bürger Spaniens und Italiens (beide 71%) dieser Institution am ehesten vertrauen. Die Bürger im Vereinigten Königreich (42%), Dänemark (41%) und Schweden (40%) zeigen hingegen das wenigste Vertrauen in das Europäische Parlament. Der Anteil der Personen, die mit „weiss nicht“ geantwortet haben, liegt zwischen 9% in Dänemark und 31% im Vereinigten Königreich.



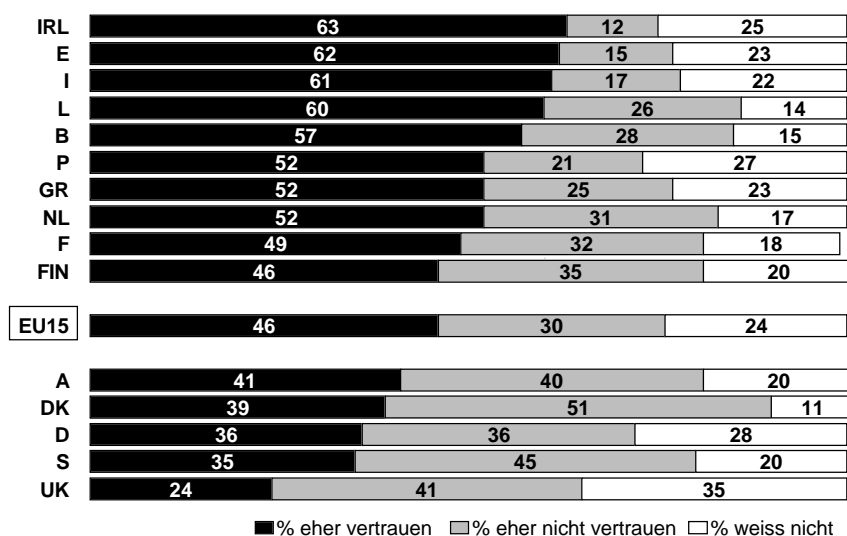
Verglichen mit dem Frühjahr 2000 hat sich der Grad des Vertrauens in Österreich (+6) nach der Aufhebung der Sanktionen, die von den übrigen 14 Mitgliedsstaaten gegen dieses Land verhängt worden waren, am deutlichsten erhöht. Weitere nennenswerte Verbesserungen wurden in Spanien (+5), Italien, Schweden (beide +4), Luxemburg und Belgien (beide +3) verzeichnet. Der deutlichste Rückgang beim Vertrauen der Bürger in das Parlament wurde in Schweden verzeichnet (-7). Obwohl sich das uneingeschränkte Vertrauen in den Niederlanden nicht erhöht hat, konnte ein Rückgang beim Anteil derjenigen festgestellt werden, die kein Vertrauen haben (-6).

Nennenswerte Rückgänge beim Grad des Vertrauens wurden in Griechenland (-6), Portugal (-5), Finnland (-4) und Frankreich (-3) ermittelt. Mit Ausnahme von Finnland, konnten wir in diesen Ländern einen deutlichen Anstieg bei der Zahl derjenigen feststellen, die kein Vertrauen in das Parlament haben (Griechenland: +8; Portugal und Frankreich: +4).²³

Betrachtet man die Ergebnisse für die **Europäische Kommission** in den einzelnen Ländern, so zeigt sich, dass ihr etwa 6 von 10 Befragten in Irland, Spanien, Italien und Luxemburg vertrauen. Dänemark ist das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung dem Europäischen Parlament kein Vertrauen entgegenbringt. Im vergangenen Frühjahr war dies in Schweden der Fall, wo nun 45% (-8) der Kommission nicht vertrauen. Die Anzahl der Personen in Schweden, die der Kommission (51%) kein Vertrauen schenken, macht jedoch noch immer die Mehrheit aus. Das einzige Land, wo dies ebenso zutrifft, ist das Vereinigte Königreich. Die deutsche Bevölkerung ist in zwei Lager aufgeteilt, die der Kommission mit jeweils 36% entweder vertrauen oder nicht vertrauen. Der Anteil der Personen, die mit „weiss nicht“ geantwortet haben, liegt zwischen 11% in Dänemark und 35% im Vereinigten Königreich.

²³ Siehe Eurobarometer Bericht Nr. 53, Tabelle 2.8.

Vertrauen in die Europäische Kommission



Quelle: Umfrage Nr. 54.1 - Nov. - Dez. 2000
Standard Eurobarometer 54 - Abb. 4.7c

Aus der folgenden Tabelle geht hervor, wie sich der Grad des Vertrauens seit dem Frühjahr 2000 entwickelt hat. In den Ländern, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, haben sich hinsichtlich des Grades an Vertrauen keine nennenswerten Veränderungen ergeben.

| Vertrauen in die Europäische Kommission Veränderungen in Prozentpunkten seit Frühjahr 2000 | | | |
|---|---------------------------------------|--|------------------------------------|
| | Veränderung in % eher vertrauen | Veränderung in % eher nicht vertrauen | Veränderung in % weiss nicht |
| Positive Veränderungen: | | | |
| Spanien | +6 | -1 | -5 |
| Italien | +3 | -4 | +1 |
| Luxemburg | +3 | -4 | +1 |
| Schweden | +1 | -8 | +6 |
| Belgien | 0 | -3 | +2 |
| Negative Veränderungen: | | | |
| Portugal | -5 | +4 | +1 |
| Frankreich | -5 | +4 | +1 |
| Dänemark | -3 | +4 | -1 |
| Griechenland | +2 | +7 | -10 |

Abschliessend betrachten wir den Mittelwert beim Grad des Vertrauens in 9 Institutionen und Körperschaften in jedem der einzelnen Mitgliedstaaten. Wie die folgende Tabelle zeigt, fällt der Mittelwert in Irland am höchsten (54%) und im Vereinigten Königreich am niedrigsten (17%) aus.

| Vertrauen in die EU-Institutionen und Körperschaften (Mittelwert der Personen, die den 9 Institutionen und Körperschaften eher vertrauen in %, nach Ländern) | |
|---|---------------|
| Land | Mittel |
| Irland | 54 |
| Spanien | 53 |
| Luxemburg | 53 |
| Niederlande | 48 |
| Belgien | 46 |
| Finnland | 46 |
| Portugal | 45 |
| Italien | 44 |
| Griechenland | 42 |
| Frankreich | 41 |
| Österreich | 41 |
| Dänemark | 39 |
| EU15 | 39 |
| Deutschland | 36 |
| Schweden | 35 |
| Vereinigtes Königreich | 17 |

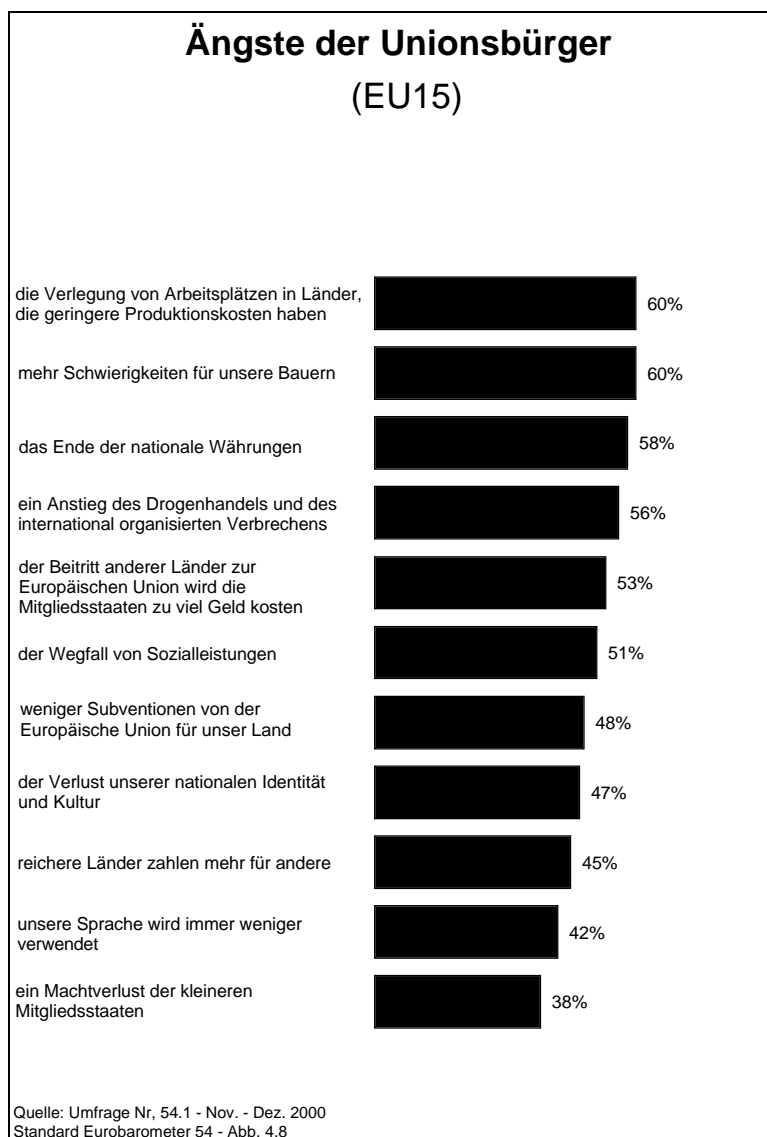
4.5. Ängste unter den EU-Bürgern

Um das Ausmaß der Besorgnis der Bevölkerung über den fortschreitenden Prozess der europäischen Integration zu messen, wurde folgende Frage gestellt:

*Einige EU-Bürger haben vor dem Aufbau von Europa - der Europäischen Union - Angst. Hier eine Aufstellung von Punkten, von denen einige Leute erklären, sich davor zu ängstigen. Bitte geben Sie zu jeder dieser Aussagen an, ob Sie persönlich derzeit davor Angst haben oder nicht.*²⁴

Am ehesten haben die EU-Bürger Angst, dass der Bau eines vereinten Europas zu einer Arbeitsplatzverlagerung in Länder mit niedrigeren Produktionskosten und zu wachsenden Schwierigkeiten für heimische Landwirte (beides 60%) führen wird. Nahezu 6 von 10 der Befragten fürchten sich darüber hinaus vor der bevorstehenden Abschaffung ihrer Landeswährung. Mit der nun eingeführten Einheitswährung in 12 von 15 Mitgliedstaaten hat sich diese Angst seit der letzten diesbezüglichen Meinungsumfrage im Frühjahr 1999 deutlich vergrößert (+7). In Griechenland, das der Eurozone im Januar 2001 beitrug, ist ein Anstieg um 11% auf nunmehr 78% zu verzeichnen, womit die Griechen zu der Nation wurden, die sich am meisten vor der Abschaffung ihrer heimischen Währung fürchtet. Bei mehr als der Hälfte der Bevölkerung besteht ausserdem die Angst, dass der Bau eines vereinten Europas eine Zunahme des Drogenhandels und des internationalen organisierten Verbrechens (56%) mit sich bringen wird, dass andere, sich der EU anschliessende Länder die Mitgliedstaaten zu viel Geld kosten (53%) und dass Sozialleistungen verloren gehen werden (51%).

²⁴ Den Befragten wurde eine Liste mit elf Punkten vorgelegt. Die komplette Liste ist in Tabelle 4.6. abgebildet.



Da die Erweiterung nicht mehr länger bloss eine Möglichkeit in ferner Zukunft darstellt, haben die EU-Bürger heute im Vergleich zum Frühjahr 1999 bedeutend mehr Angst davor, dass andere, der EU beitretende Staaten die Mitgliedstaaten zu viel Geld kosten könnten und ihre einheimischen Landwirte grössere Schwierigkeiten haben werden (beides +4). Der einzige weitere Punkt, vor dem sich EU-Bürger nun verstärkt fürchten ist, dass ihre Landessprache immer weniger benutzt werden wird (+3)²⁵.

Die folgende Tabelle zeigt die drei am meisten verbreitetsten Ängste in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

²⁵ Siehe Eurobarometer Bericht 51, Tabelle 3.3.

| DIE TOP DREI DER AM MEISTEN VERBREITETSTEN ÄNGSTE (IN % UND PROZENTUALE ÄNDERUNG SEIT FRÜHJAHR 1999 JE MITGLIEDSTAAT) | | | |
|--|--------|---|-------|
| Belgien | | Luxemburg | |
| Arbeitsplatzverlagerung | 69;-2 | Mehr Drogen und Kriminalität | 69;-3 |
| Mehr Drogen und Kriminalität | 62;+5 | Rückläufiger Gebrauch der Landessprache | 63;+3 |
| Schwierigkeiten für Landwirte | 60;+4 | Arbeitsplatzverlagerung | 62;-4 |
| Dänemark | | Niederlande | |
| Mehr Drogen und Kriminalität | 62;-6 | Schwierigkeiten für Landwirte | 65;+8 |
| Arbeitsplatzverlagerung | 61;-5 | Arbeitsplatzverlagerung | 64;+1 |
| Weniger Einfluss für kleine Mitgliedstaaten | 61;+1 | Kostspielige Erweiterung der EU | 58;+3 |
| Deutschland | | Österreich | |
| Arbeitsplatzverlagerung | 64;-4 | Arbeitsplatzverlagerung | 62;-1 |
| Abschaffung der Landeswährung | 61;+12 | Verlust von Sozialleistungen | 61;+9 |
| Mehr Drogen und Kriminalität | 60;-4 | Mehr Drogen und Kriminalität | 60;+3 |
| Griechenland | | Portugal | |
| Schwierigkeiten für Landwirte | 79;+10 | Mehr Drogen und Kriminalität | 76;+9 |
| Abschaffung der Landeswährung | 78;+11 | Schwierigkeiten für Landwirte | 76;+8 |
| Mehr Drogen und Kriminalität | 75;+15 | Weniger EU Subventionen | 64;+8 |
| Spanien | | Finnland | |
| Schwierigkeiten für Landwirte | 67;+5 | Mehr Drogen und Kriminalität | 78;-1 |
| Weniger EU Subventionen | 62;+3 | Arbeitsplatzverlagerung | 69;-1 |
| Verlust von Sozialleistungen | 56;+5 | Schwierigkeiten für Landwirte | 69;0 |
| Frankreich | | Schweden | |
| Arbeitsplatzverlagerung | 73;-3 | Mehr Drogen und Kriminalität | 76;-1 |
| Schwierigkeiten für Landwirte | 68;-4 | Arbeitsplatzverlagerung | 69;-9 |
| Kostspielige Erweiterung der EU | 65;+5 | Schwierigkeiten für Landwirte | 64;+5 |
| Irland | | Vereinigtes Königreich | |
| Mehr Drogen und Kriminalität | 60;-4 | Abschaffung der Landeswährung | 66;+1 |
| Arbeitsplatzverlagerung | 59;-5 | Schwierigkeiten für Landwirte | 64;+6 |
| Weniger EU Subventionen | 59;-1 | Verlust der nationalen Identität | 61;-7 |
| Italien | | | |
| Abschaffung der Landeswährung | 54;+10 | | |
| Schwierigkeiten für Landwirte | 52;+12 | | |
| Arbeitsplatzverlagerung | 49;+5 | | |

Die **Arbeitsplatzverlagerung in Länder mit niedrigeren Produktionskosten** ist die am weitesten verbreitetste Angst in vier Mitgliedstaaten, die zweithäufigste in fünf und die an dritter Stelle genannte in zwei weiteren Ländern. In Griechenland, Spanien, Portugal und dem Vereinigten Königreich findet sich dieser Punkt nicht unter den Top Drei. Es stellte sich jedoch heraus, dass in vielen Ländern die Menschen dies nun eher weniger fürchteten als im Frühjahr 1999, wobei hier der grösste Rückgang in Schweden (-9) zu verzeichnen ist. Die Befürchtung, dass **Landwirte mehr Schwierigkeiten haben werden**, ist in Griechenland, Spanien und den Niederlanden am grössten. In vier Ländern steht diese Angst an zweiter, in drei weiteren Mitgliedstaaten an dritter Stelle. In Dänemark, Deutschland, Irland, Luxemburg und Österreich findet sich dieser Punkt nicht unter den Top Drei. In den meisten Ländern herrscht diese Befürchtung nun verstärkt vor, wobei in Italien die grösste Steigerung zu registrieren war (+12).

Eine **Zunahme des Drogenhandels und des international organisierten Verbrechens** stellt die am meisten verbreitete Angst in sechs Mitgliedsstaaten dar, an zweiter Stelle steht diese Befürchtung in einem Land und an dritter Stelle in drei Ländern. Die einzigen Mitgliedstaaten, in denen dieser Punkt nicht unter den drei Spitzenpositionen zu finden ist, sind Spanien, Frankreich, die Niederlande und das Vereinigte Königreich.

Die Abschaffung der Landeswährung nimmt im Vereinigten Königreich und Italien die erste Stelle ein, in Griechenland und Deutschland liegt diese Befürchtung auf Platz zwei. In allen diesen Staaten ist diese Angst heute grösser als im Frühjahr 1999. Die Angst, dass das eigene Land **weniger EU-Subventionen** erhalten wird, steht in Spanien an zweiter, in Portugal und Irland an dritter Stelle. Frankreich und die Niederlande sind die einzigen beiden Nationen, bei denen **die Kosten für die Erweiterung** unter den Top Drei zu finden sind. Die Angst vor einem **Verlust von Sozialleistungen** nimmt in Österreich die zweite und in Spanien die dritte Stelle ein. Das Vereinigte Königreich ist das einzige Land, in dem die Befürchtung eines **Identitäts- und Kulturverlustes** im Zuge der europäischen Vereinigung unter den drei am meisten verbreiteten Ängsten erscheint. Dänemark ist die einzige Nation, die **den Verlust von Einfluss kleinerer Mitgliedstaaten** unter den Top Drei nennt. Die Angst vor einem **rückläufigen Gebrauch der Landessprache** aufgrund der europäischen Vereinigung findet sich in Luxemburg als einzigem Land unter den Top Drei. (siehe auch Tabelle 4.6.)

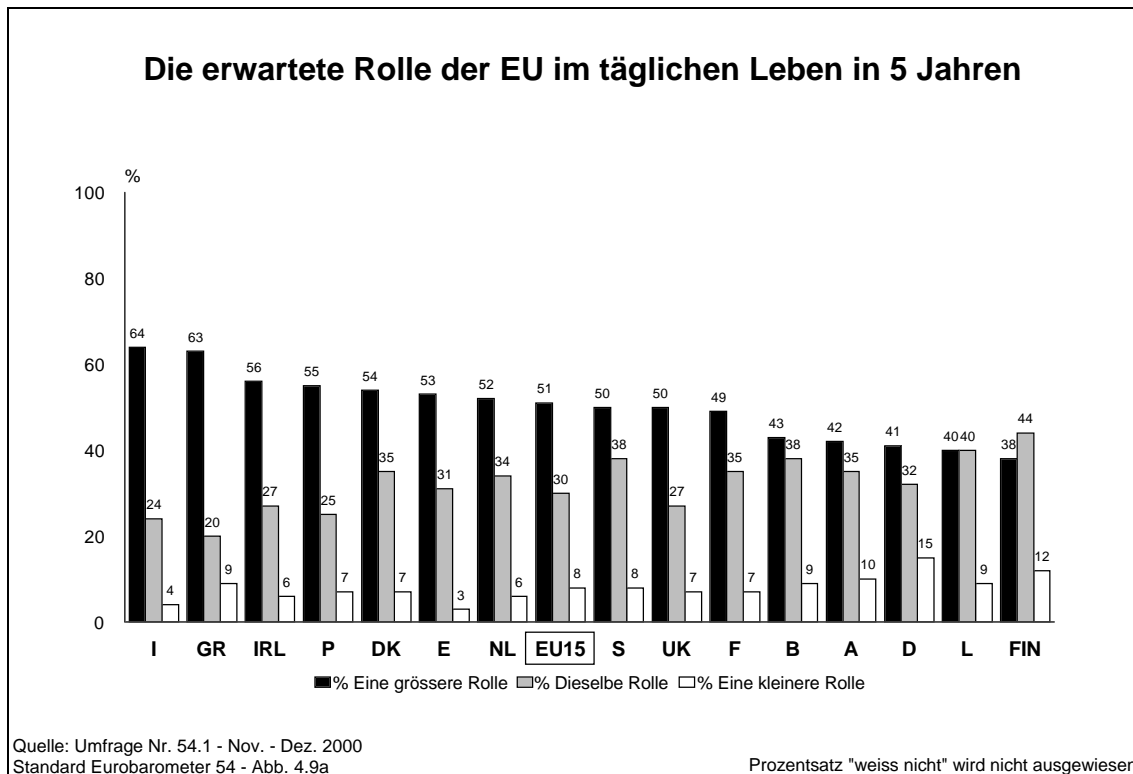
Abschliessend betrachten wir das durchschnittliche Angstniveau in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, ist die durchschnittliche Prozentzahl derjenigen Befragten, die aussagen, derzeit Ängste zu haben, in Griechenland am höchsten (67%) und in Italien am geringsten (42%).

| Angst vor dem Aufbau Europas (Durchschnittswert für "% derzeit Ängste"- Antworten für 11 Punkte je Mitgliedstaat) | |
|--|-----------------------|
| Land | % Durchschnitt |
| Griechenland | 67 |
| Frankreich | 59 |
| Finnland | 59 |
| Luxemburg | 55 |
| Portugal | 55 |
| Vereinigtes Königreich | 53 |
| Niederlande | 53 |
| Belgien | 53 |
| Schweden | 52 |
| Österreich | 51 |
| EU 15 | 51 |
| Irland | 51 |
| Dänemark | 50 |
| Deutschland | 48 |
| Spanien | 46 |
| Italien | 42 |

4.6. Die erwartete und gewünschte Rolle der EU in fünf Jahren

Nachdem wir das derzeitige Meinungsbild der Öffentlichkeit zur Europäischen Union betrachtet haben, beenden wir dieses Kapitel mit einem Blick in die Zukunft.

Einundfünfzig Prozent der Europäer glauben, dass in fünf Jahren die Europäische Union eine bedeutendere Rolle in ihrem Alltag spielen *wird*, 30% denken, dass sie die gleiche Rolle spielen *wird* und nur 8% erwarten, dass sie eine geringere Rolle spielen *wird*.

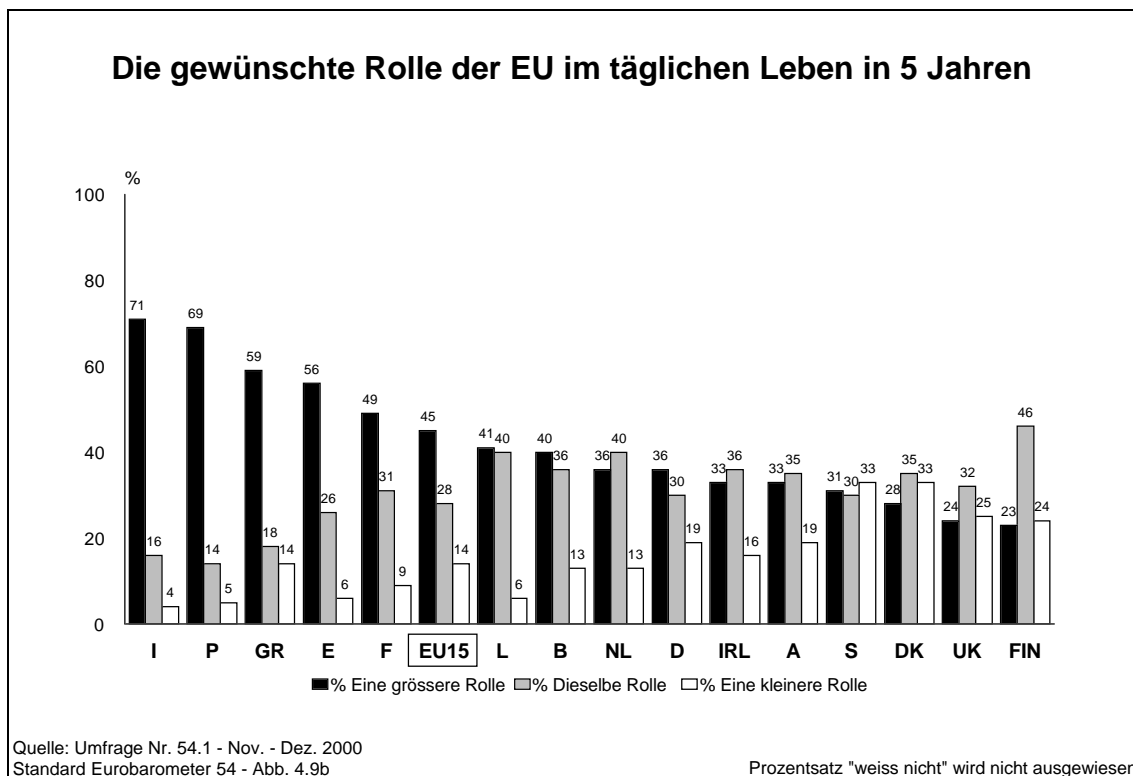


Die Bürger in Italien (64%) und Griechenland (63%) sind am ehesten der Ansicht, dass die Europäische Union in fünf Jahren eine bedeutendere Rolle spielen wird. Diese Überzeugung teilt jeweils mindestens die Hälfte der Bevölkerung in 8 weiteren Staaten. In den übrigen Ländern ist die öffentliche Meinung etwas uneinheitlicher. Finnland ist jedoch das einzige Land, in dem der Anteil der Bevölkerung, der glaubt, die EU werde die gleiche Rolle spielen (44%), zahlenmässig diejenigen übertrifft, die erwarten, dass die EU eine wichtigere Rolle spielen wird (38%). In Luxemburg halten sich beide Ansichten in der Bevölkerung die Waage (40%). Die Meinung, dass die EU eine geringere Rolle spielen wird, ist in allen Mitgliedstaaten wenig verbreitet und reicht von 3% in Spanien bis zu 15% in Deutschland.

Im Vergleich zur vorherigen Umfrage (Frühjahr 2000) stellen wir fest, dass die Menschen in Griechenland, dem Vereinigten Königreich (beide +7), in Österreich (+6) und Irland (+4) nun eher der Ansicht sind, dass in 5 Jahren die EU eine bedeutendere Rolle in ihrem Alltag spielen wird. In Dänemark (-6), Luxemburg (-5) und Schweden (-3) ist die Bevölkerung jetzt weniger geneigt, diese Meinung zu teilen und glaubt verstärkt, dass die EU die gleiche Rolle spielen wird. (Tabelle 4.7a)

Bei einer Analyse der demografischen Variablen wird ersichtlich, dass der Anteil der Gesamtbevölkerung, der meint, die EU werde eine geringere Rolle spielen, für alle in die Analysen einbezogene demografischen Untergruppen 10% oder weniger beträgt. Bezüglich der Einstellungen gegenüber der EU tritt allerdings eine stärkere Meinungsdivergenz auf. 20% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als eine schlechte Sache ansehen, erklären, dass die EU in 5 Jahren eine geringere Rolle in ihrem Alltag spielen wird, wohingegen diese Aussage nur 5% derjenigen treffen, die die EU-Mitgliedschaft für gut halten. (Tabelle 4.7b)

Bei einem nachfolgenden Blick auf die Frage, welche Rolle die Bürger die Europäische Union in 5 Jahren in ihrem Alltag *gerne spielen sehen möchten*, zeigt es sich, dass 45% der Europäer eine bedeutendere Rolle wünschen, 28% die gleiche Rolle und nur 14% den Wunsch hegen, der Europäischen Union möge eine geringere Rolle zukommen.



Die Bürger in Italien (71%) und Portugal (69%) wollen mit Abstand am ehesten, dass die EU eine bedeutendere Rolle in ihrem Alltag spielt, beinahe 6 von 10 Personen in Griechenland (59%) und Spanien (56%) teilen diesen Wunsch. Wenngleich in keinem der anderen Staaten mehr als die Hälfte der Bevölkerung möchte, dass die EU eine bedeutendere Rolle spielt, so ist dies doch die am häufigsten gegebene Antwort in Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland. In Finnland, den Niederlanden, in Irland, Österreich, Dänemark und im Vereinigten Königreich wird am häufigsten der Wunsch nach einer EU, die weiterhin die gleiche Rolle spielen möge, geäussert. In Dänemark und dem Vereinigten Königreich sind jedoch mehr Menschen anzutreffen die möchten, dass die EU eine geringere Rolle spielt, als Personen, die eine bedeutendere Rolle für die EU erhoffen. Schweden ist das einzige Land, in dem diejenigen, die eine geringere Rolle für die EU wünschen, diejenigen, die möchten, dass die EU die gleiche oder eine bedeutendere Rolle spielt, zahlenmässig übertreffen.

Verglichen mit der Umfrage aus dem Frühjahr 2000 ist ein positiver Meinungsumschwung in Österreich, Luxemburg, Spanien, Frankreich und Schweden zu erkennen, negative Entwicklungen sind hingegen in Griechenland, Irland, Finnland und Dänemark zu verzeichnen. In Belgien und Schweden finden wir eine Zunahme des Bevölkerungsanteils, der die gleiche Rolle möchte, auf Kosten des Anteils, der eine bedeutendere Rolle wünscht. (Tabelle 4.8a)

Die Analyse der Einstellungen zeigt, dass die Menschen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes unterstützen (64%), viermal eher möchten, dass die EU eine bedeutendere Rolle spielt, als die Menschen, die die Mitgliedschaft negativ bewerten. 46% der zuletzt genannten Gruppe wünscht, die EU in 5 Jahren eine geringe Rolle spielen zu sehen. Auf demografischer Ebene erkennen wir, dass die Ansicht, die EU solle eine geringere Rolle spielen, von weniger als 20% der Bevölkerung vertreten wird, unabhängig von Geschlecht, Alter, Beruf oder Ausbildungsdauer. (Tabelle 4.8b)

5. Unterstützung für die aktuellen politischen Themen

Während im vorigen Kapitel ein allgemeines Bild der Unterstützung der Öffentlichkeit für die Europäische Union durch die Analyse der Ergebnisse der Hauptumfrageindikatoren gezeichnet wurde, steht in diesem Kapitel die Unterstützung für einige der aktuellen politischen Themen der Union im Mittelpunkt.

5.1. Unterstützung der gemeinsamen EU-Beschlussfindung

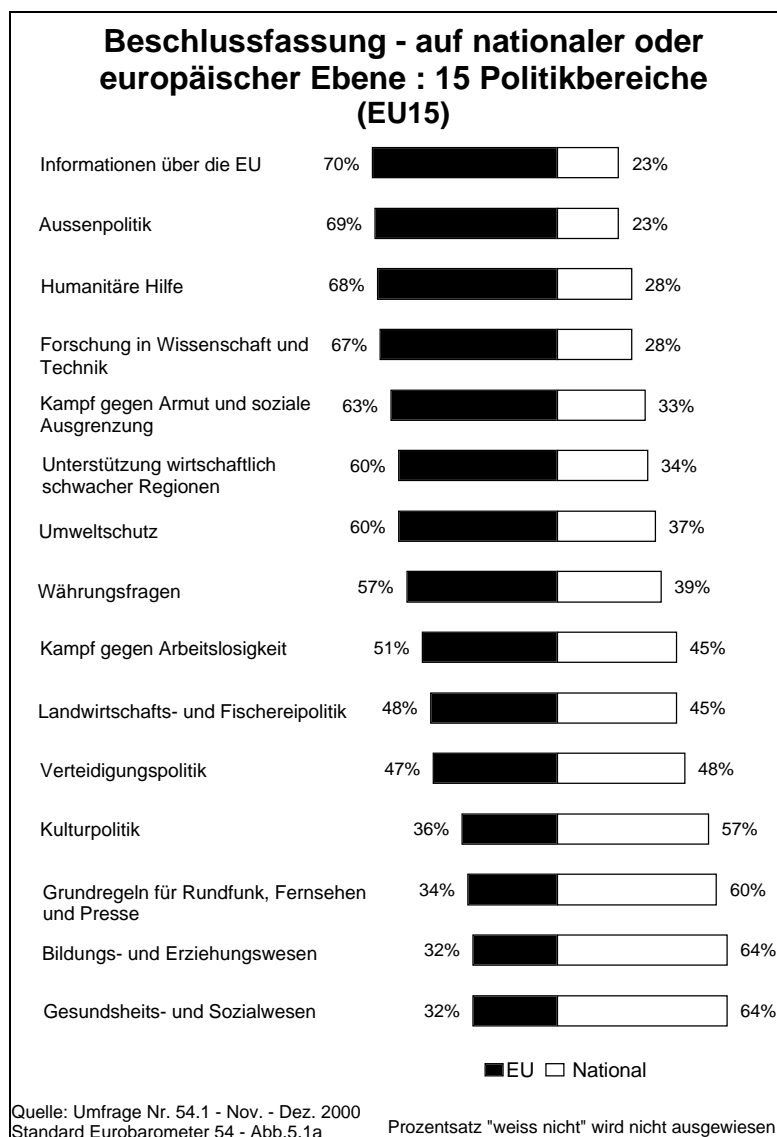
Wir beginnen mit der Betrachtung der Antworten auf die Frage, ob Beschlüsse auf einzelstaatlicher oder EU-Ebene getroffen werden sollten. Hierbei wurden 25 Politikbereiche aufgelistet, für welche die Union - in unterschiedlichem Masse - Beschlussfassungskompetenz besitzt. Durchschnittlich unterstützen 52% der Bevölkerung eine gemeinsame EU-Beschlussfassung in diesen Bereichen und bevorzugen eine solche gegenüber einzelstaatlichen Entscheidungen in 15 der 25 Bereichen. Auf Ebene der EU 15 wurden keine nennenswerte Abweichungen seit der letzten Umfrage (Frühjahr 2000 ²⁶) festgestellt.

| UNTERSTÜTZUNG FÜR GEMEINSAME EU-BESCHLUSSFASSUNG JE LAND | | |
|---|--|--|
| Land | Durchschnittliche Unterstützungsquote für EU- Beschlussfassung (25 Bereiche, in %) | Anzahl der Bereiche, in denen eine EU-Beschlussfassung einzelstaatlichen Entscheidungen vorgezogen wird (max. 25 Bereiche) |
| Italien | 62% | 18 |
| Belgien | 57% | 17 |
| Frankreich | 56% | 17 |
| Spanien | 56% | 17 |
| Niederlande | 56% | 16 |
| Luxemburg | 54% | 16 |
| Deutschland | 53% | 14 |
| EU 15 | 52% | 15 |
| Griechenland | 51% | 15 |
| Irland | 49% | 12 |
| Österreich | 45% | 13 |
| Portugal | 41% | 8 |
| Dänemark | 39% | 10 |
| Finnland | 38% | 9 |
| Vereinigtes Königreich | 37% | 8 |
| Schweden | 37% | 8 |

²⁶ Im Frühjahr 2000 wurde die EU-Beschlussfassung ebenfalls einzelstaatlichen Entscheidungen in 14 von 25 Bereichen vorgezogen und im Durchschnitt von 52 % der Bevölkerung unterstützt.

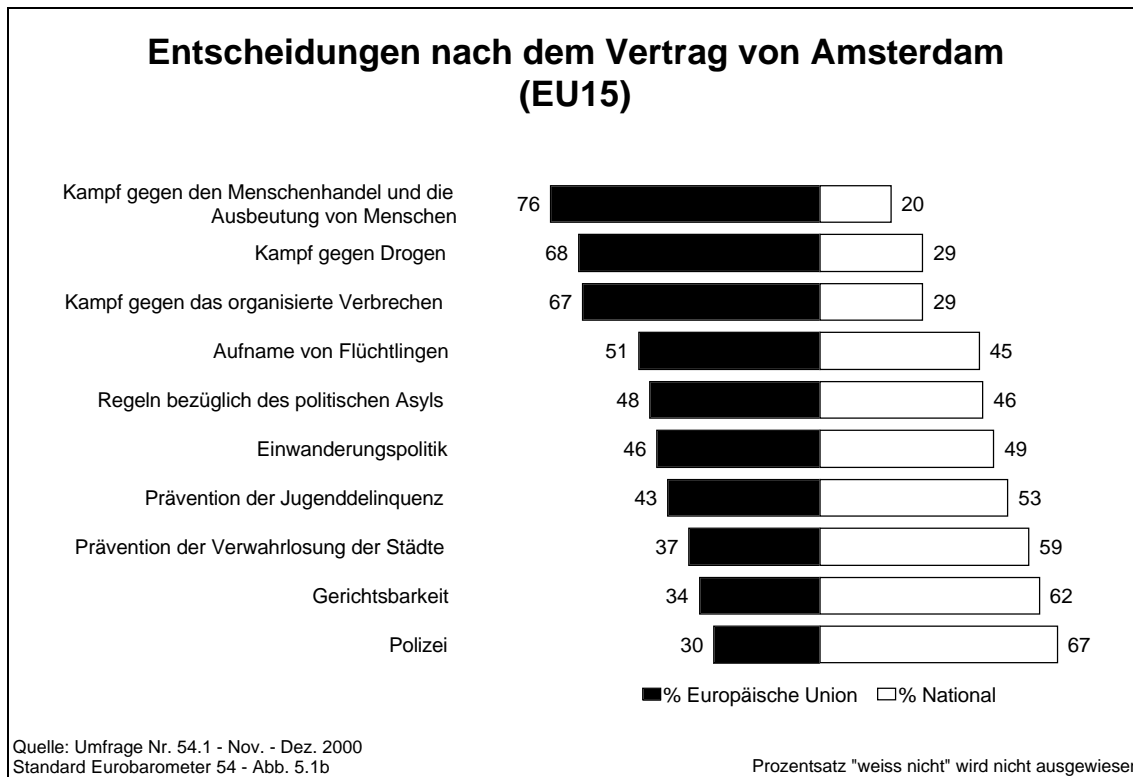
Die Unterstützung für eine EU-Beschlussfassung ist weiterhin in Italien am stärksten, wo dieser in 18 von 25 Politikbereichen Vorzug vor einzelstaatlichen Entscheidungsfindungen gegeben wird. Im Frühjahr belegten die Niederlande den zweiten Platz mit einem durchschnittlichen Ergebnis von 61%, nun nehmen sie den vierten Platz ein. Griechenland, wo die Unterstützung für eine EU-Beschlussfassung um 8 Prozentpunkte gestiegen ist, verbesserte seine Position in der Rangliste. In diesem Land wird eine EU-Beschlussfassung jetzt in 15 von 25 Bereichen gegenüber einzelstaatlichen Entscheidungen vorgezogen, wohingegen dies im Frühjahr 2000 nur für 11 Bereiche galt. Das Vereinigte Königreich ist mit einer Zunahme der Unterstützung um 5 Prozentpunkte nicht länger Schlusslicht. Die Menschen dieses Landes sprechen sich inzwischen in 8 der Bereiche für eine EU-Beschlussfassung auf Kosten der einzelstaatlichen Entscheidungsfindungen aus, während im Frühjahr 2000 dieses Ergebnis nur für 5 Bereiche erzielt wurde. Keine Veränderung fand in Schweden statt, das damit nun am Ende der Liste liegt.

Bei der Umfrage wurde die Frage in die Politikbereiche, die von den 3 Säulen des Maastrichter Vertrags abgedeckt werden, und die neu hinzugekommenen Politikbereiche des Amsterdamer Vertrags unterteilt. Wir betrachten zunächst die öffentliche Meinung zu den Politikbereichen des Maastrichter Vertrags.



Die Unterstützung für eine gemeinsame EU-Beschlussfassung ist nach wie vor am grössten, wenn es um Informationen zur EU, ihren Politiken und Institutionen geht. Die nächstfolgenden vier Bereiche, in denen die Bevölkerung am ehesten gemeinsame EU-Entscheidungen unterstützt, sind Aussenpolitik, humanitäre Hilfe, wissenschaftliche und technologische Forschung sowie die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Menschen wünschen am wenigsten für die Bereiche Erziehung, Gesundheit und Sozialpolitik sowie Übertragungsvorschriften für die Medien eine EU-Beschlussfassung.

Bezüglich der Politikbereiche des Amsterdamer Vertrags stellen wir fest, dass die Unterstützung für eine gemeinsame EU-Beschlussfassung für den Bereich Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung am grössten ist, wohingegen die Menschen einzelstaatlichen Entscheidungsfindungen vor allem in den Bereichen Polizei und Justiz den Vorzug geben.

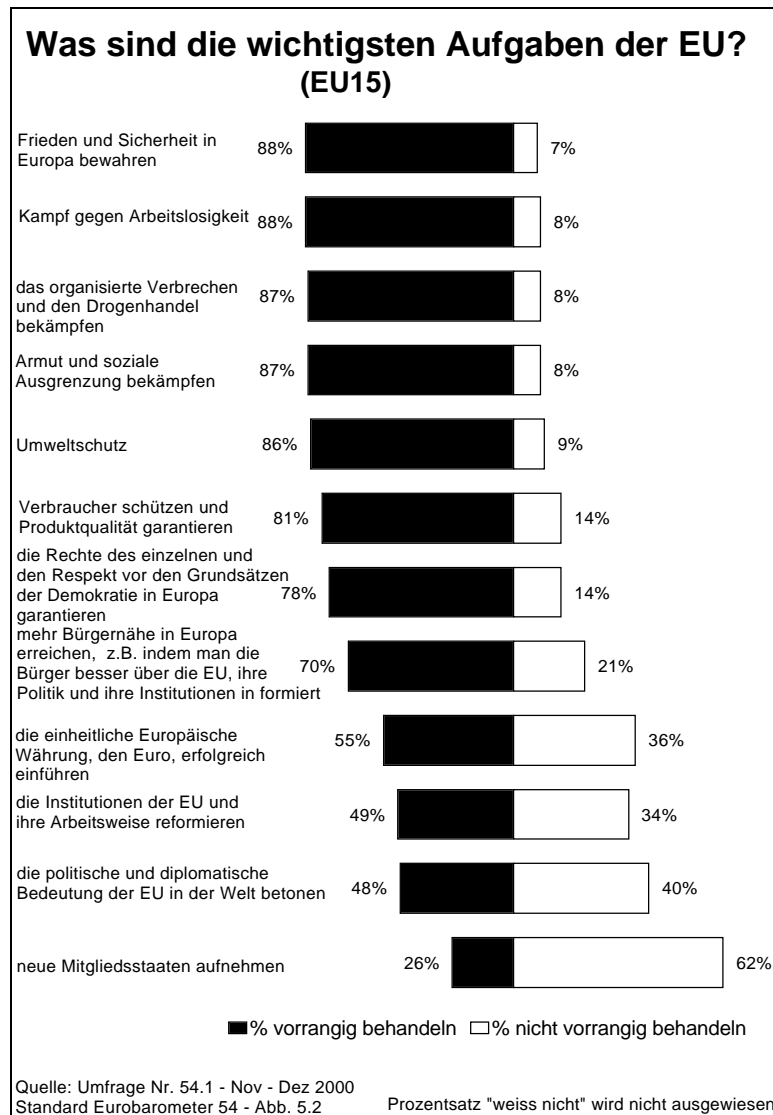


Diese Ergebnisse lassen die Schlussfolgerung zu, dass die Menschen die gemeinsame EU-Beschlussfassung in den Bereichen unterstützen, die entweder nationale Grenzen überschreiten oder nur eine begrenzte Auswirkung auf ihren Alltag haben, und demgegenüber wünschen, dass die nationalen Regierungen in Bereichen entscheiden, die sie selbst, ihre Familien oder ihr Land in direkterer Weise betreffen. Dies entspricht dem Subsidiaritätsprinzip der Union. (Tabelle 5.1)

5.2. Unterstützung für die Prioritäten der Union

Das Eurobarometer misst ferner, inwieweit die Öffentlichkeit einige der derzeitigen Handlungsfelder der Union als Prioritäten ansieht²⁷.

²⁷ Eine Beschreibung des Arbeitsprogramms der Kommission für das Jahr 2000 finden Sie unter: http://www.europa.eu.int/comm/off/work/2000/index_de.htm.



Auf dem Europäischen Sondergipfel im März 2000 in Lissabon setzte sich die Europäische Union selbst das Ziel, zu der wettbewerbstärksten und am deutlichsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu werden, die in der Lage sein wird, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem grösseren sozialen Zusammenhalt zu erreichen. Die sogenannte "Lissabonner Strategie" wurde entwickelt, um es der Union zu ermöglichen, die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung wiederzuerlangen und zeugt vom Engagement der Union bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Durchschnittlich 88% der EU-Bürger sind der Ansicht, dass der Kampf gegen Arbeitslosigkeit Priorität für die EU haben sollte, wobei die Ergebnisse in den einzelnen Ländern von 75% im Vereinigten Königreich bis zu 96% in Griechenland und Portugal reichen. Bei einer damit verbundenen Frage stellt es sich heraus, dass 87% der EU-Bürger die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung als Priorität sehen möchten; hier reichen die Prozentsätze in den einzelnen Staaten von 76% im Vereinigten Königreich bis zu 95% in Portugal und Griechenland.

Mehr als jeder Achte von 10 Europäern meint ausserdem, dass die Bewahrung des Friedens und der Sicherheit in Europa, der Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel, der Umweltschutz, sowie der Verbraucherschutz und die Garantie der Produktqualität prioritäre Handlungsbereiche für die Europäische Union sein sollten.

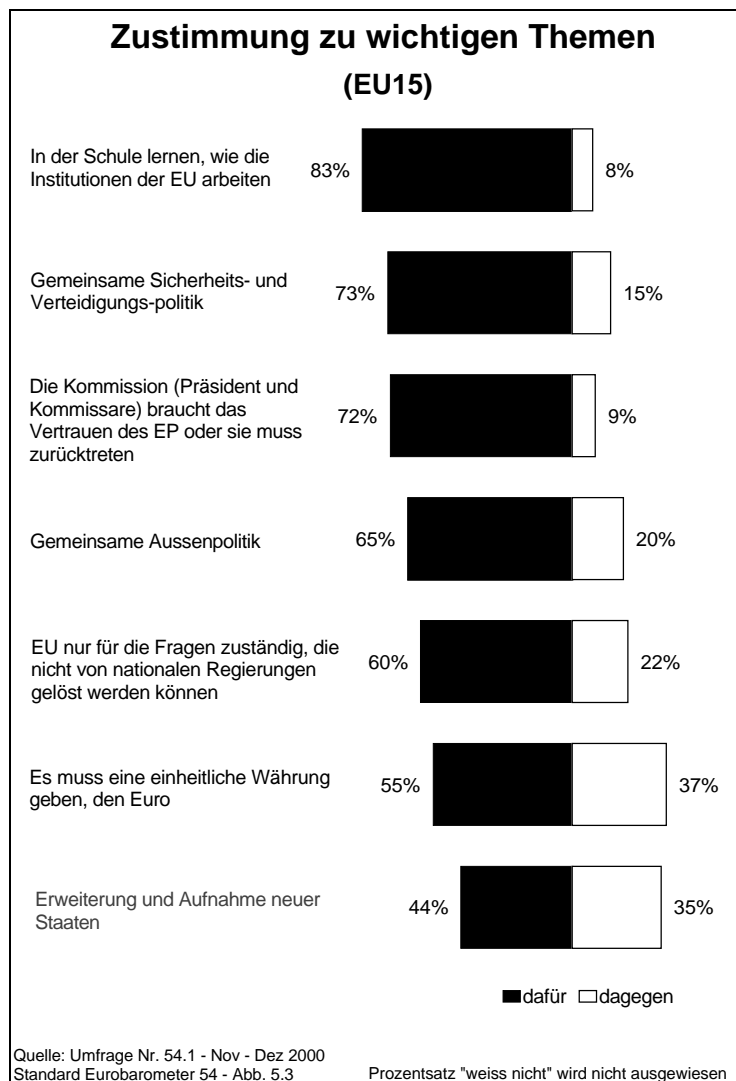
Zur Zeit der Umfrage und im Vorfeld des Europäischen Gipfels in Nizza am 20./21. Dezember führten die Mitgliedstaaten eine Regierungskonferenz im Hinblick auf eine Reform der Institutionen der Europäischen Union zur Vorbereitung der Erweiterung²⁸ durch. Über den Punkt Reformen bestehen von Land zu Land grosse Unterschiede; während die Menschen in Dänemark dieses Thema am ehesten als Priorität für die EU ansehen (71%), teilen die Bürger des Vereinigten Königreiches diese Meinung am wenigsten (42%).

²⁸ Weitere Einzelheiten finden Sie unter: <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/index.htm>

Die Grafik zeigt, dass die EU-Bürger Themen, die eine Veränderung der derzeitigen Situation beinhalten, weniger als Priorität betrachten. Daher erscheint die Erweiterung in den Augen der Öffentlichkeit am wenigsten als dringliche Aufgabe²⁹. (vgl. auch Tabelle 5.2)

5.3. Unterstützung für Schlüsselthemen

Seit 1993 misst das Eurobarometer die öffentliche Meinung zu einer Reihe von Schlüsselthemen der Europäischen Union. Einige dieser Punkte fallen eindeutig in politische Themenbereiche, wohingegen andere mit den demokratischen Prozessen in Zusammenhang stehen, die die Funktionsweise der Europäischen Union lenken.



In allen 15 Mitgliedstaaten findet sich eine weitverbreitete Zustimmung dazu, dass Kinder in der Schule über die Arbeitsweise der Institutionen der Europäischen Union unterrichtet werden sollten; die Prozentsätze reichen von 71% im Vereinigten Königreich bis zu 92% in Schweden.

In dem von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union am 20./21. Dezember 2000 vereinbarten Vertrag von Nizza ist die schrittweise Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik vorgesehen. Durchschnittlich 73% der EU-Bürger sprechen sich zu Gunsten einer gemeinsamen Verteidigungspolitik aus, wobei die Menschen in Belgien dies am stärksten unterstützen (84%) und die Bürger in Finnland (40%) und Dänemark (38%) sich am ehesten dagegen aussprechen. Eine gemeinsame Aussenpolitik erhält die Unterstützung von 65% der EU-Bürger mit der höchsten Befürwortungsrate in Italien (77%) und der stärksten Opposition wiederum in Finnland (41%) und Dänemark (40%).

²⁹ Vgl. Abschnitte 5.7 bis 5.10 für eine ausführlichere Betrachtung der Unterstützung der Öffentlichkeit für die Erweiterung.

Eine der bislang noch nicht betrachteten Prioritäten der Europäischen Union ist die Förderung neuer Formen der European Governance (verantwortungsvolle politische Führung). Dieses Konzept definiert die Regeln, Verfahren und Praktiken, die bestimmen, wie die europäische Macht ausgeübt wird: Verantwortlichkeit, Sichtbarkeit, Transparenz, Kohärenz und Effektivität. Das Regieren auf europäischer Ebene basiert auf der Verantwortung der Ausführenden gegenüber den vorschrittmässig gewählten Versammlungen und zudem auf der effektiven Einbindung der Öffentlichkeit beim Finden und Durchsetzen von Entscheidungen, die sie betreffen.

Der Begriff European Governance³⁰ scheint besonders in den Staaten populär zu sein, in denen die Öffentlichkeit der Europäischen Union skeptischer gegenüber steht und viele Menschen der Ansicht sind, dass die EU zu viel Macht habe und es nur unzureichende Maßnahmen zur Kontrolle dieser Macht gäbe. Folglich finden wir in Dänemark (88%), Finnland (83%) und Schweden (82%) die höchsten Zustimmungsraten zu der Aussage, der Präsident der Europäische Kommission und die Europäischen Kommissare sollten die Unterstützung der Mehrheit des Europäischen Parlaments haben.

Die Zustimmung zum Prinzip der Subsidiarität, nach dem die Europäische Union nur für die Angelegenheiten zuständig sein soll, die nicht in effektiver Weise von nationalen Regierungen oder regionalen und kommunalen Verwaltungen behandelt werden können, liegt bei 60%. Die Menschen in Italien (72%), Irland (71%) und Griechenland (70%) befürworten dieses Prinzip am stärksten, im Vereinigten Königreich findet es hingegen die geringste Unterstützung (45%).

Die Einheitswährung wird von 55% der Bevölkerung begrüsst, worauf im folgenden Abschnitt 5.4 näher eingegangen wird. 44% der EU-Bürger stimmen darüber ein, dass die Europäische Union erweitert werden und neue Staaten aufnehmen sollte. Das Thema Erweiterung wird in den Abschnitten 5.7 bis 5.10. ausführlicher behandelt. (Tabelle 5.3)

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittliche Unterstützung für die in der Umfrage aufgeführten 7 Schlüsselthemen in den einzelnen Mitgliedstaaten³¹. Demnach ist die Zustimmung zu diesen Schlüsselthemen in Griechenland und Italien am grössten, im Vereinigten Königreich am geringsten.

| DURCHSCHNITTL. % UNTERSTÜTZUNG FÜR 7 SCHLÜSSELTHEMEN NACH LAND | |
|--|--------------------------------|
| Land | Durchschnittl. % Unterstützung |
| Griechenland | 77 |
| Italien | 76 |
| Belgien | 73 |
| Luxemburg | 71 |
| Spanien | 70 |
| Irland | 67 |
| Niederlande | 66 |
| Frankreich | 66 |
| Deutschland | 65 |
| EU 15 | 64 |
| Portugal | 63 |
| Österreich | 62 |
| Dänemark | 61 |
| Schweden | 60 |
| Finnland | 59 |
| Vereinigtes Königreich | 45 |

³⁰ Weitere Informationen über die European Governance finden Sie unter:
http://www.europa.eu.int/comm/governance/index_de.htm

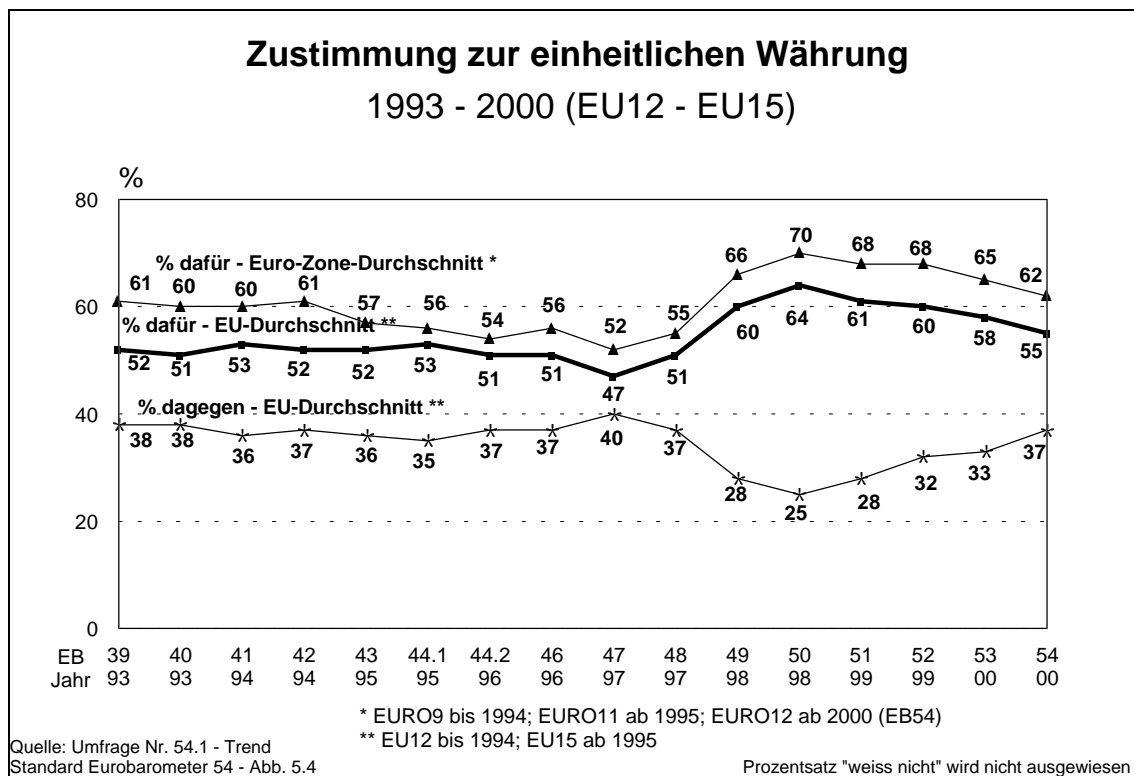
³¹ Es sollte beachtet werden, dass in einigen Staaten die niedrigen Unterstützungsraten einem hohen Anteil an "keine Meinung" - Antworten gegenüber stehen und nicht einem hohen Prozentsatz an negativen Antworten.

5.4. Unterstützung für die Einheitswährung

Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes hatten 12 der 15 Mitgliedstaaten³² die europäische Einheitswährung, den Euro, eingeführt. Griechenland, das nun die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Einführung der gemeinsamen Währung erreicht hat, trat im Januar 2001 der Eurozone bei. Die dänische Bevölkerung lehnte die Annahme der gemeinsamen Währung in einem Referendum im September 2000 mit einer Stimmendifferenz von 6% ab. 47% der Dänen stimmten für die Einführung der gemeinsamen Währung.

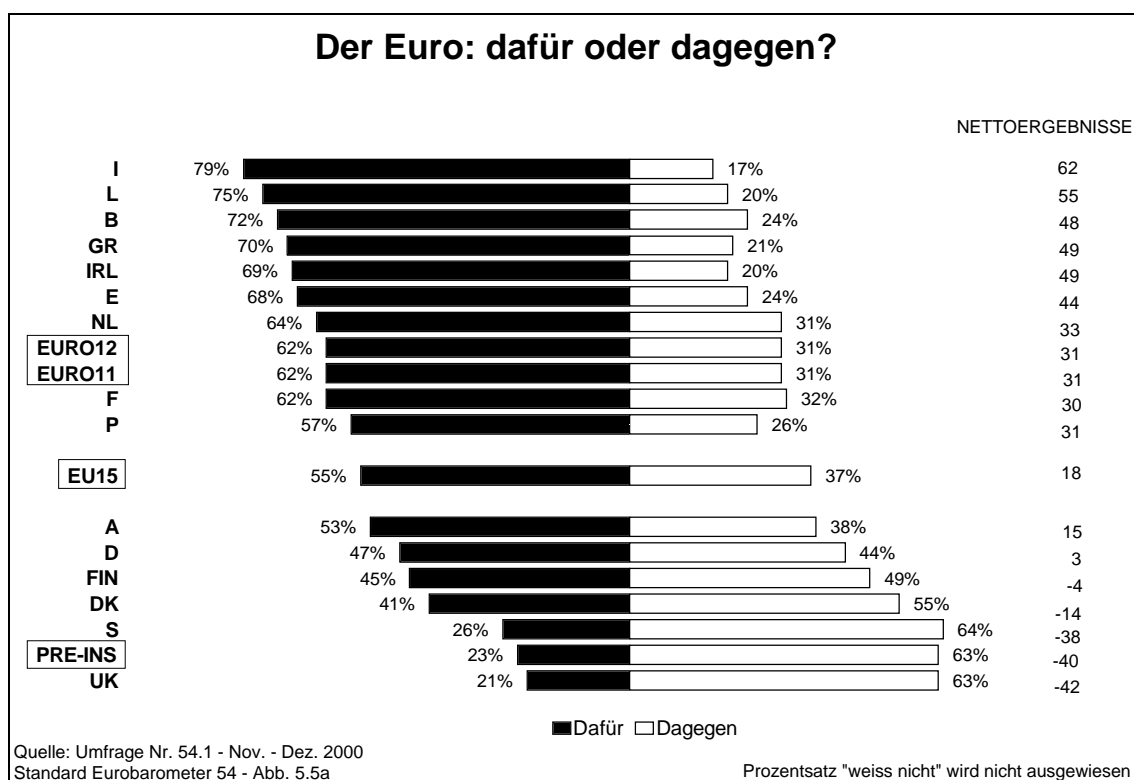
Die Ergebnisse des Eurobarometer vom Herbst 2000 zeigen, dass sich 55% der EU-Bürger für die Einheitswährung Euro aussprechen, die dann die nationalen Währungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ersetzen wird, wohingegen 37% dagegen sind. Die übrigen 9% hatten hierzu keine Meinung. Die Zustimmung zum Euro ist in den "EURO 12" Staaten erheblich grösser als in den "pre-in" Ländern (62% zu 23% - die durchschnittliche Zustimmungsrates beträgt in den „EURO 11“ Staaten ebenfalls 62%).

Die folgende Grafik zeigt, wie sich die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Euro seit der ersten Aufnahme dieser Frage in das Eurobarometer im Jahre 1993 entwickelt hat.



Wie hieraus ersichtlich wird, stieg die Unterstützung der Öffentlichkeit im Zeitraum unmittelbar vor der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 stark an und erreichte im Herbst 1998 den Höchststand mit 64%. Während der Euro die erwarteten Gewinne für die europäische Wirtschaft liefert, ist sein Wert gegenüber den wichtigsten ausländischen Währungen wie dem US-Dollar seit seiner Einführung erheblich gefallen. Obgleich er nun wieder stärker wird, verzeichnete der Wert des Euros zur Zeit der Umfrage gerade einen Tiefstandrekord nach dem anderen. Diese wahrgenommenen Schwäche des Euro mag erklären, warum die Unterstützung der Öffentlichkeit seit der Einführung der Einheitswährung immer mehr geschwunden ist. Dennoch sprechen sich jetzt immer noch sehr viel mehr Menschen für den Euro aus als im Jahre 1993, als zum ersten Mal beschlossen wurde, eine gemeinsame Währung zu schaffen.

³² Dies sind Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien. Im Folgenden werden wir diese Gruppe als die "EURO 12" Staaten bezeichnen. Da Griechenland technisch gesehen zur Zeit der Umfrage noch nicht Teil der Eurozone war, beziehen wir uns auch auf Informationen über die "EURO 11" Länder, d.h. alle genannten Länder mit Ausnahme von Griechenland. Die 3 Staaten ausserhalb der Eurozone sind Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich. Sie werden als "pre-in" Länder angeführt.



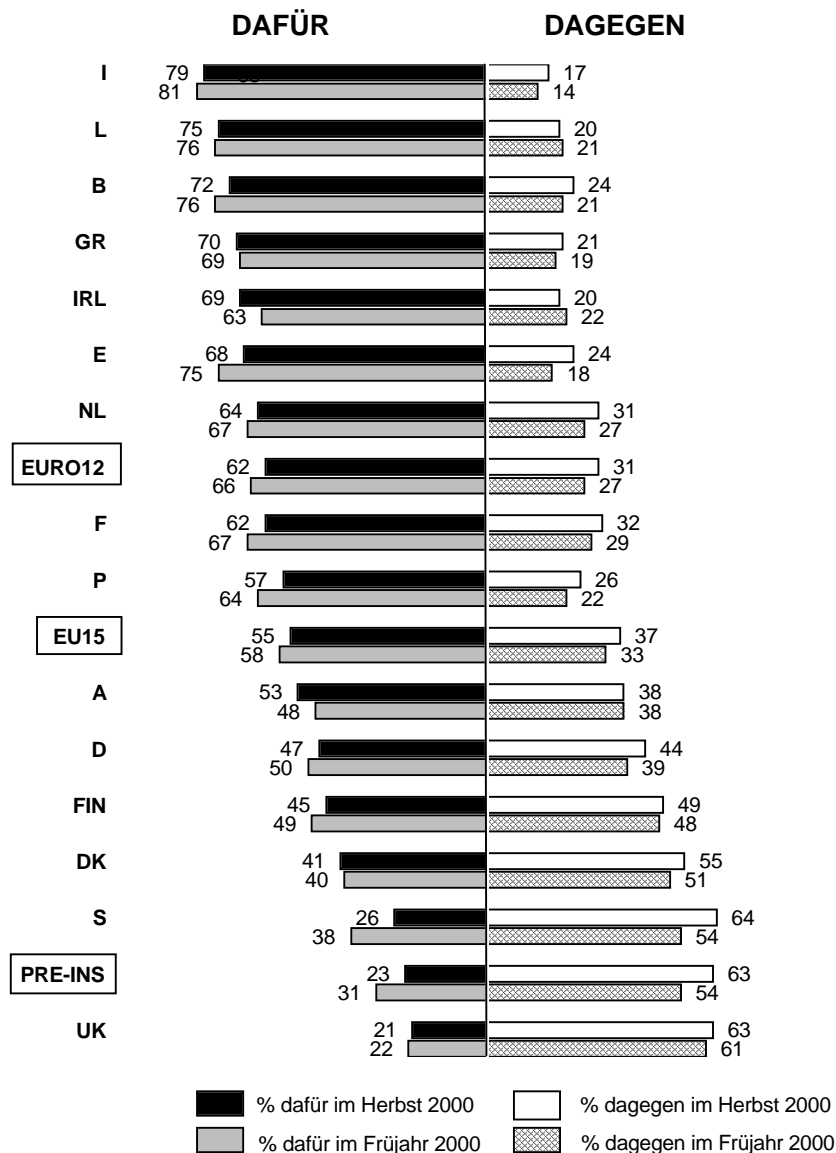
Wie die obenstehende Grafik zeigt, ist die Unterstützung für den Euro unter den "EURO 12" Ländern in Italien am größten (79%), gefolgt von Luxemburg, Belgien und Griechenland, in denen sich mindestens 7 von 10 Bürgern für den Euro aussprechen. In Irland, Spanien, den Niederlanden und Frankreich befürworten mehr als 6 von 10 Menschen den Euro, mehr als 5 von 10 in Portugal und Österreich. Die Zustimmung für den Euro beträgt in Deutschland 47%, während 44% der deutschen Bürger dagegen sind. Finnland ist das einzige "EURO 12" Land, in welchem die Gegner des Euro zahlenmäßig den Befürwortern überlegen sind, wenn auch nur um 4%.

Unter den "pre-in" Ländern ist die Unterstützung in Dänemark am grössten (41%), wohingegen im Vereinigten Königreich und in Schweden nicht einmal 3 von 10 Bürgern dem Euro positiv gegenüber stehen. In allen drei Staaten spricht sich mehr als Hälfte der Bevölkerung gegen den Euro aus.

Bei einer Analyse der Veränderungen der Unterstützungsrates seit dem Frühjahr 2000 in den "EURO 12" Ländern stellt es sich heraus, dass die Zustimmung zum Euro nur in Irland (+6) und Österreich (+5) zugenommen hat. Italien, Luxemburg und Griechenland weisen keine nennenswerten Veränderungen auf. Bedeutende Rückgänge bei der Unterstützung sind in Spanien, Portugal (beide -7), Frankreich (-5), Belgien, Finnland (beide -4), den Niederlanden und Deutschland (beide -3) zu verzeichnen.

Ein Blick auf die "pre-in" Staaten zeigt, dass die Bevölkerung in Dänemark sich nun verstärkt gegen den Euro ausspricht (+4) und weniger Menschen keine Meinung hierzu haben (-5). Offensichtlich hat das dänische "Euro"-Referendum eine grosse Auswirkung auf Schweden gehabt, wo die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Euro von 38% auf 26% zurückgegangen ist. Die öffentliche Meinung im Vereinigten Königreich scheint vom dänischen Referendum unberührt geblieben zu sein. (Tabelle 5.4a)

Der Euro: dafür oder dagegen?



Quelle: Eurobarometer 54.1 - Umfrage Nov. - Dez. 2000

Eurobarometer 53 - Umfrage April - Mai 2000

Standard Eurobarometer 54 - Abb. 5.5b

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Unter den unterschiedlichen demografischen Gruppen in der Bevölkerung ist die Unterstützung für den Euro bei den Studenten am höchsten (67%), gefolgt von den Managern (66%), Menschen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder länger eine Vollzeitausbildung genossen haben und Selbstständigen (beide 65%). Personen im Ruhestand und diejenigen, die die Schule vor dem 16. Lebensjahr verlassen haben (beide 45%), unterstützen den Euro am wenigsten.

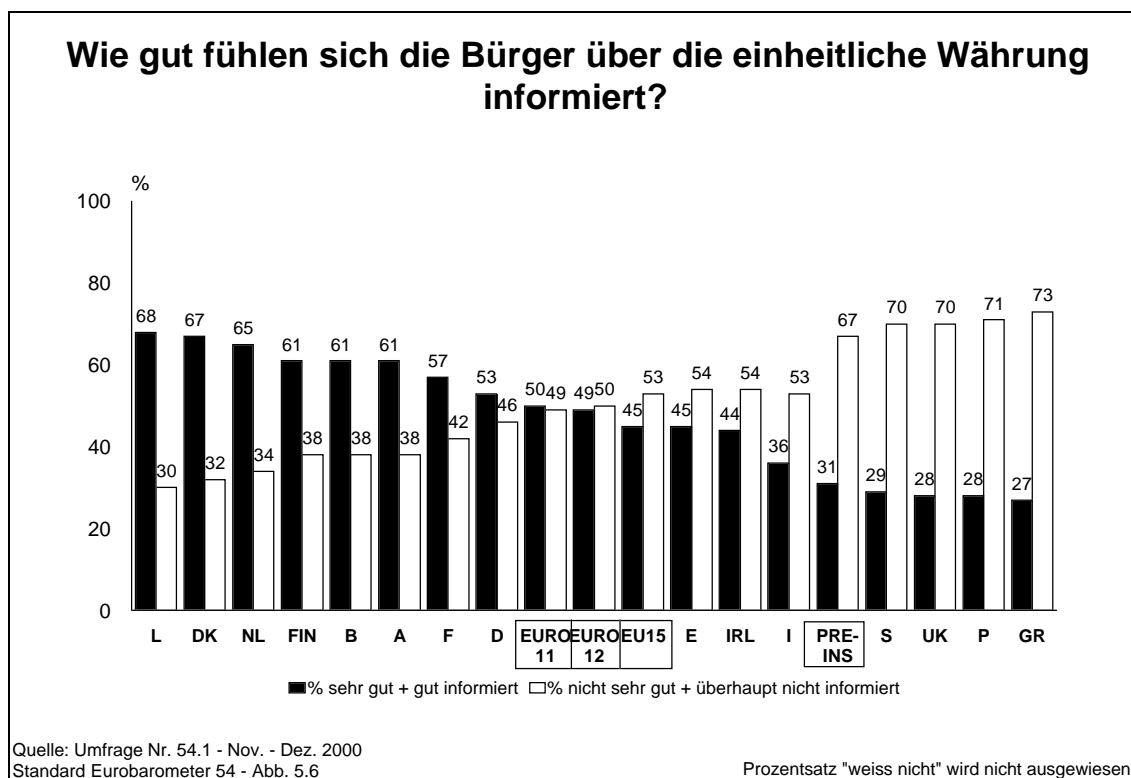
Hinsichtlich der Einstellung lässt sich erkennen, dass der Abstand zwischen denen, die die Mitgliedschaft ihres Landes für gut erachten (78%) und denen, die die Mitgliedschaft ihres Landes negativ bewerten (16%), weiterhin sehr groß ist. (Tabelle 5.4b)

Wie die folgende Tabelle zeigt, hängt die Unterstützung für die gemeinsame Währung auch davon ab, wie gut sich die Menschen über den Euro informiert fühlen.

| Unterstützung für die gemeinsame Währung | | | |
|---|----------------|------------------|-----------------|
| | % für den Euro | % gegen den Euro | % keine Meinung |
| Fühlen sich sehr gut/gut über den Euro informiert | 66% | 29% | 5% |
| EU 15 Durchschnitt | 55% | 37% | 9% |
| Fühlen sich nicht sehr/überhaupt nicht gut über den Euro informiert | 45% | 44% | 11% |

5.5. Information über die Einheitswährung

Im Herbst 2000 fühlten sich 45% der EU-Bürger gut über die Einheitswährung informiert. 53% der Befragten sagten aus, sie fühlten sich nicht gut informiert und 2% hatten keine Meinung, was im Grunde genommen einem unzulänglichen Informationsstand gleichkommt.



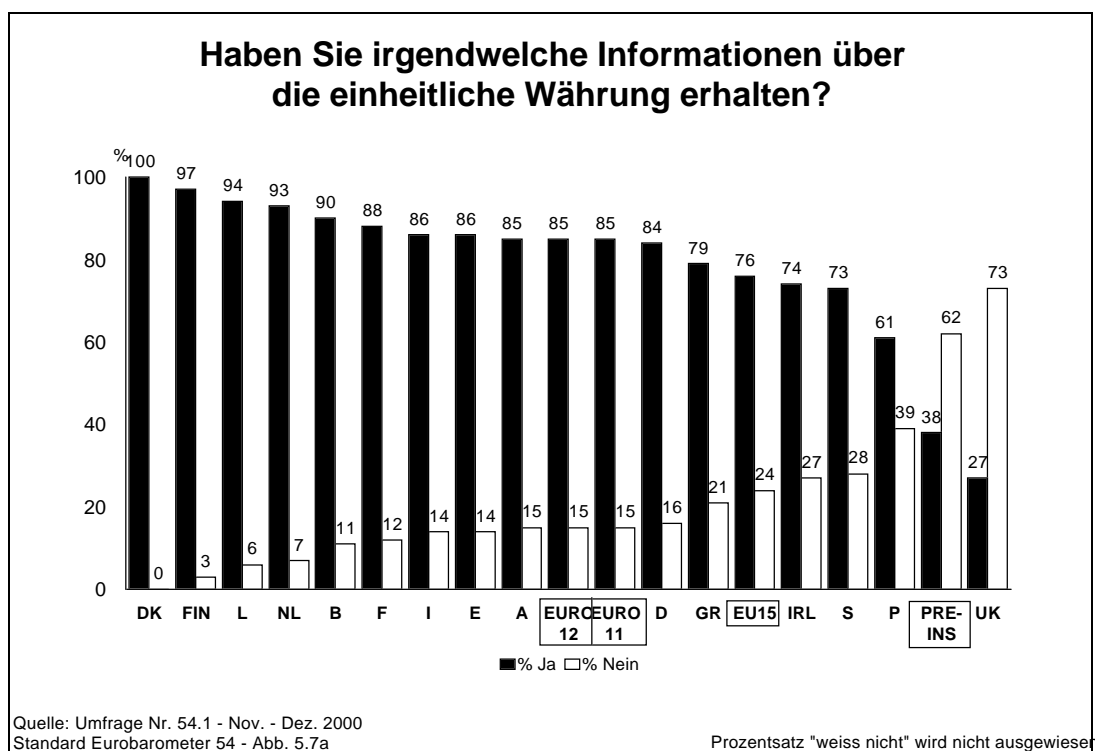
Die Länderauswertungen zeigen, dass sich die Menschen weiterhin in den "EURO 12"-Ländern eher informiert fühlen (49%) als in den "pre-in"-Ländern (31%), wenn der Abstand nun auch kleiner ist, da Griechenland zum Euro-Währungsraum gehört. Bei einem Blick zunächst auf die "EURO 12"-Länder stellen wir fest, dass sich die Bürger Luxemburgs (68%) am häufigsten gut informiert fühlen, gefolgt von den Niederländern (65%) sowie den Finnen, Belgiern und Österreichern (alle 61%). Die Griechen (27%) und Portugiesen (28%) fühlen sich nach wie vor am seltensten gut informiert. Italien (36%) ist das einzige weitere "EURO 12"-Land, in dem nicht einmal 4 von 10 Personen angeben, gut informiert zu sein.

Wenn man diese Ergebnisse mit denen aus dem Frühjahr 2000 vergleicht, so erweist es sich, dass Irland das einzige "EURO 12"-Land ist, in dem der Informationsgrad bedeutend verbessert werden konnte (+3). Die grösste Verschlechterung ist in den Niederlanden (-10), gefolgt von Finnland (-7), Italien (-5) und Portugal (-4) zu verzeichnen. In den anderen "EURO 12"-Ländern wurden keine bedeutenden Veränderungen registriert.

Betrachtet man nun die "pre-in"-Länder, so zeigt es sich, dass 67% der Dänen sich sehr gut bis gut informiert fühlen. Dieser Prozentsatz liegt deutlich über dem vom Frühjahr 2000 (+19), wobei die Verbesserung eindeutig auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass die dänische Bevölkerung im Vorfeld des Euro-Referendums im September 2000 sehr viele Informationen über den Euro erhalten hatte. Im Vereinigten Königreich und in Schweden ist der Informationsgrad weiterhin gering, nicht einmal 3 von 10 Personen geben an, gut über den Euro informiert zu sein. (Tabelle 5.5a)

Während der Informationsstand zum Euro eindeutig davon abhängt, ob eine Person in einem "EURO 12"-Land oder in einem "pre-in"-Staat lebt, ist die Tatsache, sich über die Europäische Union im Allgemeinen informiert zu fühlen, ein weiterer ausschlaggebender Faktor. 82% der EU-Bürger, die der Ansicht sind, gut über die Europäische Union Bescheid zu wissen, fühlen sich ebenfalls auch über den Euro gut informiert, verglichen mit nur 20% der EU-Bürger, die nur wenig über die Europäische Union wissen. Der Informationsgrad wird auch davon beeinflusst, ob Personen (angeben, dass sie) bereits Informationen über den Euro erhalten haben. 55% der Befragten, die aussagen, bereits Informationen über den Euro erhalten zu haben, fühlen sich gut über die neue Währung informiert, im Vergleich zu lediglich 15% derjenigen, die erklären, keinerlei Informationen über den Euro erhalten zu haben. Der Informationsgrad unterscheidet sich ferner beachtlich zwischen Befürwortern (56%) und Gegnern (36 %) der Europäischen Union³³.

Die folgende Darstellung zeigt, dass 3 von 4 EU-Bürgern angeben, Informationen über den Euro erhalten zu haben.



Unter den "EURO 12"-Ländern ist der Bevölkerungsanteil, der Informationen über den Euro erhalten hat, in Finnland (97%), Luxemburg (94%), den Niederlanden (93%) und Belgien (90%) am grössten. In Frankreich, Italien, Spanien, Österreich und Deutschland geben mindestens 8 von 10 Bürgern den Erhalt von Informationen an. Die Portugiesen (61%) verfügen am wenigsten über Informationen zum Euro, gefolgt von den Iren (74%) und den Griechen (79%). Der Anteil unter den griechischen Befragten, der angibt, gut mit Informationen versorgt worden zu sein, hat sich seit dem Frühjahr 2000, trotz der Tatsache, dass Griechenland zum Zeitpunkt der Umfrage gerade im Begriff war, der Währungsunion beizutreten, nicht wesentlich verändert.

³³ Siehe Tabelle 5.5b zur Auswertung nach Geschlecht, Alter, Beruf und Ausbildungsdauer

In einigen "EURO 12"-Ländern ist die Anzahl der Menschen, die erklären, Informationen über den Euro erhalten zu haben, erheblich gestiegen, nämlich in den Niederlanden (+11), in Irland (+9), Österreich (+7) und Belgien (+3). Portugal (-7) ist der einzige Mitgliedstaat, in dem eine deutliche Verschlechterung verzeichnet wurde.

In der Gruppe der "pre-in"-Ländern stellen wir fest, dass alle dänischen Befragten von ihren Kommunalverwaltungen Informationen über die gemeinsame Währung erhalten haben. Dies steht wiederum eindeutig im Zusammenhang mit dem im September 2000 in Dänemark stattgefundenen Euro-Referendum. Als die Frage im Frühjahr 2000 noch vor Beginn der Euro-Referendum-Kampagne gestellt wurde, hatten nur 70% der Dänen angegeben, Informationen über den Euro erhalten zu haben. 73% der Schweden und nur 27% der britischen Bevölkerung sind über die Einheitswährung informiert worden. In diesen beiden Ländern konnte seit der Umfrage im Frühjahr 2000 keine wesentliche Veränderung erzielt werden.

Wie die folgende Grafik zeigt, führt der grösste Teil der EU-Bevölkerung an, durch das Fernsehen Informationen zum Euro erhalten zu haben (59%). Nahezu 4 von 10 Befragten geben an, durch die gedruckte Presse (39%) oder von Finanzinstituten (35%) mit Informationen versorgt worden zu sein und etwa ein Viertel der Befragten erklärt, durch das Radio informiert worden zu sein (26%). Alle übrigen im Fragebogen aufgeführten möglichen Informationsquellen wurden von weniger als 2 von 10 Befragten genannt³⁴.



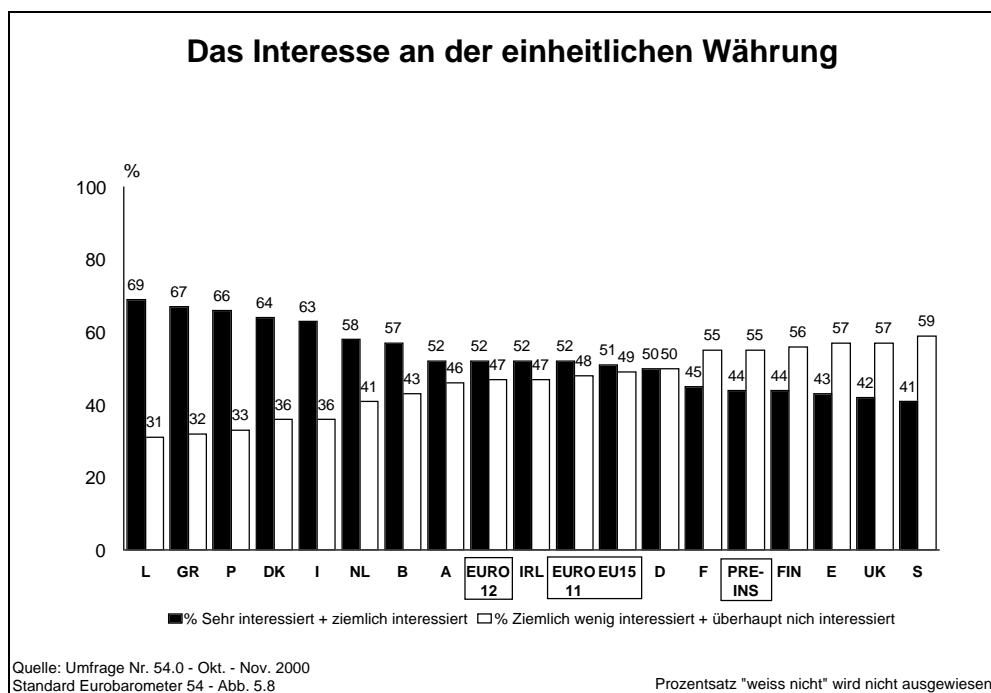
Die folgende Tabelle zeigt, dass das Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften sowie Finanzinstitute die drei meistgenannten Quellen in allen "EURO 12"-Ländern waren, mit Ausnahme von Spanien, Griechenland und Portugal. In Spanien und Griechenland ist das Radio anstelle der Banken eine der drei am meisten genannten Quellen und in Portugal stehen Familie und Freunde an dritter Stelle. Logischerweise gehören die Finanzinstitute in den Ländern, die den Euro noch nicht eingeführt haben, nicht zu den Top Drei. In Dänemark nehmen die Kommunalverwaltungen an Stelle der Finanzinstitute den ersten Platz ein, die, wie bereits erwähnt, alle Dänen mit Informationsmaterial über die Einheitswährung versorgt haben. In Schweden und im Vereinigten Königreich ersetzt das Radio die Finanzinstitute. Zwischen den Nationen treten jedoch grosse Unterschiede in der Anzahl der Befragten auf, die angeben, von allen Quellen Informationen erhalten zu haben. (Siehe auch Tabelle 5.6)

³⁴ Die Gesamtsumme der Antworten ist grösser als der prozentuale Anteil der mit Informationen versorgten Personen, da die Befragten beliebig viele der zur Auswahl gestellten Informationsquellen nennen konnten. Für die Ergebnisse aus dem Frühjahr 2000 siehe Tabelle 3.6 des Eurobarometer Berichts Nr. 53.

| TOP DREI DER AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN QUELLEN, AUS DENEN DIE MENSCHEN INFORMATIONEN ÜBER DEN EURO ERHALTEN HABEN (IN %, JE MITGLIEDSTAAT) | | | |
|--|-----|--------------------------|----|
| Belgien | | Luxemburg | |
| Fernsehen | 68 | Fernsehen | 67 |
| Finanzinstitute | 48 | Finanzinstitute | 57 |
| Zeitungen, Zeitschriften | 41 | Zeitungen, Zeitschriften | 52 |
| Dänemark | | Niederlande | |
| Kommunalverwaltung | 100 | Fernsehen | 80 |
| Fernsehen | 79 | Finanzinstitute | 61 |
| Zeitungen, Zeitschriften | 57 | Zeitungen, Zeitschriften | 60 |
| Deutschland | | Österreich | |
| Fernsehen | 64 | Fernsehen | 56 |
| Zeitungen, Zeitschriften | 54 | Finanzinstitute | 53 |
| Finanzinstitute | 49 | Zeitungen, Zeitschriften | 45 |
| Griechenland | | Portugal | |
| Fernsehen | 62 | Fernsehen | 49 |
| Zeitungen, Zeitschriften | 30 | Zeitungen, Zeitschriften | 17 |
| Radio | 20 | Freunde und Familie | 17 |
| Spanien | | Finnland | |
| Fernsehen | 75 | Fernsehen | 75 |
| Zeitungen, Zeitschriften | 34 | Zeitungen, Zeitschriften | 65 |
| Radio | 32 | Finanzinstitute | 46 |
| Frankreich | | Schweden | |
| Finanzinstitute | 65 | Fernsehen | 63 |
| Fernsehen | 63 | Zeitungen, Zeitschriften | 56 |
| Zeitungen, Zeitschriften | 38 | Radio | 34 |
| Irland | | Vereinigtes Königreich | |
| Finanzinstitute | 35 | Fernsehen | 19 |
| Fernsehen | 34 | Zeitungen, Zeitschriften | 13 |
| Zeitungen, Zeitschriften | 26 | Radio | 8 |
| Italien | | | |
| Fernsehen | 71 | | |
| Zeitungen, Zeitschriften | 43 | | |
| Finanzinstitute | 26 | | |

5.6 Interesse an der Einheitswährung und Kenntnis derselben

An den Antworten auf eine Frage, die bereits im Herbst 1999 gestellt worden ist, lässt sich ablesen, in welchem Maße die Öffentlichkeit sich für die Einheitswährung interessiert. Wenn wir zunächst die Antworten aller 15 EU-Staaten betrachten, so ergibt sich, dass 12% der Bevölkerung den Euro als Thema betrachten, für das sie sich sehr interessieren, 38% sind recht interessiert, 32% sind nicht besonders interessiert und 17% sind überhaupt nicht interessiert. Wie das folgende Schaubild zeigt, unterscheidet sich der Grad des Interesses von einem Land zum anderen erheblich.



Bei Betrachtung der "EURO12" ist es bei den Menschen in Luxemburg (69%), Griechenland (67%) und Portugal (66%) am wahrscheinlichsten, dass sie sich sehr oder in recht grossem Maße für den Euro interessieren, während rund 6 von 10 Menschen in Italien, den Niederlanden und Belgien diese Ansicht vertreten. In Irland und Österreich liegt der Anteil der interessierten Personen knapp über dem der Personen, die nicht besonders oder überhaupt nicht interessiert sind, während in Deutschland die Meinungen 50/50 geteilt sind. In Spanien, Finnland und Frankreich übersteigt die Zahl der Menschen, die sagen, sie interessieren sich nicht besonders oder überhaupt nicht für die Einheitswährung, die der Personen, die sich dafür interessieren.

Im Vergleich zum Herbst 1999 ist festzustellen, dass in allen "EURO 12"-Staaten mit Ausnahme von Griechenland und Spanien heute die Wahrscheinlichkeit geringer ist, dass die Bevölkerung interessiert ist, während die Wahrscheinlichkeit grösser ist, dass sie kein Interesse bekundet. Die negativste Entwicklung ist aus den Niederlanden und Österreich (beide -11), Portugal, Finnland, Deutschland und Italien (alle -7) zu melden.

Bei den "Pre-In-Ländern" ist der Grad des Interesses in Dänemark am stärksten ausgeprägt (64%). In Schweden und dem Vereinigten Königreich ist der Anteil der Personen, die nicht interessiert sind, wesentlich höher als der Anteil der Menschen, die sich für die Einheitswährung interessieren.

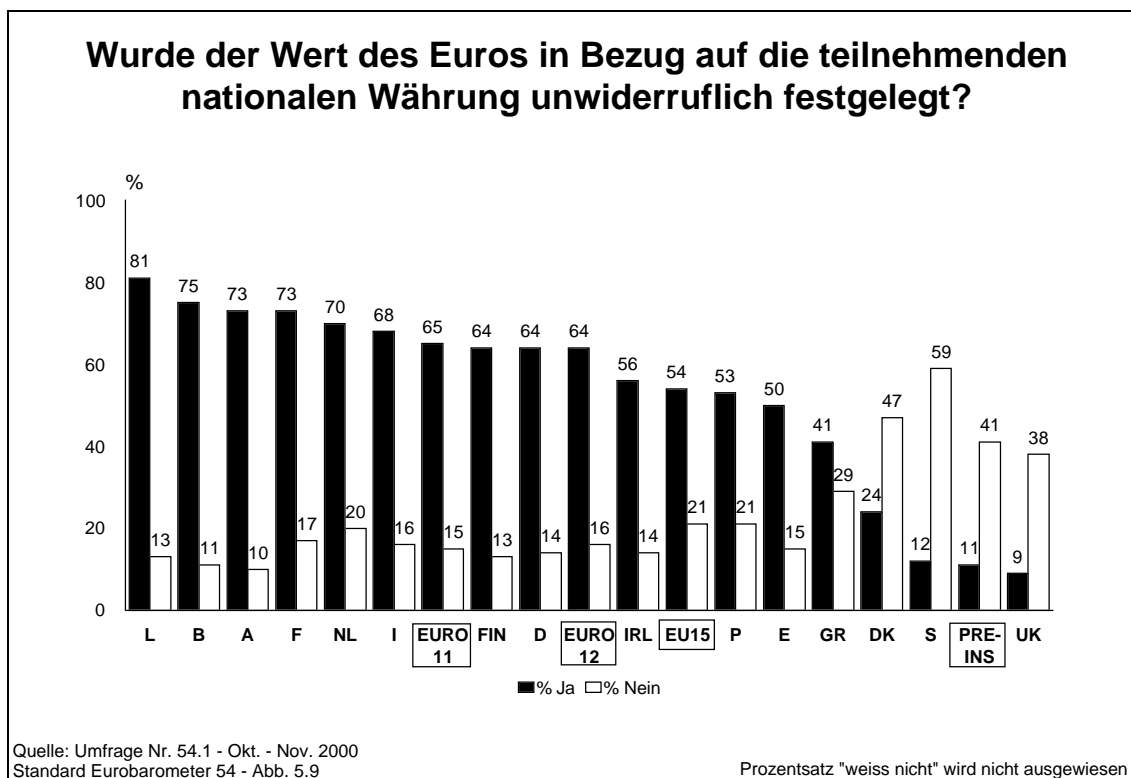
Aus den Trendanalysen geht hervor, dass bei den Menschen in Dänemark heute die Wahrscheinlichkeit grösser ist, dass sie sich für die Einheitswährung interessieren (+6). In den anderen beiden Ländern ist das Gegenteil der Fall (Tabelle 5.7a).

Die demografischen Analysen zeigen, dass bei Männern die Wahrscheinlichkeit deutlich höher ist als bei Frauen, dass sie sich für die Einheitswährung interessieren (55% zu 46%). Im Hinblick auf die verschiedenen Altersgruppen ist festzustellen, dass Personen von 25 bis 54 Jahre interessierter sind (53%) als die jüngeren (50%) und insbesondere die älteren Bürger (47%). 61% der Menschen, die mindestens bis zum 20. Lebensjahr eine Vollzeitausbildung genossen haben, sind interessiert, gegenüber nur 42% der Personen, die die Schule mit 15 Jahren oder früher verlassen haben. Was die verschiedenen Berufsgruppen betrifft, so ist festzustellen, dass es bei Führungskräften am wahrscheinlichsten ist, dass sie sich für den Euro interessieren (71%), während nur 41% der Arbeitslosen diese Einstellung teilen (Tabelle 5.7b).

Der folgenden Tabelle ist zu entnehmen, dass 70% der Menschen, die sich für gut informiert halten, sich für den Euro interessieren, während dies bei nur 38% der Menschen, die sich für nicht gut informiert halten, der Fall ist.

| Interesse am Euro infolge des Gefühls, über die Einheitswährung informiert zu sein | | | |
|--|--|---|--------------------|
| | Fühlen sich sehr gut oder gut informiert | Fühlen sich nicht besonders gut oder überhaupt nicht gut informiert | EU 15-Durchschnitt |
| % Sehr + recht interessiert | 70 | 38 | 51 |
| % Nicht sehr + überhaupt nicht interessiert | 30 | 61 | 49 |
| % Weiss nicht | 0 | 1 | 1 |
| % Gesamt | 100 | 100 | 101 |

Zur Bewertung der Kenntnisse der Bevölkerung über den Euro wurde die Frage gestellt, ob der Wechselkurs des Euro gegenüber der Landeswährung des Befragten unwiderruflich festgelegt worden sei. Bei den "EURO 12"-Ländern lautet die richtige Antwort "ja", während der Wechselkurs der Währungen der 3 "Pre-In"-Länder nicht gegenüber dem Euro festgelegt worden ist, so dass die richtige Antwort hier "nein" lautet.



In den "EURO 12"-Ländern ist das Wissen der Öffentlichkeit um diesen Aspekt des Euro in Luxemburg am weitesten verbreitet. Hier wussten 81% der Befragten, dass der Wert des Euro gegenüber dem Luxemburgischen Franken unwiderruflich festgelegt ist. Als ebenfalls überdurchschnittlich erwies sich der Kenntnisstand in Belgien (75%), Österreich, Frankreich (beide 73%), den Niederlanden (70%) und Italien (68%). Zur Zeit der Befragung war der Wert des Euro gegenüber der Drachme noch nicht unwiderruflich festgelegt. Aber nur 29% der griechischen Befragten gaben die richtige Antwort. Selbst wenn der Wert des Euro bereits festgelegt worden wäre, hätten die meisten griechischen Befragten eine falsche Antwort gegeben. Ein geringer Kenntnisstand über ein derartiges technisches Element ist insbesondere in Anbetracht der Tatsache zu erwarten, dass die Umstellung zur Zeit der Umfrage in Griechenland noch nicht stattgefunden hatte.

Im Vergleich zum Herbst 1999 ist festzustellen, dass der Kenntnisstand in den meisten "EURO 12"-Ländern jetzt geringer ist, wobei die grösste Verringerung des Prozentsatzes der Befragten, die korrekt antworteten, dass der Euro gegenüber ihrer Landeswährung unwiderruflich festgelegt sei, in Portugal (-6), Irland, den Niederlanden und Österreich (alle - 5) zu verzeichnen war. In Griechenland weiss nun ein wesentlich grösserer Teil der Bevölkerung, dass der Kurs des Euro gegenüber der Drachme unwiderruflich festgelegt worden ist (+11). Dies war zur Zeit der Umfrage zwar die falsche Antwort, aber der Kurs des Euro gegenüber der Drachme wurde einige Wochen nach der Befragung festgesetzt. Ebenfalls zu beobachten ist jedoch eine Zunahme des Anteils der Menschen, die sagten, dass dies noch nicht der Fall sei (+4).

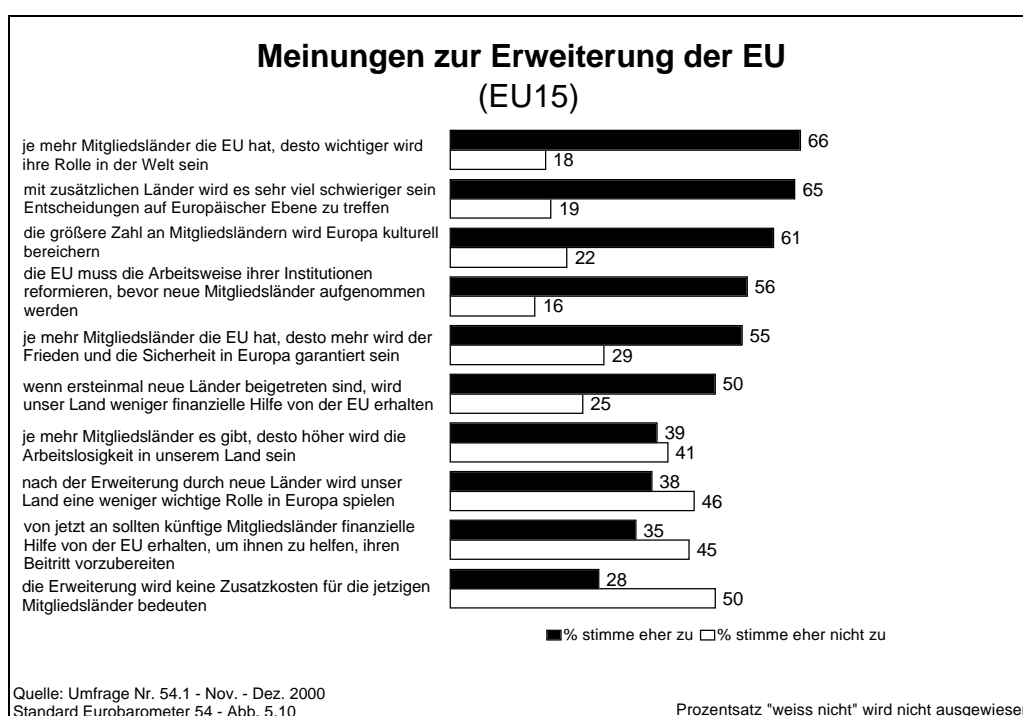
Bei den "Pre-In"-Ländern findet sich der grösste Anteil richtiger Antworten in Schweden (59%) und der geringste Anteil an korrekten Antworten im Vereinigten Königreich (38%). In Schweden ist die Wahrscheinlichkeit einer richtigen Antwort nun wesentlich grösser als im Herbst 1999 (+6). In Dänemark hat sich die Verteilung der richtigen und falschen Antworten nicht wesentlich geändert. Im Vereinigten Königreich ist eine Zunahme der "Weiss nicht" - Antworten (+5) zu beobachten. Festzustellen ist, dass der Anteil der "Weiss nicht" - Antworten in allen Mitgliedstaaten hoch ist. (Tabelle 5.8)

5.7. Einstellung zur Erweiterung

Die Europäische Union plant eine Süd- und eine Osterweiterung, und in wenigen Jahren dürften neue Länder in der Lage sein, der Union beizutreten. Derzeit gibt es 13 Anwärterstaaten, die den Beitrittsprozess durchlaufen³⁵.

Trotz des vergleichsweise geringen Anteils an Personen, die glauben, dass die Erweiterung eine Priorität für die Europäische Union sein sollte und die für die Aufnahme weiterer Länder sind, so wie es in den Abschnitten 5.2 und 5.3 weiter oben beschrieben ist, zeigen die Antworten auf eine Reihe von Fragen, die der Bewertung der zugrunde liegenden Einstellung der Menschen gegenüber der Erweiterung dienen, dass einige der mit der Erweiterung verbundenen Aspekte in einem recht positiven Licht gesehen werden.

Die Mehrheit der Befragten geht davon aus, dass die Union in der Welt ein grösseres Gewicht haben wird, wenn sie mehr Länder umfasst (66%), während nur 38% meinen, dass ihr eigenes Land infolge einer Erweiterung weniger wichtig sein wird. 61% der EU-Bürger betrachten eine Union, die mehr Mitgliedstaaten umfasst, als eine kulturelle Bereicherung, und 55% glauben, dass eine grössere Union mehr Frieden und Sicherheit garantieren wird.



³⁵ Die 13 Beitrittsanwärterstaaten sind Bulgarien, Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien und die Türkei. Weitere Informationen über die Erweiterung finden Sie unter <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/index.htm>.

Zahlreiche Europäer vertreten auch die offizielle Ansicht, dass die Einrichtungen der Union einer Reform bedürfen (56%), da die weit verbreitete Sorge besteht, dass die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene bei mehr Ländern wesentlich schwieriger sein wird (65%).

Wenn wir jedoch betrachten, wie die Menschen die wirtschaftlichen Auswirkungen der Erweiterung beurteilen, wird besser verständlich, warum die Erweiterung vielen Europäern Sorge bereitet. 50% der EU-Bürger denken, dass die Erweiterung ihr eigenes Land mehr Geld kosten wird. Besonders die Bürger Dänemarks (67%), der Niederlande (66%), Deutschlands (64%) und Österreichs (62%) neigen zu dieser Einschätzung. Viele rechnen auch damit, dass das Budget anders aufgeteilt wird, wobei 50% der Befragten denken, dass ihr Land nach dem Beitritt neuer Länder weniger finanzielle Hilfe erhalten wird. Die Menschen aus Irland, Portugal (beide 67%), Dänemark (66%), Griechenland (64%), Schweden und Finnland (beide 62%) vertreten diese Auffassung am häufigsten.

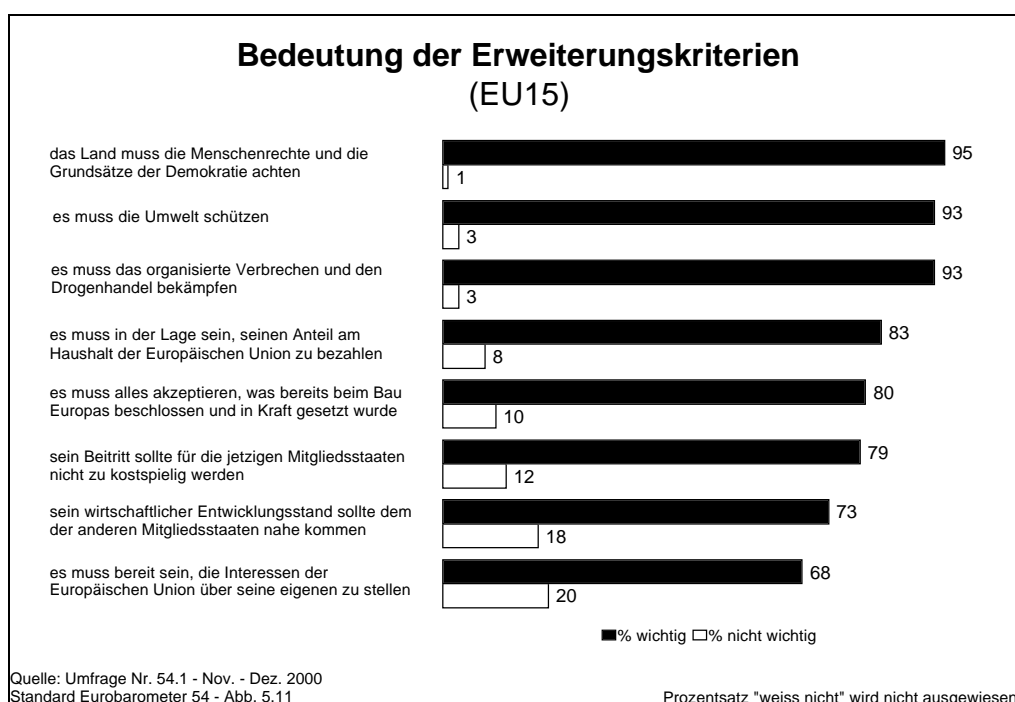
Viele Menschen machen auch ihre wirtschaftlichen Befürchtungen geltend, wenn sie sich dagegen aussprechen, dass die Europäische Union künftigen Mitgliedstaaten finanzielle Hilfe gewährt, um sie bei der Vorbereitung auf den Beitritt zu unterstützen (nur 35% meinen, dass dies erfolgen sollte). Griechenland (67%) und Irland (51%) bilden insofern eine Ausnahme, als mindestens die Hälfte der Bevölkerung meint, dass die Beitrittsländer finanzielle Hilfe erhalten sollten, wenngleich viele Bürger dieser beiden Länder meinen, dass die Erweiterung dazu führen könnte, dass ihr Land weniger Mittel erhalten wird. Es mag sein, dass die Menschen hoffen, dass die Wahrscheinlichkeit einer Reduzierung der finanziellen Hilfe, die ihr Land erhält, geringer ist, wenn die Europäische Union mit der Finanzierung der Anwärterstaaten während der Beitrittsphase beginnt.

Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass 41% der Europäer der Aussage "mit der Zahl der Mitgliedstaaten wird die Arbeitslosigkeit in unserem Land zunehmen" nicht zustimmen. Das lässt darauf schließen, dass die Menschen fürchten, dass eine Erweiterung zu einer höheren Arbeitslosenquote führen wird. Am weitesten verbreitet ist diese Befürchtung in Dänemark (62%), Italien (54%), Finnland, den Niederlanden und Schweden (alle 53%).

Der Anteil der "Weiss nicht" - Antworten ist bei allen Aussagen bezüglich der Erweiterung auch weiterhin wesentlich höher als üblicherweise bei dieser Befragung. Das bedeutet, dass die öffentliche Meinung verbesserungsfähig ist (Tabelle 5.9).

5.8. Kriterien, die die Beitrittsanwärter erfüllen sollten

Während wirtschaftliche Aspekte somit die Ansichten der Menschen über die Erweiterung deutlich beeinflussen, zeigen die Ergebnisse auf eine Reihe von Fragen, bei denen die Befragten dazu aufgefordert werden, die Bedeutung einer Reihe von Kriterien für die Entscheidung, ob Länder der Europäischen Union beitreten sollten oder nicht, zu beurteilen, dass die Bevölkerung nicht nur diese Aspekte für wichtig hält.



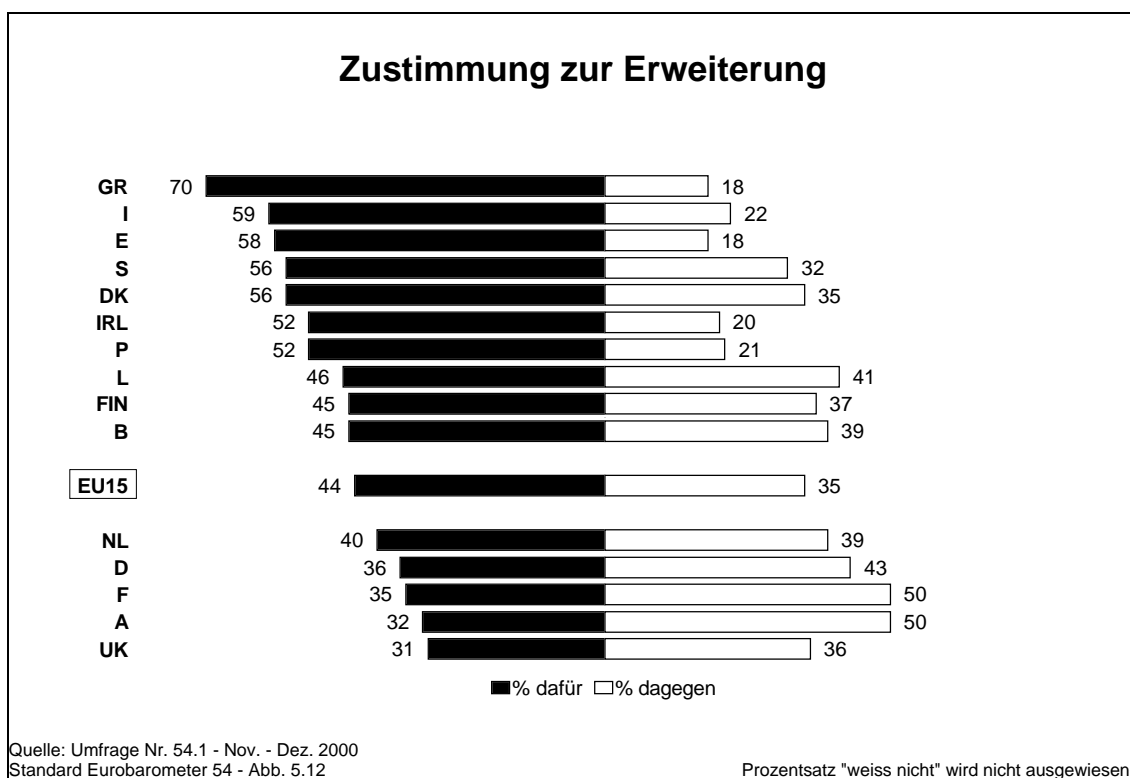
Mehr als 9 von 10 Personen meinen, dass Länder, die der EU beizutreten wünschen, a) Menschenrechte und Grundlagen der Demokratie achten, b) organisiertes Verbrechen und Drogenhandel bekämpfen und c) Umweltschutz betreiben müssen. Die grosse Mehrheit (80%) meint auch, dass Anwarterstaaten alles akzeptieren müssen, was während des Aufbaus der Europäischen Union bereits beschlossen und eingeführt worden ist. Die Besorgnis der Öffentlichkeit bezüglich der finanziellen Auswirkungen der Erweiterung zeigt sich deutlich an der Bedeutung, die dem Kriterium, dass die Bewerberstaaten in der Lage sein müssen (83%), ihren Anteil am EU-Haushalt zu zahlen (79%), beigemessen wird. Weniger besorgt äussern sich die Befragten bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung der Anwarterstaaten (73%). Am wenigsten sind die Menschen der Meinung, dass die an die Länder gestellte Anforderung, die Interessen der EU über ihre eigenen zu stellen (68%), ein wichtiges Kriterium sei. Die öffentliche Meinung bezüglich dieses Kriteriums unterscheidet sich jedoch beträchtlich von Land zu Land, wobei 3 von 4 Menschen in Frankreich, Deutschland, Luxemburg, Irland und Belgien glauben, dass dies wichtig sei, gegenüber nur 35% der Dänen (Tabelle 5.10).

5.9 Befürwortung der Erweiterung

Dieses Eurobarometer ist das erste, dass eine Frage beinhaltet, die direkt auf die öffentliche Befürwortung der Erweiterung abzielt. Die Frage lautet wie folgt:

“Was halten Sie von folgender Aussage: Die Europäische Union sollte erweitert werden und weitere Länder aufnehmen. Sind Sie dafür oder dagegen?”

Die Ergebnisse zeigen, dass 44% der EU-Bürger für eine Erweiterung und 35% dagegen sind. Wie für alle Fragen bezüglich der Erweiterung typisch, hat ein vergleichsweise grosser Anteil der Bevölkerung keine Meinung (21%). Das folgende Schaubild zeigt, dass der Grad der Befürwortung in den 15 Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausfällt.



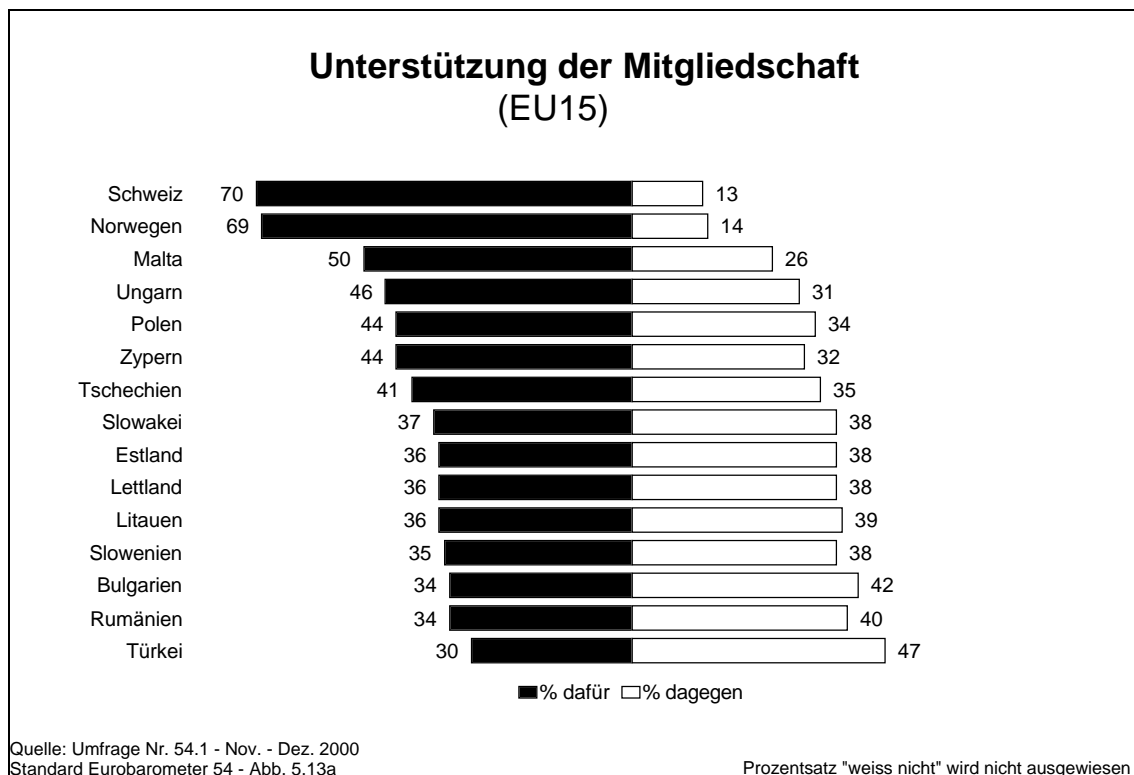
Wie zu sehen ist, sind in Griechenland die meisten Menschen für die Erweiterung (70%), mit einigem Abstand gefolgt von der Bevölkerung Italiens (59%) und Spaniens (58%). Am grössten ist der Widerstand in Frankreich und Österreich (beide 50%). Es gibt eine grosse Zahl von "Weiss nicht" - Antworten, die von 9% in Dänemark bis 33% im Vereinigten Königreich reichen. (Tabelle 5.11a)

Aus den demografischen Analysen geht hervor, dass die Befürwortung der Erweiterung bei Studenten (53%) und Menschen, die bis zum Alter von mindestens 20 Jahren eine Ausbildung genossen haben (52%), am weitesten verbreitet ist, während sie bei den Rentnern am geringsten ist (37%). Der unterschiedliche Grad der Befürwortung ist jedoch zum Teil auf die grosse Differenz bei der Zahl der "Weiss nicht" - Antworten zurückzuführen. Die Nichtbefürwortung reicht von 28% bei den Studenten bis 38% bei den Rentnern.

Die Verhaltensanalysen zeigen, dass die Befürwortung der Erweiterung eindeutig davon abhängt, ob die Menschen die Europäische Union unterstützen. Aus den Analysen geht hervor, dass 60% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, für eine Erweiterung sind, während dies bei nur 19% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes als negativ betrachten, der Fall ist (Tabelle 5.11b).

5.10. Welche Länder sollten beitreten?

In diesem abschliessenden Abschnitt hinsichtlich der Erweiterung werfen wir einen Blick auf das Ausmass, in dem die Öffentlichkeit die Mitgliedschaft der einzelnen Anwärterstaaten unterstützt. Des weiteren schauen wir uns an, was die Menschen vom möglichen Beitritt Norwegens und der Schweiz zur Europäischen Union halten und was die Menschen davon halten würden, wenn die Einzelstaaten der ehemaligen Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien der EU beitreten.



Die Unterstützung der Menschen variiert erheblich, abhängig davon, a) welches Land beitreten soll und b) aus welchem Land sie selbst stammen. Wenn man sich die 13 Anwärterstaaten anschaut, ist die Unterstützung für einen Beitritt Maltas am höchsten (48%), aber die Darstellung zeigt nicht die grossen Meinungsdifferenzen zwischen den Menschen der 15 einzelnen Mitgliedsstaaten, bei denen die Unterstützung von 31% in Frankreich bis 67% in Griechenland reicht. Ungarn steht auf dem zweiten Platz mit einer Unterstützung von 30% in Frankreich und 65% in Schweden; für Polen liegt die Unterstützung zwischen 25% in Österreich und 68% in Schweden; für Zypern zwischen 28% in Frankreich und 84% in Griechenland und für die Tschechische Republik zwischen 27% in Österreich und 63% in Schweden.

Mit 30% ist die allgemeine Unterstützung für die Türkei am geringsten und reicht von 21% in Österreich bis 43% in Spanien. Auf EU-Ebene reicht die Ablehnung von 30% für Malta bis zu 48% für die Türkei. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat sich die öffentliche Meinung über die Erweiterung der EU noch nicht eindeutig herauskristallisiert, da viele Menschen sich für "weiss nicht" entscheiden, wenn man sie danach fragt, ob sie den Beitritt der Länder in die Europäische Union begrüssen.

Die folgende Tabelle zeigt, wie die Unterstützung hinsichtlich einer Erweiterung zwischen den Mitgliedsstaaten schwankt. Angegeben ist der durchschnittliche Prozentsatz der Bevölkerung, der eine Mitgliedschaft der 13 Anwärtstaaten in der Europäischen Union befürwortet.

| DURCHSCHNITTSWERTE IN % FÜR EINE AUFNAHME DER 13 ANWÄRTERSTAATEN IN DIE EU (JE LAND) | |
|--|------------------------|
| Land | Durchschnittswert % |
| Schweden | 59 |
| Griechenland | 57 |
| Dänemark | 55 |
| Italien | 49 |
| Niederlande | 46 |
| Spanien | 46 |
| Finnland | 45 |
| Irland | 41 |
| Portugal | 41 |
| EU15 | 39 |
| Luxemburg | 38 |
| Deutschland | 35 |
| Großbritannien | 34 |
| Belgien | 33 |
| Österreich | 28 |
| Frankreich | 26 |

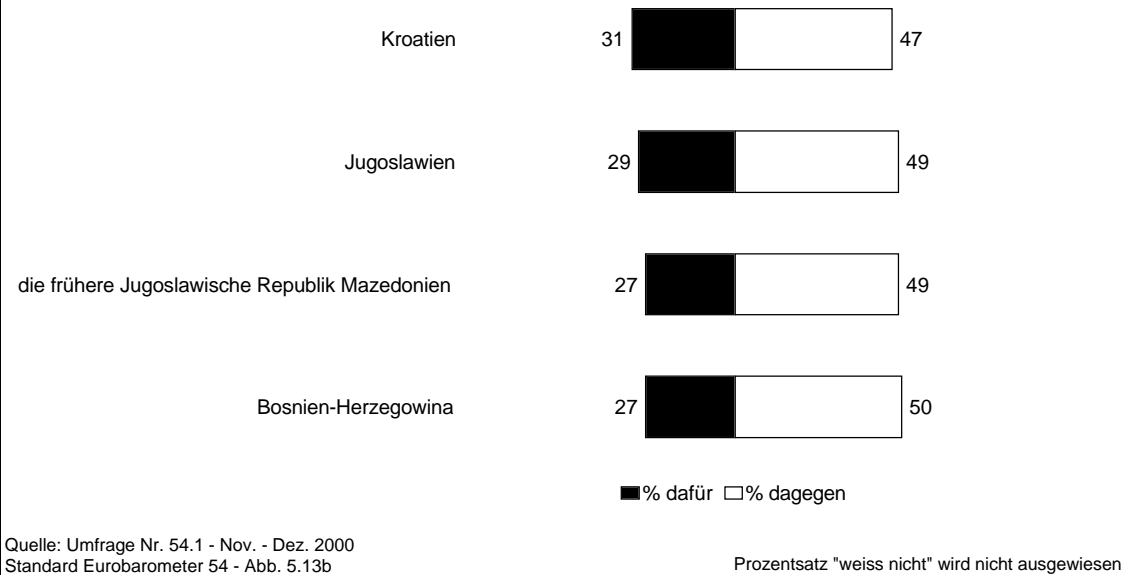
Im Durchschnitt befürworten die Menschen in Schweden (59%) am ehesten die Erweiterung, während die Menschen in Frankreich diese Erweiterung am wenigsten unterstützen (26%)³⁶.

Wenn man sich die Unterstützung für die Schweiz und für Norwegen anschaut (beide 70%), wird deutlich, dass diese beiden Länder in der Öffentlichkeit favorisiert werden, obwohl diese Länder zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beabsichtigen, der Union beizutreten. Die Unterstützung für die Schweiz reicht von 57% in Großbritannien bis 85% in den Niederlanden; für Norwegen reicht sie von 56% in Großbritannien bis 88% in Dänemark. (Tabelle 5.12a)

Schaut man sich die Staaten an, die ehemals die Föderative Sozialistische Republik Jugoslawien bildeten, wird deutlich, dass die Menschen nur wenig Unterschiede machen. Die Unterstützung reicht von 27% für Bosnien-Herzegowina und für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien bis zu 31% für Kroatien.

³⁶ Für die durchschnittliche Unterstützung in den einzelnen Mitgliedsstaaten, Stand Herbst 2000, siehe Seite 55 der Eurobarometer Umfrage Nr. 53.

Unterstützung der Mitgliedschaft - Andere Länder der ehemaligen Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien (EU15)



Dieser Mangel an Unterscheidung findet sich in den meisten Mitgliedsstaaten³⁷, ausser in Griechenland, wo die Menschen die geringste Unterstützung für eine Mitgliedschaft der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (47%) zeigen und am stärksten eine Mitgliedschaft Jugoslawiens befürworten (63%).

Die durchschnittliche Unterstützung für diese vier Länder ist niedriger als für die 13 Anwärterstaaten und die Rangfolge der Länder ist ebenfalls anders. (Tabelle 5.12b)

5.11. Entscheidungen in einer erweiterten Union

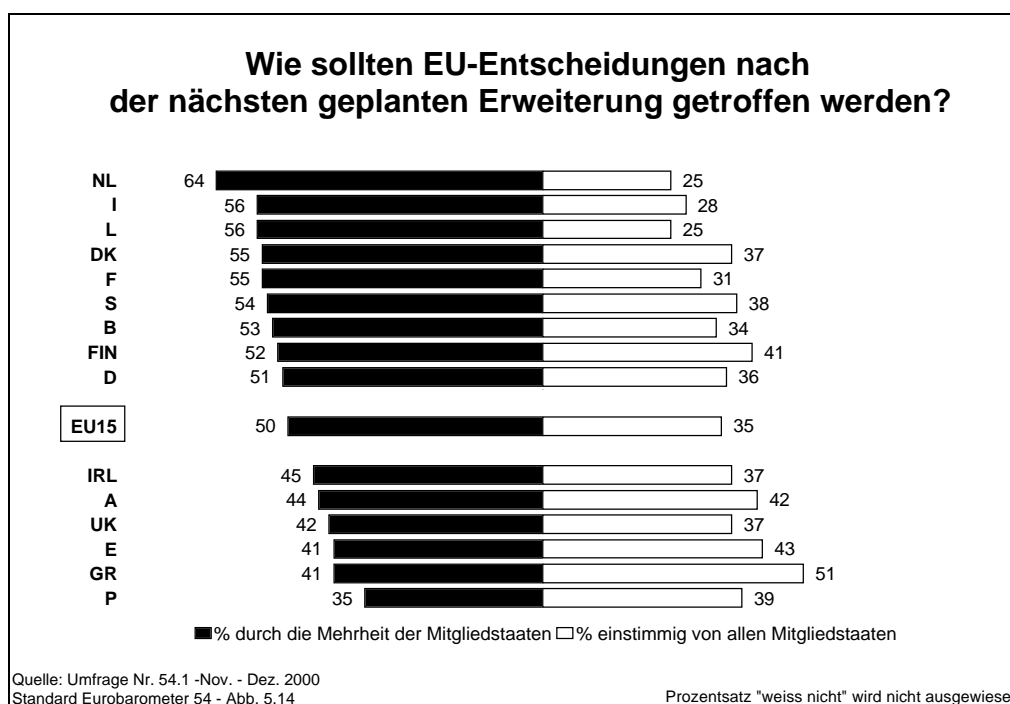
Wie bereits erwähnt, muss die Europäische Union in verschiedenen Bereichen ihre Arbeitsweisen verändern, bevor neue Länder beitreten können. Eine Union mit 28 Mitgliedsstaaten kann nicht mit demselben System der Beschlussfassung bestehen, wie es momentan praktiziert wird (bei dem viele Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen), da einstimmig gefasste Beschlüsse bei einer so hohen Zahl an Ländern nur selten zustande kämen. Beim europäischen Gipfeltreffen in Nizza am 20.-21. Dezember 2000 reduzierten die Staats- und Regierungshäupter die Zahl derjenigen Bereiche, in denen einstimmig gefasste Beschlüsse erforderlich sind und kamen überein, grundlegend die Stimmenanzahl zu ändern, die für einen Mehrheitsbeschluss notwendig sind.

Das Eurobarometer hat mit der folgenden Frage ermittelt, wie die Öffentlichkeit zum Mehrheitsbeschluss steht:

Nach der geplanten Erweiterung der Europäischen Union wird die Zahl der Mitgliedsstaaten von 15 auf mehr als 25 ansteigen. Sollten Ihrer Meinung nach die Entscheidungen der Europäischen Union dann einstimmig oder durch Mehrheitsbeschluss aller Mitgliedsstaaten gefasst werden?

³⁷ Siehe Tabelle 5.11b für die Ergebnisse in den einzelnen Ländern.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Öffentlichkeit dazu tendiert, in einer erweiterten Union den Mehrheitsbeschluss zu favorisieren. 50% der Befragten entschieden sich für diese Lösung, nur 35% bevorzugten die Einstimmigkeit. Seit dem Frühjahr 2000 hat eine bedeutende Verschiebung zugunsten des Mehrheitsbeschlusses (+5) stattgefunden.



Wenn man sich die Länderergebnisse anschaut, wird deutlich, dass die Menschen in den Niederlanden (64%) am stärksten den Mehrheitsbeschluss befürworten, gefolgt von den Menschen in Luxemburg und Italien (beide 56%), dann Frankreich und Dänemark (beide 55%). Griechenland ist das einzige Land, in dem mehr als 50% der Öffentlichkeit wollen, dass die Entscheidungen in der EU einstimmig gefasst werden.

Im Vergleich zum Frühjahr 2000 kann man jedoch feststellen, dass der Mehrheitsbeschluss in Griechenland an Popularität erheblich gewonnen hat (+11), während der Prozentsatz, der Einstimmigkeit bevorzugt, um 7 Prozentpunkte gefallen ist. Die anderen Länder, in denen der Mehrheitsbeschluss zum Nachteil der Einstimmigkeit zugenommen hat, sind Österreich (+13/-10), Italien (+7/-14), Frankreich (+5/-5) und Belgien (+5/-3). In Deutschland und Portugal lässt sich ebenfalls ein prozentualer Anstieg bei den Menschen finden, die den Mehrheitsbeschluss favorisieren (beide +4), aber ohne die deutliche Abnahme bei der Einstimmigkeit. Dann gibt es noch die Länder, in denen die Unterstützung für den Mehrheitsbeschluss gleich geblieben ist, in denen aber die Unterstützung für die Einstimmigkeit gesunken ist. Zu diesen Ländern zählen Luxemburg (-7), die Niederlande und Schweden (beide -3). Im Vereinigten Königreich und Irland sinkt die Zahl der "weiss nicht" - Antworten, was zu einem Anstieg sowohl bei der Befürwortung des Mehrheitsbeschlusses führt (beide +5) als auch bei der Befürwortung der Einstimmigkeit (jeweils +7 und +6). Finnland und Dänemark sind die einzigen Länder, in denen die Befürwortung der Einstimmigkeit zu Lasten des Mehrheitsbeschlusses zugenommen hat. In Finnland fiel die Unterstützung für den Mehrheitsbeschluss um 7 Prozentpunkte, während die Unterstützung für die Einstimmigkeit um 7 Prozentpunkte stieg. In Dänemark zeigt sich für den Mehrheitsbeschluss eine Abnahme und für die Einstimmigkeit eine Zunahme um jeweils 3 Prozentpunkte. Spanien ist das einzige Land, in dem sich die öffentliche Meinung seit dem Frühjahr 2000 nicht geändert hat. (Tabelle 5.13a)

Die demografische Analyse zeigt, dass die Menschen, die ihre Ausbildung mit 20 Jahren oder älter (62%) abgeschlossen haben, eher den Mehrheitsbeschluss befürworten, gefolgt von Managern (60%) und anderen Angestellten (55%). Menschen, die bei Beendigung ihrer Ausbildung jünger als 16 Jahre (41%) waren, befürworten diese am wenigsten. Nach wie vor ist jedoch der Mehrheitsbeschluss die von allen demografischen Gruppen favorisierte Methode der Beschlussfassung.

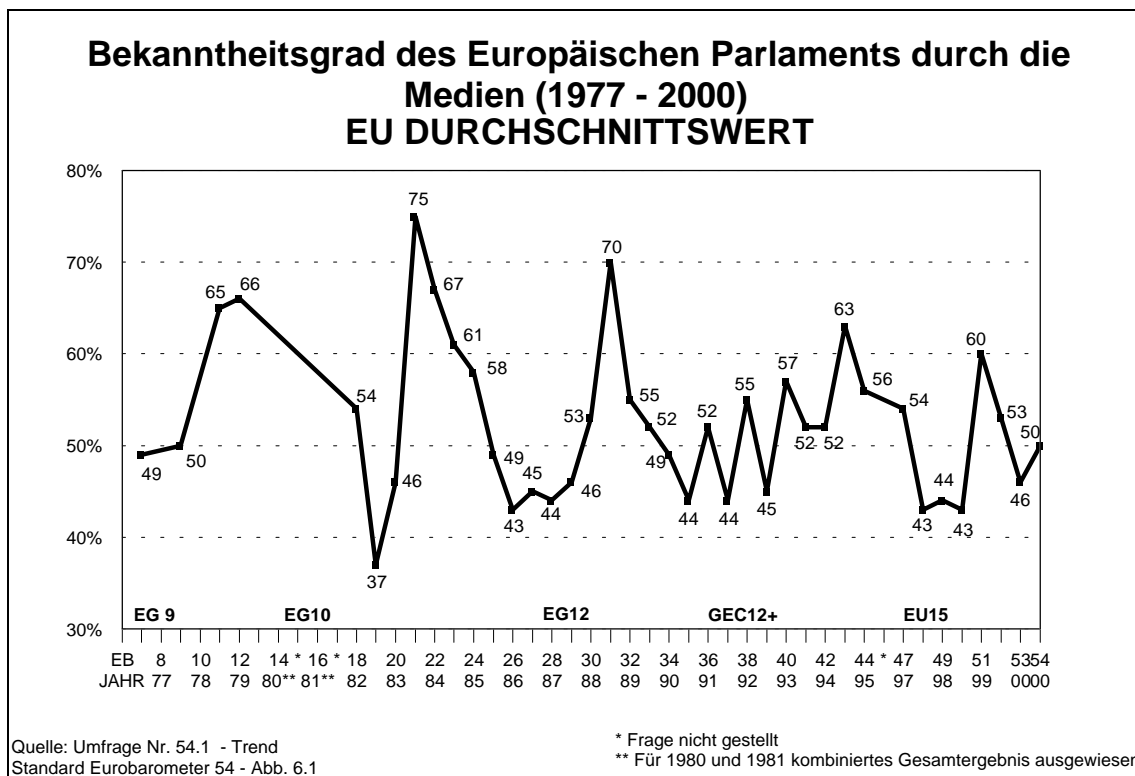
Auf der Einstellungsebene zeigt sich, dass 58% der Menschen, die die EU unterstützen, den Mehrheitsbeschluss favorisieren, im Vergleich zu jenen 42%, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine schlechte Sache halten. In dieser Gruppe finden sowohl die Einstimmigkeit als auch der Mehrheitsbeschluss dieselbe Unterstützung (41%). (Tabelle 5.13b)

6. Das Europäische Parlament

In diesem Kapitel werden eine Reihe von Fragen in Bezug auf das Europäische Parlament untersucht, und zwar einschliesslich der Wahlbeteiligung bei Europawahlen sowie des Bekanntheitsgrads dieser europäischen Institution. Ebenso wird darin über die Ergebnisse zweier neuer Analysen berichtet, die sich mit den subjektiv empfundenen Auswirkungen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente auf den Alltag beschäftigen.

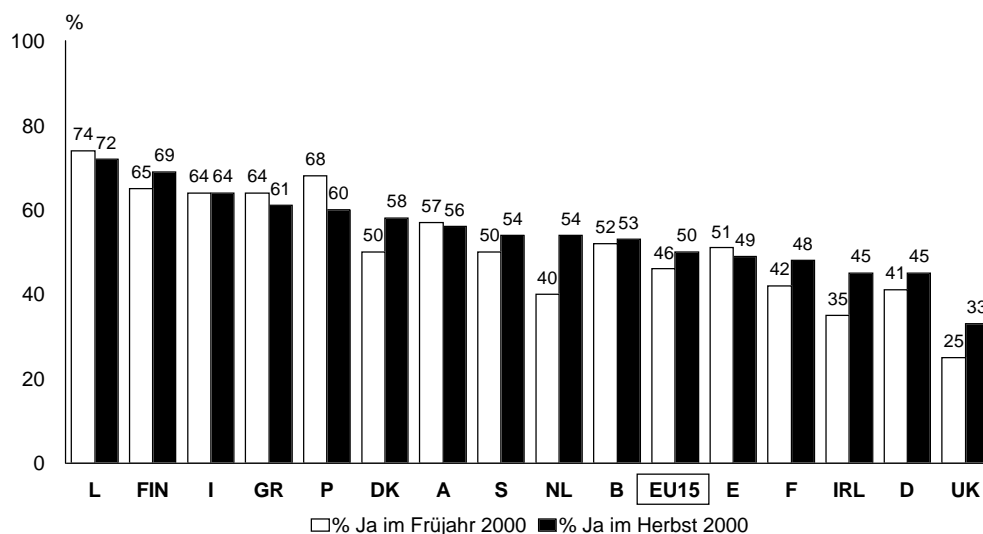
6.1. Wissen über das Europäische Parlament durch die Medien

Seit 1977 misst das Eurobarometer, in welchem Ausmaß die Öffentlichkeit in letzter Zeit durch Zeitungen, Radio oder Fernsehen über das Europäische Parlament informiert wurde. Laut neuester Messungen haben 50% der EU-Bürger über diese drei Medien Informationen zum Europäischen Parlament erhalten. Damit liegt dieser Wert über den Zahlen vom Frühling 2000 (46%), ist aber immer noch niedriger als im Frühling 1999 (60%), als dem Europäischen Parlament auf Grund der im Juni 1999 erfolgten Europawahlen in den Medien eine erhöhte Aufmerksamkeit zuteil wurde. Nachfolgendes Schaubild verdeutlicht, dass der Bekanntheitsgrad zum Zeitpunkt von Europawahlen stets Spitzenwerte erreicht.



Mit einem Wert von 72% dürften Luxemburger am ehesten durch die Medien über das Europäische Parlament informiert worden sein, gefolgt von den Finnen mit 69%, den Italienern mit 64% und den Griechen mit 61%. Dagegen haben im Vereinigten Königreich (33%) weniger als 4 von 10 Bürgern in letzter Zeit aus Zeitungen, Radio oder Fernsehen etwas über das Europäische Parlament erfahren. Damit ist es zusammen mit Irland (45%) das einzige Land, in dem Menschen, die in jüngster Zeit keine Berichte über das Europäische Parlament gesehen oder gehört haben, in der Mehrheit sind.

Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments durch die Medien



Quelle: Umfrage Nr. 53 - April - Mai 2000
 Umfrage Nr. 54.1 - Nov. - Dez. 2000
 Standard Eurobarometer 54 - Abb. 6.2

Wie oben stehendes Schaubild zeigt, ist das Wissen über das Europäische Parlament seit dem Frühjahr 2000 in folgenden Ländern erheblich gestiegen: Niederlande (+14), Irland (+10), Dänemark und Vereinigtes Königreich (jeweils +8), Frankreich (+6), Finnland, Schweden und Deutschland (jeweils +4). Damit sind Portugal (-8) und Griechenland (-3) die einzigen Länder, in denen eine erhebliche Abnahme des Bekanntheitsgrads verzeichnet wurde. (Tabelle 6.1a)

Auf demografischer Ebene sind wir der Ansicht, dass das Wissen über das Europäische Parlament unter Führungskräften (62%) sowie unter Menschen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus einer Vollzeitausbildung nachgingen (61%), und Selbstständigen (60%) am höchsten ist. Dagegen ist der Bekanntheitsgrad unter den Menschen am niedrigsten, die sich entweder um einen Haushalt kümmern (42%), oder nur bis zum Alter von 16 Jahren eine Vollzeitausbildung absolviert haben (43%).

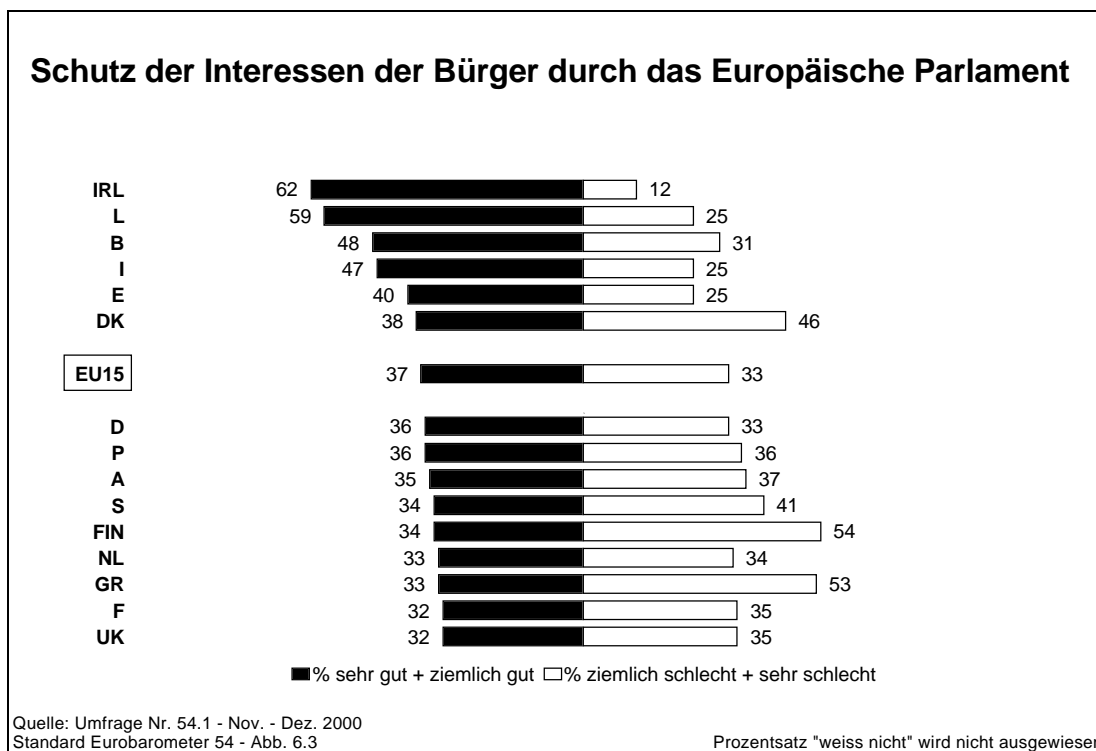
Aus nachfolgender Tabelle geht hervor, dass zwischen Menschen, die ihrer Meinung nach viel über die Europäische Union wissen, und Menschen, die sich weniger informiert fühlen, hinsichtlich des Bekanntheitsgrads eine grosse Kluft besteht.

| Wissen über das Europäische Parlament durch Medien nach Selbsteinschätzung | | | |
|--|---------------------|---------------------------|--------------|
| Haben Sie kürzlich etwas vom EP gehört oder gelesen? | Sehr grosses Wissen | Durchschnittliches Wissen | Wenig Wissen |
| % Ja | 79 | 56 | 31 |
| % Nein | 17 | 36 | 60 |
| % weiss nicht | 4 | 8 | 10 |
| % Gesamt | 100 | 100 | 101 |

Im Übrigen ergibt sich aus der Analyse, dass zwischen Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, und solchen, die sie negativ bewerten, hinsichtlich des Bekanntheitsgrads ein Unterschied von 16 Prozentpunkten besteht. (Tabelle 6.1b)

6.2. Interessen der Bürger

In der Umfrage wird ebenfalls untersucht, inwieweit EU-Bürger das Gefühl haben, dass das Europäische Parlament ihre Interessen schützt. 37% der EU-Bürger sind der Auffassung, dass Europäische Parlament schütze ihre Interessen sehr gut oder ziemlich gut; 33% haben dagegen das Gefühl, dass ihre Interessen ziemlich schlecht oder sogar sehr schlecht geschützt werden. 3 von 10 Befragten können zur Frage, ob ihre Interessen vom Europäischen Parlament gut oder schlecht geschützt werden, keine Angaben machen.

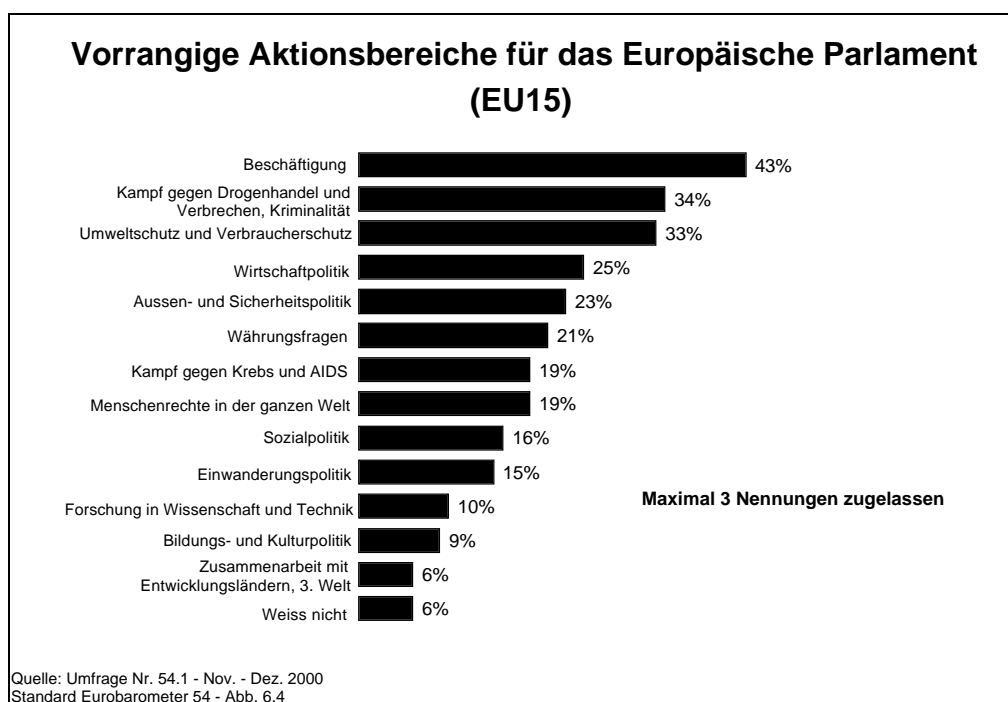


Aus Länderanalysen geht hervor, dass Iren am ehesten der Auffassung sind, dass das Europäische Parlament die Interessen der Bürger auf zufrieden stellende Art und Weise (62%) schütze. Darauf folgen die Luxemburger mit 59%. In Belgien, Italien, Spanien und Deutschland war die Zahl der zufriedenen Befragten höher als die der Unzufriedenen. Dagegen sind in den anderen Ländern die unzufriedenen Befragten in der Mehrheit, auch wenn Finnland mit 54% und Griechenland mit 53% die einzigen Länder sind, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung das Gefühl hat, das Europäische Parlament schütze die Interessen der Bürgern nicht. Der prozentuale Anteil der Befragten, die mit "weiss nicht" antworten, ist hoch und reicht von 13% in Finnland bis zu 35% in Spanien. (Tabelle 6.2)

In der Umfrage wird ebenfalls ermittelt, welche Bereiche vom Europäischen Parlament nach Meinung der Bürger zur Verteidigung ihrer Interessen schwerpunktmässig behandelt werden sollten³⁸.

43% der EU-Bürger sind der Ansicht, das Europäische Parlament sollte der **Beschäftigung** besondere Bedeutung beimessen. An zweiter Stelle steht **die Bekämpfung des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens**, was von 34% der EU-Bürger angeführt wurde. Darauf folgt **Umwelt- und Verbraucherschutz** (33%). In Kapitel vier wurde bereits darauf hingewiesen, dass die grosse Mehrheit der EU-Bürger diese drei Bereiche für die gesamte Europäische Union als Prioritäten betrachtet. Bereiche, von denen die Menschen nicht direkt betroffen sind, wie z. B. Dritte-Welt (6%) und Forschung (10%), geniessen einen viel geringeren Stellenwert als Bildung (9%), die nach Auffassung vieler Menschen in die Zuständigkeit der einzelstaatlichen Regierungen fallen sollte.

³⁸ Dazu wurde den Befragten eine Karte mit 13 Politikbereichen vorgelegt, aus denen sie maximal drei Bereiche auswählen konnten.



Aus der nächsten Tabelle ist ersichtlich, dass **Beschäftigung** in 8 der 15 Mitgliedsstaaten den wichtigsten der Bereiche darstellt, auf die das Europäische Parlament achten sollte. In Irland und dem Vereinigten Königreich steht die Beschäftigung an zweiter und in Deutschland und Luxemburg an dritter Stelle. Dagegen ist sie in Dänemark, den Niederlanden und Schweden nicht unter den drei Top-Themen. Spanier (54%), Griechen und Franzosen (jeweils 53%), Italiener (51%) und Belgier (50%) wünschen sich vom Europäischen Parlament am ehesten eine erhöhte Beachtung dieses Bereiches, während Dänen (24%), Niederländer (26%) und Schweden (27%) diese Ansicht am wenigsten teilen.

Der Kampf gegen Drogenhandel und das organisierte Verbrechen steht in Schweden (54%), Irland (48%), den Niederlanden (40%) und dem Vereinigten Königreich (39%) an erster Stelle. In Portugal (47%), Finnland (46%), Dänemark (44%), Belgien (38%), Deutschland (34%), Italien und Luxemburg (jeweils 33%) erreicht dieses Thema Platz zwei. In Frankreich steht es an dritter Stelle (29%). Im Gegensatz dazu kommt es in Spanien (20%), Griechenland (26%) und Österreich (31%) nicht unter die ersten drei.

Umwelt- und Verbraucherschutz spielt die wichtigste Rolle in Dänemark (59%) und Luxemburg (43%). An zweiter Stelle rangiert dieser Bereich in Schweden (50%), Frankreich (45%), den Niederlanden (36%) und Spanien (30%). Den dritten Platz belegt dieser Bereich in Belgien (37%), Finnland (36%), Österreich (34%), Italien (31%) und dem Vereinigten Königreich (29%). In Griechenland (26%), Portugal, Irland und Deutschland (jeweils 27%) zählt Umwelt- und Verbraucherschutz nicht zu den drei Top-Themen.

Die Wirtschaftspolitik, die im Kreise der 15-EU-Staaten in puncto Beliebtheit an vierter Stelle steht, erreicht in Griechenland (41%) und den Niederlanden (31%) einen Platz unter den ersten drei. Dagegen betrachten sie die Deutschen (33%) genau wie die Niederländer am ehesten als eine Priorität für das Europäische Parlament. Bürger aus Dänemark (15%), Schweden (16%) und dem Vereinigten Königreich (17%) teilen diese Ansicht am wenigsten.

Aussen- und Sicherheitspolitik steht in Deutschland zwar an der Spitze (35%), wird aber in Griechenland (43%), wo das Thema auf den zweiten Platz kommt, häufiger als eine Priorität angesehen. Auch in Österreich (37%) zählt die Aussen- und Sicherheitspolitik zu den drei wichtigsten Bereichen. In Finnland räumen ihr mehr als 3 von 10 Bürgern eine vorrangige Stellung ein. Mit 9% betrachten sie die Portugiesen am seltensten als Priorität für das Europäische Parlament.

Der Kampf gegen Krebs und Aids gehört in Irland (32%) und Portugal (27%) zu den drei Top-Themen. In Griechenland (12%), Österreich (14%), Deutschland (15%), Italien (16%), Finnland (17%) und Spanien (18%) sind weniger als 2 von 10 Bürgern dieser Meinung.

Die Menschenrechte in der gesamten Welt belegen in Schweden (39%), Dänemark (30%) und Spanien (26%) einen Platz unter den ersten drei. Dagegen sind die Niederlande (26%), Irland (25%), Luxemburg und das Vereinigte Königreich (beide jeweils 22%) Länder, in denen sich mehr als zwei von 10 Personen dieser Ansicht anschliessen.

| DIE DREI VORRANGIGSTEN THEMEN FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT IN DEN MITGLIEDSTAATEN (IN %) | | | |
|--|----|-------------------------------|----|
| Belgien | | Luxemburg | |
| Beschäftigung | 50 | Umwelt und Verbraucher | 43 |
| Drogen und Kriminalität | 38 | Drogen und Kriminalität | 33 |
| Umwelt und Verbraucher | 37 | Beschäftigung | 33 |
| Dänemark | | Die Niederlande | |
| Umwelt und Verbraucher | 59 | Drogen und Kriminalität | 40 |
| Drogen und Kriminalität | 44 | Umwelt und Verbraucher | 36 |
| Menschenrechte | 30 | Wirtschaftspolitik | 31 |
| Deutschland | | Österreich | |
| Außen- und Sicherheitspolitik | 35 | Beschäftigung | 39 |
| Drogen und Kriminalität | 34 | Außen- und Sicherheitspolitik | 37 |
| Beschäftigung | 34 | Umwelt und Verbraucher | 34 |
| Griechenland | | Portugal | |
| Beschäftigung | 53 | Beschäftigung | 48 |
| Außen- und Sicherheitspolitik | 43 | Drogen und Kriminalität | 47 |
| Wirtschaftspolitik | 41 | Krebs und Aids | 27 |
| Spanien | | Finnland | |
| Beschäftigung | 54 | Beschäftigung | 49 |
| Umwelt und Verbraucher | 30 | Drogen und Kriminalität | 46 |
| Menschenrechte | 26 | Umwelt und Verbraucher | 36 |
| Frankreich | | Schweden | |
| Beschäftigung | 53 | Drogen und Kriminalität | 54 |
| Umwelt und Verbraucher | 45 | Umwelt und Verbraucher | 50 |
| Drogen und Kriminalität | 29 | Menschenrechte | 39 |
| Irland | | Vereinigtes Königreich | |
| Drogen und Kriminalität | 48 | Drogen und Kriminalität | 39 |
| Beschäftigung | 36 | Beschäftigung | 33 |
| Krebs und Aids | 32 | Umwelt und Verbraucher | 29 |
| Italien | | | |
| Beschäftigung | 51 | | |
| Drogen und Kriminalität | 33 | | |
| Umwelt und Verbraucher | 31 | | |

Die restlichen Bereiche sind in keinem Mitgliedstaat unter den drei Top-Themen. Das Thema Währung findet in Deutschland (28%) die grösste Beachtung, die geringste Bedeutung wird ihr in Schweden (6%) und Dänemark (7%) beigemessen. **Sozialpolitik** wird am meisten in Deutschland, Frankreich und Belgien (alle jeweils 21%) als Priorität angesehen. Dagegen sind Bürger im Vereinigten Königreich (8%), Dänemark und Schweden (beide 10%) am wenigsten dieser Ansicht. Deutschland (22%) ist das einzige Land, wo sich mindestens zwei von 10 Menschen für **Einwanderungspolitik** entscheiden, während dieser Aspekt in Griechenland für weniger als 10%, in Portugal für 3%, in Finnland für 7%, in Luxemburg für 8% und in Schweden und Spanien für jeweils 9% der Bevölkerung eine Rolle spielt. Die Meinung, dass **die wissenschaftliche und technologische Forschung** ein Prioritätsbereich sein sollte, variiert von 3% in Portugal bis 14% in Schweden.

Die Meinung, dass **Bildung und Kulturpolitik** eine Priorität sein sollte, reicht von 6% in Frankreich, Deutschland und Italien bis 20% in den Niederlanden. Bei der **Dritten Welt** reicht die Spanne von 3% der Befragten in Belgien und Griechenland bis hin zu 10% der Befragten in Dänemark. (siehe auch Tabelle 6,3)

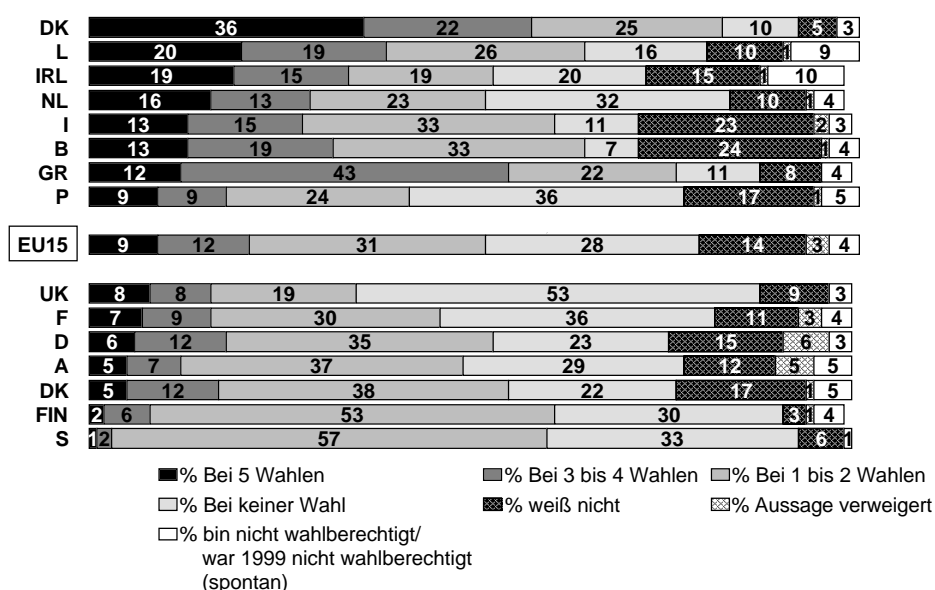
6.3. Wahlbeteiligung bei Europawahlen

In diesem Eurobarometer wurden die Personen gefragt, an wie viel Europawahlen sie seit ihrem 18. Geburtstag teilgenommen haben.

Bis heute gab es fünf direkte Wahlen für das Europäische Parlament, wobei die erste 1979 und die letzte im Juni 1999 stattfand. Zum Zeitpunkt der ersten Wahlen gab es nur neun Mitgliedstaaten. Griechenland trat 1980, Spanien und Portugal 1985 und Österreich, Finnland und Schweden 1995 bei. Dies bedeutet, dass nur Bürger der neun Mitgliedstaaten von 1979 an allen fünf Wahlen teilnehmen konnten - und dies unter der Bedingung, dass sie 1979 bereits das 18. Lebensjahr vollendet hatten. Bisher gab es vier Wahlen in Griechenland, drei in Spanien und Portugal und jeweils zwei in Österreich, Finnland und Schweden. Die Bürger aus Ostdeutschland konnten ihre Stimme zum ersten Mal 1994 abgeben.

Folgendes Schaubild verdeutlicht den prozentualen Anteil der Befragten in jedem Land, die ein-, zwei-, drei- oder vier- und fünfmal zu den Wahlen gingen. Das Schaubild enthält ebenfalls den prozentualen Anteil der Menschen, die noch nie gewählt haben, kein Wahlrecht hatten oder haben bzw. die Frage nicht beantworten konnten oder wollten.³⁹

Bei wie vielen Wahlen zum EP haben Sie Ihre Stimme abgegeben?



Weil die Anzahl der möglichen Teilnahmen der Wahlberechtigten an Europawahlen unterschiedlich ist und von deren Heimatland und Alter abhängt, ist der Vergleich der Wahlbeteiligung in den 15 Mitgliedsstaaten äusserst schwierig. Die klarste Aussage lässt sich vielleicht erhalten, wenn der prozentuale Anteil jener Wahlberechtigten untersucht wird, die niemals an einer Wahl teilgenommen haben. Die Ergebnisse zeigen, dass 53% der Wahlberechtigten aus dem Vereinigten Königreich noch nie an einer Europawahl teilgenommen haben. Mit grossem Abstand folgen Frankreich und Portugal mit 36%, Schweden mit 33% und die Niederlande mit 32%. Das Fernbleiben von den Urnen erfolgt in Belgien (7%), Dänemark (10%) und Griechenland (11%) am seltensten. (Tabelle 6.4a)

³⁹ Wird der Prozentsatz der Befragten untersucht, die eine fünffache Wahlbeteiligung vorgeben, liegt auf der Hand, dass viele die Frage nicht korrekt beantwortet haben, zumal in 6 der 15 Mitgliedsstaaten nicht so oft gewählt werden konnte.

Die demografischen Analysen zeigen, dass 26% der Menschen im Alter zwischen 15 und 24 ein- oder zweimal zur Wahl gegangen sind. Es liegt auf der Hand, dass viele dieser jungen Menschen auf Grund ihres Alters noch niemals gewählt haben (43%). Dies trifft auch für Menschen zu, die sich noch im Studium (35%) befinden und ebenfalls meist jung sind. Werden die Zahlen der Stimmenthaltung anderer Gruppen untereinander verglichen, ergibt sich ein Spitzenwert bei Arbeitslosen (36%); ein Tiefststand ist dagegen bei Menschen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus einer Vollzeitausbildung nachgingen, sowie bei Führungskräften und Selbstständigen vorhanden (alle 19%).

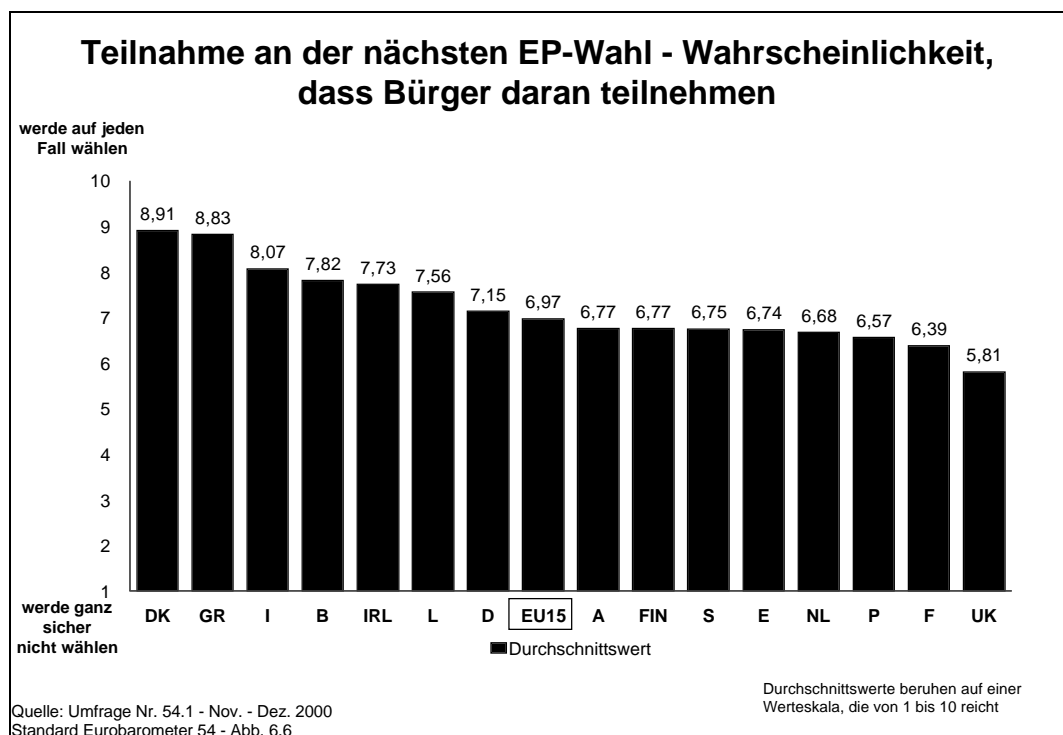
Eine Analyse der Einstellungen ergibt, dass Stimmenthaltung bei Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union negativ bewerten (38%), bei weitem häufiger auftritt als bei Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten (21%). Erwartungsgemäss ist die Zahl der Stimmenthaltungen unter Menschen, die nicht an den nächsten Europawahlen teilnehmen möchten (67%), ebenfalls wesentlich höher als bei Menschen, die ihre Stimme abgeben möchten (12%). (Tabelle 6.4b)

Folgende Tabelle unterstreicht, dass die Zahl der Stimmenthaltungen auch davon abhängt, wie gut die Menschen ihrer Meinung nach über die Europäische Union Bescheid wissen. Es zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit einer Stimmenthaltung bei Europawahlen zunimmt, wenn der Wissensstand laut Selbsteinschätzung niedrig ist.

| Prozentualer Anteil der Personen, die noch nie an einer Europawahl teilgenommen haben | | |
|---|---------------------------------------|--------------------------------|
| Wenig Wissen über die EU | Durchschnittliches Wissen über die EU | Sehr großes Wissen über die EU |
| 39% | 23% | 14% |

Damit verschafften diese Analysen Einblick in die Schwankungen der Wahlbeteiligung von Land zu Land. Ausserdem zeigten sie, inwiefern die Wahlbeteiligung von den demografischen Eigenheiten der Menschen, ihrer Absicht zur Wahlteilnahme und ihrem Wissen bzw. ihrer Einstellung im Hinblick auf die Europäische Union abhängen.

Eine andere Messung zur Wahlbeteiligung bei Europawahlen besteht darin, Befragte um Angaben hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit, bei der nächsten Europawahl zu den Urnen zu gehen, zu bitten. Dazu wurde den Befragten eine Karte mit einer Skala von 1 bis 10 vorgelegt, wobei 1 bedeutet, dass die Person definitiv nicht wählen wird, und 10 einer verbindlichen Wahlteilnahme entspricht.



Oben stehendes Schaubild zeigt die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit in jedem Mitgliedstaat. Je höher die erreichte Punktzahl, desto grösser die Wahrscheinlichkeit, dass die Befragten dieses Landes an der nächsten Wahl teilnehmen. Es zeigt sich, dass die höchste Punktzahl in Dänemark erreicht wird (8,9), gefolgt von zwei Ländern, in denen die Wahlteilnahme gesetzlich vorgeschrieben ist - Griechenland (8,8) und Italien (8,1). Die niedrigste Punktzahl findet sich im Vereinigten Königreich (5,8), was zeigt, dass die Teilnahme der Briten als Nation bei der nächsten Europawahl am geringsten ausfällt.

Wird der Prozentsatz jener Befragten untersucht, die nach eigenen Angaben definitiv wählen werden bzw. auf der Skala 10 Punkte erreichen, ergibt sich ein Spitzenwert in Dänemark (69%) und Griechenland (60%). Dagegen geben in Österreich (24%), Portugal (25%), dem Vereinigten Königreich und Spanien (beide 26%), Finnland (27%), Frankreich (28%), den Niederlanden und Deutschland (beide 29%) weniger als 3 von 10 Befragten vor, an der nächsten Wahl definitiv teilzunehmen. Tabelle 6.5a im Anhang gibt für jedes Land den Prozentsatz der Menschen an, die auf der Skala 1-3, 4-7 und 8-10 Punkte erreichen, sowie den prozentualen Anteil der "weiss nicht" - Antworten.

Aus den demografischen Analysen geht hervor, dass die durchschnittlichen Punktzahlen nicht weit auseinanderliegen, denn diese reichen von 6,5 für die jüngste Altersgruppe bis hin zu 7,8 für Menschen, die bis zum Alter von 20 oder darüber hinaus in einer Vollzeitausbildung verblieben sind. Daraus ergibt sich, dass sich anhand soziodemografischer Eigenheiten die Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme nicht so gut bestimmen lässt wie anhand des Landes, in dem die Menschen wohnen.

Erwartungsgemäss wird durch eine Analyse der Einstellungen aufgezeigt, dass die Frage nach der Befürwortung der EU-Mitgliedschaft des Heimatlands einen sehr guten Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den nächsten Europawahlen darstellt. Dabei erreichen Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, eine wesentlich höhere Punktzahl (7,8) als Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes negativ bewerten (5,8). Tabelle 6.5b im Anhang gibt für jede Demografie- und Einstellungsgruppe den Prozentsatz der Menschen an, die auf der Skala 1-3, 4-7 und 8-10 Punkte erreichen, sowie den prozentualen Anteil der "weiss nicht" - Antworten.

Ebenso hat der subjektiv empfundene Wissensstand der Menschen über die Europäische Union einen starken Einfluss auf das mögliche Wahlverhalten. Die aus der Tabelle ersichtlichen durchschnittlichen Punktzahlen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an Europawahlen mit zunehmendem subjektivem Wissensstand steigt.

| Durchschnittliche Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an Europawahlen | | |
|--|---------------------------------------|---------------------------------|
| Wenig Wissen über die EU | Durchschnittliches Wissen über die EU | Sehr grosses Wissen über die EU |
| 5.9 | 7.4 | 8.3 |

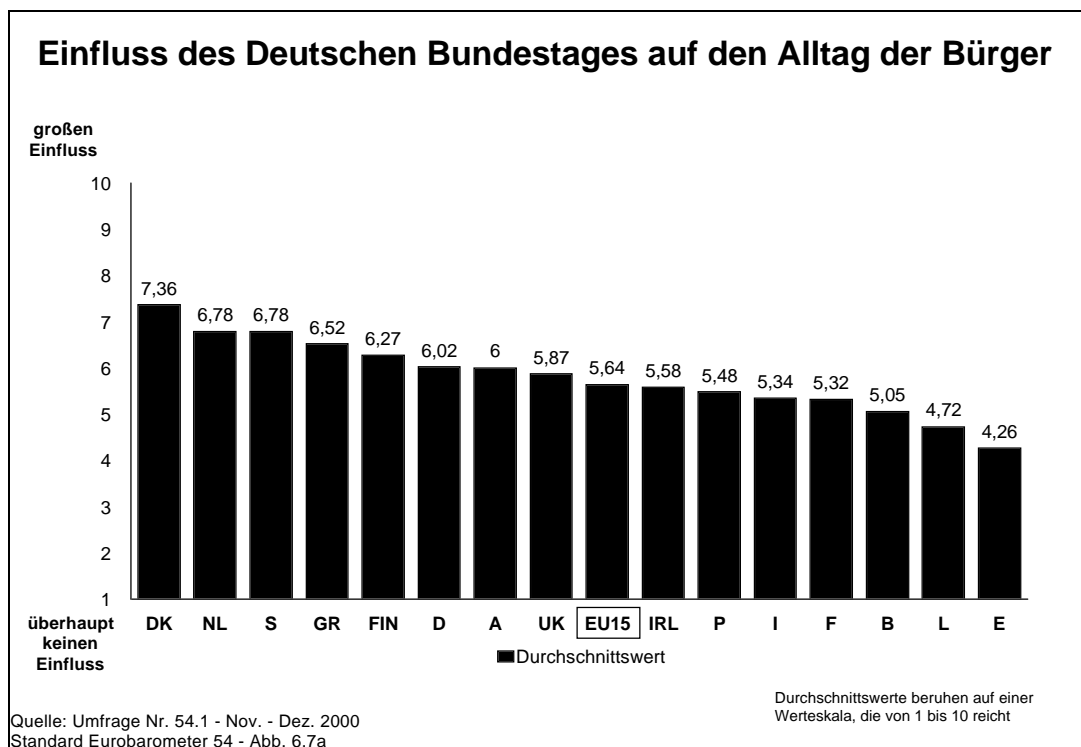
6.4. Auswirkungen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente auf das tägliche Leben

Zum ersten Mal untersuchte das Eurobarometer, inwieweit die Menschen den Eindruck haben, dass sich das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten auf den Alltag auswirken. Dazu wurde den Befragten eine Skala mit Punkten von 1 bis 10 vorgelegt, wobei 1 für keinerlei Auswirkungen des Europäischen bzw. nationalen Parlaments auf den Alltag steht, während 10 einen bedeutenden Einfluss darstellt.

Unten stehende Tabelle zeigt die Ergebnisse für die EU15 in Bezug auf die **nationalen Parlamente**. Daraus ergibt sich, dass 20% der EU-Bürger die Auswirkungen ihres nationalen Parlamentes als sehr gering bewerten (letzte wählen auf der Skala die Werte 1 bis 3), wohingegen sich 46% für beträchtliche (4 bis 7 Punkte auf der Skala) und 26% für weit reichende Auswirkungen entscheiden (8 bis 10 Punkte auf der Skala). Die restlichen 9% der Befragten sahen sich nicht in der Lage, die Auswirkungen ihres nationalen Parlaments auf den Alltag einzuschätzen.

| Auswirkungen der nationalen Parlamente Herbst 2000 (in%, EU15) | |
|---|-------------|
| Skala | % |
| 1 (keine Auswirkungen) | 10 |
| 2 | 4 |
| 3 | 6 |
| 4 | 8 |
| 5 | 16 |
| 6 | 10 |
| 7 | 12 |
| 8 | 13 |
| 9 | 5 |
| 10 (weit reichende Auswirkungen) | 8 |
| weiss nicht | 9 |
| Durchschnittliche Punktzahl | 5,64 |

Folgendes Schaubild zeigt, dass die durchschnittliche Punktzahl von Land zu Land erheblich variiert und die Spanne von 4,3 in Spanien bis zu 7,4 in Dänemark reicht. Dies bedeutet, dass die Dänen die Auswirkungen ihres nationalen Parlaments grösser einschätzen als die Spanier.



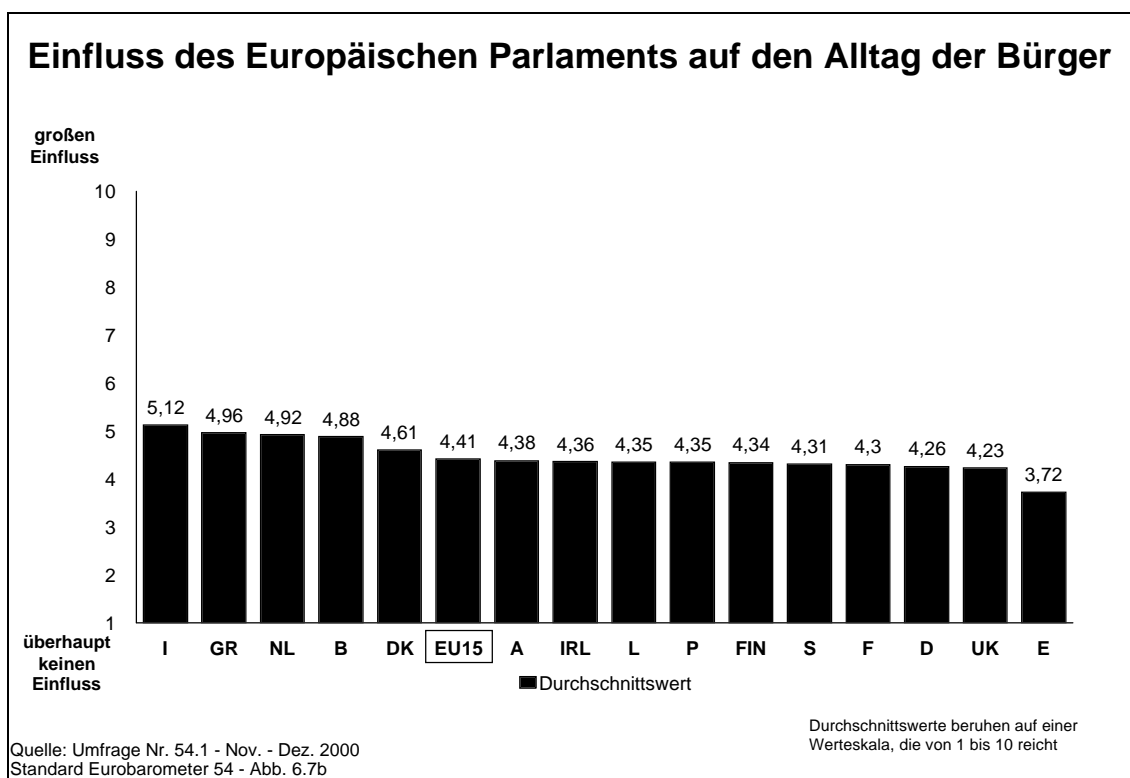
Werden die beiden Extremwerte auf der Skala betrachtet (also 1 Punkt und 10 Punkte), ergibt sich, dass Befragte in Luxemburg am ehesten das Gefühl haben, dass ihr nationales Parlament überhaupt keine Auswirkungen habe (22%). In den Niederlanden, Dänemark und Schweden wählten nur 2% der Befragten Punkt 1 auf der Skala. Auf der anderen Seite finden wir, dass 18% der dänischen Befragten das Gefühl haben, ihr nationales Parlament habe weit reichende Auswirkungen. Darauf folgen 14% der griechischen und 11% der schwedischen, britischen, deutschen und irischen Befragten. Nur 2% aller spanischen und 4% aller belgischen Befragten wählten auf der Skala Punkt 10. (siehe auch Tabelle 6.6⁴⁰)

⁴⁰ Zur Erhöhung des Verständnisses der Tabelle wurde der Skala noch einmal ein neuer, aus drei Kategorien bestehender Schlüssel hinzugefügt: "Geringe Auswirkungen" – 1-3 Punkte; "Durchschnittliche Auswirkungen" – 4-7 Punkte; "Weit reichende Auswirkungen" – 8 – 10 Punkte.

Als nächster Punkt wird untersucht, inwieweit die Öffentlichkeit das Gefühl hat, dass das **Europäische Parlament** einen Einfluss auf den Alltag hat. Wie aus folgender Tabelle ersichtlich haben 33% der EU-Bürger das Gefühl, dass das Europäische Parlament geringe Auswirkungen hat; 46% halten die Auswirkungen für erheblich und 10% gar für weit reichend. Die restlichen 12% der Befragten sahen sich nicht in der Lage, die Auswirkungen des Europäischen Parlamentes auf den Alltag einzuschätzen.

| Auswirkungen des Europäischen Parlamentes Herbst 2000 (in%, EU15) | |
|--|-------------|
| Skala | % |
| 1 (keine Auswirkungen) | 14 |
| 2 | 8 |
| 3 | 11 |
| 4 | 11 |
| 5 | 18 |
| 6 | 10 |
| 7 | 7 |
| 8 | 5 |
| 9 | 2 |
| 10 (weit reichende Auswirkungen) | 3 |
| weiss nicht | 12 |
| Durchschnittliche Punktzahl | 4,41 |

Folgendes Schaubild zeigt, dass die durchschnittliche Punktzahl für die Auswirkungen des Europäischen Parlaments im Vergleich zu den Punktzahlen der nationalen Parlamente von Land zu Land erheblich weniger schwankt. Dabei reicht die Spanne von 3,7 in Spanien bis zu 5,1 in Italien.



Wird der prozentuale Anteil der Befragten untersucht, die die Auswirkungen des Europäischen Parlaments auf den Alltag als erheblich einschätzen (letztere wählen auf der Skala 8 bis 10 Punkte), ergibt sich ein Tiefstwert in Spanien mit 5% und ein Höchstwert in Griechenland mit 17%. Das Verhältnis der "weiss nicht" - Antworten variiert bedeutend und reicht von 6% in Dänemark bis zu 18% in Österreich. (siehe auch Tabelle 6.7a⁴¹)

Erwartungsgemäss besteht ein starker Zusammenhang zwischen der möglichen Wahlteilnahme der Menschen und der subjektiv empfundenen Auswirkungen des Europäischen Parlamentes. Die Ergebnisse zeigen, dass 54% der Menschen, die kaum an einer Wahl teilnehmen werden, den Einfluss des Europäischen Parlaments auf den Alltag als gering einstufen. Eine solche Einschätzung vertreten nur 25% derjenigen, die höchstwahrscheinlich zur Wahl gehen. In letztgenannter Gruppe haben 14% das Gefühl, dass das Europäische Parlament weit reichende Auswirkungen auf den Alltag habe. (Tabelle 6.7b)

Folgender Tabelle zeigt die durchschnittlichen Punktzahlen für verschiedene soziodemografische Gruppen in der EU. Aus ihr ergibt sich, dass Menschen mit grossem subjektivem Wissen über die Europäische Union und Meinungsführer den Einfluss des Europäischen Parlaments am höchsten einstufen. Ganz unten in der Tabelle sind die Menschen, die auf der Skala zu ihrem subjektivem Wissensstand und dem Meinungsführer-Index am schlechtesten abschneiden⁴².

| Auswirkungen des Europäischen Parlaments Durchschnittliche Punktzahlen für verschiedene Gruppen in allen 15 Mitgliedsstaaten | |
|--|-------------|
| Gruppe | Punktzahl |
| Sehr grosses Wissen über die EU | 5,54 |
| Meinungsführer-Index: ++ | 5,23 |
| Führungskräfte | 4,88 |
| Ausbildung bis zum Alter von 20 + | 4,75 |
| Meinungsführer-Index: + | 4,70 |
| Durchschnittlicher Wissensstand über die EU | 4,63 |
| Angestellte | 4,60 |
| Männer | 4,55 |
| 40 -54 Jahre | 4,54 |
| Selbstständige | 4,43 |
| 25 -39 Jahre | 4,43 |
| In der Ausbildung bis zum Alter von 16 bis 19 Jahren | 4,42 |
| Durchschnitt für EU 15 | 4,41 |
| Studenten | 4,40 |
| 55 Jahre und älter | 4,39 |
| Ungelernte Arbeitskräfte | 4,36 |
| Rentner | 4,29 |
| Frauen | 4,27 |
| Arbeitslose | 4,22 |
| 15 -24 Jahre | 4,21 |
| Meinungsführer-Index: - | 4,20 |
| Hausfrauen/Hausmänner | 4,17 |
| In der Ausbildung bis zum Alter von 15 oder jünger | 4,13 |
| Meinungsführer-Index: -- | 3,82 |
| Wenig Wissen über die EU | 3,65 |

⁴¹ Auch die Skala in dieser Tabelle wurde noch einmal in drei neuen Kategorien aufgeschlüsselt: "Geringe Auswirkungen" – 1-3 Punkte; " Durchschnittliche Auswirkungen" – 4-7 Punkte; " Weit reichende Auswirkungen" - 8 – 10 Punkte

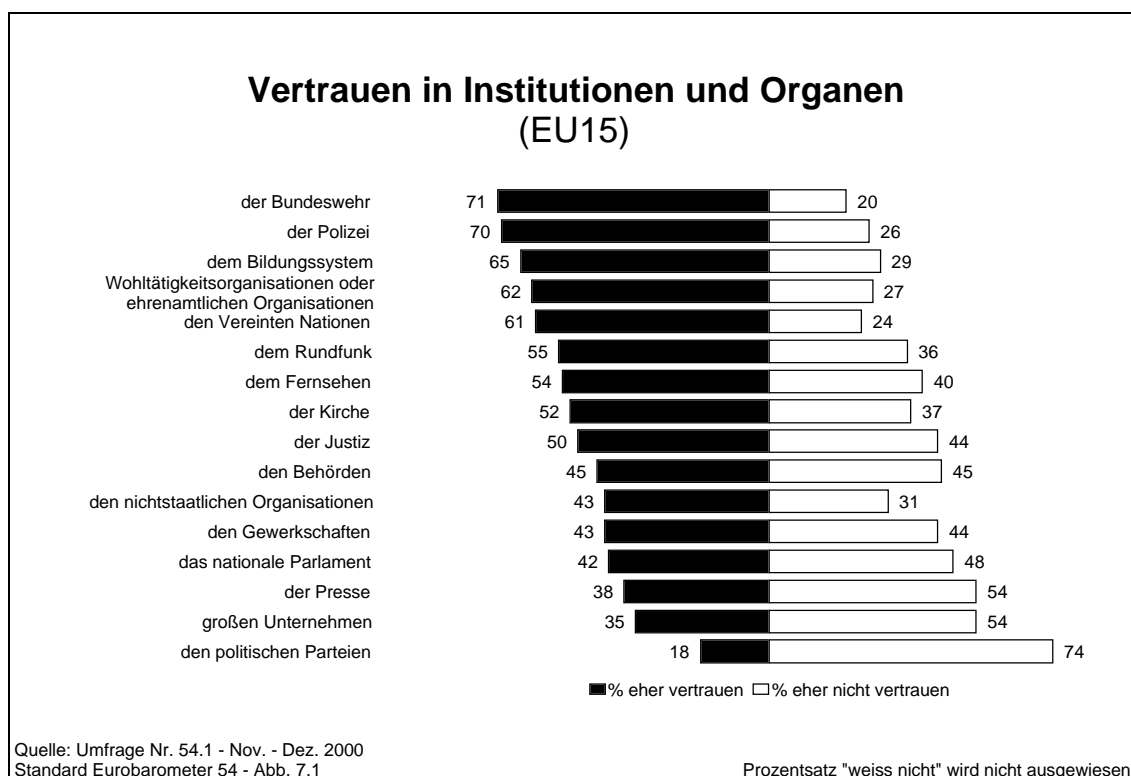
⁴² Für eine Definition dieser beiden Indizes siehe Anhang C.4.

7. Sonstige Aspekte in der Europäischen Union

In diesem Kapitel werden kurz eine Reihe anderer Punkte angesprochen, die Gegenstand der Eurobarometer-Umfragen vom Herbst 2000 waren. Die Antworten auf viele dieser Fragen werden in Sonderberichten von Eurobarometer⁴³ ausführlich analysiert werden.

7.1. Vertrauen in die Institutionen

Mit einer der Eurobarometer-Fragen vom Herbst 2000 wurde untersucht, ob die Menschen 16 verschiedenen Institutionen oder Organisationen vertrauen. Die Ergebnisse finden sich in folgendem Schaubild.



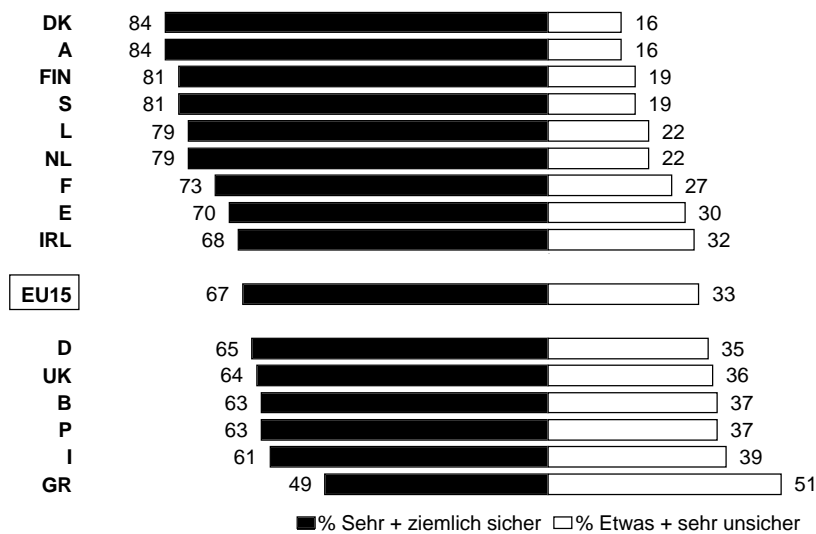
Daraus ergibt sich, dass das Vertrauen der Menschen in die Armee am grössten ist (71%). Ein Blick auf die Ergebnisse der einzelnen Länder verrät, dass der Vertrauensgrad von 65% in Spanien bis zu 91% in Finnland reicht. An zweiter Stelle des Vertrauens in Institutionen rangiert die Polizei (70%); der Vertrauensgrad reicht dabei von 47% in Griechenland bis zu 93% in Dänemark. Mit 65% kommt das Erziehungswesen auf den dritten Platz; der Vertrauensgrad erstreckt sich dabei von 45% in Griechenland bis zu 88% in Dänemark. Am wenigsten trauen die Menschen den politischen Parteien ihres Landes (18%); der Vertrauensgrad geht dabei von 13% in Italien bis zu 41% in Luxemburg. (Tabelle 7.1)

7.2. Angst vor Kriminalität

In der Umfrage von Herbst 2000 wird auch untersucht, wie sicher sich Menschen fühlen, wenn sie bei Dunkelheit in ihrer Wohngegend alleine spazieren gehen. Die bewährte Messung der Angst vor Kriminalität ergibt, dass sich 23% der Europäer sehr und 44% ziemlich sicher und 23% ein wenig sowie 10% sehr unsicher fühlen.

⁴³ Für weitere Informationen über Sonderumfragen und -berichte von Eurobarometer siehe Anhang D.

Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit allein zu Fuß in der Gegend unterwegs sind, in der Sie wohnen?



Quelle: Umfrage Nr. 54.1 - Nov. - Dez. 2000
Standard Eurobarometer 54 - Abb. 7.2

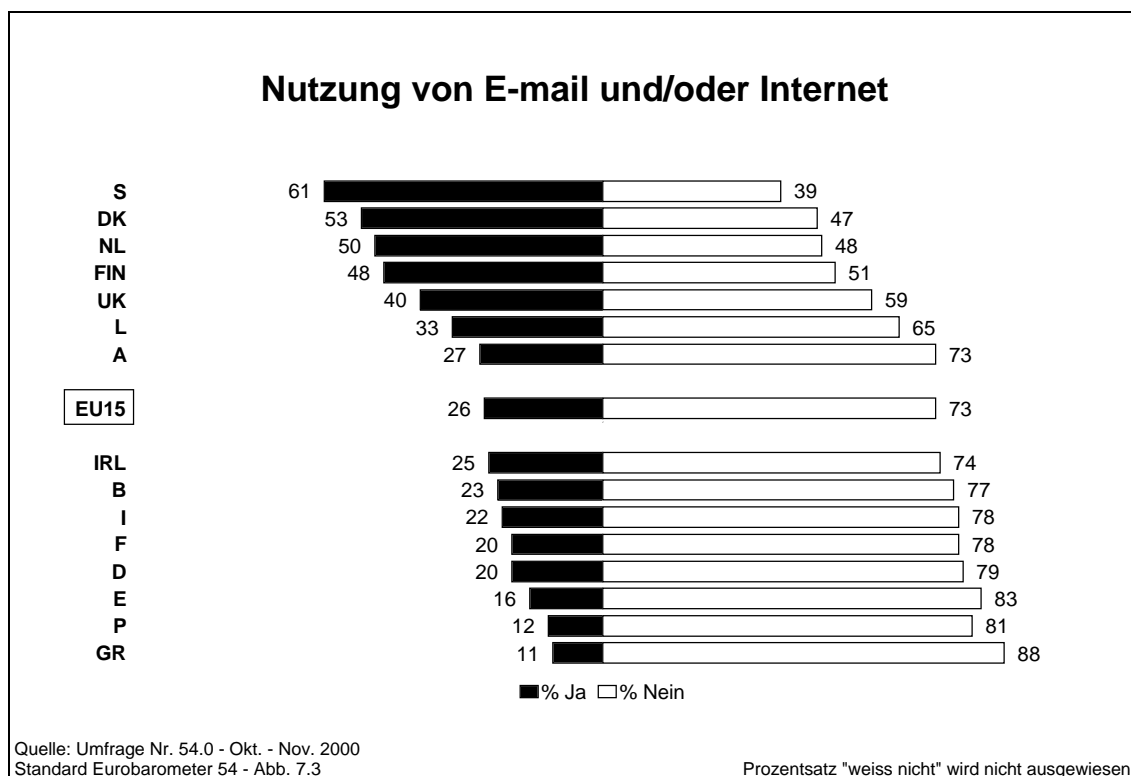
Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Die Analyse nach Ländern zeigt, dass die Angst vor Verbrechen in Dänemark und Österreich, wo sich jeweils 84% der Menschen sehr oder ziemlich sicher fühlen, am geringsten ist. In Finnland, Schweden (beide 81%), Luxemburg und den Niederlanden (beide 79%) fühlen sich mehr als drei von vier Menschen ebenfalls sehr oder ziemlich sicher. Die Angst vor Verbrechen ist am ausgeprägtesten in Griechenland, wo sich 51% der Menschen ein wenig oder sehr unsicher fühlen. Griechenland ist auch das einzige Land, in dem sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung bei einsamen Spaziergängen in ihrer Wohngegend nach Anbruch der Dunkelheit unsicher fühlt. (Tabelle 7.2a)

Die demografische Analyse zeigt, dass die Angst vor Verbrechen bei der weiblichen Bevölkerung wesentlich verbreiteter ist als bei der männlichen Bevölkerung. Insgesamt fühlen sich 77% der Männer sicher, bei Frauen beträgt diese Zahl nur 58%. Ebenfalls ein wichtiger Indikator für die Angst vor Verbrechen ist das Alter, denn alte Menschen fühlen sich erheblich unsicherer als junge. In dieser Hinsicht finden wir, dass sich nur 59% der Menschen im Alter von 55 und darüber hinaus sicher fühlen; bei Menschen unter 55 fühlen sich dagegen 7 von 10 sicher. Ebenso finden wir, dass die subjektive Auffassung von Sicherheit in sonstigen Gruppen, die eine hohe Anzahl älterer Menschen aufweisen - insbesondere Rentner (57%) -, sowie in Gruppen, die die Schule vor Erreichung des 15. Lebensjahres oder davor verlassen haben (58%), niedrig ist. Von allen in diesen Analysen berücksichtigten demografischen Gruppen finden wir, dass sich Führungskräfte (80%) bei einsamen Spaziergängen in ihrer Wohngegend nach Anbruch der Dunkelheit am ehesten sicher fühlen. (Tabelle 7.2b)

7.3. Nutzung von E-Mail und Internet

Zum Schluss stellen wir die Antworten auf eine Frage vor, die ergeben, dass durchschnittlich 26% der EU-Bürger E-Mail und/oder das Internet nutzen.



Wie aus oben stehendem Schaubild ersichtlich variiert die Nutzung von E-Mail und/oder Internet zwischen den 15 Mitgliedsstaaten ganz erheblich. In Schweden nutzen 61% der Befragten diese Einrichtungen, gefolgt von 53% in Dänemark und 50% in den Niederlanden. Die Nutzung von E-Mail und/oder Internet ist am niedrigsten in Griechenland (11%), Portugal (12%) und Spanien (16%). Der vorige Eurobarometer-Report zeigte, dass die Zahl der Internetanschlüsse von 6% in Griechenland bis zu 48% in Schweden reicht. Dänemark und die Niederlande waren die einzigen beiden Länder, in denen mehr als 4 von 10 Haushalten mit einem Internetanschluss ausgestattet waren⁴⁴. (Tabelle 7.3a)

Die demografischen Analysen zeigen, dass Führungskräfte E-Mail und/oder Internet am meisten nutzen (61%), gefolgt von Menschen, die eine Vollzeitausbildung im Alter von 20 oder darüber hinaus beendet haben, sowie von Menschen, die sich noch im Studium befinden (beide 57%). Am wenigsten verbreitet ist die Nutzung unter älteren Menschen. Laut den Ergebnissen nutzen nur 4% aller Rentner diese neuen Kommunikationsmöglichkeiten. Bei Menschen über 55 und älter liegt dieser Wert bei 6% und bei Menschen, die die Schule vor Erreichung ihres 16. Lebensjahres verlassen haben, bei 7%. (Tabelle 7.3b)

⁴⁴ Siehe Eurobarometer-Bericht Nr. 53 - Kapitel 7..